Handlungsoptionen von MigrantInnen in Interaktion mit dem formellen und
informellen Staat in Russland

Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
der Sozialwissenschaftlichen Fakultät
der Georg-August-Universität Göttingen

vorgelegt von

Paul Becker
geboren in Tschimkent

Göttingen, 2017

Erstgutachter/in: Prof. Dr. Karen Schönwälder

Zweitgutachter/in: Prof. Dr. Gabriele Rosenthal

Weitere Mitglieder der Prüfungskommission:

Drittprüfer/in: Prof. Dr. Sabine Hess

Tag der mündlichen Prüfung 28.05.2018

Für Monika, Elina und meine Eltern

Inhalt

1. Einleitung.....	5
2. Theoretische Verortung der Arbeit.....	9
3. Datenerhebung und Methoden.....	17
4. Formeller und informeller Staat in Russland	30
4.1 Grundzüge des formellen und informellen Staates	32
4.2 Russische Migrationspolitik und die Entwicklung internationaler Migration nach Russland	39
4.3 Strukturen des formellen und informellen Staates in Russland	51
5. Wahrnehmung von Handlungsfähigkeit – Wie handlungswirksam erleben sich MigrantInnen in ihren Interaktionen mit dem informellen Staat in Russland?	78
5.1 Möglichkeiten des Erwerbs von Aufenthaltsdokumenten – Ein Wechselspiel zwischen Zielen und Ressourcen internationaler MigrantInnen und den informellen staatlichen Strukturen	79
5.2 Interaktionsgestaltung mit den Rechtsschutzorganen	131
5.3 Handlungsoptionen auf dem Wohnungsmarkt - Erleben von Unsicherheit und Vertrauen, Möglichkeiten der MigrantInnen, Hilfsstrukturen zu nutzen	167
5.4 Erfahrung und Umgang der MigrantInnen mit Unterstützung und Vertrauen sowie Betrug und Ausbeutung auf dem russischen Arbeitsmarkt.....	209
6. Diskussion und Ausblick.....	267
Literatur.....	278

1. Einleitung

“So, I tried to look for a Baptist church. The moment I went there, a lot of Philippinas and Phillippinos. One Phillippina said, oh you, where do you live? I said, we are now staying in a small apartment. She said, you can join other Phillippinas, you can live with other Phillippinas. And I said, oh ok, that would be great! Because it will be less money and you know, I am trying to survive here with my kids. [...] and later on, they are the one, who actually offered some work to me.”

Mit diesen Sätzen schildert Manila von den Philippinen, die mit ihren zwei Kindern zum Zeitpunkt des Interviews seit zwei Jahren in Moskau lebte, ihre große Erleichterung, Hilfe durch Landsleute bei der Klärung ihrer Wohn- und Arbeitssituation in der russischen Hauptstadt gefunden zu haben. Immer mehr Menschen kommen mit unterschiedlichen Absichten und Zielen nach Russland. Die Population Division der Vereinten Nationen gibt die Anzahl der MigrantInnen in Russland 2015 mit 11.643.276 Personen an. Russland belegt somit nach den USA und Deutschland den dritten Platz in Bezug auf die Anzahl von MigrantInnen weltweit (UN 2015). Der Großteil der MigrantInnen in Russland wählt die Hauptstadt als Zielort ihrer Reise. Viele Menschen reisen als Touristen oder Studenten nach Russland ein, doch immer mehr Personen geben bei ihrer Einreise „Aufnahme einer Tätigkeit“ oder „Sonstige Gründe“ an, verfolgen also als MigrantInnen das Interesse, sich längerfristig eine Existenz im Land aufbauen zu wollen. Das Innenministerium Russlands (MVD) vermeldete 2017, dass sich insgesamt 30,18 % aller nach Russland eingereisten Personen in Moskau und im Moskauer Gebiet angemeldet hatten, wobei sich von den 2.474.612 Personen, die im Zeitraum Januar-Juni 2017 „Aufnahme einer Arbeit“ als Einreisegrund angaben, sogar 39,09 % in Moskau und im Moskauer Gebiet registrieren ließen (MVD 2017).

In Russland angekommen, stehen die MigrantInnen vor vielfältigen, komplexen Aufgaben, die sie zur Sicherung ihres Aufenthaltes im Land zu bewältigen haben. Hierzu treten sie häufig in Interaktion mit staatlichen Strukturen wie dem Föderalen Migrationsdienst FMS und der Polizei. Im Vergleich zu

westlichen rechtsstaatlichen Ländern ist die Situation in Russland allerdings durch eine Omnipräsenz und symbiotische Verbindung formeller und informeller staatlicher Strukturen gekennzeichnet. Einige Autoren bezeichnen die Situation in Russland sogar als eine historische Symbiose des organisierten Verbrechens mit dem Staat (McCann 2000: 10, Barsukowa 2008: 45, Nisnewich 2010: 16, Nemzow 2009: 8, 43, Remington 1997: 110, Shelley 2001: 245, 249, 252, Finckenauer et al. 2001: 5). Moskau als Hauptstadt sei dabei die am meisten kriminalisierte und durch Korruption geprägte Stadt Russlands (Brie 1997: 607-608). Die Korruption hat in Russland systemische Züge erreicht – das Land rangiert nach Angaben des Transparency International Corruption Perception Index auf dem letzten Platz unter den G20-Ländern (Transparency International 2013).

Wie gelingt es MigrantInnen unter diesen primär von informellen staatlichen Strukturen geprägten Bedingungen, ihre Existenz im Land zu sichern, Aufenthaltsdokumente zu erwerben, eine Wohnung und Arbeit zu finden? Eine Untersuchung der Gestaltungsmöglichkeiten von MigrantInnen, ihre individuellen Ziele in Russland zu verfolgen und mit den dabei auftretenden Hindernissen umzugehen, erscheint im Rahmen der Migrationsforschung als ein interessantes Forschungsfeld: Wirken sich die durch repressive und informelle Strukturen gebildeten prekären Rahmenbedingungen primär einschränkend für die MigrantInnen aus, sich wirksam in ihren Handlungen zu erleben und aktiv agieren zu können? Oder bieten diese informellen Bedingungen sogar besondere Handlungsoptionen?

Die vorliegende Arbeit untersucht die subjektiv wahrgenommene Handlungsfähigkeit von MigrantInnen in ihren Interaktionen mit den informellen staatlichen Strukturen in Russland. Eine objektive Überprüfung, inwiefern die vom Autor interviewten MigrantInnen tatsächlich die von ihnen beschriebenen Gestaltungsspielräume nutzen konnten oder ihre Handlungsmöglichkeiten realistisch einschätzten, ist dabei nicht Gegenstand der Feldforschung gewesen. Vielmehr gibt die vorliegende Studie eine möglichst detaillierte Abbildung der subjektiven Wahrnehmung der MigrantInnen bezüglich ihrer individuellen Erfahrungen und Handlungsoptionen bei der Verfolgung ihrer jeweiligen Ziele. Der Beitrag dieser Arbeit für den wissenschaftlichen Diskurs

besteht also in der Untersuchung, wie MigrantInnen unter den Bedingungen der omnipräsenten informellen staatlichen Strukturen erleben, ihre Ziele und Absichten verwirklichen zu können, oder diese ggf. zu verändern und an die konkreten Rahmenbedingungen vor Ort anzupassen. Die Forschungsfragen betreffen die spezifischen Probleme der MigrantInnen bei der Gestaltung ihres Lebens in Moskau, ihrer subjektiven Sichtweise, in welchen Situationen sie sich mit den informellen staatlichen Strukturen konfrontiert sehen und in welcher Form sie sich dabei als handlungsfähig wahrnehmen. Besonders fokussiert wird in der Analyse, welche Handlungsstrategien die MigrantInnen im Umgang mit den verschiedenen Problembereichen einsetzen und von welchen individuellen Faktoren und Umweltfaktoren dies beeinflusst wird.

Die Arbeit orientiert sich, wie in Kapitel 2 ausführlich erläutert wird, am Agency-Konzept von Emirbayer und Mische und untersucht die Wechselwirkung von struktureller Bestimmtheit und individueller Selbstbestimmung von MigrantInnen in Russland. Zur Beantwortung der Forschungsfragen wurden im Rahmen eines rekonstruktiven Verfahrens teilnehmende Beobachtungen, strukturierte ExpertInneninterviews und thematisch fokussierten narrativen Interviews mit 58 MigrantInnen aus dreizehn Ländern durchgeführt (siehe dazu Kapitel 3).

Die Studie gliedert sich in sechs Kapitel. Kapitel 2 beinhaltet die theoretische Verortung der Arbeit. Das besondere Augenmerk wird auf das Agency-Konzept gelegt, auf dem die zentralen Forschungsfragen aufbauen. In Kapitel 3 werden die Datenerhebungs- und Datenauswertungsmethoden dargestellt, begründet und kritisch reflektiert. Die methodischen Vorüberlegungen münden anschließend im empirischen Teil der Arbeit. Dort werden zunächst im Kapitel 4.1 die Grundzüge der formellen und informellen staatlichen Strukturen in Russland erörtert, bevor im Kapitel 4.2 auf die Veränderungen in der russischen Migrationspolitik in den Jahren 2008-2014 und deren Bedeutung für die Entstehung informeller staatlicher Strukturen und Rahmenbedingungen für MigrantInnen eingegangen wird. Im Kapitel 4.3 werden empirische Feldforschungserkenntnisse zu den Strukturen des formellen und informellen Staates dargestellt; aufgezeigt wird dabei, inwieweit sich ei-

ne untrennbare Symbiose zwischen formellen und informellen Bereichen des Staates etablieren konnte.

Die Kapitel 5.1 – 5.4 bilden den Hauptteil der Arbeit und beschäftigen sich mit den vier aus den Interviews induktiv extrahierten Dimensionen des Lebens von MigrantInnen in Moskau und ihren jeweiligen Interaktionen mit dem informellen Staat. In Kapitel 5.1 werden die Handlungsfähigkeit und Handlungsoptionen von MigrantInnen bei der Erlangung von Aufenthaltsdokumenten analysiert. Kapitel 5.2 beschäftigt sich mit den Interaktionen der MigrantInnen mit Rechtsschutzorganen. In Kapitel 5.3 werden das Erleben von Unsicherheit, Fragen des Vertrauens und Hilfsstrukturen auf dem Moskauer Wohnungsmarkt erörtert. Kapitel 5.4 setzt sich abschließend mit den Themen Unterstützung und Vertrauen sowie dem Umgang der MigrantInnen mit Betrug und Ausbeutung auf dem Moskauer Arbeitsmarkt auseinander.

In der darauffolgenden Diskussion werden in Kapitel 6 die Ergebnisse der Arbeit in Bezug auf die Ausprägung der Agency und Einfluss nehmender Faktoren analytisch in einem Fazit zusammengeführt. Es werden methodische Reflexionen und Einschränkungen vorgenommen sowie ein Ausblick auf weiteren Forschungsbedarf und mögliche neue Untersuchungsfragen für zukünftige Forschungsprojekte gegeben.

2. Theoretische Verortung der Arbeit

Die vorliegende Arbeit verfolgt mit der Untersuchung der Handlungsfähigkeit von MigrantInnen in Russland, einem von informellen Strukturen geprägten Staat (s. Kapitel 4), einen Beitrag zur Erforschung subjektiv wahrgenommener Handlungsmöglichkeiten von MigrantInnen in einem besonderen, sich von westlichen Demokratien unterscheidenden Kontext, zu leisten. Die Forschungsfragen der Untersuchung bauen auf dem sozialwissenschaftlichen Agency-Konzept auf.

Der Begriff Agency wird in der deutschsprachigen Literatur mit Handlungsbefähigung, Handlungsfähigkeit oder Handlungsmächtigkeit übersetzt. In der vorliegenden Arbeit nutzt der Autor die Begriffe *Agency* und *Handlungsfähigkeit* synonym zueinander.

Der Fokus der Arbeit liegt auf der konkreten empirischen Untersuchung der von den MigrantInnen wahrgenommenen Handlungsfähigkeit in ihren Interaktionen mit dem formellen und informellen russischen Staat und orientiert sich an dem Agency-Konzept von Emirbayer und Mische. Der Vorteil dieses Ansatzes liegt in der Möglichkeit, empirisch untersuchen zu können, inwieweit die MigrantInnen bei der Bewältigung ihrer Probleme und Verfolgung ihrer individuellen Ziele erlebten, ihre Handlungsfähigkeit auf kreative Art ausüben zu können oder sich in gewohnheitsmäßigen Handlungsschemata zu bewegen. Darüber hinaus kann der Frage deskriptiv nachgegangen werden, ob und, wenn ja, inwieweit, die MigrantInnen ihre Handlungsfähigkeit durch die informellen staatlichen Strukturen ermöglicht oder eingeschränkt wahrnahmen.

Emirbayer und Mische liefern einen wichtigen wissenschaftlichen Beitrag zum Verhältnis von Individuum und Struktur bzw. einer angemessenen Bestimmung der Handlungsfähigkeit. Sie betonen dabei, Agency könne von Kontexten behindert oder ermöglicht werden; der Ursprung der Handlungsfähigkeit müsse jedoch beim menschlichen Selbst angesiedelt werden. (1998: 974) Agency wird dabei von den AutorInnen folgendermaßen definiert:

Agency is temporally constructed engagement by actors of different structural environments – the temporal-relational contexts of action – which, through the interplay

of habit, imagination, and judgment, both reproduces and transforms those structures in interactive response to the problems posed by changing historical situations. (Emirbayer und Mische 1998: 970).

Geiger (2016: 54) geht in ihrer Arbeit auf diese Definition ein und führt aus, Agency bedeute die Fähigkeit von AkteurInnen, Einfluss auf relational-zeitliche Kontexte, in die sie selbst eingebettet seien, zu nehmen, indem sie Handlungsbedingungen als Antwort auf aktuell vorzufindende Probleme reproduzierten oder veränderten. Dabei sei Agency als ein Interaktionsprozess anzusehen. Der Mehrwert der Konzeption von Emirbayer und Mische lasse sich dabei in der Schaffung der Möglichkeit beschreiben, soziale Bedingungen differenziert und im Zusammenspiel mit individuellen Dispositionen zu untersuchen (Geiger 2016: 55).

Emirbayer und Mische (1998: 963) plädieren für die Untersuchung der Agency als eine eigenständige analytische Kategorie und nicht nur als Gegensatz zu Struktur und betrachten sie daher in einer zeitlichen Perspektive. Damit entgehen sie einer erneuten Dichotomie von strukturellen Einschränkungen oder Ermöglichtungen und subjektiven Dispositionen (Geiger 2016: 51). Sie sprechen dabei von:

temporally embedded process of social engagement, informed by the past (in its 'iterational' or habitual aspect) but also oriented toward the future (as a 'projective' capacity to imagine alternative possibilities) and toward the present (as a 'practical-evaluative' capacity contextualize past habits and future projects within the contingencies of the moment)
(Emirbayer und Mische 1998: 962).

Die Analyse von Agency untersucht folglich die soziale Bestimmtheit und individuelle Selbstbestimmung. Um eine getrennte Analyse von strukturellen Kontexten und Agency zu gewährleisten, schlagen die AutorInnen vor, Agency unter drei zeitlichen Dimensionen zu untersuchen (Ebd.: 964). Deshalb sprechen die AutorInnen von einem „*chordal triad of agency*“, wobei sich in jeder Situation eine dominante Orientierung auf eine bestimmte Dimension identifizieren ließe (Ebd.: 972). WissenschaftlerInnen sollen damit in die Lage versetzt werden, untersuchen zu können, wie das Individuum

einerseits Struktur und Kontext verändert und seine Handlungsfähigkeit dadurch gleichzeitig bedingt und geformt wird (Ebd.: 964).

Die erste *iterational dimension* im „akkordischen Dreiklang“ der Agency stellt der habituelle Aspekt dar, nach dem jede in der Gegenwart stattfindende Erfahrung von vergangenen Ereignissen beeinflusst werde. AkteurInnen entwickelten in ihren vergangenen Interaktionen Schemata, die sie in passenden Situationen abrufen, auswählen und gezielt einsetzen könnten (Ebd.: 978-979). Dabei identifizierten Akteure mithilfe ihrer routinierten Konstruktion simplifizierter Modelle typische Erfahrungsmuster und sagten ihr Wiederauftreten in der Zukunft voraus.

This process of "typification" takes place through a "synthesis of recognition" by which actors recognize the "sameness," "likeness," or "analogy" of an emerging experience with those of the past, either within the actor's direct memory or within a social memory [...] While emergent situations never completely match these simplifying idealizations, actors tend to retrospectively assimilate new experiences to the old (Emirbayer und Mische 1998: 979-980).

Durch diesen aktiven Prozess der Erkennung und Aneignung trügen Akteure zum Empfinden einer Kontinuität und Ordnung innerhalb temporär entstehender Erfahrungen bei (Ebd.: 979-980). Soziale Akteure identifizierten nicht nur Ähnlichkeiten zwischen den vorangegangenen und gegenwärtigen Erfahrungen, sie lokalisierten darüber hinaus diese Typologien in Bezug zu anderen Personen, Kontexten oder Ereignissen (Ebd.: 980). Die AutorInnen betonten:

Although for the most part these matrices are unreflective and taken for granted, actors must still exercise effort in order to locate correctly where given experiences fit within them and thus keep social relationships working along established lines (Emirbayer und Mische 1998: 980).

Dabei manövrierten soziale Akteure zwischen den vorhandenen Repertoires habitueller Aktivität. Während Repertoires durch individuelle und kollektive Geschichten limitiert und mehr oder weniger extensiv und flexibel seien, erforderten sie einen bestimmten Grad an Manövrierbarkeit, um eine angemessene Reaktion auf die vorliegende Situation bieten zu können (Ebd.: 980). Eines der Ergebnisse unterschiedlicher Schematisierungsformen sei

die Möglichkeit sozialer Akteure, mehr oder weniger verlässliches Wissen über soziale Beziehungen abrufen zu können, was ihnen eine Vorhersage über die zukünftigen Ereignisse erlaube (Ebd.: 980-981).

In der zweiten *projective dimension of agency* beschreiben die Autoren die Fähigkeit von Menschen, sich von Gewohnheiten und Routinen distanzieren und damit neue Möglichkeiten für zukünftige Handlungen entwickeln zu können (Emirbayer und Mische 1998: 975). Emirbayer und Mische erklären gegenwärtige Handlungen von Menschen mit der Vorstellung ebendieser von sich selbst und ihrem eigenen Leben in der Zukunft (Ebd.: 983-984).

Die Handlungen der Akteure seien dabei nicht ausschließlich durch erworbene Denk- und Handlungsmuster bestimmt:

As they respond to the challenges and uncertainties of social life, actors are capable of distancing themselves from the schemas, habits, and traditions that constrain social identities and institutions. To describe this ability usage of terminology of goals, plans, and objectives to the more ephemeral language of dreams, wishes, desires, anxieties, hopes, fears, and aspirations. In this article, we term it the projective dimension of human agency
(Emirbayer und Mische 1998: 984).

Projectivity beschreiben AutorInnen als einen ersten Schritt in Richtung Reflexion und:

as the response of a desirous imagination to problems that cannot satisfactorily be resolved by the taken-for-granted habits of thought and action that characterize the background structure of the social world
(Emirbayer und Mische 1998: 984).

Soziale Akteure antizipierten demnach eine Vielzahl möglicher Verläufe mit alternativen Ausgängen und erweiterten damit die eigenen Möglichkeiten, flexibel auf die vor ihnen liegenden Herausforderungen zu reagieren (Ebd.: 989-990).

Die dritte Dimension wird von Emirbayer und Mische als *practical-evaluative dimension* bezeichnet und findet Antworten auf die Anforderungen und Eventualitäten der Gegenwart. Hierbei gehe es um Entwicklung und Anpassung alternativer Optionen oder Vorstellungen in konkreten Situationen:

Routine dispositions must be adjusted to the exigencies of changing situations; and newly imagined projects must be brought down to earth within real-world circumstances. Moreover, judgments and choices must often be made in the face of considerable ambiguity, uncertainty, and conflict; means and ends sometimes contradict each other, and unintended consequences require changes in strategy and direction (Emirbayer und Mische 1998: 994).

Den „Akkordischen Dreiklang der Agency“ als ein geeignetes Instrument, um die soziale Bestimmtheit und individuelle Selbstbestimmung von MigrantInnen in Russland zu untersuchen und dabei eine getrennte Analyse struktureller Kontexte und der Agency zu gewährleisten, aufgreifend, lauten die Forschungsfragen der vorliegenden Arbeit wie folgt:

1. Wie stellen sich die spezifischen Probleme der MigrantInnen in Bezug auf ihr Leben in Moskau und den Umgang mit den Instanzen des russischen Staates aus ihrer subjektiven Sicht dar?
2. In welchen Situationen erleben sie sich mit den informellen staatlichen Strukturen konfrontiert und inwieweit nehmen sie sich dabei als selbstbestimmt oder durch diese Strukturen bestimmt wahr?
3. Wie und in welcher Form nehmen sich die MigrantInnen in Russland innerhalb der existierenden formellen und informellen Strukturen als handlungsfähig in der Bewältigung ihrer Alltagsprobleme wahr?
4. Von welchen Faktoren werden das Ausmaß ihrer Handlungsfähigkeit, ihrer Möglichkeit der Reflexion eigener Ziele und Pläne und die Anpassung ihrer Handlungsoptionen an soziale Gegebenheiten beeinflusst?

Zur Frage der Untersuchung möglicher Einflussfaktoren auf die Ausprägung der Agency von MigrantInnen sind folgende Vorüberlegungen wichtig: Einfluss auf die Möglichkeit, selbstbestimmt in einem fremden Land zu handeln, nehmen neben den staatlichen Strukturen dieses Landes individuelle Ressourcen wie Vorerfahrungen und damit habituelle Handlungsschemata, Kenntnis der Landessprache, finanzielle Mittel sowie Vorhandensein sozialer Netzwerke. In der Literatur zur Agency von MigrantInnen finden sich insbesondere Ergebnisse, die gute sprachliche Kenntnisse und soziale Netzwerke als wichtige Einflussgrößen beschreiben:

So untersuchte Lemoine (2008: 116-117) bspw. die Unterkuftsstrategien frankophoner kongolesischer MigrantInnen in Toronto. Kongolesische MigrantInnen verließen sich bei der Suche nach Unterküften auf die eigenen sozialen Netzwerke, was in ihren „heterolokalen“ Siedlungsmustern im Stadtbild von Toronto abzulesen war. Ebenso wie im Fall frankophoner kongolesischer MigrantInnen in Toronto, verließen sich die meisten MigrantInnen aus Somalia und Jamaika bei der Wohnungssuche auf ihre Freunde und Landsleute (Dion 2001: 539).

Malpica (2008: 54) wiederum beschreibt eine starke ethnische Solidarität unter den indigenen mexikanischen MigrantInnen in Los Angeles. Ethnische Gemeinschaften der Zapotec ArbeitsmigrantInnen böten Neuankömmlingen praktische Unterstützung und ein Gefühl der Zugehörigkeit. Die Gemeinschaft sei dabei eine Ressource, auf die MigrantInnen unter anderem in Bezug auf Informationen über Arbeitsplätze und Unterküfte zurückgreifen könnten.

Zu ähnlichen Ergebnissen der Bedeutung sozialer Netzwerke als zentrale Ressource für MigrantInnen, sich im neuen Land zu orientieren, eine Wohnung und einen Arbeitsplatz zu finden, kommen Van Nieuwenhuyze (2009: 117) bei der Untersuchung von Strategien senegambischer MigrantInnen in Belgien und Spanien, Willen (2006: 172-173) in ihrer Studie zu irregulären westafrikanischen und philippinischen MigrantInnen in Israel und McIlwaine (2005: 34), der die Lebenspraktiken kolumbianischer MigrantInnen in London untersuchte.

Zur Frage der Wichtigkeit sprachlicher Kenntnisse als individueller Ressource für MigrantInnen heben Bloch et al. (2014: 1513) in einer Studie über das Leben abgelehnter Asylbewerber in England die Bedeutung der englischen Sprachkenntnisse für MigrantInnen bei ihrer Arbeitssuche hervor. Ähnlich unterstreicht Esser (2006: 81ff.) die Bedeutung der Sprache als Medium der alltäglichen Kommunikation sowie als eine Ressource auf dem Arbeitsmarkt für die Integration von MigrantInnen. Insbesondere werden dabei Produktivität und Einkommen im Zusammenhang mit den Sprachkenntnissen der MigrantInnen in Verbindung gebracht.

Nimmt man also die Bedeutung sozialer Netzwerke als förderlich für die Ausprägung der Agency von MigrantInnen an, stellt sich der individuelle Faktor *Vertrauen* als aufschlussreich zur näheren Untersuchung dar: Spielt Vertrauen zu den eigenen Landsleuten und den sozialen Netzwerken vor Ort eine wichtige Rolle für die MigrantInnen in der Bewältigung ihrer Probleme und Verfolgung ihrer individuellen Ziele in Moskau? Stellt Vertrauen zu den formellen und informellen staatlichen Strukturen Russlands eine weitere wichtige Einflussgröße auf die Agency der MigrantInnen dar? Insbesondere in einem von Korruption und Willkür geprägten Staatsgefüge ist anzunehmen, dass Vertrauen einen besonders hohen Stellenwert zur Orientierung für MigrantInnen in der Verfolgung ihrer individuellen Ziele und Bewältigung ihrer Probleme in einer prekären Lebenssituation einnimmt.

In der sozialwissenschaftlichen Literatur lautet eine allgemein gehaltene Definition von Vertrauen: „*Vertrauen ist der Wille, sich verletzlich zu zeigen*“ (Osterloh und Weibel 2006: 70). Putnam (2007: 137) und Coleman (1990: 304) betonen insbesondere die zentrale Bedeutung des Vertrauens in Bezug auf soziale Netzwerke. Luhmann (1973: 40ff.) unterscheidet zwischen Vertrauen in Einzelpersonen (interpersonales Vertrauen) und Vertrauen in abstrakte Systeme (Systemvertrauen). Dies erscheint für die vorliegende Arbeit als interessanter Ansatz, Vertrauen als mögliche wichtige individuelle Ressource und Einflussfaktor auf die Ausprägung der Handlungsfähigkeit von MigrantInnen in einem von informellen Strukturen geprägten Staat differenziert untersuchen zu können. Vertrauen stellt nach Luhmann eine riskante Vorleistung dar, da Vertrauensgebende sich nicht vollständig auf ihre Erfahrungen verlassen könnten – die Informationen seien nicht ausreichend und würden bewusst überzogen bzw. die Vertrauensnehmenden könnten dieses Vertrauen honorieren oder eben auch enttäuschen (Luhmann 1973: 24). Vertrauen besitze außerdem eine komplexitätsreduzierende Funktion, so dass ein Mindestmaß an Vertrauen erforderlich sei, um ein gesellschaftliches System funktionsfähig zu machen und Alltagssituationen bewältigen zu können. Die Komplexität der sozialen Umwelt entziehe dabei Akteuren die Möglichkeit, alle Informationen aufnehmen und verarbeiten zu können. Daher bedürfe es Reduktionsmechanismen, um Handlungsfähigkeit zu gewährleisten (Luh-

mann 1973: 54). Rupf-Schreiber (2006: 96ff.) betont außerdem die Reziprozität von Vertrauen, das sich intensiviere, je wechselseitiger Vertrauen gegeben und nicht enttäuscht werde. Angst wird als Gegenpart des Vertrauens thematisiert, die zum entscheidenden Faktor gegen jede Art von Veränderung werden könne (Klinke et al. 2011: 15).

Bohn (2007: 25ff.) sieht interpersonales Vertrauen als personengebunden und durch Interaktionen gefestigt an. Das interpersonale Vertrauen könne sich sowohl festigen als auch auflösen; ein Vertrauensaufbau erfolge, wenn ein Anlass gegeben sei, zu vertrauen. Der Aufbau des interpersonalen Vertrauens benötige vor dem Hintergrund der „riskanten Vorleistung“ Zeit und erfolge immer in kleinen Schritten:

Man kann Vertrauen nicht verlangen. Es will geschenkt und angenommen sein
(Luhmann 1968: 46).

Interpersonales Vertrauen baue dabei auf einem System reziproker Verpflichtungen zur Gegenleistung auf (Bohn 2007: 27).

Systemvertrauen auf der anderen Seite gehe auf den Aspekt des Vertrauens in gesellschaftliche Teilsysteme ein und beziehe sich dabei auf die Funktionsfähigkeit und Zuverlässigkeit bestimmter Systeme sowie auf das Vertrauen in die Geltung und die Verlässlichkeit sozialer Institutionen und Verfahren. Systemvertrauen funktioniere ausschließlich dann, wenn die Akteure darauf vertrauten, dass ein System funktioniere, wie es funktionieren solle (Klinke et al. 2011: 16). Interpersonales und Systemvertrauen träten außerdem stets in einem interdependenten Verhältnis auf, das ausschließlich mithilfe rekonstruktiver Verfahren untersucht werden könne (Klinke et al. 2011: 17).

Ein solches rekonstruktives Verfahren wird in der vorliegenden Arbeit wie im folgenden Methodenkapitel dargelegt verwendet, um die Agency von MigrantInnen in Russland sowie hierauf Einfluss nehmende Faktoren wie bspw. soziale Netzwerke, Sprachkenntnisse und eben Vertrauen zu untersuchen.

3. Datenerhebung und Methoden

Die der vorliegenden Arbeit zugrundeliegende Fragestellung nach der Handlungsfähigkeit von MigrantInnen und hierauf Einfluss nehmender Faktoren im Rahmen informeller staatlicher Strukturen in Russland erfordert ein Forschungsdesign, das in der Lage ist, sowohl subjektive Sichtweisen und Erfahrungen in Bezug auf die Handlungsfähigkeit als auch soziale Zusammenhänge zu untersuchen.

Im Unterschied zu quantitativen Verfahren liegt das Ziel der qualitativen Forschung dabei nicht darin, lineare Kausalzusammenhänge bzw. Ursache-Wirkung-Beziehungen zu betrachten, sondern im Versuch, die wechselseitige Wirkungsbeziehung der einzelnen Komponenten zu rekonstruieren (Rosenthal 2016: 3). Die qualitative Forschung erweist sich in den Bereichen, in denen noch wenig gesicherte Ergebnisse vorliegen, als wichtig und sinnvoll, um die Theoriebildung und den Erkenntnisstand voranzutreiben. Aufgrund der Komplexität des in der vorliegenden Arbeit untersuchten Forschungsgegenstandes wird eine rekonstruktive Herangehensweise angewandt. Eine solche qualitative, rekonstruktive Untersuchung verbietet es, den Gegenstand mit bereits im Vorfeld generierten Hypothesen zu untersuchen (Geiger 2016: 69).

Um die Handlungsfähigkeit von MigrantInnen untersuchen zu können, entschied sich der Autor für eine Methodenkombination aus strukturierten Interviews mit ExpertInnen, thematisch fokussierten narrativen Interviews mit MigrantInnen und teilnehmenden Beobachtungen, die im Zeitraum 2013-2014 durchgeführt wurden.

Die Auswahl der InterviewteilnehmerInnen orientierte sich am Ansatz der Grounded Theory und des theoretical samplings (Glaser und Strauss 1967), dem jedoch nicht in jedem einzelnen Schritt strikt gefolgt wurde. Das Konzept der Grounded Theory entstand in Abgrenzung zu einem deduktiven Forschungsmodell und beinhaltet eine induktive Herangehensweise, bei der Erkenntnisse und Hypothesen aus dem empirischen Material gewonnen werden und die sich nicht auf die Überprüfung oder Bestätigung einer Theorie beschränkt (Glaser und Strauss 1967: 26ff.). Die Grounded Theory stellt vielmehr einen induktiven Ansatz der Sozialforschung dar, mit dessen Hilfe

Hypothesen aus den Daten generiert werden. Strauss und Corbin (1990: 24) beschreiben die Grounded Theory als

A qualitative research method that uses a systematic set of procedures to develop an inductively derived grounded theory about a phenomenon.

Chapman (2015: 202) identifiziert das Ziel des Ansatzes der Grounded Theory in der Identifizierung und Verfeinerung wichtiger Themen aus den Interviews.

Glinka (2003: 29) sieht das Ziel des theoretical samplings mit dem Eintritt einer „theoretischen Sättigung“ nach ca. zwischen zwanzig bis vierzig durchgeführten Interviews erfüllt. Hermanns (1992: 116) sieht die „theoretische Sättigung“ als erreicht an, wenn ein angemessenes Abbild der Realität erreicht wurde und kein weiterer Fall mehr zu finden sei, der nicht bereits durch die erschlossene Gruppe abgedeckt worden sei.

Die im letzten Kapitel dargestellten konzeptionellen Überlegungen zur Agency bzw. die hieraus abgeleitete Forschungsfrage nach der Handlungsfähigkeit der MigrantInnen im Umgang mit informellen staatlichen Strukturen schränken damit eine strikte Befolgung des Konzeptes der Grounded Theory ein. Auch die zeitliche Aufteilung des Feldforschungsaufenthaltes in drei Phasen wirkte sich einschränkend auf die Anwendung der Methode aus. Nichtsdestotrotz liegt das Ziel der vorliegenden Arbeit nicht in einer stringenten Überprüfung deduktiver Hypothesen und Theorien, sondern verortet sich vielmehr in der Tradition der induktiven Hypothesengenerierung und der Beschreibung subjektiver Wahrnehmungen. Konkret geht es um die Wahrnehmung der MigrantInnen in Bezug auf ihre Handlungsmöglichkeiten in Interaktion mit informellen staatlichen Strukturen und hierauf einflussnehmender Faktoren.

Neben den auf der Methodik des theoretical samplings basierenden thematisch fokussierten narrativen Interviews mit MigrantInnen wurden in der ersten Feldforschungsphase der vorliegenden Arbeit strukturierte Interviews mit ExpertInnen in Moskau und (teilnehmende) Beobachtungen durchgeführt. Flick (2011: 12) sieht durch die Anwendung unterschiedlicher, miteinander in Verbindung stehender methodologischer Ansätze einen insgesamt höhe-

ren Erkenntnisgewinn gewährleistet. Strukturierte Interviews mit ExpertInnen und (teilnehmende) Beobachtungen ermöglichten dem Autor, ein besseres Verständnis über das Forschungsfeld zu erlangen. Die gewonnenen Erkenntnisse aus den Beobachtungen und teilnehmenden Beobachtungen sowie aus den strukturierten Interviews mit ExpertInnen fanden ihren Eingang in die Ausarbeitung des ersten Fragekatalogs.

Die Analyse der thematisch fokussierten narrativen Interviews mit MigrantInnen wurde mithilfe der thematischen Analyse durchgeführt, die von mehreren AutorInnen für die induktive Kristallisierung von Themen der Interviews empfohlen wird (Braun und Clarke 2006: 77ff.; Chapman 2015: 202-203; Alhojailan 2012: 40; Fereday 2006: 82ff.)

Zugang zum Forschungsfeld und Sampling

Rosenthal (2012: 145) betont den gewinnbringenden Einsatz unterschiedlicher Methoden, um den Besonderheiten des jeweiligen empirischen Feldes gerecht zu werden. Der Autor entschied sich daher für eine Unterteilung der Feldforschung in Moskau in drei Phasen. Moskau wurde als Ort für die Feldforschung aus mehreren Gründen ausgewählt: Zum einen, da die russische Hauptstadt aufgrund ihrer wirtschaftlichen Anziehungskraft viele MigrantInnen anlockt und mit drei internationalen Flughäfen einen Dreh- und Angelpunkt für die meisten ankommenden MigrantInnen aus den Ländern mit visapflichtigen Einreiseregimen darstellt. Zum anderen, weil die meisten Forschungseinrichtungen und NGOs, die sich mit Fragestellungen der MigrantInnen und Migration beschäftigen, in Moskau angesiedelt sind. Zwischen den einzelnen Phasen der Feldforschung lagen zwei bis drei Wochen Unterbrechungen in Deutschland, die der Autor zur Sichtung, Reflexion und Sortierung der Zwischenergebnisse sowie zur Entwicklung und Überarbeitung des Fragebogens nutzte.

Vor bzw. während der ersten Phase recherchierte der Autor geeignete Kontakte vor Ort und kontaktierte ExpertInnen und NGOs. Ein strukturierter Fragebogen für ExpertInneninterviews wurde von dem Autor erstellt. Der Autor kontaktierte die Demografische Fakultät der Moscow School of Economics und bewarb sich erfolgreich für einen Status als Gastwissenschaftler,

der ihm die Anbindung an eine der führenden russischen Universitäten mit-
samt ihrer Bibliothek ermöglichte. Bei der Ankunft in Moskau stellte sich der
Autor bei den führenden russischen WissenschaftlerInnen im Bereich der
Migrationsforschung sowie bei den RechtsanwältInnen und Menschenrecht-
lerInnen, die sich mit dem Thema Migration und MigrantInnen beschäftig-
ten, vor. Es wurden 13 strukturierte ExpertInneninterviews durchgeführt
und ein Netzwerk von Kontakten aufgebaut, das in der zweiten und dritten
Phase der Feldforschung den Zugang zu MigrantInnen, Informationen und
Netzwerken ermöglichte. Bei der Ankunft in Moskau stellte sich der Autor
darüber hinaus bei zwei NGOs, die im Bereich der Menschenrechte und Mig-
rantInnenberatung tätig waren, vor und begann mit seinem über neun Mo-
nate andauernden Freiwilligendienst bei der größten und ältesten Men-
schenrechts-NGO in Russland und Mitglied des Memorial-Netzwerkes. Au-
ßerdem unterstützte der Autor die Arbeit eines kirchlichen Centers für Mig-
rantInnen.

Der Zugang zu InterviewpartnerInnen erwies sich anfangs als sehr schwierig.
Die Sensibilität für das Thema sowie die Angst und das Misstrauen der Mig-
rantInnen, sich interviewen zu lassen, erforderten einen schrittweisen Ver-
trauensaufbau im Rahmen der Freiwilligenarbeit in einer NGO und in einem
kirchlichen Center sowie den Aufbau freundschaftlicher Beziehungen zu den
NGO-MitarbeiterInnen, MenschenrechtlerInnen, DolmetscherInnen und
RechtsanwältInnen. Die Arbeit in Moskau wurde außerdem dadurch er-
schwert, dass der russische Staat nach der Verabschiedung des Gesetzes
über ausländische Agenten die Arbeit der NGO, in der der Autor seinen frei-
willigen Dienst leistete, sehr einschränkte. Der Aufbau eines Netzwerkes mit
Moskauer WissenschaftlerInnen erwies sich in der zweiten und dritten Phase
der Feldforschung als besonders fruchtbar bei der Rekrutierung der Inter-
viewteilnehmerInnen. Der Autor wurde zu mehreren Veranstaltungen einge-
laden, nahm u.a. an einer wissenschaftlichen Untersuchung zum Leben der
MigrantInnen in der Stadt teil und rekrutierte dadurch weitere Teilnehme-
rInnen für die eigene Studie.

Teilnehmende Beobachtungen mit MenschenrechtlerInnen, RechtsanwältIn-
nen und DolmetscherInnen lagen schwerpunktmäßig in der ersten Phase der

Feldforschung und wurden vom Autor im Verlauf des gesamten Feldforschungsaufenthaltes weiter durchgeführt. Die ersten Gespräche und Interviews mit MigrantInnen während dieser Phase dienten der Orientierung im Feld und der Erarbeitung des Fragebogens, der im Verlauf der zweiten Phase weiter ergänzt und verändert wurde. Während der zweiten und der dritten Untersuchungsphase wurden die meisten der thematisch fokussierten narrativen Interviews mit MigrantInnen durchgeführt. Die Auswahl der InterviewteilnehmerInnen geschah fortlaufend während des Forschungsprozesses und diente der Validierung oder Widerlegung gewonnener Erkenntnisse aus den vorigen Interviews und orientierte sich am Prozess des *theoretical sampling*.

Eines der Hauptprobleme bei der Suche nach geeigneten Interviewpartnern stellte die Sprache dar. Viele der MigrantInnen sprachen wenig Russisch oder Englisch. Der Autor nahm in solchen Fällen die Unterstützung von ÜbersetzerInnen in Anspruch, die alle über fließende Russischkenntnisse und aufgrund ihrer Migrationshintergründe ebenso über Kenntnisse in Arabisch, Paschtu, Dari, Französisch sowie über zentralasiatische, ost- und westafrikanische Sprachkenntnisse verfügten. Auf die situativen und erzählgenerierenden Nachfragen konnten die DolmetscherInnen ohne Probleme reagieren, weil sie aufgrund ihrer Tätigkeiten bei den NGOs, in den Kirchengemeinden und als private ÜbersetzerInnen in ihren Freundes- und Familienkreisen über jahrelange Erfahrungen im Dolmetschen von Gesprächen verfügten. Durch ihre tägliche Arbeit und teilweise bestehende private Kontakte zu den InterviewteilnehmerInnen sorgten die ÜbersetzerInnen für zusätzliche Sicherheit und Vertrauen der interviewten Personen zum Autor. Dabei stellte der Autor sicher, dass beim Einsatz der ÜbersetzerInnen im Hinblick auf Vertrauen und Sicherheit der InterviewteilnehmerInnen stets auf mögliche Gender-, ethnische oder linguistische Bias geachtet wurde.

Thielen (2009: 92) weist darauf hin, dass bei MigrantInnen und Flüchtlingen der Einsatz von DolmetscherInnen eine erhöhte Sensibilität erfordere. Daher achtete der Autor ebenso auf die Angemessenheit der Orte für die Interviewdurchführungen. Die Interviews fanden in den Räumlichkeiten der NGOs oder Kirche ebenso wie in Cafés, Restaurants oder anderen öffentli-

chen Plätzen statt, die von den MigrantInnen selbst vorgeschlagen wurden, sowie in den Höfen der Wohnungen oder in den Wohnungen der MigrantInnen selbst. Diese Auswahl sollte für eine zusätzlich entspannte und vertrauensvolle Atmosphäre während der Interviews sorgen.

Das Sampling der Studie bestand aus insgesamt 88 Personen, die alle im arbeitsfähigen Alter von 23 bis 44 Jahren waren. Die ersten dreißig Interviews fanden nicht den Eingang in die Analyse, da sie im Zuge des theoretical samplings dazu genutzt wurden, eine „Theoretische Sättigung“ zu erreichen. Die InterviewteilnehmerInnen kamen aus insgesamt 13 Ländern: Afghanistan, Burkina Faso, Demokratische Republik Kongo, Elfenbeinküste, Guinea, Kamerun, Kirgisistan, Republik Moldau, Nigeria, Philippinen, Sudan, Syrien, Usbekistan. 33 der interviewten Personen waren männlich und 25 interviewte Personen weiblich. Die Rekrutierung der TeilnehmerInnen fand über die vom Autor etablierten Netzwerke mit den WissenschaftlerInnen, NGO-MitarbeiterInnen und DolmetscherInnen sowie über Vermittlung von MenschenrechtsaktivistInnen und durch direkte Ansprache von potentiellen TeilnehmerInnen in den Räumlichkeiten der NGOs, Kirche und darüber hinaus durch Interaktionen des Autors im Moskauer Alltag statt.

Strukturierte Interviews mit ExpertInnen

Die erste Feldforschungsphase wurde vom Autor dazu genutzt, strukturierte Interviews mit Moskauer MigrationsexpertInnen durchzuführen. Das Ziel der strukturierten ExpertInneninterviews lag für den Autor in der Identifizierung interessanter Themengebiete, die in die erste Variante des Fragenkatalogs ihren Eingang fanden. Bei den dreizehn interviewten ExpertInnen handelte es sich um WissenschaftlerInnen, NGO-MitarbeiterInnen, MenschenrechtsaktivistInnen und GewerkschaftlerInnen. Die ExpertInneninterviews wurden in der dritten und vierten Woche der ersten Feldforschungsphase durchgeführt, nachdem der Autor die ersten zwei Wochen seines Freiwilligendienstes bei einer Menschenrechts-NGO und einer Beratungs-NGO für MigrantInnen absolviert hatte. Durch tägliche Anwesenheit bei Beratungsgesprächen in den beiden NGOs sowie durch eigene Gespräche mit MigrantInnen gewann der Autor erste Einsichten in die Probleme und Fragestellungen, mit denen

MigrantInnen sich an die beiden NGOs wandten. Entsprechend konnte ein strukturierter Fragebogen für ExpertInnen entwickelt und mit der Ausarbeitung der ersten Fragen für die thematisch fokussierten narrativen Interviews mit MigrantInnen begonnen werden.

Das strukturierte Interview behandelte mehrere Themengebiete: allgemeine Fragen zum Migrationsgeschehen in Russland in den letzten zehn Jahren und der Regulierung der Migration, Fragen zum Gender, der ethnischen Zugehörigkeit und den Herkunftsländern der MigrantInnen, ihrem Alter und russischen Sprachkenntnissen sowie Fragen zu ihrer Wohnsituation, ihren Netzwerken, Arbeitsplätzen und Arbeitszeiten, Einkünften und Problemen, mit denen sie sich in Moskau konfrontiert sähen. Der Autor bat die von ihm interviewten ExpertInnen entsprechend, ihm einige Problembereiche zu nennen, mit denen MigrantInnen aus ihrer Sicht in Moskau konfrontiert würden. Diese sollten nach ihrer Bedeutung aus der Sicht der jeweiligen ExpertIn auf einer Skala von 1 bis 10 gewichtet werden, wobei 1 für das geringste und 10 für das bedeutsamste Problem stand.

Im letzten Abschnitt der mit den ExpertInnen geführten strukturierten Interviews wurde auf formelle und informelle Rahmenbedingungen sowie auf informelle staatliche Strukturen und ihre Bedeutung für das Leben und die Adaptation von MigrantInnen in Russland eingegangen. Der Autor bat die ExpertInnen, ihm zunächst möglichst detailliert die notwendigen formellen Schritte der MigrantInnen zur der Sicherung ihres Aufenthaltes nach der Ankunft in Russland zu schildern. Im nächsten Schritt wurden die ExpertInnen auf die vielen informellen Angebote von Vermittlungsfirmen (s. Kapitel 4.3) angesprochen und nach ihrer Beschreibung der Arbeit der informellen staatlichen Strukturen und Netzwerke sowie ihrer Einschätzung der Bedeutung selbiger im Leben der MigrantInnen gefragt. Im letzten Schritt wurden die ExpertInnen gebeten, die Bedeutung von Korruption und Gelderpressung seitens der BeamtenInnen der Rechtsschutzorgane im Leben eines Migranten oder einer Migrantin zu kommentieren und auf Schutzmöglichkeiten gegenüber Willkür von BeamtenInnen einzugehen.

Die Auswertung der ExpertInneninterviews half dem Autor, ein besseres Verständnis über das Feld zu gewinnen und wurde von ihm zur Ausarbeitung des Fragebogens für die thematisch fokussierten narrativen Interviews mit MigrantInnen genutzt. Des Weiteren initiierte der Autor damit erste Kontakte im Feld und nutzte diese Möglichkeit zum Aufbau eines Netzwerks, das für die spätere Rekrutierung von InterviewteilnehmerInnen von Bedeutung war. Die Kontakte zu WissenschaftlerInnen, MenschenrechtsaktivistInnen und MitarbeiterInnen der NGOs erwiesen sich wie oben dargestellt bei der Rekrutierung und dem Vertrauensaufbau zu MigrantInnen als zentral.

Thematisch fokussierte narrative Interviews mit MigrantInnen

Das Feld der Handlungsfähigkeit von MigrantInnen in Ländern mit weit verbreiteten informellen staatlichen Strukturen ist relativ unerforscht. Das Ziel der Studie lag daher in der Untersuchung von Handlungsmöglichkeiten von MigrantInnen im Zusammenhang mit strukturierenden Kontexten des informellen Staates in Russland. Als Ergebnis der Analyse sollten zentrale Dimensionen der Handlungsfähigkeit der MigrantInnen aufgezeigt und mögliche hierauf Einfluss nehmende Faktoren beschrieben werden.

Bei der Bestimmung der Interviewmethode war daher ein explorativer Zugang entscheidend. Bei der Ausgestaltung des Fragebogens achtete der Autor darauf, dass die Fragen möglichst offen und ohne konkrete Hypothesen über die Handlungsfähigkeit der untersuchten Personen gestellt wurden, um eine enge Interviewführung zu vermeiden.

Die thematisch fokussierten narrativen Interviews mit MigrantInnen boten dabei die nötige Flexibilität bei der Ausgestaltung des jeweiligen Interviews aufgrund des offenen Erzählflusses der Befragten und der themenfokussierten Fragestellungen des Autors. Die Themengebiete des erstellten Fragebogens dienten dabei lediglich als Orientierung entlang der Erzählweise der InterviewteilnehmerInnen und konnten je nach Interviewsituation flexibel ausgetauscht bzw. bei Bedarf ausgelassen werden, sollten die interviewten Personen die in ihren Erzählungen enthaltenen Themengebiete bereits angesprochen haben oder in ihrem Erzählfluss neue Themen nennen.

Der offene Erzählfluss sollte den individuellen Relevanzsystemen der Befragten genügend Raum bieten, um neue Erkenntnisse und weiterführende Forschungsfragen zu generieren (Bohnsack 2014: 20, Rosenthal 2008: 53ff.). Die Wahrnehmung der Handlungsfähigkeit und diese beeinflussende Faktoren können nur durch einen Einblick in erlebte Erfahrungen und deren Deutungen durch die Erzählenden rekonstruiert werden (Thielen 2009: 84). Der Autor versuchte, seinen Einfluss so gering wie möglich zu halten, um die subjektive Deutung der Erzählenden möglichst wenig zu beeinflussen. Die MigrantInnen sollten dabei nur etwas berichten, was sie persönlich für erzählenswert und wichtig empfanden bzw. dem Autor schildern wollten.

Zu Beginn des Interviews wurde daher eine Eingangsfrage gestellt, die MigrantInnen einen offenen Raum geben sollte, über ihre subjektiven Hoffnungen sowie ersten Eindrücke und Erfahrungen in Moskau zu berichten. Die Frage lautete:

Erzählen Sie mir bitte möglichst detailliert über Ihren ersten Tag und Ihre erste Zeit in Moskau. Wie kamen Sie hierher nach Russland und nach Moskau? Erzählen Sie mir, welche Eindrücke und Erwartungen Sie in der ersten Zeit nach der Ankunft hatten?

Im Anschluss folgte eine Frage, die die subjektive Meinung der MigrantInnen hinsichtlich Erfüllung oder nicht Erfüllung ihrer Erwartungen und Ziele erfasste. Anschließend wurden thematische Nachfragen gestellt, die sich flexibel an der Erzählweise der InterviewteilnehmerInnen orientierten und sich schwerpunktmäßig um folgende Themengebiete drehten: *um den Alltag und die sozialen Netzwerke der untersuchten MigrantInnen in Moskau, ihre Wahrnehmung eigener Probleme in der Stadt und ihre subjektive Handlungsstrategien, um Fragen zum Erwerb von Dokumenten, zur Wohnungs- und Arbeitssuche sowie rund um die Wohnungen und das Zusammenleben mit MitbewohnerInnen bzw. um Arbeitsbedingungen von MigrantInnen und ihren Interaktionen mit den BeamtenInnen der Rechtsschutzorgane.*

Diese thematischen, erzählexternen Fragen waren flexibel an die erzählin-
ternen Abschnitte der Interviews gebunden, so dass sich die Prioritäten der

einzelnen Themenkomplexe subjektiv von InterviewpartnerIn zu InterviewpartnerIn änderten.

Beobachtungen und teilnehmende Beobachtungen

Neben den strukturierten Interviews mit ExpertInnen und den thematisch fokussierten narrativen Interviews mit MigrantInnen wurden insbesondere in der ersten Feldforschungsphase Beobachtungen und teilnehmende Beobachtungen im Bereich des informellen Handels mit formellen und gefälschten Dokumenten durchgeführt.

Friedrichs (1982) unterscheidet insgesamt fünf Dimensionen von Beobachtungsverfahren: verdeckte – offene, nicht teilnehmende – teilnehmende, systematische – unsystematische, natürliche – künstliche sowie selbst und fremde. Die teilnehmende Beobachtung stellt dabei die am weitesten verbreitete Variante dar und verläuft in der Regel in natürlicher Umgebung und als Fremdbeobachtung (Helmar 2005: 171).

Der Autor entschied sich bei seinen dreitägigen Beobachtungen und teilnehmenden Beobachtungen am Kasaner Bahnhof und der angrenzenden Metrostation Komsomol'skaya für eine Kombination aus verdeckter und offener Fremdbeobachtung, die in den ersten beiden Tagen nicht teilnehmend und am dritten Tag teilnehmend in natürlicher Umgebung stattfand. Im Fokus der (teilnehmenden) Beobachtung stand dabei das Handeln und Interagieren der VerkäuferInnen von gefälschten Dokumenten und der MigrantInnen, die diese Dokumente erwarben, wie in Kapitel 4.3 näher erläutert wird.

Der Autor entschloss sich für das Instrument der teilnehmenden Beobachtung und folgte dabei der Definition von Flick (2002: 40), der die teilnehmende Beobachtung folgendermaßen beschrieb:

Teilnehmende Beobachtung will ihren Untersuchungsgegenstand von innen heraus verstehen. Mit ihrer Hilfe können subjektive Sichtweisen, die Abläufe sozialer Prozesse oder die kulturellen und sozialen Regeln, die diese Prozesse prägen, verstanden werden.

Die Entscheidung, den methodologischen Zugang der teilnehmenden Beobachtung zu wählen, basierte auf der Annahme, hierdurch ein besseres

Verständnis für die Strukturen und das Funktionieren des informellen Staates gewinnen zu können.

Datenauswertung

Die Daten für die Studie wurden – wie oben beschrieben – durch strukturierte Interviews mit ExpertInnen, thematisch fokussierte narrative Interviews mit MigrantInnen und durch (teilnehmende) Beobachtungen des Autors gewonnen.

Die Interviews wurden in Abhängigkeit von Sprachkenntnissen der InterviewteilnehmerInnen mit oder ohne die Einbeziehung von DolmetscherInnen geführt und mit einem Audioaufnahmegerät aufgenommen. Bei der Transkription der Interviews wurde auf den genauen Wortlaut, die Art und Weise des Sprechens sowie parasprachliche Elemente wie z. B. Räuspern oder Lachen geachtet. Alle Angaben in den Interviews, die Rückschlüsse auf die interviewten Personen geben konnten, wurden anonymisiert, alle interviewten Personen erhielten Pseudonyme. Die teilnehmende Beobachtung wurde in Feldnotizen, Beobachtungsprotokollen und mithilfe von Fotos festgehalten.

Die Auswertung der thematisch fokussierten narrativen Interviews zielte darauf ab, die Ausprägung der Handlungsfähigkeit von MigrantInnen und diese einschränkenden oder befördernden Faktoren in unterschiedlichen Kontexten herauszuarbeiten. Die Auswertung der thematisch fokussierten narrativen Interviews orientierte sich an den Schritten der von Braun und Clarke (2006) entwickelten Thematic analysis und wurde mithilfe von MAXQDA durchgeführt.

Nach der Transkription der Interviews wurden durch wiederholtes Lesen und wiederholter Analyse die darin auftretenden Muster identifiziert. Im zweiten Schritt wurden Anfangscodes mithilfe Dokumentierung von Verhaltensmustern generiert. Mit fortschreitender Kodierung der transkribierten Interviews überprüfte und verfeinerte der Autor wiederholt die Kategorien und Codes. Signifikante Themen wurden dabei sowohl durch die Häufigkeit des Auftretens eines Codes als auch durch relevante Aussagen in Bezug auf die Forschungsfragen identifiziert. Im nächsten Schritt wurden zunächst die erstell-

ten Codes abschließend überprüft und in eine Liste latenter Themen, die die Interviewdaten genau verbildlichten, zusammengefasst und kategorisiert. In der vierten Analysephase überprüfte der Autor die anfänglichen Themen hinsichtlich ihrer Kohärenz zu den Interviewdaten, fasste bei Überschneidungen einige Themen zusammen oder teilte sie in mehrere einzelne auf und entwickelte weitere Themen, um eine detailliertere und bessere Abbildung der Interviewdaten zu erreichen. Im letzten Schritt der Analyse wurde jedes Thema vom Autor dahingehend definiert, welchen Aspekt der Daten dieses abbildete und inwiefern es zum Verständnis der Interviewdaten beitrug, bevor mit dem eigentlichen Verfassen der Analyseergebnisse begonnen wurde.

Methodologische Reflexion

Aigen (1995: 296) beschreibt qualitative Forschungsergebnisse als Reflexionen der Werte, Emotionen, Fähigkeiten und Erfahrungen von ForscherInnen. Die Kritik an der Analysemethode in Verbindung mit der Thematic analysis und der Grounded Theory weist daher häufig auf die Gefahr der subjektiven Sichtweise der ForscherInnen bei der Analyse der gesammelten Daten hin. Eine qualitative Datenerhebung erfordert daher eine sorgfältige Planung und Ausführung, um Konsistenz und Objektivität zu gewährleisten. Dem wurde mithilfe des Freiwilligendienstes des Autors in NGOs, der Durchführung von Pilotinterviews und einer stringenten Einhaltung der Datenerhebungs- und Datenauswertungsmethodik Rechnung getragen.

Strauss und Corbin (1990: 42-43) konstatierten, dass sowohl qualitative als auch quantitative Forschung immer ein Element der Subjektivität beinhalte. ForscherInnen seien angehalten, sich dieser Tatsache stets bewusst zu sein und diese Effekte durch angemessene Maßnahmen zu minimieren.

Die Ergebnisse der vorliegenden Studie sind aufgrund des erschwerten Feldzugangs und weniger Vorarbeiten als erste Erkenntnisse in dem weiter zu erforschenden Gebiet der Agency von MigrantInnen im systemischen Rahmen informeller staatlicher Strukturen anzusehen. Der Autor erkennt an, dass beim Sampling der Arbeit die Gefahr eines Bias besteht. Durch die Besonderheit des Zugangs über NGOs, WissenschaftlerInnen, die Kirchengemeinde und MenschenrechtlerInnen bietet das Sampling ausschließlich Ein-

sichten von einer bestimmten Alterskohorte von MigrantInnen im arbeitsfähigen Alter und schließt andere aus. Außerdem sind im Sampling nur Interviewdaten von Personen enthalten, die der Autor durch die Besonderheit seines Zuganges zu InterviewpartnerInnen erreichen konnte. Die Gefahr besteht dabei, dass Personen, die zurückgezogen lebten und keinen Zugang zu den gleichen Netzwerken und Gegenden wie der Autor hatten, keinen Eingang in das Sampling fanden und hierdurch die Abbildung der Handlungsfähigkeit in der Studie verzerrt wird. Dieser Problematik wurde durch die verschiedenen Lokalitäten und Zugänge zur Rekrutierung der InterviewteilnehmerInnen Rechnung getragen und versucht, Personen in unterschiedlichsten Lebens- und Arbeitssituationen zu erreichen. Ebenso birgt der Einsatz von ÜbersetzerInnen die Gefahr entgangener Informationen oder Nuancen der geschilderten subjektiven Wahrnehmung der MigrantInnen ihrer Handlungsfähigkeit im Umgang mit den unterschiedlichen Problembereichen ihres Lebens in Moskau. Rosenthal (2012: 146-147) führt jedoch an, die Arbeit mit ÜbersetzerInnen habe generell ebenso Vorteile, da „damit die Orientierung am fremdsprachigen Interviewer mit einer Orientierung am Übersetzer alternieren und gegebenenfalls zu unterschiedlichen Selbstdarstellung führen kann“. Des Weiteren ist bei der Analyse der Interviews mit den MigrantInnen zu beachten, dass es sich um subjektive Schilderungen der InterviewteilnehmerInnen ihrer Handlungsfähigkeit in Interaktion mit den informellen staatlichen Strukturen handelt, ein Bias der Interpretation und möglichen Verzerrung der Wahrnehmung der eigenen Handlungsoptionen durch die Erzählenden also zu bedenken ist.

4. Formeller und informeller Staat in Russland

In den folgenden Abschnitten wird auf die Struktur und Funktionsweisen des informellen Staates eingegangen. Das erste Unterkapitel enthält eine Erörterung der wissenschaftlichen Literatur zu Definitionen und Grundzügen des informellen Staates im Kontext der Transformations-, Entwicklungs- und Schwellenländer. Es wird eine Definition des informellen Staates vorgenommen und anschließend das Ausmaß und die Verbreitung informeller staatlicher Strukturen anhand der Literatur zur Korruption in Russland demonstriert.

Im zweiten Unterkapitel werden die Abhängigkeit und die Inkonsequenz der russischen Migrationspolitik gezeigt. Hier wird der föderale Migrationsdienst, der immer mehr die Züge einer Sicherheitsbehörde annimmt und direkt dem Präsidenten unterstellt ist, beschrieben. Somit wird die russische Migrationspolitik zum Unterpfand von Interessen der herrschenden Elite und MigrantInnen zu Leidtragenden der gegenwärtigen politischen Instrumentalisierung, allen voran in den Zeiten des Wahlkampfes und schlechter Umfrageergebnisse. Fremdenfeindliche Aussagen von Politikern, steigende Fremdenfeindlichkeit bzw. Ressentiments gegen MigrantInnen in der Bevölkerung und stetige Verschärfungen der Migrationsgesetzgebung seit 2008 bekommen MigrantInnen insbesondere bei der Arbeitssuche, Erlangung von Dokumenten und auf dem Moskauer Wohnungsmarkt zu spüren. Das Kapitel demonstriert weiterhin, wie medienwirksame Inszenierungen des „Kampfes gegen illegale Migration“, ständige Sonderoperationen der Polizei und des FMS sowie Verschärfungen von Migrationsgesetzen und eine Verringerung der Quote für Arbeitserlaubnisse die Rahmenbedingungen für das Leben von MigrantInnen in Moskau im Jahr 2013 bildeten.

Das letzte Unterkapitel beantwortet die Frage der Sichtbarkeit des informellen Staates im Migrationsprozess. Anhand von Beispielen wird seine Nutzung des öffentlichen Raumes demonstriert und seine visuell wahrnehmbare Adaptation hinsichtlich Veränderungen in der Gesetzgebung und der Zusammensetzung von Migrationsströmen explizit analysiert. Weiterhin werden empirische Feldforschungserkenntnisse zu den Strukturen des formellen und informellen Staates dargestellt; aufgezeigt wird dabei, inwieweit sich ei-

ne untrennbare Symbiose zwischen formellen und informellen Bereichen des Staates etablieren konnte.

4.1 Grundzüge des formellen und informellen Staates

Der Begriff Informalität wird in der wissenschaftlichen Literatur im Rahmen der Analyse staatlicher Strukturen oft unterschiedlich verwendet. Aufgrund von unterschiedlichen Formen informeller Strukturen und Institutionen existiert bis heute keine präzise und einheitliche Definition des informellen Staates. Entsprechend unterscheiden sich wissenschaftliche Arbeiten in ihren Ansätzen bei der Erforschung des informellen Staates.

Ein Strang wissenschaftlicher Literatur untersucht Institutionen des informellen Staates. Helmke und Levitsky (2004: 728-729) unterscheiden in ihrer Arbeit insgesamt vier Typen informeller Institutionen: komplementäre, ersetzende, sich anpassende und konkurrierende. Im Rahmen der vorliegenden Arbeit bietet der konkurrierende Typ informeller Institutionen einen guten Erklärungsansatz für Gesellschaften, in denen formelle Vorschriften und Gesetze nicht systematisch durchgesetzt werden und den Akteuren die Möglichkeit eingeräumt wird, diese entweder zu ignorieren oder sogar zu brechen. Konkurrierende informelle Institutionen schaffen dabei Handlungsanreize für Akteure, die mit formellen Vorschriften und Normen unvereinbar sind. – Um einer Regel zu folgen, muss der Akteur nämlich unweigerlich eine andere brechen. Klientelismus, Patrimonialismus, Clan-Politik und Korruption gehören für die beiden Autoren zu den bekanntesten Beispielen konkurrierender informeller Institutionen (Ebd. 729).

Gel'man (2012: 297) spricht in seiner Arbeit zu subversiven Institutionen in Russland von einer Symbiose formeller und informeller Institutionen:

under the surface of a formal shell of democracy and the rule of law, the institutional core is informally subverted from inside or even transformed into completely different “rules of the game”.

Weitere Autoren liefern Hinweise auf das Phänomen der funktionierenden Doppelstruktur formeller und informeller staatlicher Strukturen (Innes 2014: 88, Duvanova 2014: 307-308, Blackburn et al. 2009: 808, Luo 2008: 192, Darden 2008: 54, Seligson 2006: 399-402, Rasanayagam 2011: 682ff.).

Bei der Definition des informellen Staates wird die Arbeit von Khisa (2013: 191-192) berücksichtigt, der den informellen Staat folgendermaßen definiert:

A distinct mode of organising and broadcasting power that simultaneously centralises and fragments the state system. The 'informal state' is manifest in the construction of structures parallel to the legal and constitutional ones. [...] the 'informal state' system reproduces its survival and legitimates its rule through maintaining aspects of legal-rational state structures, ceding power to varied constituencies as well as expanding the patronage network through the creation of numerous agencies.

In der vorliegenden Arbeit wird ein informeller Staat als ein *System hybrider Strukturen und Netzwerke definiert, die symbiotisch mit formellen staatlichen Strukturen verwoben sind, um eine illegale Bereicherung der Mitglieder durch Korruption, Willkür, Erpressung und irregulären Handel mit regulären Dokumenten zu gewährleisten.*

Ein Indiz für ausgeprägte informelle staatliche Strukturen findet die wissenschaftliche Literatur bei der Untersuchung von Informalität und Korruption, die für BürgerInnen und MigrantInnen in bestimmten Konstellationen sogar eine verlässliche Konstante und ermöglichende Struktur darstellt, die ihnen die Möglichkeit „to get things done“ (Luo 2008: 192) bietet. Beispiele zu informellen staatlichen Strukturen finden sich im Kontext der Entwicklungs-, Schwellen- und Transformationsländer daher tradiert auf dem Gebiet der Korruptionsforschung.

McCann (2000: 10) argumentiert bei der Analyse seiner Studienergebnisse aus der russischen autonomen Republik Tatarstan

The 'shadow' is a false metaphor, as there is nothing formal large enough to cast a shadow. The shadow is far larger than the object casting it.

Gupta (1995: 376) bewegt sich in seiner Analyse von Korruptionsdiskursen und der politischen Kultur in Indien bewusst weg von der vorherrschenden Bedeutung von Korruption als einem dysfunktionalen Aspekt staatlicher Organisationen, hin zu einem Mechanismus, durch den der "Staat" selbst diskursiv konstituiert wird.

Stefes (2008: 74) vertritt in seiner vergleichenden Analyse der Situation in Armenien und Georgien die Meinung, Korruption sei in vielen Fällen systemischer Natur. Er führt weiterhin aus:

Under conditions of systemic corruption, corrupt activities are the norm rather than the exception
(Stefes 2008: 75).

Sein Vergleich der Korruption in zwei Ländern der ehemaligen Sowjetunion verdeutlicht: Informalität und informeller Staat führen nicht unbedingt ein Schattendasein – in vielen Fällen haben sie sogar eine systemdefinierende und systemerhaltende Rolle inne.

Insgesamt werden zwei Ausprägungen der Korruption unterschieden: die marktförmige und die parochiale (Stykow 2004: 249, 253, Kingston 2004: 1, Heidenheimer 2006: 494). Die Grenzen zwischen den beiden Ausprägungen der Korruption in den Staatsstrukturen verblassten jedoch zunehmend, so dass selbst die traditionellen Formen informeller Strukturen und Netzwerke, wie Guanxi und Blat ausführen, mittlerweile eine zunehmende Monetarisierung erführen (McCann 2000: 20, Luo 2008: 189).

Karklin (2005: 25) identifiziert drei Typen korrupter Handlungen in post-kommunistischen Gesellschaften: alltägliche Interaktion zwischen den Beamten und Bürgern, Interaktion innerhalb öffentlicher Institutionen und Einflussnahme über politische Institutionen. Insbesondere der erste Typ ist für die vorliegende Arbeit von Bedeutung. Karklin (2005: 25) gliedert diesen Typus dabei in sechs Unterpunkte:

1. Bestechung von Amtsträgern, um die Vorschriften zu umgehen
2. Organisierte Erpressung durch eine Gruppe von Amtsträgern
3. Übertriebene Regulierung durch BeamtenInnen mit dem Ziel, mehr und höhere Schmiergeldzahlungen zu erhalten
4. Erpressung von Gefälligkeiten und finanziellen Mitteln von den Untergebenen oder Bewerbern
5. Staatsvereinnahmung durch private Interessen und de facto Machtübernahme über die staatlichen Institutionen sowie Herausbildung geheimer Machtnetzwerke zur Partizipation in korrupten Handlungen

6. Ausbeutung öffentlicher Institutionen für die eigene Selbstbereicherung und die Bereicherung des eigenen Netzwerkes

Ein Großteil der Literatur zu informellen Institutionen, Strukturen sowie Korruption und Schattenwirtschaft basiert auf Erfahrungen in den Transformationsländern in Mittel- und Osteuropa. Die Literatur zu Informalität und Korruption in Russland weist dabei viele Veröffentlichungen auf. Einige Autoren (Remington 1997: 110, Shelley 2001: 245, 249, 252) konstatieren im Russland der 1990er Jahre ein Anwachsen von Kriminalität und Korruption in den staatlichen Strukturen. Finckenauer und Voronin (2001: 5) bezeichnen die Situation in Russland als eine historische Symbiose des organisierten Verbrechens mit dem Staat. Das organisierte Verbrechen sei zu einem unabdingbaren Teil des Staates geworden und:

it has become an engine of the state that works at all levels of the Russian government.

Die Korruption in Russland galt zum Ende der Regierungszeit Jelzins als bereits institutionalisiert. Moskau wurde dabei als am meisten kriminalisierte und durch Korruption geprägte Stadt Russlands bezeichnet (Brie 1997: 607-608). Harding (2012) nannte Russland einen Mafiastaat. Ebenso sprach der spanische Staatsanwalt José Grinda, der sich seit Jahren mit dem russischen organisierten Verbrechen in Spanien beschäftigt, von Russland als einem Mafiastaat, in dem

one cannot differentiate between the activities of the government and OC (organised crime) groups
(The Guardian, 08.02.10).

Die Verbindung des organisierten Verbrechens mit staatlichen Organen sei in Russland nicht neu. Doch im Vergleich zu den 1990er Jahren, als diese informellen Strukturen und Netzwerke aufgrund der schwachen Staatlichkeit entstanden seien, existierten sie heute im Rahmen der streng konsolidierten Machtvertikale des Staates (Knabe 1998: 10-13).

Die Entstehung der Machtvertikale nahm ihren Anfang nach dem Rücktritt Jelzins Ende 1999. Der neue Präsident Putin zeigte seit seinem Amtsantritt 2000 einen enormen Tatendrang bei der Konsolidierung der Macht, Erweite-

rung der eigenen Befugnisse und der Zurückdrängung des Einflusses von Oligarchen. Sein Projekt des Aufbaus der Machtvertikale habe die Konsolidierung der staatlichen Macht durch die Stärkung der präsidentialen Institution vorgesehen (Nisnewitsch 2009: 10). Die Machtvertikale sollte dabei alle Machtbereiche des Staates vertikal und horizontal bis auf die kommunale Ebene durchdringen und darüber hinaus auch für den protektionistisch nomenklatorischen Mechanismus der Besetzung öffentlicher Ämter stehen (Ebd.: 10). Für Nisnewitsch (2010: 6) basierten dabei die Ernennungen auf Positionen im Staatsapparat nicht auf der Grundlage von Berufsqualifikationen, sondern vor allem auf persönlicher Loyalität zu einer der herrschenden politischen und wirtschaftlichen Gruppierungen.

Eine besondere Rolle im System der Machtvertikale sei den Mitgliedern der Sicherheitskreise zugekommen, den sogenannten Silowiki (Nisnewitsch 2009: 10). Sie unterstanden unmittelbar dem Präsidenten und besetzten die Schlüsselpositionen im Staat, um die Stabilität der Machtvertikale zu gewährleisten. Im Vergleich zu 1993 wuchs dabei die Anzahl der „Bürger in Uniform“ in der Regierung von 11,2 % auf 25,1 % (Nisnewitsch 2010: 7) und

Korruption in all ihren Erscheinungsformen habe dabei die Machtvertikale von oben bis unten befallen¹

(Nisnewitsch 2010: 16).

Die Kette der Bestechung reiche bis an die Spitze des Kremls hinauf (Harding 2012: 40). Barsukowa (2008: 45) bescheinigt Russland sogar die Herausbildung einer Korruptionspyramide:

Ein gewöhnlicher Steuerinspektor hat natürlich seinen „Lehen“ innerhalb seiner kontrollierten Objekte, er behält jedoch nicht die gesamte „Besteuerung“ der Schattengeschäfte persönlich. Ein signifikanter Anteil geht nach Oben. In den höheren Etagen werden größere Angelegenheiten gelöst und der Preis für Anfragen steigt. Und wieder teilt man mit den oberen Etagen. Alle Ebenen der Machthierarchie tragen zu diesem Fluss bei. So wird eine Korruptionspyramide gebildet.²

¹ Коррупция во всех ее проявлениях, поразившая всю «вертикаль власти» снизу доверху

² Рядовой налоговый инспектор, конечно, "кормится" от контролируемых им объектов, но далеко не все "откупные" теневого бизнеса достаются ему лично. Значительная доля уходит вверх. На более высоких этажах решаются более серьезные проблемы бизнеса, и, соответственно, цена вопроса растет. И опять-таки происходит дележ с верхом. Все

Jeder der Beteiligten wisse, dass sein Platz im System von einer strikten Aufrechterhaltung der festen Ordnung abhängt und das Weiterreichen von Schutzgeldern entlang der Machtvertikale ein fester Bestand der eigenen Mitgliedschaft in dieser Machtvertikale sei (Barsukowa 2008: 45).

Die Ergebnisse der Studie „Die Natur und Strukturen der Korruption in Russland“ demonstrierten, dass die Korruption in Russland institutionalisiert und massenhaft sei, bis in die Spitzen der Macht reiche und nicht bekämpft werde (InOP 2006). Die Rechtsprechungspraxis in Bezug auf Artikel 290 und 291 (aktive Bestechung) des russischen Strafgesetzbuches finde lediglich bei einer alltäglichen Korruption mit geringen Summen statt (InOP 2006: 4).

Die Stiftung Indem führte 1999-2001 und 2005 zwei repräsentative Studien zum Thema Korruption unter den russischen Bürgern und Unternehmen durch. Die Ergebnisse der Studie von 1999-2001 veranschaulichen die Größe des Korruptionsmarktes am Ende der Regierungsjahre Jelzins. Umgerechnet seien rund 36,5 Milliarden US-Dollar jährlich für Korruption aufgewendet worden (Indem 2001). 2005 konnte eine Erhöhung der durchschnittlichen Bestechungssumme auf mehr als das 13-fache festgestellt werden. Das Korruptionsvolumen erreichte 2005 dabei eine Größenordnung von umgerechnet rund 316 Milliarden US-Dollar (Indem 2005).

Die allrussische gesellschaftliche Antikorruptionsberatungsstelle „Saubere Hände“ spricht in ihrem Jahresbericht 2013-2014 von einem durchschnittlichen Bestechungsgeld in Höhe von rund 5.600 US Dollar, was gegenüber dem Jahr 2008 eine 27,3-fache Erhöhung darstelle (Saubere Hände 2014).

Korruption sei laut den Ergebnissen der InOP-Studie (2006: 5-6) am weitesten in den Regionen mit dem größten wirtschaftlichen Potential verbreitet und das Niveau der Korruption sei in den Bereichen am höchsten, in denen der Staat die Kontrollfunktionen ausübe (InOP 2006: 5-6).

Der ermordete russische Oppositionspolitiker Boris Nemzov (2009: 8, 43) bescheinigt im Bericht zur Bilanz der Regierungsjahre des Moskauer Ober-

уровни властной иерархии вносят свой вклад в этот поток. Так формируется коррупционная пирамида.

bürgermeisters Yuri Luzhkov, staatliche Kontrollorgane seien im höchsten Maße korrupt.

Ebenso im Jahresbericht der Antikorruptionsberatungsstelle „Saubere Hände“ führt Moskau mit großem Abstand die Statistik der registrierten Korruptionsdelikte an (Saubere Hände 2014: 26). Die am stärksten von der Korruption betroffenen Behörden seien dabei das Justizwesen, die Polizei, die Staatsanwaltschaft, die Ermittlungsbehörden sowie regionale Behörden und die lokale Selbstverwaltung (Saubere Hände 2014: 27).

Russland hat bis heute den Artikel 20 der United Nations Convention against Corruption über die rechtswidrige Bereicherung der Regierungsbeamten nicht ratifiziert. Den Daten der Transparency International zufolge belegte Russland 2013 beim Corruption Perception Index den letzten Platz unter allen G-20 Ländern (TI 2013). Die Wahrnehmung einer tiefen Verwurzelung der Korruption in der Gesellschaft spiegelte sich ebenso in mehreren repräsentativen Umfragen der Bevölkerung wider (Levada 2012, FOM 2012).

Informelle staatliche Strukturen und Korruption können in Russland als allgegenwärtig bezeichnet werden. Sie bilden dabei eine symbiotische Verbindung mit formellen staatlichen Strukturen auf und setzen die Rahmenbedingungen für Handlungen sowohl von BürgerInnen als auch MigrantInnen.

4.2 Russische Migrationspolitik und die Entwicklung internationaler Migration nach Russland

Wie im letzten Kapitel gezeigt, ermöglichte die Struktur der Machtvertikale den BeamtInnen, sich auf Kosten von MigrantInnen zu bereichern. Im Gegenzug wurde von den BeamtInnen absolute Loyalität gegenüber dem System erwartet. Die Migrationspolitik in Russland folgte den politischen Interessen der herrschenden politischen Klasse, war seit 2000 dem Präsidenten direkt unterstellt und nahm seit dieser Zeit immer deutlichere Züge einer Sicherheitsbehörde an. Die periodischen Restriktionswellen der Migrationspolitik sowie eine migrantenfeindliche Rhetorik russischer PolitikerInnen dienten einer medienwirksamen Selbstdarstellung der politischen Herrschaftsklasse als Kämpfer gegen „illegale Migration“, wie das vorliegende Kapitel demonstrieren wird. Weiterhin wird gezeigt, wie die Restriktion der Migrationsgesetze und die migrantenfeindliche Rhetorik zur Wahlkampfunterstützung von Kandidaten der Regierungspartei die Rahmenbedingungen des Lebens für MigrantInnen 2013 bestimmten.

Restriktive Politik Anfang 2000

Nach dem Zerfall der Sowjetunion stand Russland Anfang der 1990er Jahre vor der Aufgabe, Millionen Flüchtlinge aus den ehemaligen Sowjetrepubliken aufzunehmen (Light 2017: 1). Zu diesem Zweck wurde durch den Ukas N 626 des Präsidenten vom 14.06.1992 der Föderale Migrationsdienst (FMS-federal'naya migratsionnaya sluzhba) ins Leben gerufen. Während der FMS sich in erster Linie dem Problem der Flüchtlingsaufnahme widmete, wurden andere Formen der Migration wie bspw. Arbeitsmigration oder Studentemigration bis in die späten 1990er Jahre weiterhin durch die sowjetischen Gesetze geregelt. Die Auslegung der Immigrations- und Emigrationspolitik war in dieser Zeit sehr liberal.

Nach den Präsidentschaftswahlen am 26.03.2000 kam es zu einer Reorganisation der Regierung und dem Verlust der Eigenständigkeit des FMS. Der Föderale Migrationsdienst wurde durch drei Ukase³ des Präsidenten unmit-

³ Ukas des Präsidenten der Russischen Föderation vom 16.10.2001 N 1230 „Die Strukturfragen der föderalen Exekutivorgane“; Ukas des Präsidenten der Russischen Föderation vom 23.02.2002 N 232 „Über die Weiterentwicklung der Staatsverwaltung auf dem Gebiet der

telbar dem Innenministerium (MVD Ministerstvo Vnutrennih Del) und somit auch dem Präsidenten direkt unterstellt. Dadurch nahm die Arbeit des FMS seit dieser Zeit verstärkt die Züge einer Sicherheitsbehörde in der neuen präsidentialen Machtvertikale an und die russische Migrationspolitik war eng mit der persönlichen Haltung des Präsidenten zum Thema verbunden. Ivakhnyuk (2009: 37) führt hierzu aus, dass die zunehmende Irregularität von MigrantInnen in dieser Zeit zum nationalen Sicherheitsproblem deklariert und internationale Migration in ein negatives Licht gerückt worden sei.

In diesem zunehmend restriktiven Umfeld wurde am 25.07.2002 das föderale Gesetz „Über die Rechtslage der ausländischen Bürger in der Russischen Föderation“ verabschiedet. Es zielte in erster Linie auf die Kontrolle der Migration ab und führte zusätzliche Hürden für den regulären Aufenthalt der MigrantInnen ein. Das Gesetz verpflichtete erstmals alle ausländischen BürgerInnen, sich innerhalb von drei Tagen nach der Ankunft am Wohnsitz anzumelden. Dabei konnte die Anmeldung nur dann vorgenommen werden, wenn alle Bewohner und die Eigentümer des Wohnraums bei der Polizei erschienen und sich mit der Anmeldung neuer Bewohner einverstanden erklärten. Diese Regelung wurde seit Inkrafttreten des Gesetzes zum Stolperstein für MigrantInnen auf dem Weg zu einem regulären Aufenthalt und einer formellen Beschäftigung.

Liberalisierungsjahre 2005-2008

Im Jahr 2006 erfuhr die russische Migrationspolitik eine liberale Wendung. Einen Anstoß dazu erhielt der russische Präsident während einer Arbeitsvisite in der Ukraine unter Präsident Leonid Kutschma und der russlandfreundlichen Regierung von Premierminister Viktor Yanukovich. Am 26.10.2004 stellte sich der russische Präsident in einer auf drei nationalen Fernsehkanälen ausgestrahlten Sendung den Fragen ukrainischer ZuschauerInnen (Ukrainskaya Pravda 27.10.2004). Nach mehrmaligen Beschwerden aus den Reihen der ukrainischen ZuschauerInnen bezüglich der Probleme bei der Einreise und der Sicherung des Aufenthalts ukrainischer BürgerInnen in

Migrationspolitik“ und Ukas des Präsidenten der Russischen Föderation vom 09.03.2004 N 314 „Über das System und Struktur föderaler Organe der Exekutive“

Russland versprach der russische Präsident eine Verbesserung der Lage. Vier Tage später ordnete er am 30.10.2004 an, die Einreise und Anmeldung für ukrainische StaatsbürgerInnen zu erleichtern (NEWSru.com 01.11.2004). Bereits ab dem 01.11.2004 war es den ukrainischen StaatsbürgerInnen erlaubt, mit einem ukrainischen Inlandspass nach Russland einzureisen und sich bis zu 90 Tage im Land aufzuhalten.

In seiner Sitzungsrede des Sicherheitsrats am 17.03.2005 bezeichnete der russische Präsident die Stimulierung von Migrationsprozessen als „*unsere wichtigste Aufgabe*“ (Kremlin.ru 17.03.2005). Er bekräftigte seine Aussage erneut am 10.05.2006 bei der jährlichen Botschaft des Präsidenten an die Föderale Versammlung der Russischen Föderation (NEWSru.com 10.05.2006; Rosbalt.ru 26.04.2007).

Im Juli 2006 wurden Veränderungen im Föderalen Gesetz (FG) „Über die rechtliche Stellung ausländischer Bürger“ vorgenommen (N 109-FG). Im Januar 2007 wurde ein neues Gesetz „Über die Migrationserfassung von ausländischen Bürgern und staatenlosen Personen in der Russischen Föderation“ (N 2-FG) verabschiedet. Beide traten am 15.01.2007 in Kraft und brachten einen Liberalisierungsschub in die russische Migrationspolitik.

Die Anmeldung am Wohnsitz inklusive eines obligatorischen Passstempels wurde durch eine Anmeldebenachrichtigung am Aufenthaltsort ersetzt. Zur Anmeldung reichte die Angabe der Arbeitsadresse oder die Adresse einer Zeitarbeitsfirma, bei der die anzumeldende Person beschäftigt war. Die Abgabe des Antrags bedurfte nicht mehr des persönlichen Erscheinens in der zuständigen Polizeistelle, sondern konnte postalisch an die zuständige lokale Verwaltung des Föderalen Migrationsdienstes geschickt werden. Der Antrag mit dem Annahmestempel der lokalen FMS-Behörde galt als Bescheinigung über den regulären Status einer Migrantin oder eines Migranten. Für die Anmeldung selbst wurden lediglich ein Pass und die Zählkarte benötigt, die bei der Grenzüberquerung auszufüllen war. Zum ersten Mal seit dem Bestehen des Passsystems wurde ein Modell eingeführt, das die Genehmigungsfunktion bei der Anmeldung der MigrantInnen nicht mehr in die Hände der Polizei legte. Somit galten die Gesetzesänderungen gezielt der Erleichterung

der Anmeldeverfahren für MigrantInnen und der Eindämmung der Korruption in den Reihen der Rechtsschutzorgane.

Die Dauer eines Aufenthaltes wurde von 90 auf 180 Tage erhöht. Insgesamt konnte der Aufenthalt auf bis zu ein Jahr verlängert werden. Auch die Erteilung der Arbeitserlaubnisse wurde weitgehend vereinfacht. Während zuvor eine Arbeitserlaubnis ausschließlich an die ArbeitgeberInnen ausgestellt wurde, wurde seit der neuen Gesetzeseinführung die Arbeitserlaubnis direkt an die MigrantInnen ausgehändigt. Somit hatten sie bei der Arbeitsplatzsuche freie Wahl und waren in der Lage, ihre Arbeitsstelle jederzeit zu wechseln. Eine Quotenvergabe für Arbeitserlaubnisse wurde zwar beibehalten, die Quotenregeln wurden jedoch erweitert und die Anzahl der Quoten stark erhöht, so dass alle MigrantInnen aus den Ländern mit visafreien Einreiseregimen die Möglichkeit bekamen, eine Arbeitserlaubnis zu erhalten. Insgesamt wurden 2007 6 Millionen Arbeitsquoten emittiert, so dass MigrantInnen einfach und ohne Korruptionsaufwendungen einen regulären Aufenthaltsstatus und eine Arbeitserlaubnis erwerben konnten (Rossiyskaya Gaset, 16.11.2006).

Ausbruch der Wirtschaftskrise und die erneute Verschärfung der Migrationsgesetze 2008

Der Ausbruch der weltweiten Wirtschaftskrise Anfang 2008 übte in Russland einen negativen Einfluss auf die öffentliche Debatte über Migration und MigrantInnen aus. Populistische Aussagen über „illegale Migranten“, vermeintlich „kriminelle Migranten“ oder „Migranten, die gefährliche Krankheiten ins Land einschleppen“ wurden in der Presse und Politik plötzlich salonfähig (Komsomol'skaya Pravda 11.12.2008, Komsomol'skaya Pravda 17.11.2008, Nesavisimaya Gaset 29.12.2008, Fontanka 02.10.2009, Zdorovje 14.11.2009, Infox 28.10.2009, Medicus 16.08.2007). Bereits im Oktober 2007 veröffentlichte das offizielle Sprachrohr der russischen Regierung Rossiyskaya Gaset einen Artikel des Moskauer Bürgermeisters Yuri Luzhkov mit dem Titel „Moskau ist kein Durchgangshaus“ (Rossiyskaya Gaset 16.10.2007). Bei den russlandweiten Kommunal- und Bürgermeisterwahlen 2009 registrierte das Zentrum für Information und Analyse des Nationalismus und Rassismus „Sova“ Fälle xenophober Parteipropaganda sowohl bei

den regierungstreuen Parteien „Einiges Russland“ und „Gerechtes Russland“ als auch bei der Liberal-demokratischen Partei Russlands (LDPR) und bei der Kommunistischen Partei Russlands (KPRF). Im Falle der beiden Oppositionsparteien LDPR und KPRF registrierten die MitarbeiterInnen von „Sova“ weiterhin häufige Besetzung von Kandidatenposten mit evidenten Rechtspopulisten (Sova 2010: 26-27).

Die Inkonsequenz der liberalen Migrationspolitik zeichnete sich bereits im Januar 2007 ab, noch vor dem Inkrafttreten liberaler Gesetze. Im Vorfeld der bevorstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen wurden Ende 2006 Entscheidungen getroffen, die den Aufgaben der neuen Migrationspolitik zuwiderliefen. Mukomel (2012a: 3) führt in diesem Zusammenhang den Konflikt mit Georgien und die schweren ethnischen Ausschreitungen in der nordrussischen Stadt Kondopoga als Grund für die Entscheidung, ausländische VerkäuferInnen von den russischen Märkten zu verbannen, an. Die Anzahl der Arbeitsquoten für MigrantInnen aus den Ländern mit visafreien Einreiseregimen wurde von 6 Millionen 2007 auf 1,8 Millionen 2008 reduziert. In den traditionellen Hauptaufnahmeregionen der ArbeitsmigrantInnen wurde diese Quote jedoch bereits am 31.07.2008 ausgeschöpft. Die geplante Quotenreserve reichte ebenso nur bis September aus und wurde trotz der einsetzenden Wirtschaftsrezession und einer zunehmenden Entlassungswelle auf 3,4 Millionen erhöht und vollständig ausgeschöpft (Mukomel 2012a: 2). Angesichts der Krise schlug der russische Präsident 2008 vor, eine flexible Anpassung der Arbeitsquoten an die Gegebenheiten zu ermöglichen. Bereits wenige Tage später wurde eine Flexibilisierung der Quotenfestsetzung verabschiedet, so dass ab 2008 die Arbeitsquoten je nach Bedarf um 50 % angehoben oder reduziert werden konnten (Mukomel 2012a: 2).

Restriktion der Migrationspolitik und das Spielen der Migrantenkarte nach 2008

Moskaus Oberbürgermeister Yuri Luzhkov, ein selbsterklärter Gegner der „nichtslawischen Immigration“ nach Russland, setzte sich stets für eine restriktive Auslegung der Migrationspolitik und für die Quotierung ausländischer Arbeitskraft ein. Seine öffentlichen Auftritte, Aussagen und Behauptungen als Politiker föderalen Maßstabs leisteten einen erheblichen Beitrag

zur Konnivenz und zum Erstarken von Fremdenfeindlichkeit auf dem politischen Parkett und in der Bevölkerung (Kozhevnikova 2008, Rosbalt 18.09.2010, Svobodnaya Pressa 01.06.2010, Interfax 09.04.2009).

Mukomel (2012b: 221ff.) stellte in dieser Zeit das Erstarken von Xenophobie in den Massenmedien, bei den öffentlichen Auftritten von Politikern und in der jugendlichen Subkultur fest.

In der repräsentativen Umfrage des Levada Zentrums vom Januar 2011 zur Frage, wie die Regierungspolitik gegenüber MigrantInnen aussehen solle, sprachen sich 68 % der befragten Personen aus, die Regierung solle den Zugang von AusländerInnen begrenzen – was eine Steigerung von 16 % gegenüber dem Jahr 2008 darstellte (Levada 2011: 183). Insgesamt befürworteten 60 % der befragten Personen repressive Maßnahmen gegenüber MigrantInnen, während 16 % der Bevölkerung sogar der Meinung waren, die Residenz aller Nationalitäten außer Russen solle in Russland eingeschränkt werden (Levada 2011: 179).

36 % der befragten Personen gaben in einer repräsentativen Umfrage der Public Opinion Foundation (FOM) 2012 an, Einheimische sollten über mehr Rechte verfügen als die Vertreter anderer Nationen – eine Verdopplung der Zahl im Vergleich zum Jahr 1999. 62 % der befragten Personen sprachen sich für die Einschränkung der Einreise nach Russland für Personen bestimmter Nationalitäten aus (FOM I 2012). Die Ablehnung der befragten Moskauer lag dabei um 15 Prozentpunkte höher als im Rest des Landes (FOM II 2012). Fast die Hälfte der Befragten teilte die Meinung, MigrantInnen nähmen BewohnerInnen ihrer Region die Arbeit weg. Wiederum lag der Anteil der Befürworter dieser Aussage in Moskau mit 63 % russlandweit am höchsten (FOM III 2012).

Die ständigen Hetzkampagnen in den Massenmedien und in den öffentlichen Debatten führten zur Steigerung der Ressentiments gegenüber MigrantInnen, die noch einige Jahre zuvor die BürgerInnen des gleichen Landes waren. Dass diese Ressentiments und Aussagen völlig haltlos waren, demonstriert eindeutig die Arbeitslosenstatistik der Stadt Moskau. Die höchste Arbeitslosenquote in Moskau überstieg nie den Wert von 2009. In diesem Jahr

lag die tatsächliche Arbeitslosenquote in Moskau bei 1,7 % der Erwerbsbevölkerung oder insgesamt bei 112.400 Personen. Moskauer Statistiker sprachen bei einer Arbeitslosenquote von unter 2 % von einer Vollbeschäftigung. Im Jahr 2010 registrierten die Statistiker eine weitere Absenkung der Arbeitslosenquote auf 1,2 % der Erwerbsbevölkerung (Mostrud 2011: 20).

Kurze Liberalisierungsphase 2010

Die Präsidentschaftszeit von Dmitri Medvedev und das Jahr 2010 markierten eine erneute, kurze Liberalisierung der russischen Migrationspolitik. Am 20. Mai 2010 setzte Präsident Medvedev seine Unterschrift unter die Gesetzesvorlage über die Änderung des Föderalen Gesetzes N115 FG „Über den rechtlichen Status ausländischer Staatsbürger in der Russischen Föderation“ und gab somit den Weg frei für die Einführung von Arbeitspatenten für MigrantInnen aus den Ländern mit visafreien Einreiseregimen. Durch eine monatliche Zahlung von 1.216 Rubel konnten MigrantInnen eine reguläre Beschäftigung bei einer Privatperson aufnehmen und den eigenen regulären Aufenthalt in Russland sichern, der über 90 Tage hinausging (FMS 2010).

Die Einführung von Arbeitspatenten stieß jedoch nicht nur auf Wohlwollen in Politikerkreisen. Erneut zeigte sich der damalige Moskauer Oberbürgermeister Yuri Luzhkov als Gegner einer Liberalisierung der Migrationspolitik und ging mit den Arbeitspatenten hart ins Gericht. Er verurteilte ihre Einführung und bezeichnete sie als ein *„Öffnen der Türe und Tore“* für einen unkontrollierten Zulauf von Migranten, die bis zu 50 % aller Verbrechen in der Hauptstadt begingen (Infox 01.06.2010). Einige Monate später gipfelte das politische Kräftemessen schließlich in der Amtsenthebung Luzhkovs vom Posten des Oberbürgermeisters Moskaus und die Besetzung des Postens bis zu den Neuwahlen 2013 interimswise durch das Mitglied der Nomenklatura So-byanin.

Erneute Verschärfung der Migrationspolitik seit 2012

Der Austausch des Oberbürgermeisters Moskaus führte jedoch weder zum Einhalt der Hetzkampagnen gegen MigrantInnen in den Massenmedien und in den öffentlichen Statements der Politiker noch zu einer Erleichterung ihres Zugangs zu regulären Dokumenten.

Nach den Worten des Direktors des „SOVA Center for Information and Analysis“, Aleksandr Verhovsky, wurde in Russland das Thema Migration stets instrumentalisiert, sobald die Regierung auf Wahlstimmenfang gehe (Verhovsky 2014). Der Präsidentschaftswahl im Jahr 2012 gingen starke Proteste gegen Wahlfälschungen bei den Duma-Wahlen in Moskau und anderen russischen Städten voraus. Die Unterstützungswerte des regierenden Präsidenten fielen dabei bis September 2013 kontinuierlich auf den niedrigsten Wert seit seinem Amtsantritt im Jahr 2000 (Levada 2014). In diesen Rahmen ist auch die russische Migrationspolitik ab 2012 einzuordnen. Sie weist eine Flut neuer Gesetze auf, die allesamt auf Verschärfung der Migrationsgesetzgebung abzielten. Der FMS-Leiter Romodanovsky berichtete, der Präsident habe seit dem 26. Januar 2012 insgesamt 21 Ukase verabschiedet, die „auf die Bekämpfung und Verhinderung illegaler Migration abzielten“ (Rossiyskaya Gaseta 26.02.2014). Allein im November-Dezember 2012 wurden insgesamt 11 Gesetze verabschiedet, welche die Migrationsgesetzgebung restriktiv veränderten und das Ende der kurzen Liberalisierungsperiode einläuteten.⁴

2012 und 2013 beinhalteten die Hauptaufgaben des Migrationsdienstes laut den Jahresabschlussberichten des FMS die „Bekämpfung illegaler Migration sowie die Aufrechterhaltung der Staatsordnung und Gewährleistung des maximalen Bevölkerungsschutzes“ (FMS 2012, FMS 2013). Der restriktiveren Auslegung der Migrationsgesetze im Dezember 2012 folgte ihre Umsetzung im Jahr 2013. Zu diesem Zweck führte der FMS in Kooperation mit dem Innenministerium, dem Föderalen Sicherheitsdienst FSB (Federal'naya Sluzhba Besopasnosti) und den lokalen Exekutivorganen eine Reihe organisierter gemeinsamer Sondereinsätze wie „Illegaler Migrant“, „Illegaler“, „Wald“, „Sammeltaxi“, „Region-Magistrale“, „Markt“, „Leasing“ und „Wohnsektor“ durch, die alle mit dem Ziel der Identifikation und Abschiebung irregulärer MigrantInnen durchgeführt wurden (FMS 2013).

⁴ Föderales Gesetz FG N 312 vom 30.12.2012, Föderales Gesetz FG N 313 vom 30.12.2012, Föderales Gesetz FG N 315 vom 30.12.2012, Föderales Gesetz FG N 320 vom 30.12.2012, Föderales Gesetz FG N 303 vom 30.12.2012, Föderales Gesetz FG N 308 vom 30.12.2012, Föderales Gesetz FG N 322 vom 30.12.2012, Föderales Gesetz FG N 187 vom 12.11.2012, Föderales Gesetz FG N 186 vom 12.11.2012, Föderales Gesetz FG N 185 vom 12.11.2012, Föderales Gesetz FG N 182 vom 12.11.2012.

Das Jahr 2013 war außerdem durch den Wahlkampf für den Posten des Moskauer Bürgermeisters und durch weitere Restriktionen der Migrationsgesetze gekennzeichnet. Am 07.06.13 legte die Moskauer Stadtduma während einer außerordentlichen Sitzung das Datum für die Bürgermeisterwahlen fest, die am 08.09.2013 stattfinden sollten. Am 11.06.13 begann der offizielle Wahlkampf (RBK 11.06.2013). Der Kampf gegen „illegale Migration und Kriminalität der Migranten“ fand seinen Weg in alle Wahlprogramme der sechs KandidatInnen für den Bürgermeisterposten. Diese „*Migrantenkarte*“ wurde im Verlauf der Wahlkampagne zu einem der wichtigsten Programmpunkte für alle KandidatInnen. Insbesondere profilierte sich dabei Alexei Navalny, dessen Programm und Auftritte sich besonders durch migrantenfeindliche Rhetorik auszeichneten (Golos Ameriki 31.08.2013, NTV 01.07.2013). Die Popularitätswerte des Herausforderers Navalny mussten durch die Regierungspartei und ihren Kandidaten Sobyenin gekontert und aufgefangen werden. Das geschah unter anderem durch die Verabschiedung zwei weiterer restriktiver Migrationsgesetze. Am 23.07.2013 wurden das Föderale Gesetz N 207 FG „Über die Änderung einiger Gesetzesakte der Russischen Föderation zum Ziel der Vervollständigung der Migrationsgesetzgebung und der Verantwortung für ihre Verletzung“ und das Föderale Gesetz N 224 FG „Über die Änderung einiger Gesetzesakte der Russischen Föderation“ verabschiedet (Rossiyskaya Gazeta 2013 I 25.07.2013; Rossiyskaya Gazeta 2013 II 25.07.2013). Sie dienten in erster Linie der Unterstützung der Kandidatur von Sobyenin und seiner Darstellung bei den Moskauer Wählern als eines starken Kämpfers für Gesetz und Ordnung. Auch der Vorfall auf dem Matveevsky-Markt am 28. Juli 2013, bei dem während einer versuchten Festnahme eines verdächtigen russischen Staatsbürgers aus dem Nordkaukasus ein Polizist schwere Kopfverletzungen erlitt, wurde von der Regierungspartei medienwirksam zur Unterstützung ihres Kandidaten Sobyenin instrumentalisiert.

Hätte diese Geschichte zu einem anderen Zeitpunkt wahrscheinlich nur begrenzten medialen und gesellschaftlichen Anklang gefunden, lieferte sie in den Zeiten des Wahlkampfes einen passenden Vorwand, Sobyenin als einen „starken Mann“ und „Kämpfer gegen illegale Migration“ zu präsentieren. Die-

ser Vorfall rief selbst den Präsidenten auf den Tagesplan. In einer Sondersitzung mit dem Chef des FMS, Romodanovsky, dem Innenminister Kolokolcev, dem ersten Vertreter des Leiters der Untersuchungskommission Piskarev und dem kommissarisch mit der Wahrnehmung der Geschäfte betrauten Moskauer Bürgermeister Sobyenin ging der Präsident auf die vermeintliche Kriminalität auf den Märkten ein und kritisierte scharf die Korruption in den Reihen der Rechtsschutzorgane:

Hören Sie zu. Was die Situation auf einem der Märkte in Moskau betrifft: Es stehen Polizisten daneben und schauen untätig zu, wie ihr Kollege verprügelt wird. Warum? Sind sie denn so feige? Möglich, aber unglaublich. Höchstwahrscheinlich arbeiten sie mit ihrer Untätigkeit ihre dreißig Silberlinge ab, die sie von diesen Verkäufern bekommen und das wissen Sie. Und das ist allen bekannt, abgesehen vom Innenministerium. Sie müssen adäquat arbeiten. Wo sind denn Resultate ihrer Arbeit? Das war Erstens. Zweitens, sollen energischere Maßnahmen auf der Linie des FMS und auf der Linie anderer Organe unternommen werden. [...] Sie müssen das sachbezogen angehen und wir müssen sichtbare Resultate sehen
(Kremlin.ru 31.07.2013).

Innenminister Kolokolcev versprach bei dem Treffen, Operationen gegen „kriminelle Subjekte“ auf den Märkten würden ab sofort einen permanenten Charakter haben (Kremlin.ru 31.07.2013). Die bereits im Juni gestartete Sonderoperation zur Kriminalitätsprävention „Illegaler Migrant 1“ wurde durch die Anweisungen des Präsidenten zur Prioritätssache erklärt. Bereits zwei Stunden nach dem Treffen im Kreml meldete die Nachrichtenagentur NEWSru, nach dem Vorfall auf dem Matveevsky Markt seien im Verlauf der Sonderoperation der Polizei mehr als 2.000 Personen vorläufig festgenommen worden (NEWSru 31.07.2013).

Den Zahlen des FMS-Jahresberichtes 2013 zufolge wurden durch die BeamtInnen des Dienstes insgesamt 894.458 Kontrollen durchgeführt, was eine Steigerung von 52,9 % gegenüber dem Jahr 2012 darstellte. Als Begründung führte der Jahresbericht die Einführung neuer Migrationsgesetze im Dezember 2012 an (FMS 2013).

Handelte es sich bei der beteiligten Person auf dem Matveevsky-Markt um einen russischen Staatsbürger, so richteten sich die Maßnahmen der Regierung und Sobyenin gezielt dennoch gegen MigrantInnen. Sobyanins Lager

nutzte geschickt den Vorfall, um die Ablehnung der Bevölkerung gegen die angebliche „Überfremdung“ russischer Märkte und Straßen durch Kaukasier und MigrantInnen medienwirksam auszuschlachten und den Regierungskandidaten als einen „Kämpfer gegen illegale Migranten“ darzustellen.

Die ergriffenen Maßnahmen mündeten Anfang August schließlich in der Eröffnung eines Abschiebelagers in Golyanovo. Auf dem Industriegelände im Bezirk Golyanovo wurde dafür ein Zeltlager errichtet und abgezäunt. Hunderte festgenommene Personen wurden dort interniert. Die meisten von ihnen waren MigrantInnen aus Vietnam, die in unmittelbarer Nähe des Lagers in irregulären Nähfabriken gearbeitet hatten und dort von PolizeibeamtInnen festgenommen worden waren. Russische MenschenrechtlerInnen kritisierten dabei scharf sowohl die fehlende Rechtsgrundlage für die Eröffnung des Internierungslagers als auch die Überschreitung der gesetzlichen Haftfristen sowie eine mangelhafte Unterbringung und Ernährungsgrundlage für die inhaftierten Personen (Slon 07.08.2013). Der Vorfall auf dem Matveevsky-Markt lieferte Sobyenin und seinem Team letztlich einen Vorwand, mithilfe von Verwaltungsressourcen die „Migrantenkarte“ voll auszuspielen und zusätzliche Popularitätspunkte bei den Wählern zu sammeln. Sobyenin schlug mit 51,37 % der Stimmen den Herausforderer Navalniy und gewann im ersten Wahlgang die Oberbürgermeisterwahlen in Moskau.

Zwischenfazit

Die russische Migrationspolitik unterlag in den Jahren seit der Unabhängigkeit vielen Veränderungen. Seit 2000 waren der FMS und die gesamte Migrationspolitik dem Präsidenten direkt unterstellt und korrespondierten seit diesem Zeitpunkt mit den Interessen und Ansichten des Präsidenten im Bereich der Migration. Das Thema Migration und MigrantInnen wurde in Russland und insbesondere in Moskau durch das „Spielen der Migrantenkarte“ insbesondere bei den Wahlen bzw. bei schlechten Umfrageergebnissen medial instrumentalisiert. Steigende Fremdenfeindlichkeit bzw. Ressentiments gegen MigrantInnen in der Bevölkerung, die in Moskau in allen repräsentativen Umfragen überdurchschnittlich hoch waren, kreierten in Moskau eine negative Atmosphäre, die MigrantInnen auf dem Wohnungsmarkt bzw. bei der Arbeitssuche häufig zu spüren bekamen (siehe Kapitel 5.3 und 5.4).

Medienwirksame Inszenierungen des „Kampfes gegen illegale Migration“, ständige Sonderoperationen der Polizei und des FMS sowie Verschärfungen von Migrationsgesetzen und eine Verringerung der Quote für Arbeitserlaubnisse bildeten die Rahmenbedingungen für das Leben von MigrantInnen in Moskau im Jahr 2013. Diese Rahmenbedingungen beförderten zum einen informelle staatliche Strukturen (siehe Kapitel 4.3) und erforderten von den MigrantInnen zum anderen die Entwicklung unterschiedlicher Handlungsstrategien, um unter diesen erschwerten Bedingungen eigene Pläne erfolgreich umsetzen zu können (siehe Kapitel 5.1 - 5.4).

4.3 Strukturen des formellen und informellen Staates in Russland

Grundsätzlich unterteilt die russische Migrationsgesetzgebung MigrantInnen in zwei Kategorien: in Personen aus Ländern mit visafreien Einreiseregimen und in Personen aus Ländern mit visapflichtigen Einreiseregimen. Diesem Dualismus entsprechend sind unterschiedliche formelle Anforderungen an MigrantInnen geschuldet.

Strukturen des formellen und informellen Staates im Migrationsprozess

Berichten von MigrantInnen und ExpertInnen zufolge standen MigrantInnen vor mehreren Aufgaben, um ihr Leben in Moskau zu organisieren:

1. Die Einreise nach Russland zu organisieren
2. Den Aufenthalt zu sichern
3. Eine Arbeitsstelle zu finden und sich um die Verlängerung des Aufenthalts zu kümmern
4. Mit der Polizei zu interagieren

Um diese Aufgaben zu bewältigen, traten MigrantInnen in Interaktion mit dem formellen und informellen Staat. Dieser Integrationsprozess mit formellen und informellen Strukturen wird im Folgenden erörtert.

Formeller Staat im russischen Migrationsprozess

Einreise nach Russland

Die Einreise nach Russland gestaltete sich für Personen aus den Ländern mit visafreien Einreiseregimen relativ unkompliziert. BürgerInnen dieser Länder waren 2013 verpflichtet, an der Grenze eine Migrationskarte auszufüllen und einen Grund für ihren Aufenthalt anzugeben. Nach der Einreise waren sie berechtigt, sich mit einer Anmeldung am Wohnort regulär für 90 Tage im Land aufzuhalten. Anschließend waren sie verpflichtet, das Land zu verlassen oder optional mit erforderlichen Aufenthalts- bzw. Arbeitsdokumenten ihren Aufenthalt im Land zu verlängern.

MigrantInnen aus Ländern mit visapflichtigen Einreiseregimen benötigten für die Einreise nach Russland dagegen ein gültiges Visum. Jede Art des Visums bedurfte eines persönlichen und schriftlichen Antrags bei der Botschaft oder einer Konsulatsstelle durch den Antragsteller selbst oder durch seine vertretungsberechtigte Person. Bei der Einreise waren alle Personen aus Ländern mit visapflichtigen Einreiseregimen verpflichtet, eine Migrationskarte auszufüllen und sich innerhalb von sieben Tagen anzumelden (FMS I, 12.11.2014).

Sicherung des Aufenthalts

Um ihren Aufenthalt zu sichern, benötigten MigrantInnen zunächst eine Unterkunft und eine Anmeldung am Wohnort. Die Wohnungssuche oblag jeder Migrantin bzw. jedem Migranten selbst. Alle MigrantInnen hatten die Pflicht, sich innerhalb der ersten 7 Tage nach ihrer Ankunft am Wohnort anzumelden. Die Anmeldung galt für Personen aus den Ländern mit visafreien Einreiseregimen zunächst für 3 Monate bzw. für die Personen aus den Ländern mit visapflichtigen Einreiseregimen für die Dauer ihres Visums und konnte durch den Erwerb regulärer Aufenthalts- oder Arbeitsdokumente verlängert werden (FMS II, 24.11.2014).

Arbeitsaufnahme und Verlängerung des Aufenthalts

Die Verlängerung des regulären Aufenthalts der MigrantInnen in Russland hing mit der Arbeitsaufnahme im Land zusammen. Wiederum existierten formelle Unterschiede zwischen MigrantInnen mit einer russischen Staatsbürgerschaft, einer Aufenthalts- oder Niederlassungserlaubnis sowie Flüchtlingen und geduldeten Personen auf der einen und MigrantInnen aus den visafreien bzw. visapflichtigen Ländern mit anderen Aufenthaltstiteln auf der anderen Seite. Anerkannte Flüchtlinge und geduldete Personen waren auf dem russischen Arbeitsmarkt formell russischen StaatsbürgerInnen und Personen im Besitz einer russischen Aufenthalts- und Niederlassungserlaubnis gleichgestellt.

Um einer regulären Tätigkeit nachzugehen, benötigten MigrantInnen aus Ländern mit visapflichtigen Einreiseregimen ein Arbeitsvisum, eine Arbeitserlaubnis und eine Anmeldung beim zuständigen FMS. Die Beantragung ei-

ner Arbeitserlaubnis durfte dabei ausschließlich durch ein russisches Unternehmen erfolgen, das in das staatliche Gesamtregister juristischer Personen eingetragen war und dem Antrag eine Bescheinigung über die Anmeldung bei der Steuerbehörde beifügte (FMS IV, 25.03.2014).

Die Beantragung und Herausgabe der Arbeitserlaubnisse für ausländische Personen aus Ländern mit visafreien Einreiseregimen verlief in einer etwas abgewandelten Form. Zunächst durfte ein ausländischer Arbeitnehmer aus Ländern mit visafreien Einreiseregimen laut dem Föderalen Gesetz FG-N 230 nur dann eine Arbeitserlaubnis erhalten, wenn er bei der Einreise „Nicht selbstständige Tätigkeit“ als Einreisegrund nach Russland angab (FMS III, 24.11.2014).

Wie auch bei Personen aus Ländern mit visapflichtigen Einreiseregimen lag die Beantragungspflicht der Arbeitserlaubnis im Rahmen des Quotensystems für Personen aus den Ländern mit visafreien Einreiseregimen formell bei den ArbeitgeberInnen, die im Rahmen des Quotensystems Unterlagen an die zwischenbehördliche Kommission beim zuständigen FMS einreichten. Bei einer positiven Entscheidung seitens der Kommission wurden die Arbeitserlaubnisse gegen die Vorlage des Ausweises persönlich an die ausländischen Personen beim zuständigen FMS ausgehändigt (FMS III, 24.11.2014). Ausländische ArbeitnehmerInnen aus Ländern mit visafreien Einreiseregimen, die eine Arbeitserlaubnis erhalten hatten, waren außerdem gesetzlich verpflichtet, innerhalb von 30 Tagen ab dem Erhalt der Arbeitserlaubnis Gesundheitszertifikate über ein negatives Drogenattest sowie negative Atteste für Infektionskrankheiten und HIV/AIDS bei der zuständigen FMS-Stelle nachzureichen.

Die größte Hürde bei der Beantragung der Arbeitserlaubnisse bestand jedoch in ihrer Vorlaufdauer. Jede Arbeitgeberin und jeder Arbeitgeber, die oder der ausländische Arbeitskräfte beschäftigen wollte, musste ein Jahr in Voraus die genaue Anzahl an Arbeitsquoten beantragen, die aus ihrer Auftragslage hervorging.

Eine weitere Einschränkung lag in der Begrenzung der Arbeitserlaubnis auf eine Arbeitgeberin bzw. einen Arbeitgeber und eine Region. Ein Arbeitgeber-

wechsel konnte von ausländischen ArbeitnehmerInnen nur in dem Fall vorgenommen werden, wenn die oder der potentielle neue ArbeitgeberIn eine Arbeitserlaubnis im Rahmen des Quotensystems besaß.

Das Föderale Gesetz FG-N 185 führte 2013 eine weitere formelle Einschränkung für MigrantInnen ein. Wenn ausländische Staatsangehörige eine Anstellung in den Bereichen Wohnungs- und Kommunalwirtschaft, Einzelhandel oder Dienstleistungen und Reparaturen für die Bevölkerung anstrebten, waren sie zusätzlich verpflichtet, ausreichende Russischkenntnisse nachzuweisen (Rossijskaya Gaset, 12.11.2012).

Im Vergleich zu Personen aus Ländern mit visapflichtigen Einreiseregimen besaßen Personen aus Ländern mit visafreien Einreiseregimen die formelle Möglichkeit, mithilfe eines Arbeitspatentes auch für Privatpersonen zu arbeiten. Ein Arbeitspatent wurde zunächst für die Dauer von 1 bis 3 Monaten ausgestellt und konnte im Anschluss für die Gesamtdauer von bis zu 12 Monaten verlängert werden. Außerdem waren bei der Arbeitspatentbeantragung die ArbeitnehmerInnen selbst hierfür zuständig; die Antragstellung und Abholung des Arbeitspatents erfolgte ausschließlich persönlich beim zuständigen FMS. Es fielen dabei zwar keine Verwaltungsgebühren an, jedoch musste der bzw. die potentielle ArbeitnehmerIn monatlich 1.216 Rubel Steuerpauschale an den Staat entrichten, unabhängig davon, ob sie einer Tätigkeit nachging oder nicht. Anderenfalls verlor der oder die ArbeitnehmerIn seinen bzw. ihren regulären Status in Russland, sofern er bzw. sie nicht anderweitig dafür sorgen konnte.

Russische Gesetze sahen weitere Formen der Arbeitsaufnahme und Verlängerung des Aufenthalts für ausländische Personen vor. Russland trat 1992 der UN-Konvention von 1951 und dem Protokoll von 1967 bei. Artikel 63 der russischen Verfassung garantiert ausländischen BürgerInnen und staatenlosen Personen die Gewährung des Asyls in Übereinstimmung mit den allgemeinen Völkerrechtsnormen. Das Föderale Gesetz N 4528-1 „Über Flüchtlinge“ regelt den Prozess der Beantragung des Flüchtlingsstatus (FMS V, 19.12.2014): Die Antragstellung erfolgt persönlich beim zuständigen FMS. Die Überprüfung des Antrages dauert 3 Monate und kann unter besonderen Umständen um weitere 3 Monate verlängert werden. Für die Dauer der An-

tragsüberprüfung erhalten AntragstellerInnen eine Bescheinigung, die ihnen einen formellen Aufenthalt in Russland garantiert und eine reguläre Arbeitsaufnahme erlaubt. Sie werden für die Dauer der Bearbeitungszeit russischen StaatsbürgerInnen rechtlich gleichgestellt und können einer Arbeit außerhalb des Arbeitsquoten- und Arbeitspatentsystems nachgehen. Negative Entscheidungen bezüglich des Antrages können in jedem Stadium durch den oder die AntragstellerIn entweder beim Föderalen Migrationsdienst oder beim Gericht angefochten werden. Der Flüchtlingsstatus wurde bis 2013 auf Lebenszeit verliehen, die Gründe für den Flüchtlingsstatus jedoch alle 18 Monate überprüft.

Alle ausländischen Personen, die bei der Beantragung des Flüchtlingsstatus in allen Instanzen abgelehnt worden waren, hatten die Möglichkeit, sich im Anschluss für eine Duldung zu bewerben (FMS V, 19.12.2014). Ähnlich wie bei der Beantragung des Flüchtlingsstatus musste der Antrag persönlich beim FMS gestellt werden. Die Antragsüberprüfung nahm wiederum bis zu 3 Monaten in Anspruch und die AntragsstellerInnen waren während dieser Zeit in Besitz einer Bescheinigung, die ihnen den formellen Aufenthalt in Russland garantierte und eine reguläre Arbeitsaufnahme außerhalb des Arbeitsquoten- und Arbeitspatentsystems erlaubte. Eine negative Entscheidung konnte im allgemeinen Verfahren angefochten werden. Eine Duldung wurde für insgesamt 12 Monate verliehen und konnte jährlich um weitere 12 Monate verlängert werden. Eine Duldung berechtigte ausländische Personen in Russland weiterhin zur Bewerbung für eine Aufenthaltserlaubnis im Rahmen des Quotensystems (Vera, 16.05.2013).

Eine weitere Möglichkeit eines formellen langfristigen Aufenthalts und einer regulären Beschäftigung in Russland bestand für MigrantInnen in der Erlangung einer Aufenthaltserlaubnis, einer Niederlassungserlaubnis oder der russischen Staatsbürgerschaft. Die Institution der Aufenthalts- und Niederlassungserlaubnis ist durch das Föderale Gesetz FG-N 115 „Über den Rechtsstatus ausländischer Bürger in der Russischen Föderation“ geregelt (FMS VI, 10.12.2014): Eine Aufenthaltserlaubnis garantiert einen regulären Aufenthalt in Russland für 3 Jahre. Nach Ablauf eines Jahres berechtigt der Besitz einer Aufenthaltserlaubnis zum Erwerb einer Niederlassungserlaubnis

und schließlich der russischen Staatsbürgerschaft. Eine Aufenthaltserlaubnis bedurfte seit dem 01.01.2013 einer persönlichen Beantragung beim zuständigen FMS; die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis erfolgte im Rahmen einer regionalen Quote, die von der russischen Regierung für jede Region einzeln festgelegt wurde.

Eine Niederlassungserlaubnis wurde für eine Dauer von 5 Jahren erteilt (FMS VII, 19.12.2014). Sie unterlag keinem Quotierungssystem. Antragsberechtigt waren Personen, die im Rahmen der Aufenthaltserlaubnis mindestens 1 Jahr in Russland gelebt hatten, reguläre Einkünfte zur Bestreitung des eigenen Lebensunterhalts nachweisen konnten, einen ständigen Wohnsitz in Russland hatten sowie negative Drogenatteste und negative Atteste über ansteckende Krankheiten und HIV in der zuständigen FMS-Stelle einreichten.

Das Verfahren zur Erlangung der russischen Staatsbürgerschaft wurde vom Föderalen Gesetz FG-N 62 „Über die Staatsbürgerschaft der Russischen Föderation“ geregelt (FMS VIII, 24.11.2014). Die russische Staatsbürgerschaft unterlag keiner Quotierung und konnte von ausländischen Personen im Allgemeinen oder im erleichterten Verfahren erworben werden. Die Entscheidung über die Vergabe der russischen Staatsbürgerschaft wurde im allgemeinen Verfahren durch den Präsidenten der Russischen Föderation persönlich getroffen; beim erleichterten Verfahren lag die Entscheidungsgewalt bei den Leitern der regionalen Abteilungen des FMS. Laut Artikel 13 des Föderalen Gesetzes FG-N 62 ging der Beantragung der russischen Staatsbürgerschaft im allgemeinen Verfahren eine ununterbrochene Residenzpflicht von 5 Jahren voraus. Artikel 14 des Gesetzes regelte das vereinfachte Verfahren zur Erlangung der russischen Staatsbürgerschaft. Das vereinfachte Verfahren sah keine Residenzpflicht vor, die AntragstellerInnen mussten jedoch eine Niederlassungserlaubnis, eine reguläre Einkommensquelle und ausreichende Russischkenntnisse vorweisen. Antragsberechtigt waren Personen, die:

- zumindest einen Elternteil mit russischer Staatsbürgerschaft hatten.

- in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion gelebt hatten, ohne dabei deren Staatsbürgerschaften anzunehmen.
- eine technische Ausbildung oder ein Hochschulstudium nach dem 01.07.2002 in der Russischen Föderation absolviert hatten.
- auf dem Territorium der RSFSR geboren und Staatsbürger der ehemaligen Sowjetunion waren.
- einen ständigen Wohnsitz in Russland hatten und mit einem russischen Staatsbürger bzw. einer russischen Staatsbürgerin mindestens 3 Jahre verheiratet waren.
- arbeitsunfähig waren und arbeitsfähige Kinder mit russischer Staatsbürgerschaft hatten.
- Eltern eines Kindes waren, dessen zweiter Elternteil russischer Staatsbürger war und entweder verstorben, verschollen, arbeitsunfähig war oder ihm das Sorgerecht teilweise oder gänzlich entzogen worden war.
- Teilnehmer am staatlichen Programm zur Unterstützung des freiwilligen Umzugs von Landsleuten in die Russische Föderation waren.
- Träger der russischen Sprache waren.

Mindestens eine der Optionen musste dabei erfüllt werden.

Interaktion mit der Polizei

MigrantInnen interagierten in ihrem Alltag in Moskau häufig mit den BeamtenInnen der Rechtsschutzorgane. Die Interaktionen fanden im unmittelbaren Wohnumfeld der MigrantInnen, beim Navigieren in der Stadt und im Rahmen ihrer Arbeitstätigkeiten statt.

Die Interaktionen im Wohnumfeld fanden in erster Linie mit den Abschnittsbevollmächtigten der Polizei statt, deren Aufgaben den Schutz des Lebens, der Gesundheit sowie der Rechte und Freiheiten aller BürgerInnen vor kriminellen und anderen rechtswidrigen Handlungen in ihrem zuständigen Bezirk umfassten. Abschnittsbevollmächtigte der Polizei waren polizeiliche An-

sprechpartner für die BewohnerInnen in deren zugeteilten Bezirken. Sie waren für den Streifendienst sowie für polizeiliche Präventionsmaßnahmen unter der Bevölkerung und für die Aufnahme und Weiterleitung von Strafanzeigen zuständig. Vor 2013 gehörten die Kontrollen zur Einhaltung der Meldepflicht zu den unmittelbaren Aufgaben der Abschnittsbevollmächtigten der Polizei. Seit dem in Kraft getretenen Befehl des Innenministeriums der Russischen Föderation N 1166 „Über die Fragen der Tätigkeitsorganisation von Abschnittsbevollmächtigten der Polizei“ zählten diese Aufgaben jedoch nicht mehr zu ihrem Zuständigkeitsbereich (Rossiyskaya Gaseta, 27.03.2013). Somit besaßen Abschnittsbevollmächtigte der Polizei keine Berechtigung zur Kontrolle der Anmeldepflicht bzw. zur Feststellung der Personenanzahl in einer Wohnung.

Artikel 6 Abs. 4 des Polizeigesetzes schrieb vor, es sei einem Polizeibeamten bzw. einer Polizeibeamtin nicht erlaubt, sein bzw. ihr Handeln (oder unterlassenes Handeln) während des Dienstes durch Dienstinteressen, Wirtschaftlichkeit, rechtswidrige Forderungen, Befehle und Aufträge von Vorgesetzten oder durch sonstige Umstände zu rechtfertigen. Laut Artikel 7 Abs. 1,3,4 des Polizeigesetzes verteidige die Polizei die Rechte, Freiheiten und gesetzeskonformen Interessen von Menschen unabhängig ihres Geschlechts, der Nationalität, Rasse, Sprache, Herkunft, Religion, beruflichen Stellung, des Wohnorts, der Gesinnung und Mitgliedschaft in einer gesellschaftlichen Organisation. PolizeibeamtInnen seien während und außerhalb der Dienstzeit verpflichtet, nationale Sitten und Traditionen der BürgerInnen zu achten sowie unterschiedliche kulturelle und andere Besonderheiten verschiedener ethnischer, sozialer und religiöser Gruppen zu berücksichtigen und zum interethnischen und interreligiösen Verständnis beizutragen. Ihr Handeln müsse laut Artikel 9 Abs. 2 angemessen und für BürgerInnen verständlich sein.

Zur Gewährleistung der Sicherheit von BürgerInnen und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung seien PolizeibeamtInnen laut Artikel 13 Abs. 2 des Polizeigesetzes berechtigt, die Ausweisdokumente von natürlichen Personen zu kontrollieren. Bei vorliegenden Anhaltspunkten für einen Straftatbestand sowie bei Verdacht auf eine begangene Straftat seien Polizeibeam-

tInnen demnach berechtigt, eine Ausweiskontrolle der verdächtigten Person durchzuführen. Dies gelte ebenso bei der Annahme, die zu kontrollierende Person stünde auf der Fahndungsliste der Polizei bzw. bei einem vorliegenden Grund für die Einleitung eines Ordnungswidrigkeitsverfahrens. Außerdem seien PolizeibeamtInnen gesetzlich berechtigt, Personen auf das Vorhandensein von Aufenthalts- bzw. Arbeitsdokumenten zu kontrollieren.

Der Ermessensspielraum für eine polizeiliche Ausweiskontrolle war durch das Gesetz sehr weit aufgestellt und erlaubte den PolizeibeamtInnen praktisch, die Ausweispapiere jeder Person zu kontrollieren. Nichtsdestotrotz existierten klare Regeln für die persönliche Durchsuchung und Durchsuchung von Gepäck natürlicher Personen. Diese wurden durch den Artikel 27.7 des Ordnungswidrigkeitengesetzes geregelt. Eine persönliche Durchsuchung war nur auf Verdacht des Tatbestandes einer Ordnungswidrigkeit erlaubt; ihr Ablauf war streng geregelt. Persönliche Durchsuchungen durch PolizeibeamtInnen waren laut Gesetz nur durch gleichgeschlechtliche PolizeibeamtInnen in Anwesenheit von zwei gleichgeschlechtlichen Zeugen durchzuführen. Durchsuchungen des Gepäcks natürlicher Personen durften laut Artikel 27.7 des Ordnungswidrigkeitengesetzes (KoaP) nur in Anwesenheit von zwei Zeugen oder bei einer laufenden Videoaufnahme durchgeführt werden (KoaP, Art. 27.7).

Informeller Staat im russischen Migrationsprozess

Basierend auf Beobachtungen und teilnehmenden Beobachtungen, Interviews mit ExpertInnen und MigrantInnen sowie dem Freiwilligendienst bei einer Menschenrechts-NGO werden nachfolgend Strukturen des informellen Staates in den Bereichen Einreise, Unterkunftssuche, Arbeitsaufnahme und Erlangung von Dokumenten dargelegt sowie Interaktionen der MigrantInnen mit den BeamtInnen der Rechtsschutzorgane beschrieben.

Einreise nach Russland

Genau wie im formellen Bereich des Einreiseprozesses differenzierten informelle Strukturen und Netzwerke ebenfalls unter MigrantInnen aus visafreien und visapflichtigen Einreiseländern. Die Veränderungen in der Gesetzgebung Ende 2012 und Ende 2013 spiegelten sich in Veränderungen informeller

Strukturen und Netzwerke in den Jahren 2013 und 2014 wider. Im Bereich der Einreise veränderten diese Gesetzesänderungen jedoch nicht die bereits etablierten informellen Strukturen und Netzwerke. Diese spielten im Bereich der Einreise ausschließlich für MigrantInnen aus Ländern mit visapflichtigen Einreiseregimen eine Rolle. Während MigrantInnen aus Ländern mit visafreien Einreiseregimen, sofern ihnen die Wiedereinreise nach Russland nicht versperrt wurde, bei der Einreise nur ein Formular über den Grund ihres Aufenthaltes in Russland ausfüllen mussten, benötigten Personen aus Ländern mit visapflichtigen Einreiseregimen für die Einreise nach Russland ein gültiges Visum, das sie vorab im Herkunftsland beantragen mussten. Alle im Zuge der Feldforschung interviewten MigrantInnen aus Ländern mit visapflichtigen Einreiseregimen berichteten von Bekannten oder Mittelsleuten, die einen Zugang zu den russischen Konsulaten und Botschaften hatten und ihnen Visa und Flugtickets nach Russland für eine Zahlung von mehreren hundert bis mehreren tausend Euro verkauften. Viele russische Staatsbedienstete in den Botschaften und Konsulaten der Herkunftsländer etablierten nach Aussagen der Interviewten informelle Verkaufspraktiken russischer Visa. Sie verlangten dafür Summen, die formelle Verwaltungsgebühren um ein Vielfaches überstiegen. Sie arbeiteten dabei eng mit lokalen Mittelsleuten zusammen und teilten sich die Gewinne aus dem Verkauf. Die „Kundenakquise“ lief den Erzählungen der MigrantInnen nach überwiegend über Mundpropaganda.

Sicherung und Verlängerung des Aufenthaltes

Die Sicherung eines regulären Aufenthaltes in Russland bedurfte für alle MigrantInnen einer Anmeldung am Wohnort innerhalb von sieben Tagen nach der Ankunft im Land. Ekaterina⁵, eine Rechtsanwältin und Mitarbeiterin einer Menschenrechts-NGO, beschrieb, der überwiegende Teil der Vermietenden in Moskau ziehe es vor, keine Einnahmen aus der Wohnraumvermietung beim Finanzamt anzugeben oder sonst auf irgendeine Art und Weise die Aufmerksamkeit der Ämter bezüglich ihrer privaten Einkünfte auf sich zu ziehen. Außerdem seien immer wieder fiktive Geschichten von Mietern in die

⁵ Alle Namen der interviewten Personen wurden verändert.

Welt gesetzt worden, die nach dem Einzug mithilfe von Bestechungen die Wohnung auf den eigenen Namen überschreiben ließen und die VermieterInnen angeblich auf die Straße setzten. Daher sei es verständlich, dass die formelle Anmeldung am Wohnort in Moskau für die meisten MigrantInnen sehr schwer sei. Außerdem erschwere die weitverbreitete ethnische Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt die Unterkunftssuche für MigrantInnen in Moskau. Hamid, ein Menschenrechtler aus Usbekistan, erzählte, sobald VermieterInnen am Telefon einen Akzent identifizierten oder MigrantInnen bei einer Wohnungsbesichtigung kein „slawisches Erscheinungsbild“ aufwiesen, würden sie von VermieterInnen häufig abgelehnt. Dies gehe sogar so weit, dass trotz des Verbots jeglicher Diskriminierung aufgrund von Nationalität, Rasse, Sprache oder Herkunft in russischen Online-Immobilienbörsen häufig Anzeigen zu sehen seien, die Unterkünfte ausschließlich Personen mit einem slawischen Erscheinungsbild (Slavyanskoy vneshnosti), Slawen (slavyanam) oder einer russischen Familie (russkoy semye) anbieten würden. Abbildung 1 demonstriert ein typisches Beispiel einer solchen Anzeige:

Лот #14750

14750 **Диана (собственник)** **вчера**

Ботанический сад **комната** **20000 руб./месяц**

Комната в двухкомнатной квартире. В НАЛИЧИИ ВСЯ БЫТОВАЯ ТЕХНИКА. БЕЗ КОМИССИИ, БЕЗ ЗАЛОГОВОЙ СУММЫ, БЕЗ ДЕТЕЙ И ЖИВОТНЫХ. Сдается только лицам славянской внешности.

Срок аренды: длительный срок

Удаленность: пешком 5 минут

Abbildung 1: Ein typisches Beispiel einer Immobilienanzeige für eine Wohnungsvermietung auf einem Online-Immobilienportal (Wohnungseigentümerin Diana bietet ein Zimmer in einer 2-Zimmer-Wohnung an und gibt explizit an, dass Kinder und Tiere unerwünscht sind bzw. dass das Zimmer nur an Personen slawischen Erscheinungsbildes langfristig vermietet wird) (www.внедвижимости.рф/catalog/14750/ letzter Zugriff: 08.01.2015).

Eine durchschnittliche Miete in Moskau lag 2013 bei umgerechnet rund 500 Euro im Monat für ein WG-Zimmer. Die meisten MigrantInnen waren aus finanziellen Gründen gezwungen, sich einen Schlafplatz im Zimmer mit

mehreren anderen Personen anzumieten. Nach einer erfolgreichen Unterkunftssuche standen die MigrantInnen in Russland weiterhin vor der Aufgabe, sich am Wohnort anzumelden. Nach Auskunft von Hamid hatten sie dabei drei Optionen: entweder die VermieterInnen durch höhere Mietzahlungen zur Anmeldung zu bewegen, auf die Anmeldung bewusst zu verzichten, wobei sie die Gefahr einer Dokumentenkontrolle in Kauf zu nehmen hätten, oder auf das Angebot des informellen Staates zurückzugreifen.

Abbildung 2: Zwei Werbeflyer von Vermittlungsfirmen in Moskau, die 2013 Anmeldungen, Arbeitserlaubnisse, Gesundheitspässe und Gesundheitszeugnisse anboten. Der rechte Flyer beinhaltet einen grammatikalischen Fehler im Wort „Регистратива“ (Anmeldung), der auf eine von MigrantInnen geführte Firma hindeutet.

Foto: Paul Becker (April 2013)

Der Feldforschungsaufenthalt im Jahr 2013 fiel in die Zeit der Bürgermeisterwahlen in Moskau. Dieser Wahlkampf war – wie bereits in Kapitel 4.2 diskutiert – durch Fremdenfeindlichkeit gekennzeichnet und wurde von Sonderoperationen der Polizei zur „Aufdeckung illegaler MigrantInnen“ begleitet. Das Erste, was jedoch bereits am ersten Tag des Feldforschungsaufenthaltes in Moskau auffiel, waren tausende von Werbeflyern, die das Straßenbild do-

minierten und Anmeldungen, Arbeitserlaubnisse, Gesundheitspässe und Sprachzertifikate anboten (vgl. Abbildung 2).

Dem Problem einer formellen Anmeldung am Wohnsitz stand ein großes Angebot von Mittelsleuten und Vermittlungsfirmen gegenüber, die MigrantInnen alle notwendigen Dokumente zum Verkauf anboten. Bei den EigentümerInnen und MitarbeiterInnen der Vermittlungsfirmen handelte es sich nicht ausschließlich um RussInnen. Viele dieser Personen waren selbst MigrantInnen. Der rechte Flyer in der Abbildung 2 ließ aufgrund eines orthografischen Fehlers im Wort Anmeldung (Registraciya) vermuten, die Firma könne von MigrantInnen geführt sein. Nach einem Anruf in der Firma bestätigte die Person am Telefon, die Firma gehöre gebürtigen UsbekInnen und biete alle Arten von regulären Dokumenten an.

Die Anmeldung von MigrantInnen mithilfe von Vermittlerfirmen geschah 2013 in sogenannten Gummiwohnungen (resinovyje kvartiry). Dabei handelte es sich um Wohnungen, in denen hunderte Personen angemeldet wurden, die den dortigen Wohnraum gar nicht bewohnten. Der russische Staat bekämpfte das Phänomen und reagierte mit der Verabschiedung der Artikel 322.2 des Strafgesetzbuches der RF sowie 19.15.2 des Ordnungswidrigkeitengesetzes (KoAP), die Geld- und Haftstrafen für fiktive Anmeldungen von Personen aus „gewinnsüchtigen Gründen“ vorsahen. Da das Problem der Anmeldungen für MigrantInnen jedoch weiterhin bestand, bestand auch weiterhin die Praxis der Gummiwohnungen. Oft wurden die Wohnungen sogar ohne das Wissen der Eigentümer von MitarbeiterInnen des FMS in Gummiwohnungen für fiktive Anmeldungen umgewandelt (Mir24 2013, Forbes 2013).

Die Anmeldung über solche Vermittlungsfirmen bot MigrantInnen nur bedingt Schutz. Zwar waren MigrantInnen formell angemeldet, wohnten jedoch nicht am angemeldeten Wohnort. Einer tiefergehenden Überprüfung durch die Polizei konnten solche Anmeldungen nicht standhalten. Dies machte MigrantInnen für Willkür und Erpressung durch die BeamtInnen der Polizei in alltäglichen Interaktionen angreifbar. Dokumentenkontrollen, die täglich auf den Straßen, Märkten und in den Über- und Ausgängen der Metro beobachtet werden konnten, vermittelten in Verbindung mit den Interviewaus-

sagen von MenschenrechtlerInnen, MitarbeiterInnen der NGOs und WissenschaftlerInnen, die sich mit dem Thema Migration in Russland beschäftigten, ein Bild der Schutzlosigkeit von MigrantInnen.

Insgesamt konnte die Werbung für diese Vermittlungsfirmen zwar überall in Moskau beobachtet werden, sie schien sich jedoch insbesondere auf die Areale großer Zusammenkunft von MigrantInnen zu konzentrieren.

Als Visualisierungsbeispiel dafür kann der Straßenabschnitt von Prospekt Mira zwischen den Metrostationen Prospekt Mira und Rischskaya herangezogen werden. Beide Stationen liegen auf der orangen Linie der Moskauer Metro, die den Süden mit dem Norden der Stadt verbindet und auch die Ringlinie der Metro kreuzt. Beide Stationen liegen außerdem unweit der Moskauer Dommoschee mit ihrem Halal-Markt. Täglich konnte beobachtet werden, wie tausende MigrantInnen an der Metrostation Prospekt Mira ausstiegen und in Richtung der Moschee liefen. Auf ihrem Weg zur Moschee liefen sie an unzähligen Werbeflyern für Vermittlungsfirmen vorbei, die allesamt Werbung für Dokumente machten (vgl. Abbildung 3).

Abbildung 3: Werbeflyer am Prospekt Mira 2013. Auf dem rechten Bild sind insgesamt Werbeflyer für fünf unterschiedliche Vermittlungsfirmen zu sehen.

Fotos: Paul Becker (2013)

Direkt am Ausgang der Metrostation hatte sich 2013 ein medizinisches Zentrum angesiedelt, das auf sich durch FlyerverteilerInnen an den Ausgängen der Metro aufmerksam machte und den MigrantInnen die erforderlichen medizinischen Atteste anbot (vgl. Abbildung 4).

Abbildung 4: Eine Flyerverteilerin für eine medizinische Kommission am Ausgang der Metro Prospekt Mira führt eine Migrantin zum Gebäude der Kommission (linkes Bild). Wartende MigrantInnen vor der medizinischen Kommission (rechtes Bild).

Fotos: Paul Becker (2013)

Das Inkrafttreten von Verschärfungen der Migrationsgesetzgebung 2012 und Anfang 2013 wirkte bei der gleichzeitig bestehenden Dominanz informeller und korrupter staatlicher Strukturen als Katalysator für die Verbreitung von Vermittlungsfirmen, die mit Dokumenten handelten, was sich während des Feldforschungsaufenthaltes 2013 sichtbar im Straßenbild manifestierte. Mit erneuten Gesetzesverschärfungen, die im Sommer 2013 bzw. Ende 2013 in Kraft traten, veränderte und erweiterte sich das Angebot dieser Firmen auf dann ebenfalls erforderliche Sprachtestzertifikate, was sich im Spätsommer 2013 an entsprechenden Werbeflyern im Stadtbild zeigte. 2014 wiederum ließ sich beobachten, dass Anzeigen zum Erwerb von Arbeitspatenten ihren Eingang in die überall in der Stadt verteilten Werbeflyer fanden (vgl. Abbildung 5).

Abbildung 5: Werbeflyer für Sprachzertifikate im Sommer 2013 (linkes Bild) und Werbeflyer mit Werbung für Arbeitspatente im Frühjahr 2014 (rechtes Bild)

Fotos: Paul Becker (2013-2014)

Im Jahr 2013 konnten Arbeitspatente noch problemlos von MigrantInnen persönlich beim FMS beantragt werden. Nach Aussage von Natalja, einer Rechtsanwältin und Menschenrechtlerin aus Usbekistan, die sich auf die Verteidigung von MigrantInnen vor Gericht spezialisiert hat, entdeckten MitarbeiterInnen beim FMS und Vermittlungsfirmen Ende 2013 für sich das Geschäft mit Arbeitspatenten. Grund dafür seien verstärkte Kontrollen und Sonderoperationen der Polizei während und nach den Bürgermeisterwahlen gewesen, die viele MigrantInnen dazu bewogen haben sollen, zumindest irgendeine Art regulärer Arbeitsdokumente zu erwerben. Aufgrund der stagnierenden Anzahl an Quoten für Arbeitserlaubnisse hätten Arbeitspatente also eine willkommene Alternative geboten. FMS-MitarbeiterInnen, welche die persönlichen Anträge von MigrantInnen entgegennahmen, lehnten diese unter vielen Vorwänden ab und machten MigrantInnen gleichzeitig auf bestimmte Vermittlungsfirmen und ihre Dienste bei der „garantiert erfolgreichen Ausfüllung von Anträgen“ aufmerksam.

Die Moskauer Stadtverwaltung versuchte der Beklebung von Flächen mit den zunehmenden Werbeflyern Herr zu werden: Es konnte beobachtet wer-

den, dass viele Straßenreinigungskräfte täglich im Einsatz waren und Häuserwände, Telefonzellen, Bushaltestellen usw. von den Werbeflyern zu befreien versuchten, die jedoch in den darauffolgenden Tagen von Werbetreibenden wieder angebracht wurden.

Abbildung 6: Ein Werbegraffiti auf dem Asphalt beim Ausgang aus einer Metro-Station (Von Oben nach unten: Dienstleistungen des FMS, Erlaubnisse (Arbeitserlaubnisse), Anmeldung und die Moskauer Telefonnummer).

Foto: Paul Becker (Sommer 2013)

Im Sommer 2013 wurde außerdem eine neue Art der Werbung von Vermittlungsfirmen angewandt. An den Ausgängen von Metro-Stationen und auf den Fußgängerwegen mit großem Aufkommen an MigrantInnen wurden Werbegraffiti für Vermittlungsfirmen aufgesprüht (vgl. Abbildung 6).

Neben regulären Dokumenten standen MigrantInnen 2013 auch Angebote zum Erwerb gefälschter Dokumente zur Verfügung. Diese Dokumente sahen täuschend echt aus und waren für den ungeübten Blick nicht von formellen Dokumenten zu unterscheiden. Einzig durch die Überprüfung der Registrierungsnummer in der FMS-Datenbank bzw. manchmal fehlenden Wasserzeichen konnten diese Dokumente als Fälschung identifiziert werden (Reeves 2013: 517-518).

Neben den Firmen und Mittelsleuten, die mit formellen Dokumenten handelten, wurde im Rahmen des Feldforschungsaufenthaltes im Sommer 2013 die

Arbeit von VerkäuferInn gefälschter Dokumente beobachtet, die ihren Geschäften an den Ankunftsbahnhöfen und angrenzenden Metrostationen für Züge aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion nachgingen. Im Frühjahr 2013 wurden in Begleitung des Menschenrechtlers Hamid an drei aufeinanderfolgenden Tagen der Kasaner Bahnhof und die angrenzende Metrostation Komsomol'skaya aufgesucht. An diesem Bahnhof kommen täglich Züge aus den zentralasiatischen Republiken der ehemaligen Sowjetunion an, die tausende MigrantInnen nach Moskau bringen. An den ersten zwei Tagen wurden dabei die Interaktionen zwischen den ankommenden MigrantInnen, den VerkäuferInnen von Dokumenten und den Beamten der Bahnhofspolizei beobachtet.

Abbildung 7: Mehrere Gruppen von VerkäuferInnen gefälschter Dokumente und ihre Kunden beim Verhandeln von Preisen vor dem Eingang des Kasaner Bahnhofs sowie ein Bahnhofspolizist, der ihren Geschäften demonstrativ keinerlei Beachtung schenkt.

Fotos: Paul Becker (2013)

Ankommende MigrantInnen wurden vor dem Ausgang des Bahnhofsgebäudes von den DokumentenverkäuferInnen angesprochen (vgl. Abbildung 7). Bemerkenswert war, dass alle Moskauer Metrostationen im Frühjahr und Sommer 2013 stets patrouillierende PolizeibeamtInnen aufwiesen. Ausweiskontrollen von MigrantInnen konnten täglich beobachtet werden. Eine Ausnahme in diesem Bild stellte die Metrostation Komsomol'skaya dar, die direkt am Kasaner Bahnhof liegt und 2013 einer der größten Umschlagsplätze für gefälschte Dokumente in Moskau war. Während der insgesamt dreitägigen Beobachtungen des Geschehens am Bahnhof und der angrenzenden

Metrostation wurde keine einzige Polizeipatrouille in der Halle der Metrostation beobachtet, obwohl das Aufkommen von MigrantInnen durch die Nähe des Kasaner Bahnhofes sehr groß war. Ebenso wurde beobachtet, dass Polizeipatrouillen in und um den Kasaner Bahnhof dem offensichtlichen Feilschen und den Verkäufen von Dokumenten demonstrativ keine Beachtung schenken. Hamid erzählte diesbezüglich, die Bahnhofspolizei sei an den Verkäufen beteiligt, beschütze die VerkäuferInnen und lasse sie ihren Geschäften ungehindert nachgehen.

Abbildung 8: VerkäuferInnen von gefälschten Papieren in der Metro Komsomol'skaya.

Fotos: Paul Becker (2013)

Die VerkäuferInnen von Dokumenten standen in der Metrostation Komsomol'skaya an den Ausgängen der beiden Rolltreppenaufgänge und an den Seiten der Halle. Jede vorbeilaufende zentralasiatisch aussehende Person wurde von ihnen mit den Worten „Kogos“ (Usbekisch und Kirgisisch für Papiere) angesprochen. Wurde seitens der angesprochenen Person Interesse bekundet, wurde sie von den „Promotern“ zu den eigentlichen VerkäuferInnen gebracht, mit denen sie sich über Konditionen und Preise unterhielten (vgl. Abbildung 8).

Am dritten und letzten Tag der Beobachtungen am Bahnhof traten Hamid und der Autor der Studie in Kontakt mit einem Verkäufer und erkundigten sich bei ihm nach den Preisen für Dokumente. Der Autor gab sich dabei als ein ukrainischer Migrant aus und Hamid dolmetschte das Gespräch, wenn

es nötig war. Der Verkäufer bot ein Paket an Dokumenten an, das eine Anmeldung, einen Gesundheitsausweis und eine Arbeitserlaubnis enthielt. Für die Anmeldung veranschlagte er 500 Rubel (rund 12 Euro), die Arbeitserlaubnis hätte entsprechend 1.200 Rubel (rund 27 Euro) gekostet. Der Preis für den Gesundheitsausweis hing davon ab, ob man ihn ausgedruckt oder handschriftlich ausgefüllt haben wolle. Für den gedruckten Gesundheitsausweis wären 1.200 Rubel (rund 27 Euro) und für den handschriftlich ausgefüllten Gesundheitsausweis 700 Rubel (rund 16 Euro) fällig gewesen. Der Verkäufer sprach offen darüber und verbarg nicht, dass es sich um gefälschte Dokumente handelte: „*Bruder, echte Dokumente bekommst du doch nicht für diesen Preis!*“ Er benötige einen Vor- und Nachnamen, ein Geburtsdatum und einen Geburtsort bzw. ein Passfoto für die Arbeitserlaubnis. Innerhalb einer Stunde wären die Dokumente abholbereit gewesen. Es spiele für ihn keine Rolle, welcher Name ihm genannt oder welches Foto ihm gegeben werde. Auch die Anzahl der Dokumente sei unproblematisch, seine Kollegen seien in der Lage, viele Dokumente zu machen.

Der Verkauf von regulären und gefälschten Anmeldungen hatte 2013 den Schilderungen mehrerer interviewter ExpertInnen nach in Moskau einen systemischen Charakter angenommen. Auch wenn sich MigrantInnen formell über eine Vermittlungsfirma anmeldeten, geschehe dies jedoch nicht an ihrem Wohnort. Der Besitz einer gefälschten Anmeldung bzw. einer Anmeldung nicht am tatsächlichen Wohnort könne dabei laut Gesetz mit einer Abschiebung und dem Verhängen eines Einreiseverbots bestraft werden. Das wiederum eröffne ein großes Potential für Willkür und Erpressung der MigrantInnen durch Polizei- und FMS-BeamtenInnen.

Arbeitsaufnahme und Verlängerung des Aufenthalts

Eine formelle Arbeitsaufnahme war 2013 für MigrantInnen in Russland nur sehr schwer möglich. Die Beschaffenheit des gesamten Staatssystems sei nach den Worten der interviewten ExpertInnen darauf ausgelegt, MigrantInnen in informelle Kanäle zu zwingen.

Ekaterina gab an, die Beantragung von Arbeitserlaubnissen sei in Russland 2013 für ArbeitgeberInnen außerordentlich verkompliziert und verbürokrati-

siert worden. Informelle staatliche Strukturen und Vermittlungsfirmen bieten MigrantInnen dagegen sehr einfache Lösungen an, das Problem der Beschaffung notwendiger Arbeits- und Aufenthaltsdokumente zu umgehen. Die Beantragung von Arbeits- und Aufenthaltsdokumenten liefere für MigrantInnen fast gänzlich und alternativlos über diese Vermittlungsfirmen ab, weil sie durch Verbindungen zu den zuständigen staatlichen Behörden den Großteil der verfügbaren Arbeitserlaubnisse erhalten. Sofern MigrantInnen aus Ländern mit visafreien Einreiseregimen eine reguläre Beschäftigung anstreben, die einer Arbeitserlaubnis bedürfe, seien sie gezwungen, diese bei einer Vermittlungsfirma zu einem mehrfachen Preis zu kaufen, als formell ausgewiesen sei. Oft bekämen MigrantInnen nach dem Kauf sogar Blanko-Arbeitserlaubnisse, die sie von ihren ArbeitgeberInnen nach entsprechenden Arbeitsgruppen und Bedarf ausfüllen lassen. Da eine Arbeitserlaubnis nur für eineN ArbeitgeberIn und eine bestimmte Arbeitsstelle gelte, seien MigrantInnen gezwungen, sofern sie ihre Arbeitsstelle verlieren, eine neue Arbeitserlaubnis für den bzw. die neueN ArbeitgeberIn zu erwerben.

Nach Auskunft von Rechtsanwältin und Menschenrechtlerin Natalja böten Vermittlerfirmen MigrantInnen außerdem fremde Fingerabdrücke in den Arbeitserlaubnissen zum Kauf an. Diese Angebote richteten sich an Personen aus den Ländern mit visafreien Einreiseregimen, die bereits aus Russland abgeschoben wurden und denen die Wiedereinreise nach Russland versperrt worden sei. Im Falle einer Abschiebung werden MigrantInnen Fingerabdrücke abgenommen und in der FMS-Datenbank gespeichert. Der Erwerb fremder Fingerabdrücke für die Arbeitserlaubnis ermögliche ihnen eine Wiedereinreise nach Russland und die Aufnahme einer regulären Tätigkeit. Dafür seien sie jedoch gezwungen, in ihren Heimatländern zunächst ihre Namen und Pässe zu ändern, was mit erheblichen finanziellen Ausgaben verbunden sei. Bei einer Einreise mit dem Zug oder Bus werden an den Grenzen der Russischen Föderation keine Fingerabdrücke von MigrantInnen kontrolliert. GrenzschutzbeamtenInnen überprüfen lediglich, ob die Namen in den Pässen der einreisenden Personen auf der Sperrliste stünden. Die Verschärfung der Gesetze und die ständigen Kontrollen bzw. Sonderoperationen der Polizei führen zur Verschiebung des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage nach

Arbeitserlaubnissen zugunsten der Angebotsseite. Zwar steigen die Preise für Arbeitserlaubnisse bei den Vermittlungsfirmen nicht wesentlich an, die Möglichkeit des Erwerbs einer Arbeitserlaubnis werde aufgrund der Übernachfrage und des nur beschränkten Angebots jedoch stark eingeschränkt. Somit stehen MigrantInnen vor einem Dilemma, denn sie seien zwar bereit, eine Arbeitserlaubnis bei den Vermittlungsfirmen zu erwerben, hätten jedoch keine Möglichkeit mehr dazu, weil es keine Arbeitserlaubnisse mehr zu kaufen gebe.

Eine weitere gesetzlich vorgesehene Möglichkeit einer regulären Arbeitsaufnahme und Verlängerung des Aufenthaltes bestand für MigrantInnen 2013 im Erwerb eines Arbeitspatentes. Für eine monatliche Gebühr von 1.216 Rubel waren MigrantInnen formell berechtigt, bei Privatpersonen zu arbeiten. Der sprunghafte Anstieg an Arbeitspatentanmeldungen lässt sich in den offiziellen Statistiken eindeutig nachverfolgen. Wurden den Angaben des Moskauer FMS nach 2013 noch 292.490 Arbeitspatente ausgestellt, so stieg die Anzahl ausgestellter Arbeitspatente 2014 auf 811.072 an (UFMS 2015).

Das Verfahren für die Beantragung und den Erhalt von Arbeitspatenten seien den Worten von Natalja und Ekaterina nach seit 2013 von den MitarbeiterInnen der Behörden künstlich erschwert worden. Hätten 2012 MigrantInnen aus Ländern mit visafreien Einreiseregimen noch problemlos ein Arbeitspatent formell beantragen und nach wenigen Tagen erhalten können, seien ab 2013 Barrieren bei der formellen Beantragung aufgebaut worden.

Neben allgegenwärtigen Warteschlangen und kurzen Öffnungszeiten der FMS-Zentren schilderten MigrantInnen während der Sprechstunden der Menschenrechts-NGO, bei der der Autor seinen Freiwilligendienst absolvierte, die BeamtInnen des FMS nähmen die Anträge der MigrantInnen mehrmals und mit unterschiedlichen Begründungen nicht an. Sie wiesen sie jedoch häufig darauf hin, sie mögen sich an bestimmte Firmen wenden, die sie beim Ausfüllen der Anträge unterstützen würden. Eine garantierte Erteilung eines Arbeitspatentes koste bei diesen Vermittlungsfirmen 4.000 Rubel (rund 89 Euro).

Die beschriebenen Strukturen und Praktiken des informellen Staates waren an die zahlenmäßig stärkste Gruppe von MigrantInnen aus Ländern mit visafreien Einreiseregimen gerichtet. Doch auch im Falle von MigrantInnen aus den Ländern mit visapflichtigen Einreiseregimen wurden ihnen durch informelle staatliche Strukturen passende Angebote für die Erlangung notwendiger Dokumente unterbreitet. JedeR MigrantIn besaß laut Gesetz das Recht, sich für eine Duldung oder einen Flüchtlingsstatus zu bewerben. Der Besitz einer Duldung oder eines Flüchtlingsstatus stellte die InhaberInnen auf dem Arbeitsmarkt den russischen StaatsbürgerInnen gleich. Des Weiteren berechnete der Besitz einer Duldung oder eines Flüchtlingsstatus nach Ablauf einer gesetzlichen Frist zu einer Beantragung der Aufenthaltserlaubnis.

Die Rechtsanwältin und Menschenrechtlerin Ekaterina sowie Raschid, ein Menschenrechtler und Dolmetscher bei einer Menschenrechts-NGO, schilderten beide, der formelle Weg zur Erlangung einer Duldung oder eines Flüchtlingsstatus sei in Russland sehr schwer und ohne langjährigen Rechtsbeistand fast aussichtslos. Auf der anderen Seite eröffnen informelle staatliche Strukturen MigrantInnen die Möglichkeit, eine Duldung käuflich zu erwerben. Einen Flüchtlingsstatus informell zu erwerben, sei 2013 dagegen nicht mehr möglich gewesen, da er seit 2013 lebenslang verliehen würde, die Entscheidungen über dessen Verleihung oft politischer Natur seien und „ganz oben“ getroffen werden, so dass der Flüchtlingsstatus mittlerweile unverkäuflich geworden sei. Der Erwerb einer Duldung dagegen sei ohne Weiteres möglich. Lokale FMS-Abteilungen beschäftigen DolmetscherInnen für die jeweiligen Sprachen der AntragstellerInnen. Diese DolmetscherInnen fungieren darüber hinaus auch als Zwischenglied zwischen den AntragstellerInnen und den informellen Strukturen innerhalb des FMS. Sie nähmen AntragstellerInnen beiseite und unterbreiten ihnen passende „Angebote“ bzw. teilten ihnen mit, der formelle Weg sei aussichtslos und falls sie eine Duldung haben wollen, müssten sie sich mit ihnen finanziell „einigen“. Raschid bemerkte an dieser Stelle, beim *„FMS wird eigentlich nur das Geld ‚gedruckt‘, dort ist alles ausschließlich gegen Bares zu haben“*. Ekaterina und Raschid gaben an, für eine Duldung seien 70.000 Rubel (rund 1.560 Euro) fällig. Ei-

ne Duldung stelle ihreN BesitzerIn formell für ein Jahr den russischen StaatsbürgerInnen auf dem Arbeitsmarkt gleich und berechti­ge sie nach Ablauf des Jahres zum Erwerb einer Aufenthaltserlaubnis. Die Kosten einer Aufenthaltserlaubnis hingen dabei von der Vollständigkeit der vorherigen Dokumente der AntragstellerInnen ab. Besitze einE AntragstellerIn bereits eine Duldung oder einen Flüchtlingsstatus, beliefen sich die Kosten auf 50.000 Rubel. Anderenfalls müssten sich MigrantInnen erst eine Duldung erwerben und erst nach Ablauf eines Jahres könnten sie die Aufenthaltserlaubnis erwerben.

Neben den Optionen zum Erwerb dieser regulären Aufenthaltsdokumente existiere für MigrantInnen auch die Möglichkeit des Erwerbs der russischen Staatsbürgerschaft. Ekaterina bezifferte die Erwerbskosten für die russische Staatsbürgerschaft in Abhängigkeit der Region auf 350.000 bis 500.000 Rubel (ca. 7.780 – 11.120 Euro). Die Vorsitzende der Gesellschaft zur Vertretung der Rechte von MigrantInnen, Irina Sissman, schilderte, die Staatsbürgerschaft sei außerdem oft unter dem Deckmantel des Umsiedlungsprogramms für Landsleute an nicht berechnigte MigrantInnen verkauft worden (Rossiyskaya Gaseta 29.09.2013).

Die Prävalenz informeller staatlicher Strukturen und Vermittlungsfir­men im Bereich der Veräußerungen regulärer und gefälschter Dokumente erreichte in Russland 2013 der Meinung mehrerer interviewter ExpertInnen nach Ausmaße, bei denen von Informalität als einem Normalzustand zu sprechen sei. Die Erlangung regulärer Dokumente verlief zu dem überwiegenden Teil mithilfe informeller Kanäle und erfordere von MigrantInnen, die sich für deren Erwerb entscheiden, hohe finanzielle Ausgaben.

Interaktionen mit der Polizei

Den Beobachtungen während des Feldforschungsaufenthaltes und den Interviews mit ExpertInnen und MigrantInnen zufolge waren Interaktionen mit den Beamten der Rechtsschutzorgane häufig durch Willkür und erpresserisches Verhalten seitens der Beamten gekennzeichnet.

Für Natalja, Ekaterina sowie Olga und Lena – beide Sozialarbeiterinnen und Fallbearbeiterinnen bei einer Menschenrechts-NGO – betrachten die meisten

PolizistInnen MigrantInnen 2013 in Moskau trotz der Polizeireform und der damit verbundenen Kürzung des BeamtInnenpersonals, der Neuattestierung der PolizeibeamtInnen und erheblicher Gehaltserhöhungen weiterhin als eine zusätzliche Einkommensquelle.

Abbildung 9: Dokumentenkontrolle von MigrantInnen am Ausgang einer Moskauer Metrostation.

Foto: Paul Becker (2013)

Natalja führte aus, die Höhe der Bestechungsgelder bei einer Dokumentenkontrolle auf der Straße sei unterschiedlich. Sie hänge vom Vorhandensein regulärer Dokumente und Russischkenntnissen ab. Russischkenntnisse seien vonnöten, um mit den BeamtInnen über die Höhe des Bestechungsgeldes verhandeln zu können. Sofern MigrantInnen über einige reguläre Dokumente verfügen, bewege sich die Höhe des Bestechungsgeldes bei rund 500-1.000 Rubel (ca. 11-22 Euro). Könnten MigrantInnen bei der Kontrolle jedoch keine Dokumente vorzeigen, fiel die Bestechungssumme willkürlich aus. Meist werde MigrantInnen sogar alles weggenommen, was sie bei sich haben. Für MigrantInnen sei ebenfalls immer von Vorteil, die Interaktion mit

den PolizeibeamtInnen bereits vor Ort zu beenden. Werden sie festgenommen und aufs Revier gebracht, so steige die Summe des Bestechungsgeldes erheblich an. Abbildung 9 zeigt beispielhaft eine Polizeikontrolle auf der Straße.

Des Weiteren kämen MigrantInnen nach den Ausführungen von Natalja und Ekaterina in Berührung mit den BeamtInnen der Rechtsschutzorgane im Bereich ihrer Unterkünfte. Dabei handle es sich Natalja nach um Interaktionen mit den Abschnittsbevollmächtigten der Polizei, denen MigrantInnen aufgrund der Überbelegung von Wohnungen eine monatliche „Steuer des Abschnittsbevollmächtigen der Polizei“ entrichten müssen (mehr dazu in Kapitel 5.2).

Schließlich maßen Olga und Lena den Interaktionen von MigrantInnen mit der Polizei auf der Arbeit eine besondere Bedeutung bei. Es ginge dabei um das Vorhandensein von Dokumenten und ihrer Erlangung, Polizeikontrollen bei der Arbeit, Unterstützung oder Ausbeutung bzw. Lohnbetrug durch ArbeitgeberInnen und die Rolle der Rechtsschutzorgane in diesen Zusammenhängen (mehr dazu in Kapitel 5.4). Die Interaktion mit den BeamtInnen der Rechtsschutzorgane bedeute für MigrantInnen finanzielle Ausgaben in unbekannter Höhe bis hin zu Gefahr einer Verhaftung, körperlicher Gewalt oder Abschiebung. Aufgrund der Allgegenwärtigkeit, Machtfülle und Willkür dieser Behörden seien für MigrantInnen die Interaktionen mit ihnen jedoch unumgänglich und erforderten unterschiedliche Verhaltensweisen und Strategien im Umgang mit diesen Strukturen und Netzwerken.

Zwischenfazit

Informelle staatliche Strukturen erreichten in Russland 2013 nach Ansicht der interviewten ExpertInnen und den Ergebnissen der teilnehmenden Beobachtungen systemische Ausmaße. Die in den Jahren zuvor entstandene und bis 2013 etablierte Symbiose der formellen und informellen staatlichen Strukturen diente der Selbstbereicherung von BeamtInnen und VermittlerInnen und stellte die Rahmenbedingungen des Lebens von MigrantInnen in Russland dar und verlangten von ihnen die Entwicklung und Anwendung von unterschiedlichen Handlungsstrategien zur Verfolgung eigener Ziele und Pläne.

Der offene und allgegenwärtige Handel mit regulären und gefälschten Dokumenten und die Schnelligkeit, mit der sich Vermittlungsfirmen an die sich verändernden Gesetze anpassten, gaben im Stadtbild ein beeindruckendes Zeugnis dieser Symbiose ab.

Russische Rechtsschutzbehörden schützten auf der einen Seite Vermittlungsfirmen und VerkäuferInnen gefälschter Dokumente und gingen auf der anderen Seite willkürlich und erpresserisch gegen MigrantInnen vor.

Sofern MigrantInnen über die notwendigen finanziellen Mittel verfügten, waren sie mithilfe von Vermittlungsfirmen oder informellen staatlichen Strukturen beim FMS in der Lage, für einen gesicherten und langfristigen Aufenthalt in Russland durch den Erwerb regulärer Dokumente zu sorgen. Die Kosten, die dafür aufgebracht werden mussten, überstiegen bei den meisten von ihnen jedoch ihre Möglichkeiten. MigrantInnen schilderten in ihren Interviews jedoch unterschiedliche Ausprägungen von Handlungsfähigkeit in Bezug auf die informellen staatlichen Strukturen, auf die in den nächsten Kapiteln näher eingegangen wird.

5. Wahrnehmung von Handlungsfähigkeit – Wie handlungswirksam erleben sich MigrantInnen in ihren Interaktionen mit dem informellen Staat in Russland?

Die nachfolgenden Kapitel bilden den Hauptteil der vorliegenden Arbeit und beschäftigen sich mit der Frage der subjektiven Wahrnehmung der MigrantInnen, ihre individuellen Ziele in den Interaktionen mit den informellen staatlichen Strukturen verfolgen und durchsetzen zu können. Im ersten Unterkapitel werden die Erfahrungen der MigrantInnen bei der Erlangung von Aufenthaltsdokumenten beleuchtet, das zweite Kapitel untersucht ihre Wahrnehmung des Einsatzes von Handlungsstrategien zur Gestaltung der Interaktionen mit den Rechtsschutzorganen. Im dritten Unterkapitel wird das Erleben der MigrantInnen von Unsicherheit und Vertrauen auf dem Moskauer Wohnungsmarkt fokussiert. Abschließend zeichnet das vierte Unterkapitel die Erfahrungen der MigrantInnen von Unterstützung und Vertrauen sowie von Betrug und Ausbeutung auf dem russischen Arbeitsmarkt nach.

5.1 Möglichkeiten des Erwerbs von Aufenthaltsdokumenten – Ein Wechselspiel zwischen Zielen und Ressourcen internationaler MigrantInnen und den informellen staatlichen Strukturen

Der Besitz von gültigen Aufenthaltsdokumenten ist nach Ansicht mehrerer Autoren von grundlegender Bedeutung für die Lebenschancen von MigrantInnen (Hess 2009, Hess 2014, Hess 2015, Reeves 2013, Bloch 2013, Sadiq 2011, Sadiq 2009, Sadiq 2005, van Meeteren 2010, Preston 2008, Mafukidze et al. 2008, Surtees 2003, Bibler Coutin 1998, Bibler Coutin 2003, Castro 1998). Unter Aufenthaltsdokumenten werden in der vorliegenden Arbeit amtliche Schriftstücke verstanden, die laut russischem Recht für einen regulären Aufenthalt und eine Arbeitsaufnahme im Land unabdingbar sind.

Die wissenschaftliche Literatur zu Strategien der Erlangung gültiger Aufenthaltsdokumente unterteilt sich in zwei Stränge. Der erste Literaturstrang beschäftigt sich mit der Situation von MigrantInnen in den entwickelten Ländern Westeuropas und Nordamerikas, der andere untersucht die Situation von MigrantInnen in Entwicklungs- und Schwellenländern. Beide Stränge setzen sich intensiv mit der Frage der informellen Praktiken zur Erlangung von Aufenthaltsdokumenten auseinander. Im Folgenden werden in einem kursorischen Überblick wesentliche Ergebnisse dieses Forschungsfeldes vorgestellt.

Hess et al. (2014: 18) argumentieren, dass MigrantInnen in den meisten Ländern einer immer komplexeren Hierarchie an Aufenthaltstiteln unterworfen würden, auf deren Basis ihnen ein Status zugewiesen werde. Dieser reiche von der völligen Rechtlosigkeit oder „deportability“ über einen prekärisierten Status der temporären Aussetzung der Abschiebung bis hin zur unbefristeten Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis. Mit der Thematisierung von „Ökonomisierung von Staatsbürgerschaftsrechten“ sprechen Hess et al. (2014: 18) dabei eine bedeutende Entwicklung an, die im Rahmen der vorliegenden Arbeit behandelt wird. Doch während die zitierten Mezzadra und Neilson bei diesem Terminus beispielsweise das Punkteverfahren Kanadas anführen, geht die vorliegende Arbeit einen Schritt weiter und thematisiert mit der „Ökonomisierung von Staatsbürgerschaftsrechten“ informelle Veräußerungen von regulären Dokumenten durch informelle staatliche Strukturen

in Russland und auch die Frage, wie MigrantInnen selbst sich fluide und kenntnisreich zwischen verschiedenen Status bewegen, mit denen sich die kritische Migrationsforschung beschäftigt (Ebd.: 19).

Bloch (2013: 277ff.) untersucht in ihrer Studie die Verbindung von Strategien zur Erlangung gültiger Aufenthaltsdokumente und Beschäftigungsmöglichkeiten junger irregulärer MigrantInnen in Großbritannien. Sie zeigt, dass irreguläre MigrantInnen in Großbritannien vor zwei Optionen standen, sofern sie einer Arbeit nachgehen wollten: Zum einen konnten sie eine Arbeit aufnehmen, bei der keine Aufenthaltsdokumente erwartet wurden und die zumeist in den „co-ethnic businesses or jobs“ angesiedelt waren (Bloch 2013: 279). Diese Art von Tätigkeiten war jedoch mit längeren Arbeitszeiten und weniger Lohn verbunden (Bloch 2013: 277). Die zweite Option stellte den Erwerb oder die Ausleihe von echten oder gefälschten Aufenthaltsdokumenten, um sie zur Herstellung von „constructed identities“ zu nutzen, dar (hier und weiter Bloch 2013: 279). Ein Ukrainer in ihrer Studie besorgte sich beispielsweise einen polnischen Pass, um als Selbstständiger auf dem Bau zu arbeiten. Der gekaufte Pass stellte ihn den anderen EU-Mitgliedstaatsangehörigen gleich und ermöglichte ihm geregelte Arbeitszeiten und ein höheres Einkommen. Ein Mann aus Simbabwe, der schon lange Zeit in Großbritannien lebte, besaß einen gefälschten britischen Pass, den er für 1.000 Pfund erworben hatte. Mithilfe des gefälschten britischen Passes fand er eine gut dotierte Festanstellung im Vertrieb eines Unternehmens. Allerdings bedeutete dieser Schritt für den Mann ein Leben in ständiger Angst vor Entdeckung. Diese Angst führte zur Konstruktion und stetem Aufrechterhalten eines „ultra ego“ (Bloch 2013: 279). Die Nutzung gefälschter Papiere konnte auch mit den langfristigen Absichten und Plänen der MigrantInnen kollidieren. Viele MigrantInnen entschieden sich daher gegen den Erwerb gefälschter Papiere, um ihre möglichen Zukunftspläne nicht zu gefährden. Eine Simbabweerin hegte z.B. noch die Hoffnung, dass sie als Ärztin eine Arbeitserlaubnis im Vereinigten Königreich erhalten würde. Eine Kontrolle, bei der sie mit gefälschten Papieren entdeckt worden wäre, wäre mit einem anschließenden Eintrag ins Vorstrafenregister einhergegangen, was sie der

Chance auf Beschäftigung als Ärztin dauerhaft beraubt hätte (Bloch 2013: 279).

Die häufigste in den Interviews berichtete Ursache für die Entscheidung, gefälschte Aufenthalts- oder Arbeitsdokumente zu erwerben, stellte in der vorliegenden Studie das Fehlen finanzieller Mittel dar, um reguläre Dokumente käuflich erwerben zu können. Es handelte sich dabei ausschließlich um MigrantInnen aus den Ländern mit visafreien Einreiseregimen, die eine Arbeitserlaubnis oder ein Arbeitspatent benötigten, um in Russland regulär arbeiten und verbleiben zu können. Die Preise für eine Arbeitserlaubnis bei den Firmen, die mit Arbeits- und Aufenthaltsdokumenten handelten, waren um das Vielfache höher als der formell veranschlagte Preis für diese Dokumente. Alle MigrantInnen, die zum Zeitpunkt des Interviews eine Arbeitserlaubnis besaßen, hatten diese bei solchen Firmen erworben. Die meisten von ihnen gaben an, sie hätten in den ersten Monaten ihrer Ankunft in Moskau nicht über die notwendigen finanziellen Mittel verfügt, um sich den Kauf einer regulären Arbeitserlaubnis bei diesen Firmen leisten zu können. So entschieden sich einige von ihnen für den Erwerb gefälschter Dokumente. Gründe für oder gegen diese Entscheidungen bzw. Optionen werden im Einzelnen im Verlauf des Kapitels erörtert.

Im Fokus einer Studie von van Meeteren (2010) stehen Aspirationen, Inkorporation und transnationale Aktivitäten irregulärer MigrantInnen in den Niederlanden und Belgien. Anders als in Großbritannien stand für irreguläre MigrantInnen in den Niederlanden und Belgien bei der Erlangung von Dokumenten nicht die Frage der Arbeitssuche im Vordergrund, sondern die Angst vor möglichen Passkontrollen (van Meeteren 2010: 63). Sofern MigrantInnen aus den Ländern mit visapflichtigen Einreiseregimen einwanderten, bekamen sie bei der Einreise das Einreisedatum in ihre Pässe gestempelt. Dieser Stempel definierte im Zusammenspiel mit dem gültigen Visum die Dauer des regulären Aufenthaltes im Land. Liefen ihre Visa ab, beschlossen viele MigrantInnen, gefälschte Aufenthaltsdokumente zu kaufen (van Meeteren 2010: 60). Weitere Möglichkeiten, legale Dokumente zu erwerben, bestand für sie darin, jemanden mit einer Aufenthaltserlaubnis zu heiraten

oder sich für einen regulären Status im Land zu bewerben (van Meeteren 2010: 63).

Einige Ergebnisse der Studie von van Meeteren finden in Variationen ihren Eingang in den Interviews mit den MigrantInnen in Moskau. Auch in Moskau war die Angst vor möglichen Dokumentenkontrollen ein wichtiger Grund für viele MigrantInnen, sich Gedanken über die Erlangung regulärer Aufenthalts- oder Arbeitsdokumente zu machen. Viele der befragten MigrantInnen entschieden sich jedoch gegen den Erwerb regulärer Dokumente. Die MigrantInnen aus den Ländern mit visapflichtigen Einreiseregimen beschlossen häufig, gänzlich auf die Erlangung von regulären Aufenthaltsdokumenten zu verzichten – ob auf formellem oder informellem Wege. Auch die Strategie, eine Scheinehe einzugehen, wird im Verlauf am Beispiel von Elena aus der Republik Moldau erörtert. Viele MigrantInnen schilderten in ihren Interviews formelle wie informelle Strategien zur Erlangung eines regulären Status. Neben dem Wunsch nach einem langfristigen Aufenthalt in Russland wurde in den Interviews aber auch von anderen Plänen und Zielen berichtet, die keinen langfristigen Aufenthalt in Russland beinhalteten.

Bibler Coutin (1998, 2003) ging der Frage von Legalisierungsstrategien salvadorianischer MigrantInnen in den Vereinigten Staaten nach. Sie stellte fest, dass Legalisierungsstrategien in formellen Bahnen und mithilfe von Rechtsanwälten abliefen (Bibler Coutin 1998: 914, 918). Überdies kauften sich salvadorianische MigrantInnen sofort nach der Ankunft häufig gefälschte Papiere oder bemühten sich um einen legalen Aufenthaltsstatus mithilfe von „windigen“ Notaren und Rechtsanwälten. Diese versprachen ihnen durch persönliche Kontakte zu Behörden und Zahlungen von Bestechungsgeldern, schnelle und positive Entscheidung herbeizuführen. Viele MigrantInnen ließen sich auf diese Versprechen ein, weil diese Angebote ihrem Verständnis von Arbeitsrecht aus den Heimatländern entsprechen würde, verlören durch diesen „notary fraud“ am Ende aber häufig nur ihr Geld (Bibler Coutin 2003: 65-67).

Dieses Beispiel einer Strategie zur Erlangung von Aufenthaltsdokumenten, die bereits aus dem Heimatland bekannt ist, findet seinen Eingang im Interview von Nijaz. Nach seinen Ausführungen habe sich ein Freund von ihm

eine neue Identität im Heimatland „gekauft“, nachdem er aufgrund der Verletzung des Aufenthaltsrechtes aus Russland abgeschoben worden sei. Nijaz eigene Strategie, die russische Aufenthaltserlaubnis über einen informellen Weg zu erwerben, ist ebenfalls in diesem Zusammenhang zu sehen und wird im Verlauf des Kapitels näher beschrieben.

In der Literatur über MigrantInnen in den Entwicklungs- und Schwellenländern wird u. a. eine westliche Sicht auf eine vermeintlich klare Trennungslinie zwischen den StaatsbürgerInnen und AusländerInnen sowie „legally sanctioned immigration procedures forming an orderly path from one status to the other“ kritisiert (Sadiq 2011: 3). Im Gegensatz zu regulären hätten irreguläre MigrantInnen in vielen Staaten keine Berechtigung zur Erlangung der Staatsbürgerschaft. Sadiq gelingt dagegen der Nachweis, dass irreguläre MigrantInnen in Indien, Malaysia und Pakistan auf gänzlich informellen Wegen die Staatsbürgerschaft erlangen. Die Grenzen der Staatsbürgerschaft seien durchlässiger als landläufig geglaubt und behauptet (Sadiq 2011: 3-4). Für irreguläre MigrantInnen in Malaysia sei es eher eine alltägliche Erfahrung als eine Ausnahme, durch die Vermittlung ihrer Arbeitgeber und mithilfe gefälschter Dokumente einen scheinbar legalen Status zu erlangen (Sadiq 2005: 7).

In den Interviews beschrieben viele MigrantInnen, mit Hilfe gefälschter Aufenthaltsdokumente den Anschein eines regulären Aufenthaltes wahren zu wollen und schilderten ihre alltäglichen Erfahrungen von Interaktionen mit PolizeibeamtInnen bei Dokumentenkontrollen.

Sadiq fand heraus, dass die BeamtInnen des Bezirksanmeldebüros in Pakistan sogar mit formellen Pässen in den Amtsräumen staatlicher Telefonzentralen und Arbeitsämtern handelten. Auf diese Weise seien zwei staatliche Einrichtungen im informellen Dokumentenhandel direkt miteinander verknüpft. Weit verzweigte soziale und ethnische Netzwerke afghanischer MigrantInnen übernahmen dabei Vermittlungsfunktionen zwischen den afghanischen MigrantInnen und den informellen staatlichen Strukturen. Die Preise für Pässe seien dabei genau festgelegt (Sadiq 2009: 57ff.).

Der Handel mit unterschiedlichen formellen Aufenthaltsdokumenten und verzweigte Netzwerke zwischen staatlichen Behörden, Mittelleuten und MigrantInnen konnte in Moskau auf ähnliche Art beobachtet werden.

Reeves (2013) geht dem Zusammenhang von authentischen Fälschungen und „sauberen“ Pässen kirgisischer ArbeitsmigrantInnen in Russland einerseits und der willkürlichen Festlegung der Authentizität der Dokumente durch Staatsbeamte andererseits nach. Anschließend an Heyman und Smart stellt sie fest, dass sich das Formelle und Informelle im sozialen Raum nicht nur treffe, sondern auch ineinander verwoben sei und in gegenseitiger Abhängigkeit stehe (Heyman and Smart 1999, in Reeves 2013: 511-512). Für MigrantInnen gebe es trotz legaler Anmeldung keine Garantie, dass sie nicht angehalten, mit Bußgeldern belegt und für angebliche Fälschung auf eigene Kosten abgeschoben oder auf Staatskosten deportiert würden. Sie könnten nie sicher sein, ob die Dokumente wirklich einer Überprüfung durch die Polizei standhalten würden (Reeves 2013: 516).

Reeves (2013: 519-520) konstatiert darüber hinaus, dass

Rule in Russia thrives on the production of ambiguous semilegal statuses and the way that bribes lubricate everyday relations in this space of administrative ambiguity. It is a mode of governance.

Allerdings stimme ihren Worten nach auch, dass

Migrants can move from one status to another in the course of their migration careers, and many migrant workers are not so much undocumented as fictively hyperdocumented. Moreover, many of those migrants who are administratively “authorized” are authorized by dint of payments, the status of which is ambiguous in relation to formal law

(Reeves 2013: 519-520).

Eine Hyperausstattung mit Dokumenten sei ein Indiz für die tiefe Unsicherheit von MigrantInnen. Eine Unsicherheit, die auf alltäglichen Erfahrungen bei den Dokumentenkontrollen der Polizei und auf dem Arbeitsmarkt basierte. Reeves geht in ihren Ausführungen jedoch nicht auf die Gründe für den Statuswechsel und die Handlungsfähigkeit von MigrantInnen, die für diesen Wechsel verantwortlich sein könnten, ein.

Hess (2009: 13) untersuchte in ihrer Arbeit Praktiken und Strategien von Au-Pairs aus Osteuropa in Machtregimen wie dem Gender- oder dem europäischen Migrationsregime und stellte in diesem Zusammenhang die Frage auf, wie sie sich in diesen Verhältnissen bewegten, Entscheidungen trafen und Strategien verfolgten, um ihre Hoffnungen auf Arbeit, Auskommen, Selbständigkeit und Glück zu erfüllen. Sie fand heraus, dass keine der befragten Interviewteilnehmerinnen definitiv die Absicht geäußert habe, unmittelbar nach Beendigung des Au-pair-Visums nach Hause zurückzukehren. Auf der anderen Seite bestand bei keiner der befragten Personen ein konkreter Plan über das Au-pair-Jahr hinaus (Hess 2009: 209). Weiterhin fand sie heraus, dass soziale Netzwerke zum zentralen Raum der Wissensproduktion und -aneignung für die InterviewteilnehmerInnen wurden. Kontakte zu anderen Au-pairs wurden stets an eigene Nachfolgerinnen in der Familie weitergegeben, die damit sogleich in das Netz erfahrener Au-pairs hineinwuchsen:

Hier bekamen die Neuankommenden erste Eindrücke davon vermittelt, was bzw. wie wenig offiziell möglich ist. Hierüber veränderte sich auch bei den meisten Frauen ihre Einstellung zu illegalisierten und nicht-offiziellen Praktiken. Fürchteten sie zu Beginn selbst häufig, das gesellschaftlich und rechtlich Erlaubte zu verlassen, veränderte sich diese Haltung mit der Erfahrung, dass es sich hierbei um ein massenhaftes Phänomen handelt

(Hess 2009: 210).

Auf ähnliche Weise schilderten die MigrantInnen die Art der Wissensvermittlung in Russland, die Informationen über informelle Strukturen, Möglichkeiten und Abläufe im Land betraf. Diese Wissensvermittlung erhielten sie bereits kurz nach ihrer Ankunft im Land durch ihre sozialen Netzwerke bestehend aus MitbewohnerInnen, Verwandten oder Personen, die sie bei der Ankunft abholten, und war von großer Bedeutung für die neuankommenden MigrantInnen, sich für die passende Handlungsstrategie zur Erlangung von Dokumenten oder gegen eine solche zu entscheiden.

Entscheidungsprozesse der MigrantInnen für oder gegen den Erwerb der russischen Aufenthaltserlaubnis

Eine oft von den interviewten MigrantInnen beschriebene Strategie stellte den Erwerb einer Aufenthaltserlaubnis dar, um sich einen regulären Aufenthaltsstatus und eine reguläre Arbeitsaufnahme in Russland zu ermöglichen. Trafen internationale MigrantInnen die Entscheidung, dauerhaft in Russland bleiben zu wollen, standen ihnen formelle und informelle Möglichkeiten zur Verfügung, eine Aufenthaltserlaubnis zu erwerben. In der folgenden Dokumentation sowohl der formellen wie der informellen Strategien wird der Frage nach den Beweggründen der MigrantInnen nachgegangen, sich für oder gegen den Erwerb einer Aufenthaltserlaubnis zu entscheiden.

Elena⁶ aus der Republik Moldau war eine alleinerziehende Mutter von vier Kindern und arbeitete als private Subunternehmerin in der Baubranche. Sie äußerte im Interview ihre feste Absicht, in Russland bleiben und die russische Staatsbürgerschaft über informelle Wege erlangen zu wollen. Sie beabsichtigte, ein kleines Grundstück in der Nähe von Moskau zu kaufen, um dort ein Haus für sich und die Kinder zu bauen. Im Zusammenhang der Schilderung ihres früheren Lebens beschwerte sie sich im Interview über das Leben in Moldau und der Ukraine. Insbesondere ging sie dabei auf die geringen Einkommen und fehlende Arbeit ein. Das Leben in Moskau dagegen erlaube ihr, ihre älteste Tochter in Moldau zu unterstützen, ermögliche ihren drei jüngeren Kindern ein besseres Leben und biete ihnen zukünftige Perspektiven. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Verschärfungen der Migrationsgesetze äußerte sie jedoch auch ihre Angst vor der Abschiebung aller „Gastarbeiter“ aus Russland:⁷

Also ich persönlich habe Angst vor nur einer Sache: Dass ein Gesetz (. Pause, bis ca. 1 Sek.) erlassen wird, welches alle Immigranten – oder wie heißen sie – (. Pause, bis ca. 1 Sek.) „Gastarbeiter“, abgeschoben werden sollen (. Pause, bis ca. 1 Sek.). Wir werden dort einfach alles verlieren. (... Pause, bis ca. 5 Sek.) In unserer Heimat wer-

⁶ Alle Namen sind verändert.

⁷ Вот и я лично одного боюсь, что если дадут (. Pause, bis ca. 1 Sek.) закон, чтобы всех иммигрантов или как их (. Pause, bis ca. 1 Sek.) гастарбайтеров убрать (. Pause, bis ca. 1 Sek.) мы просто там потеряемся все. (... Pause, bis ca. 5 Sek.) на своей родине мы все потеряемся просто. Это все. Потому-что мы там никому не нужны. (... Pause, bis ca. 5 Sek.)

den wir alle einfach verloren sein. Das ist das Ende. Weil wir dort niemanden interessieren.

(Elena, visafrei, weiblich, aus der Republik Moldau, Russischkenntnisse, Arbeitserlaubnis)

Sie bekundete in ihrem Interview auch ungefragt eine absolute Unterstützung für den russischen Präsidenten Wladimir Putin, da er für sie ein Garant für Sicherheit sei, die bei einem Machtwechsel und veränderter Gesetzeslage für die MigrantInnen wegfallen könne. Sie erzählte weiterhin von ihren Erfahrungen in der Interaktion mit dem für ihren Wohnbezirk zuständigen Abschnittsbevollmächtigten der Polizei und ihrer Festnahme und Inhaftierung für drei Monate in einem russischen Gefängnis. Grund für die Festnahme und Inhaftierung seien eine von ihr begangene Verletzung des Aufenthaltsrechtes und ihr Versuch, einen Polizeibeamten zu bestechen, gewesen.⁸

Ihre Angst vor Abschiebung basierte auf ihrem Verstoß gegen das Aufenthaltsgesetz und ihren Befürchtungen, dass sie dadurch abgeschoben werden und ihr die Wiedereinreise nach Russland für mehrere Jahre verboten werden könnte. Vor dem Hintergrund ihrer Erzählungen von dem Leben und den Zuständen in ihrer Heimat wäre eine Abschiebung für sie einer Katastrophe gleichgekommen und hätte sie und ihre Kinder in große finanzielle Not gebracht. Ihre Angst trieb sie dazu an, sich aktiv nach Möglichkeiten zur Erlangung der russischen Staatsbürgerschaft umzuschauen. Sie habe sich unter anderem auch an informelle Strukturen beim FMS gewandt, um sich nach dem Preis für einen russischen Pass zu erkundigen. Auf die Frage, wie sich ihr Leben mit der russischen Staatsbürgerschaft von ihrer jetzigen Situation unterscheiden würde, antwortete sie:⁹

⁸ Genauer wird darauf in Kapitel 5.3 eingegangen.

⁹ Я бы наверное на седьмом небе витала! Я всю жизнь мечтаю об этом! Чтобы я сделала Российский паспорт, чтобы я оформилась законно, нормально работала. (. Pause, bis ca. 1 Sek.) И (. Pause, bis ca. 1 Sek.) наслаждалась жизнью наверное. (. Pause, bis ca. 1 Sek.) Я сильно мечтаю. (. Pause, bis ca. 1 Sek.) Я хотела себе паспорт сделать. Опять же с меня требовали 150 тысяч. А откуда у меня такие деньги? 150 тысяч. Опять же в течении года. Опять дашь эти деньги, кто тебе даст этот паспорт? Скажите мне, где гарантия, что я получу этот паспорт? (... Pause, bis ca. 5 Sek.) Никто не даст гарантию, правильно?

Ich wäre im siebten Himmel vor Glück! Ich habe mein ganzes Leben lang davon geträumt. Dass ich mir den russischen Pass besorge, mich formell anmelde und legal arbeite (. Pause, bis ca. 1 Sek.). Und (. Pause, bis ca. 1 Sek.) wahrscheinlich einfach das Leben genießen kann! (. Pause, bis ca. 1 Sek.) Ich träume so sehr davon. (. Pause, bis ca. 1 Sek.) Ich wollte mir den Pass ausstellen lassen. Sie verlangten dafür aber von mir 150.000 Rubel. Und woher soll ich solches Geld haben? 150.000. Und ein Jahr soll es dauern. Du gibst ihnen das Geld und wer gibt dir den Pass? Wer gibt mir die Garantie, dass ich diesen Pass auch erhalten werde? (... Pause, bis ca. 5 Sek.) Niemand garantiert dir das doch, oder?

(Elena, visafrei, weiblich, aus Moldau, Russischkenntnisse, Arbeitserlaubnis)

Entsprechend ist ihr Wunsch nach einem russischen Pass als ein Ausweg aus ihren Ängsten und Unsicherheiten bezüglich ihres Aufenthaltes in Russland zu sehen. Ihre Erfahrungen mit der Festnahme beim Versuch einer Beamtenbestechung und mit „Kidalowo“¹⁰ bieten eine Erklärung für ihre geäußerte Vorsicht und Bedenken in Bezug auf den informellen Erwerb einer Aufenthaltserlaubnis. Sie sei bereit gewesen, das Geld zu zahlen, misstraute jedoch sowohl den informellen staatlichen Strukturen als auch den Mittel-leuten und Firmen im Bereich des informellen Dokumentenhandels. Sie habe sich auch nach preiswerteren Alternativen zum Kauf der russischen Aufenthaltserlaubnis umgeschaut. Eine Alternative, die sie in Erwägung gezogen habe, sei die Möglichkeit gewesen, eine Scheinehe mit einem russischen Staatsbürger einzugehen. Sie habe sich jedoch gegen diese kostengünstigere Alternative entschieden, die sie 50.000 Rubel gekostet hätte. Wiederum stellte ihre vorhergegangene Erfahrung mit der versuchten Bestechung des Abschnittsbevollmächtigten der Polizei einen Grund für ihr Zögern dar. Elena habe nach ihrer für sie fürchterlichen Erfahrung mit der Inhaftierung schlussendlich bei einer Firma, die mit Dokumenten handelte, eine reguläre Arbeitserlaubnis erworben. Diese garantierte ihr einen einjährigen regulären Aufenthalt in Russland, ohne dass sie gezwungen sei, alle drei Monate aus- und wieder einzureisen. Der Erwerb der regulären Arbeitserlaubnis verschaffte ihr Zeit, nach einer passenden Strategie zur Erlangung der von ihr ersehnten Aufenthaltserlaubnis zu suchen.

¹⁰ Russisch umgangssprachlich für „Betrug“. Ein Wort, das interviewten MigrantInnen geläufig war und das für die Beschreibung von Betrug im Bereich von Arbeit und Entlohnung in ihren Interviews benutzt wurde.

Nijaz aus Usbekistan erlitt nach einem rassistisch-homophoben Angriff schwerste Verletzungen im Gesicht und lebte zum Zeitpunkt des Interviews mit anderen homosexuellen Männern in einer WG. Vor seinen Familienangehörigen, die alle in Moskau arbeiteten, hatte er sich zum Zeitpunkt des Interviews noch nicht geoutet. Er habe bevorzugt, getrennt von ihnen zu wohnen. Der Grund für seinen Aufenthalt in Moskau liege, wie für die meisten MigrantInnen aus visafreien Ländern der ehemaligen Sowjetunion, in der Möglichkeit, mit einfachen manuellen Berufen ein Vielfaches von dem zu verdienen, was sich – auch als Akademiker – in den Heimatländern verdienen lasse. Seine Mutter käme mit langfristigen Aufenthaltsplänen und habe sich daher eine Arbeitserlaubnis gekauft. Sein Vater dagegen habe sich ohne reguläre Arbeitsdokumente in der Stadt aufgehalten, ginge einer irregulären Arbeit nach, sei bei einer Polizeirazzia festgenommen und drei Monate vor dem Interviewzeitpunkt auf eigene Kosten aus Russland abgeschoben worden.

Für Nijaz war Moskau aber wesentlich mehr als nur der Ort, an dem er Geld verdienen konnte. Auf die Frage nach der besten Erinnerung an Moskau antwortete er, dass es vielleicht lächerlich klinge, aber für ihn sei es neben der Möglichkeit, schöne Kleidung und Schokolade zu kaufen, das erste Mal in seinem Leben „echten Sex“ mit einem Partner zu haben, den er sich selbst aussuchen konnte, d. h. Sex, der auf gegenseitigem Einvernehmen und Sympathie beruhe. Diese Möglichkeit, die er aus Usbekistan nicht kannte, habe sich ihm bei seiner Ankunft Moskau geboten. Daher habe eine permanente Niederlassung in Moskau für ihn bereits nach seiner Ankunft oberste Priorität gehabt.

Seine Suche nach Möglichkeiten des Erwerbs einer russischen Aufenthaltserlaubnis beschäftigte ihn die gesamte Zeit in Moskau. Er habe einen Lebenspartner gefunden, der ihn finanziell dabei unterstützt habe, sein Vorhaben zu realisieren. Nijaz habe herausgefunden, dass in bestimmten russischen Regionen mit akutem Arbeitskräftemangel staatliche Programme für russische Landsleute existierten, die aus den ehemaligen Republiken der Sowjetunion nach Russland übersiedeln wollten. Damit konnten russische Landsleute, die im Ausland lebten, in vereinfachtem Prozedere die russische Auf-

enthaltserlaubnis erwerben. Formell mussten die Antragssteller notariell beglaubigte Übersetzungen der Geburtsurkunden und des Passes, polizeiliche Führungszeugnisse sowie Einkommensnachweise und Nachweise über die Abführung von Rentenbeiträgen einreichen, dann in einem Interview ausreichende Russischkenntnisse nachweisen und eine Gesundheitsprüfung durchlaufen. Gesetzlich galt Nijaz zwar aufgrund seiner ethnischen Zugehörigkeit nicht als „Landsmann“, im Kaluga-Gebiet, wo er seine Aufenthaltserlaubnis bekam, habe dies aber keine Rolle gespielt, da er einen informellen Weg eingeschlagen und die BeamtenInnen bestochen habe. Er erzählte, dass dort viele ethnisch russische Familien aus Usbekistan seit Jahren auf formellem Weg versuchten, eine Aufenthaltserlaubnis zu erhalten und täglich bei hohen Minusgraden in Schlangen vor dem FMS angestanden hätten. Durch eine Bestechung mit 150.000 Rubel (ca. 3.750 Euro)¹¹ habe er dagegen innerhalb eines Monats seine Aufenthaltserlaubnis erhalten. Ungeachtet dessen habe er dennoch in den Schlangen vor dem FMS anstehen und sich unterwürfig um die Gunst der BeamtenInnen des FMS bemühen müssen. Diese Erinnerung belastete ihn sichtlich während seiner Erzählung. Es habe ihn angewidert, täglich den „fetten und hässlichen Tanten Speichel lecken zu müssen und sie mit Komplimenten zu überschütten“.

Einige MigrantInnen schilderten ihr Erleben von Alternativlosigkeit, die der Erwerb einer russischen Aufenthaltserlaubnis für sie darstelle. Peter, ein studierter Agrarökonom aus der Demokratischen Republik Kongo erzählte in seinem Interview, er habe einen landwirtschaftlichen Betrieb besessen, bis dieser ihm 1993 weggenommen wurde und er das Land fluchtartig Richtung Russland verließ. Er sei nach Russland gekommen, weil er sehr einfach und schnell ein Visum bekommen habe und er vorhatte, aus Russland in die EU zu immigrieren. Nach seiner Ankunft in Russland habe er mehrmals versucht, die Grenze zur EU zu überqueren, sei jedoch jedes Mal festgenommen und beim letzten Mal sogar für einige Zeit interniert und zurück nach Moskau geschickt worden.

¹¹ Bei allen Umtauschkursen in der vorliegenden Arbeit handelt es sich um Umtauschkurse aus 2013.

Allgemein gaben die meisten MigrantInnen aus afrikanischen Ländern in den Interviews an, sie wollen nach Europa gelangen. Hess et al. (2015: 1-2) betonen, es seien „nicht die Schlepper, die die Flüchtenden dazu zwingen, den lebensgefährlichen Weg über das Mittelmeer auf sich zu nehmen, sondern gerade umgekehrt erst die europäische Politik der Abschottung und Illegalisierung das einträgliche Geschäft der Schlepperei ermögliche“. Bei den interviewten MigrantInnen mit dem Ziel Europa handelte es sich jedoch um Personen, die sich in ihren Heimatländern für eine andere Handlungsstrategie entschieden, den Transit über Russland gewählt haben und dafür ein russisches Visum durch informelle Kanäle erwarben. Die hohen Kosten des Visums bzw. der Flugtickets nach Russland, die teilweise mehrere tausend Euro betrugen, deuten auf eine Gruppe von Personen hin, die über vergleichsweise erhebliche finanzielle Mittel verfügten. Die Abschottungspolitik der EU wirft wiederum die Frage nach dem Entstehen informeller Veräußerungsstrukturen von Visa an den Botschaften Russlands und möglicherweise anderer EU-Anrainerstaaten auf, die an dieser Stelle jedoch nicht beantwortet werden kann.

Nach dem letzten erfolglosen Versuch habe Peter seinen Plan, in die EU einzureisen, aufgegeben und beschlossen, in Russland zu verbleiben, weil die Rückkehr in die Demokratische Republik Kongo für ihn keine Alternative darstelle. Er habe eine Russin geheiratet, bekam dadurch nach drei Jahren die russische Aufenthaltserlaubnis und habe sich anschließend wieder scheiden lassen. Er genoss durch die Aufenthaltserlaubnis den Schutz vor Willkür und Erpressung der Polizei und generierte sein Einkommen durch die Arbeit als Flyerverteiler und Kurier bzw. durch die Untervermietung seiner angemieteten Wohnung an neuankommende MigrantInnen aus den afrikanischen Ländern. Für Peter bestand keine Alternative zum Erwerb der Aufenthaltserlaubnis, da er in Russland für immer verbleiben wollte. Peter war weder ein russischer Landsmann aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion noch Nachkomme einer Person, die auf dem Territorium der Russischen Föderation geboren wurde. Somit fiel er rechtlich gesehen nicht in die Kategorie von Personen, die sich für die vereinfachte Erlangung der russischen Aufenthaltserlaubnis hätte bewerben können. Als eine Person aus ei-

nem Land mit einem visapflichtigen Einreiseregime stand für ihn formell nur der Weg über die Beantragung einer Duldung und nach dem Ablauf eines Jahres die anschließende Beantragung der Aufenthaltserlaubnis offen. An dieser Stelle setzten nach Berichten von NGO-MitarbeiterInnen und MenschenrechtlerInnen bzw. Interviews mit MigrantInnen informelle staatliche Strukturen und Vermittlerfirmen an, die für eine offizielle Bewilligung einer Duldung und anschließend einer Aufenthaltserlaubnis mehrere zig tausend Rubel verlangten. Peter umging diese formellen rechtlichen Hindernisse und informellen Zahlungen an staatliche Strukturen und VermittlerInnen, indem er die Scheinehestrategie wählte, eine russische Staatsbürgerin heiratete und nach Ablauf von drei Jahren die russische Aufenthaltserlaubnis bekam.

Der Erwerb einer Aufenthaltserlaubnis oder der russischen Staatsbürgerschaft bot MigrantInnen Schutz vor den Kontrollen und der Willkür der Polizei. Zusätzlich war damit meist die Aussicht auf eine reguläre Arbeit und ein höheres Einkommen verbunden. Doch nicht alle MigrantInnen ergriffen die Möglichkeit ihres Erwerbs.

Dinara aus Kirgisistan kam nach Moskau, um Geld zu verdienen. Sie erzählte in ihrem Interview, die meisten ihrer kirgisischen BekanntInnen hätten längst schon die russische Staatsbürgerschaft erworben, als kirgisischen Staatsbürgern noch eine vereinfachte Erlangung der russischen Staatsbürgerschaft eingeräumt worden sei, und könnten daher besser bezahlten Tätigkeiten nachgehen als sie selbst. Dinara habe zwar die finanziellen Mittel und den Zugang zu den notwendigen informellen Netzwerken zum Erwerb der russischen Staatsbürgerschaft gehabt, sich damals jedoch gegen den Kauf entschieden, weil sie in wenigen Jahren wieder in ihre Heimat habe zurückkehren und nicht für immer in Russland bleiben wollen. Sie habe die Vorteile und Nachteile des Kaufs abgeschätzt und sei zu dem Schluss gelangt, dass sich für ihre verbleibende Zeit in Russland die hohe Investitionssumme nicht mehr gelohnt hätte.

Beksod aus Usbekistan sei ebenfalls zum Arbeiten nach Moskau gekommen. Er sagte, er wolle als Warensachverständiger in dem Lebensmittelladen arbeiten, in dem er als Lagerist angestellt war. Diese Arbeit werde er laut der Aussage des Filialleiters allerdings nur mit einer russischen Staatsbürger-

schaft bekommen. Deren Erwerb war für Beksod jedoch zu teuer, weil er, genau wie Dinara, nur wenige Jahre in Russland verbringen wollte, um Geld zu verdienen und dann in die Heimat zurückzukehren. Für ihn würde sich der Kauf der Aufenthaltserlaubnis über die Vermittlerfirmen und informellen staatlichen Strukturen trotz eines höheren Einkommens nicht mehr amortisieren. Er entschied sich entsprechend dagegen und arbeitete weiterhin auf der Basis seiner Arbeitserlaubnis als Lagerist.

Informelle staatliche Strukturen und Vermittlungsfirmen ermöglichten MigrantInnen in Russland durch Bestechungszahlungen den Erwerb einer Aufenthaltserlaubnis, die ihnen wiederum einen Schutz vor Polizeiwillkür und Gelderpressung sowie eine Aussicht auf bessere und reguläre Arbeitsstellen und höheres Einkommen bot. Der käufliche Erwerb einer Aufenthaltserlaubnis über informelle staatliche Strukturen und Vermittlerfirmen stellte die MigrantInnen jedoch vor große finanzielle Herausforderungen und bedeutete zudem eine Straftat. Es bestand – wie von den MigrantInnen beschrieben wurde – sowohl die Gefahr des Betrugs durch VermittlerInnen als auch die Gefahr einer möglichen Festnahme und Verurteilung nach dem Strafgesetzbuch der Russischen Föderation. All das musste von den MigrantInnen bei ihrer Entscheidung für oder gegen den Erwerb abgewogen und berücksichtigt werden.

In den Interviews beschrieben die MigrantInnen ihre verschiedenen Handlungsmöglichkeiten in Bezug auf die Erlangung einer Aufenthaltserlaubnis. Ihr Entscheidungsprozess hing dabei von ihren unterschiedlichen Motiven und Zielen, ihren Bedenken und Ängsten und ihren Ressourcen ab. Deutlich wurde, dass der käufliche Erwerb einer Aufenthaltserlaubnis durch die Zahlung von Bestechungsgeldern bei ihrer Entscheidungsfindung nicht alternativlos war.

Erwerb einer Duldung oder eines Flüchtlingsstatus

MigrantInnen aus den Ländern mit visapflichtigen Einreiseregimen, die sich für den langfristigen Verbleib in Russland entscheiden, haben die formelle Möglichkeit, eine Duldung oder einen Flüchtlingsstatus zu beantragen. Laut der Auskunft eines Interviewpartners gewährte vor 2013 die positive Ent-

scheidung über einen Antrag auf einen Flüchtlingsstatus einen regulären Aufenthalt für drei Jahre. Diese Möglichkeit sei mit den Gesetzesänderungen von 2012 weggefallen, so dass über die Verleihung des Flüchtlingsstatus auf der höchsten Ebene des FMS entschieden werde, weil dieser fortan lebenslang verliehen würde. In Konsequenz sei der käufliche Erwerb eines Flüchtlingsstatus durch Bestechung nicht mehr wie noch vor 2013 möglich. Der käufliche Erwerb einer Duldung sei dagegen weiterhin möglich, da die Entscheidung über ihre Verleihung bei den zuständigen Dienststellen des FMS gefällt werde.

Nach Auskunft mehrerer MigrantInnen, MenschenrechtlerInnen und MitarbeiterInnen einer NGO existierten informelle Strukturen beim Föderalen Migrationsdienst FMS, die aus BeamtenInnen und DolmetscherInnen bestanden und MigrantInnen, die sich für eine Duldung oder einen Flüchtlingsstatus bewarben, zu einer Zahlung von Bestechungsgeldern aufforderten. Weiterhin wurde berichtet, dass, sofern die MigrantInnen nicht bereit seien zu zahlen, die Entscheidung über die Erteilung einer Duldung oder eines Flüchtlingsstatus immer gegen sie gefällt werde. Sofern die MigrantInnen bereit waren, die geforderte Summe zu zahlen, sei ihnen 2013 schnell eine Duldung zugesprochen worden.

Tarek aus Syrien lebte zum Zeitpunkt des Interviews seit über einem Jahr in Russland und besaß bereits eine Duldung. Er sei nach Russland gekommen, um im Land zu bleiben, da in den nächsten Jahren in Syrien nicht mit Frieden zu rechnen sei. Im Falle syrischer Flüchtlinge, die nach Russland kamen, gab die russische Regierung eine Anweisung heraus, ihnen ausnahmslos subsidiären Schutz zu gewähren. Doch diese eindeutige Regierungsanweisung wurde vom informellen Staat ausgehebelt. In den Interviews mit mehreren MenschenrechtlerInnen und MitarbeiterInnen einer NGO wurde berichtet, dass MigrantInnen aus Syrien bei der Beantragung einer Duldung zu einer Bestechungszahlung aufgefordert würden, „um den eigenen Antrag auf eine Duldung nach ganz vorn in der Bearbeitungsschlange zu schieben“. Die Höhe der Bestechung entspräche dabei der Summe, die auch für eine Duldung veranschlagt wurde und bewegte sich bei umgerechnet rund 2.500 Euro. Viele MigrantInnen aus Syrien reisten mit kurzfristigen Visa nach

Russland ein, die bereits kurz nach ihrer Ankunft abliefen. Im Zuge der Bürgermeisterwahlen 2013 häuften sich darüber hinaus Berichte von Festnahmen und Abschiebungen syrischer MigrantInnen in die Türkei und in den Libanon. Auch Tarek kam mit einem Touristenvisum ins Land, das kurz nach seiner Ankunft in Russland ablief. Die Unsicherheit und Angst vor einer möglichen Abschiebung veranlassten ihn zur Zahlung der geforderten Bestechungssumme. Seine Duldung erlaubte ihm, einer formellen Arbeit nachzugehen, die er über arabische Netzwerke in Moskau fand. Er leitete eine Bäckerei und einen Verkaufsladen für orientalische Spezialitäten und konnte entsprechend auf der Grundlage der erworbenen Duldung für seinen Lebensunterhalt in Moskau sorgen.

Walid aus Afghanistan arbeitete als Dolmetscher bei einer NGO und verdiente neben seiner Arbeit dort Geld mit Übersetzungsdiensten für andere AfghanInnen. Er sei in den 1980er Jahren als Student im Rahmen des Fortbildungsprogramms zwischen der UdSSR und Afghanistan nach Moskau gekommen und habe ein bautechnisches Ingenieurstudium absolviert. Nach dem Zerfall der Sowjetunion und der Machtergreifung durch die Taliban in Afghanistan sei für ihn als Mitglied der Kommunistischen Partei Afghanistans die Rückkehr nach Afghanistan unmöglich geworden. Er habe in den 1990er Jahren mehrmals vergeblich versucht, mithilfe von Schleppern nach Deutschland auszureisen. Auch sein Bemühen um eine Umsiedlung in ein Drittland mit Hilfe des UNHCR Umsiedlungsprogramms sei erfolglos geblieben. Als diese Strategien misslangen, habe Walid vor der Gesetzesänderung 2012 einen Flüchtlingsstatus beantragt und diesen erhalten, nachdem er Bestechungsgelder gezahlt habe. Damit habe er schließlich nach über fünfundzwanzig Jahren seit seiner Ankunft in Moskau zum ersten Mal einer regulären Beschäftigung nachgehen können und sei vor der Willkür und Erpressung seitens der PolizeibeamtInnen geschützt gewesen. Zum Zeitpunkt des Interviews hatte er noch über ein Jahr Zeit, sich Gedanken zum Erwerb einer Aufenthaltserlaubnis zu machen.

Leyla aus Afghanistan lebte mit ihrer Familie zum Zeitpunkt des Interviews seit ca. einem Jahr in Moskau und besaß keine regulären Aufenthaltsdokumente. Ihre Mutter verstarb noch in Afghanistan. Sie sei mit ihrem Vater,

ihrem älteren Bruder und zwei jüngeren Schwestern nach Moskau mit der Absicht, in Russland zu bleiben, gekommen. Sie erzählte, ihr Vater und ihr Bruder arbeiteten als nicht registrierte Taxifahrer in privaten ungekennzeichneten Fahrzeugen, um das Geld für den käuflichen Erwerb einer Duldung für die gesamte Familie zu verdienen. Leyla habe die Rolle der Mutter übernommen und Sorge sich um die Sauberkeit der Wohnung, das Kochen und Einkaufen. Sie verließ sich bei der Frage des Erwerbs von Aufenthaltsdokumenten gänzlich auf ihren Vater und Bruder, da sie im Gegenteil zu ihnen auch kein Russisch sprach.

Nesrin aus Afghanistan kam als kleines Mädchen mit ihrer Familie nach Moskau. Sie beendete die Schule in Moskau und absolvierte erfolgreich ein Studium an der Moskauer Universität für Völkerfreundschaft. Sie besaß zum Zeitpunkt des Interviews einen gültigen Aufenthaltsstatus und befand sich seit langer Zeit auf der Suche nach Arbeit. Den Flüchtlingsstatus habe ihr und ihrer Familie der Vater organisiert; sie habe nicht gewusst und ihn auch nicht gefragt, wie er dies bewerkstelligt habe. Trotz ihres regulären Status, der sie russischen Staatsbürgern gleichstellte, ihres abgeschlossenen Studiums und ihrer fließenden Sprachkenntnisse machte sie im Gegenteil zu Walid, der eine Arbeit als Dolmetscher bei einer NGO gefunden hatte, die wiederholte und für sie enttäuschende Erfahrung, dass die lokalen Arbeitgeber sich entweder nicht mit einem Flüchtlingsstatus auskannten oder sich damit nicht auseinandersetzen wollten.

Neben der Option, Bestechungen zu zahlen, existierte für MigrantInnen auch die Option einer gänzlich regulären Beantragung und Erhalts einer Duldung oder eines Flüchtlingsstatus.

Mohammad aus Afghanistan, der als Dolmetscher bei einer NGO arbeitete, berichtete in seinem Interview von einem erfolgreichen Erhalt des Flüchtlingsstatus im Jahr 2011, für den er kein Geld habe zahlen müssen. Mohammad sei bereits 1985 als Schüler im Rahmen des Austauschprogramms mit Afghanistan in die Sowjetunion gekommen und habe nach seinem Schulabschluss eine Ausbildung in der Ukrainischen Sowjetischen Sozialistischen Republik absolviert. Nach dem Zerfall der Sowjetunion 1991 habe es ihn nach Moskau verschlagen, wo er seinem Cousin als Verkäufer auf dem

afghanischen Markt ausgeholfen habe. Auch er habe erfolglos versucht, nach Europa, Kanada oder Australien auszureisen und sei schließlich in Moskau geblieben. Er besaß zum Zeitpunkt des Interviews einen Flüchtlingsstatus und arbeitete als Dolmetscher und Übersetzer von Dokumenten bei einer NGO und unterstützte nebenbei MigrantInnen bei ihren Anträgen und bei der Vorbereitung auf Interviews beim FMS. Ich begleitete und beobachtete ihn bei seiner Arbeit im Sevastopol Hotel – einem alten sowjetischen Hotel in Moskau, das zu einem afghanischen Großhandelsmarkt umfunktionierte wurde. Mohammad verfügte über weitverzweigte Netzwerke unter Afghanen und schilderte, er hätte ausreichend finanzielle Mittel besessen, um die Bestechung für eine Duldung oder Aufenthaltserlaubnis zahlen zu können. Er gab an, die Höhe der Bestechungszahlung für eine Duldung sei aufgrund der Gesetzesänderungen von 2012 von 60.000 Rubel (ca. 1.500 Euro) auf 100.000 Rubel (ca. 2.500 Euro) gestiegen. Dennoch habe er sich aufgrund seiner Tätigkeit bei der NGO und seinen persönlichen Überzeugungen gegen die Zahlung von Bestechungsgeldern und für einen formellen Weg der Beantragung und Anfechtung der Beschlüsse der zuständigen FMS-Dienststelle mithilfe von Rechtsanwälten einer NGO entschieden.

Viele der interviewten MigrantInnen bewarben sich jedoch nicht um eine Duldung oder den Erhalt eines Flüchtlingsstatus, obwohl sie formell dazu berechtigt gewesen wären. Die meisten von ihnen taten dies nicht, weil eine Antragsstellung mit ihren im Folgenden näher ausgeführten Transitabsichten kollidiert wäre und sie keinen Vorteil in der Bewerbung sahen.

Hasan aus Syrien sei mit der Absicht nach Moskau gekommen, Russland als ein Transitland auf dem Weg nach Finnland oder in ein anderes skandinavisches Land zu nutzen. Er äußerte im Interview keinerlei Interesse an einer russischen Duldung: Er habe ein Jahresvisum für Russland besessen, sich für eine Duldung jedoch nicht beworben, um sich nicht die Möglichkeit der Ausreise nach Europa zu versperren, was durch einen regulären Duldungsstatus passiert wäre.

Auch Tyron aus der Demokratischen Republik Kongo habe bei der Ankunft das Ziel gehabt, nach Deutschland oder Frankreich weiterzureisen. Im Gegenteil zu Hasan verfügte er zum Zeitpunkt des Interviews über kein gültiges

Visum mehr und hielt sich irregulär im Land auf. Er habe ebenfalls keinen Antrag auf eine Duldung in Russland gestellt, weil er nach Wegen gesucht habe, aus Russland in Richtung Europa weiterzureisen und Geld für die Schlepper spare. Eine Antragstellung betrachte er als verlorene Zeit, worauf im späteren Verlauf des Kapitels noch näher eingegangen wird.

In den Interviews wurde – wie oben ausgeführt – deutlich, dass MigrantInnen die Möglichkeit hatten, über informelle Wege eine Duldung oder einen Flüchtlingsstatus nach der Gesetzeslage von vor 2012 zu erlangen. Ob sie sich für oder gegen die informelle Erlangung einer Duldung entschieden, hing davon ab, ob sie die Absicht pflegten, in Russland langfristig zu verbleiben oder nicht. Eingeschränkt zeigten sich in den Interviews die Handlungsmöglichkeiten bei der Erlangung einer Duldung oder eines Flüchtlingsstatus allerdings für Frauen, wie die Beispiele von Leyla und Nesrin zeigen. Die Ursachenklärung hierfür bedarf weiterer Untersuchung. Ein Duldungs- oder Flüchtlingsstatus besaß den gleichen rechtlichen Status wie eine Aufenthaltserlaubnis und stellte ihreN BesitzerIn russischen StaatsbürgerInnen gleich. Wie sich in den Interviews zeigte, erwies sich der Besitz einer Aufenthaltserlaubnis für MigrantInnen als wesentlich bessere Option eines regulären Aufenthaltsstatus. Einer der Gründe war die Unkenntnis und fehlende Motivation lokaler Arbeitgeber, sich mit den Rechten, die mit einem Flüchtlingsstatus einhergehen, auseinanderzusetzen. Die Aufenthaltserlaubnis war dagegen bekannt und stellte für MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt einen klaren Vorteil dar.

Neben der käuflichen Erlangung einer von Duldung oder des Flüchtlingsstatus durch Bestechung von FMS-BeamtenInnen standen MigrantInnen weitere Optionen zur Verfügung, diese auf formellem Weg zu erlangen. MigrantInnen konnten sich dazu entscheiden, sich mithilfe von Rechtsanwälten auf einen jahrelangen Rechtsstreit mit dem russischen Staat einzulassen. Dies setzte jedoch die Möglichkeit voraus, eine Rechtsbeihilfe zu erhalten, die sie im Falle der befragten MigrantInnen vom Civic Assistance Committee, einer NGO für Menschenrechte, zur Verfügung gestellt bekamen. Eine weitere im Verlauf des Kapitels noch näher ausgeführte Option bestand in der Möglichkeit, eine Ehe oder Scheinehe mit einer oder einem russischen StaatsbürgerIn

einzuweisen und nach Ablauf von drei Jahren ein Aufenthaltserlaubnis zu erhalten.

Arbeitserlaubnis, Arbeitspatent oder Aufenthalt nur mit einer Anmeldung?

Arbeitserlaubnisse und Arbeitspatente sind rechtliche Instrumente der Migrationspolitik für MigrantInnen aus visafreien Staaten. Zum Zeitpunkt der Feldforschung waren alle Personen in Russland verpflichtet, am Wohnort angemeldet zu sein. MigrantInnen aus den Ländern mit visafreien Einreiseregimen waren 2013 berechtigt, sich drei Monate regulär im Land aufzuhalten, sofern sie am Wohnort angemeldet waren. Wollten MigrantInnen einer Arbeit nachgehen und ihren regulären Aufenthalt auf bis zu ein Jahr verlängern, bevor sie für einen Tag aus- und wieder einreisen mussten, waren sie auf eine Arbeitserlaubnis oder ein Arbeitspatent angewiesen. Ein Arbeitspatent musste beim FMS beantragt werden und berechtigte MigrantInnen aus den Ländern mit visafreien Einreiseregimen zur regulären Arbeit bei einer Privatperson für drei Monate. MigrantInnen entrichteten eine monatliche Steuerpauschale und konnten das Arbeitspatent alle drei Monate auf bis zu ein Jahr verlängern. Eine Arbeitserlaubnis war notwendig, wenn die MigrantInnen bei anderen Arbeitgebern außer einer Privatperson beschäftigt werden wollten. Eine Arbeitserlaubnis war in Moskau und im Moskauer Gebiet streng quotiert und den Schilderungen der MigrantInnen nach nur auf informellem Weg über Vermittlerfirmen und zu einem mehrfachen des formalen Preises zu erhalten. Sie bot MigrantInnen einen einjährigen regulären Aufenthalt und eine reguläre Anstellung bei einem Arbeitgeber.

Als Strategien, sich einen regulären Aufenthalt zu sichern, ließen sich in den Interviews drei unterschiedliche Varianten finden:

1. Erwerb einer Arbeitserlaubnis und einer Anmeldung (erstere war streng quotiert, bedeutete einen regulären Aufenthalt für ein Jahr, erlaubte einer regulären Arbeit bei allen Arbeitgebern außer einer Privatperson nachzugehen und musste nach Ablauf eines Jahres erneuert werden)
2. Erwerb eines Arbeitspatentes und einer Anmeldung (bedeutete einen regulären Aufenthalt für drei Monate ohne Notwendigkeit einer Aus- und wieder

Einreise, konnte bis zu einem Jahr alle drei Monate für weitere drei Monate verlängert werden und erlaubte einer regulären Arbeit bei einer oder mehreren Privatpersonen nachzugehen)

3. Erwerb einer Anmeldung (bedeutete einen regulären Aufenthalt für drei Monate mit der Notwendigkeit einer Aus- und wieder Einreise, erlaubte jedoch nicht, einer regulären Arbeit nachzugehen)

Sofern die interviewten MigrantInnen den Wunsch eines langfristigen Aufenthaltes und einer besser bezahlten Tätigkeit hegten, benötigten sie entweder eine Arbeitserlaubnis oder ein Arbeitspatent. MigrantInnen, die sich für eine Arbeitserlaubnis und eine Anmeldung entschieden hatten, waren unmittelbar in Interaktionen mit den informellen staatlichen Strukturen involviert. Eine Arbeitserlaubnis konnte zum Zeitpunkt der Feldforschung den Schilderungen von MigrantInnen nach nur unter Zahlung von Bestechungsgeldern erlangt werden. In den Jahren zuvor bestand nach ihren Erzählungen die Möglichkeit, einer irregulären Arbeit ohne Arbeitserlaubnis nachzugehen. Diese Möglichkeit war 2013 stark eingeschränkt. Hintergrund dafür waren die Bürgermeisterwahlen in Moskau. Im Vorfeld verschärfte die Regierungspartei Polizeikontrollen und FMS-Überprüfungen, um den eigenen Kandidaten als tatkräftig bei der „Bekämpfung von illegaler Migration“ darzustellen. Die Maßnahmen richteten sich nicht gegen die informellen Strukturen und Vermittlerfirmen, die mit Dokumenten handelten, sondern gegen MigrantInnen selbst, die zur Erlangung von Arbeitserlaubnissen und anderen Dokumenten von diesen Strukturen abhängig waren, sofern sie bereit und finanziell im Stande waren, diese Dokumente informell für das Mehrfache des offiziellen Preises zu erwerben.

Schwierig gestaltete sich ebenfalls, eine Anmeldung am tatsächlichen Wohnort zu erhalten. Dies wurde in den Interviews als Ausnahme beschrieben. Die meisten WohnungseigentümerInnen weigerten sich, MigrantInnen in ihren Wohnräumen anmelden zu lassen. Beim bestehenden Interesse an einer regulären oder gefälschten Anmeldung wandten sich die MigrantInnen daher an Vermittlerfirmen oder informelle VerkäuferInnen in den Zugbahnhöfen.

Beim Erwerb einer Arbeitserlaubnis interagierten MigrantInnen mit zahlreichen und weit verzweigten Netzwerken von Vermittlungsfirmen oder einzelnen VermittlerInnen, die häufig ihre Landsleute waren. Diese Netzwerke stellten für die MigrantInnen daher eine wichtige Ressource dar.

Almaz aus Kirgisistan arbeitete seit mehreren Jahren in Moskau als Chefkoch in einer Restaurantkette und erzählte im Interview von seiner Bereitschaft, anderen MigrantInnen zu helfen:

[...] jedoch nur in dem Gebiet, in dem ich mich auskenne. Nach meinen Möglichkeiten. Manche kennen sich nicht aus, was Dokumente anbelangt. Sie kommen an, man muss sich anmelden. Man braucht eine Arbeitserlaubnis, um zu arbeiten. Damit man angestellt wird. Minimum, was ich ihnen gebe, sind die Kontakte zu den Menschen, die in diesem Gebiet arbeiten. Das ist sehr populär in Moskau geworden.¹²

(Almaz, visafrei, männlich, aus Kirgisistan, Russischkenntnisse, Arbeitserlaubnis)

Almaz lebte lange in Russland und äußerte die Absicht, langfristig, jedoch nicht für immer in Russland zu bleiben. Er verfüge über weit verzweigte Netzwerke, arbeite in regulärer Anstellung in einer leitenden Position und sei deswegen auf eine reguläre, jedes Jahr neu zu erwerbende Arbeitserlaubnis angewiesen, die er mithilfe von Vermittlungsfirmen erlange. Sein Wissen und seine Kontakte im Bereich des Dokumentenerwerbs stelle er seinen Bekannten und Freunden gerne zur Verfügung.

Rustam aus Usbekistan verneinte die Frage, ob es früher einfacher gewesen sei, Dokumente zu organisieren. Früher sei es für ihn sogar schwerer gewesen, weil er noch niemanden gekannt habe, der ihn unterstützte. Jetzt habe er Bekannte, an die er sich wenden könne. Für Rustam spielte die Frage nach Vertrauen beim Erwerb einer Arbeitserlaubnis eine zentrale Rolle. Viele MigrantInnen erzählten von Betrug beim Kauf von Dokumenten von VermittlerInnen und Vermittlungsfirmen. Statt regulärer, würden ihnen häufig gefälschte Dokumente verkauft, obwohl sie den geforderten informellen und mehrfachen Preis bezahlten. Rustam sei auf den Erwerb der Arbeitserlaub-

¹² Только в этой сфере, в которой я могу. По мере возможностей. Некоторые хромают, что касательно документов. Приезжают, регистрацию надо делать. Разрешительные документы на работу. Чтобы устраиваться. Минимум, что я им даю контакты тех людей, которые этим занимаются. Сейчас в Москве стало очень популярно.

nis angewiesen, doch nur Bekannten vertraue er, wenn es um die „Echtheit“ der Dokumente gehe.

Dariga aus Kirgisistan kam mit ihrem Ehemann nach Moskau, um Geld zu verdienen. Ihr Ziel sei eine Arbeitserlaubnis, da sie ihnen beiden in Verbindung mit ihren ausgezeichneten Russischkenntnissen Arbeitsmöglichkeiten mit wesentlich höheren Gehältern böte. Dariga arbeitete zum Zeitpunkt des Interviews ohne Arbeitserlaubnis oder Arbeitspatent. Ihr Ehemann fing an, als Kellner zu arbeiten. Um für ihren Mann eine Arbeitserlaubnis zu erwerben, deren Ausstellung rund zwei Monate in Anspruch nehme, sparten die beiden Eheleute von ihrem Lohn Geld an. Für Dariga sei die erste Zeit in Moskau ziemlich belastend gewesen:¹³

Mein Ehemann lief zwei Monate so rum, dann brauchten wir die Arbeitserlaubnis für ihn; das hat sehr lange gedauert. Ich arbeite hier – sogar illegal – und alles hing an meinem Hals. Und endlich fing mein Mann an, zu arbeiten vor kurzem, so dass es jetzt anfängt, besser zu werden. Und jetzt erwerbe ich auch eine Arbeitserlaubnis. Sie wurde jetzt noch teurer, 23.000.

(Dariga, visafrei, weiblich, aus Kirgisistan, Russischkenntnisse, keine Arbeitserlaubnis, kein Arbeitspatent, nur Anmeldung am Wohnort)

Darigas Ehemann verdiente als Kellner mit regulären Papieren und ausgezeichneten Russischkenntnissen mehr als das doppelte ihres Gehalts. Da Männer, wie die MigrantInnen in den Interviews schilderten, wesentlich häufiger von der Polizei kontrolliert wurden und Darigas Arbeitsstelle fußläufig lag, entschieden die beiden Eheleute, zunächst für ihn die Arbeitserlaubnis zu erwerben. Ihr Ehemann arbeitete in den ersten zwei Monaten nicht. Er wartete darauf, bis die Arbeitserlaubnis und die Anmeldung fertiggestellt waren, um seinen Aufenthalt durch irreguläre Arbeit in Russland nicht zu gefährden.

Dariga dagegen arbeitete von Beginn an irregulär. Bei der Ankunft verfügte sie über keine ausreichenden finanziellen Mittel, um von den Vermittlerfirmen eine Arbeitserlaubnis zu erwerben. Sie verfolgte daher die Strategie der

¹³ муж 2 месяца так ходил, потом разрешение нужно было, очень долго делалось. Я тут работаю, даже нелегально, что ли и только получается, на моей шее все было. И вот муж устроился недавно, и теперь только-только. Ну я тоже делаю себе разрешение. Оно же теперь подорожало, 23 тысячи.

Anmeldung, um sich regulär für jeweils drei Monate eine Bewegungsfreiheit in der Stadt zu garantieren und eine minimale Sicherheit vor der alltäglichen Willkür der Polizei zu gewährleisten:¹⁴

Ja, ich fühle mich hier in Sicherheit. Meine Dokumente sind, um zumindest in der Stadt [herum] zu laufen, komplett in Ordnung. Obwohl ich jeden Monat aus- und wieder einreisen muss, alle drei Monate. Ich habe das bis jetzt nur einmal gemacht. Ich sollte so schnell wie möglich eine Arbeitserlaubnis erwerben, um die Anmeldung um 9 Monate zu verlängern. Wir werden sehen, wie es sich entwickeln wird.

(Dariga, visafrei, weiblich, aus Kirgisistan, Russischkenntnisse, keine Arbeitserlaubnis, kein Arbeitspatent, nur Anmeldung am Wohnort)

Die Eheleute verfolgten unterschiedliche Strategien, die sie jedoch koordinierten und aufeinander abstimmten. Für Dariga war zunächst wichtig, dass sie über eine reguläre Anmeldung verfügte, die ihr erlaubte, sich ohne Angst in der Stadt zu bewegen. Wenn genug Geld für die Arbeitserlaubnis des Ehemannes gespart worden sei, sollte nach seiner Arbeitsaufnahme ihre eigene Arbeitserlaubnis folgen.

Bahtijar aus Kirgisistan erzählte, er habe keine Arbeit in Moskau gefunden, weil alle Arbeitgeber vor dem Hintergrund der gehäuften Kontrollen im Zuge der Moskauer Bürgermeisterwahlen reguläre Arbeitserlaubnisse erwarteten. Er habe versucht, mit einem russischen Pass eines Fremden bei einer Lebensmittelkette zu arbeiten. Seiner Aufdeckung sei die Entlassung gefolgt. Danach habe er zeitweilig mit gefälschten Papieren in einer usbekischen Leihfirma gearbeitet. Da das Gehalt dort zu gering gewesen sei, habe er ein reguläres Arbeitspatent und eine Anmeldung erworben, mit denen er eine Tätigkeit in einem Lebensmittelladen im Moskauer Gebiet gefunden habe. Die Leiterin des Ladens habe ihn unterstützt und ihm versprochen, ihm bei dem Erwerb einer Arbeitserlaubnis behilflich zu sein, sobald wieder neue

¹⁴ Да, я себя спокойно здесь чувствую. У меня с документами, по крайней мере, чтоб по городу ходить, все в порядке. Хотя каждый месяц нужно въезд-выезд делать, каждые три месяца. Ну я один раз только сделала. Надо бы побыстрее мне разрешение сделать, на 9 месяцев продлить регистрацию. Посмотрим, как дела будут обстоять.

Arbeitsquoten freigegeben werden würden. Auf die Frage, ob er denn mit einem Arbeitspatent in einem Lebensmittelladen arbeiten dürfe, sagte er:¹⁵

Ja. Das Moskauer Gebiet gibt im Moment sowieso keine Arbeitserlaubnisse frei und wenn sie es tun werden, sagte die Direktorin zu mir, dass sie mir eine Arbeitserlaubnis besorgen werde. So hat sie mir das gesagt. Und ansonsten sagte sie mir, wenn man mich fängt (festnimmt), kann man sagen, dass man mit dem Arbeitspatent einem Nebenjob nachgehe.

(Bahtijar, visafrei, männlich, aus Kirgisistan, Russischkenntnisse, Arbeitspatent)

Auf das Vorhandensein eines Arbeitspatents und einer Anmeldung zu setzen, war für Bahtijar seit seiner Ankunft bereits die dritte Dokumentationsstrategie. Er zog sogar aus Moskau in das Moskauer Gebiet, wo mit wesentlich weniger Kontrollen zu rechnen war und sich somit für ihn die Dokumentationspflicht weniger rigoros darstellte.

Dinara aus Kirgisistan habe sich für den Erwerb eines Arbeitspatentes und einer Anmeldung entschlossen, weil die Quoten für Arbeitserlaubnisse für das Jahr 2013 bereits ausgeschöpft gewesen seien. Da sie keine Arbeitserlaubnis von einer Vermittlungsfirma erwerben konnte, bemühte sie sich, ein Arbeitspatent zu erlangen, um damit Schutz vor Polizeiwillkür bei den Dokumentenkontrollen zu haben:¹⁶

Und solange es keine neuen Quoten gibt, haben Sie ein Patent?

Na ja, was will man machen, wenn man dann kontrolliert wird? Ohne die Arbeitserlaubnis, ohne das Arbeitspatent zum Beispiel, auch wenn deine Anmeldung sauber ist, nimmt man dich fest. Alles ist möglich. Nein, egal was ist, sie nehmen dir das letzte Geld weg. Auch wenn es 100 Rubel sind, die musst du dann abgeben.

(Dinara, visafrei, weiblich, aus Kirgisistan, Russischkenntnisse, Arbeitspatent)

Zwar durfte sie mit einem Arbeitspatent rechtlich ausschließlich bei Privatpersonen arbeiten, ihre Entscheidung, ein Arbeitspatent zu erwerben, basierte dabei jedoch vorrangig auf ihrer Angst vor Polizeiwillkür und Gelder-

¹⁵ Да. Все равно сейчас Подмоскowie не дает разрешения на работу, а если дает, директор сказал мне, что оформит мне разрешение. Так сказала. А так, сказали, если поймут, патент можно сказать, что подработку здесь делаешь.

¹⁶ А пока квоты нет, патент?

Ну а что вот будут проверять, квоты нет, что делать? Без разрешения на работу, без патента, например, даже регистрация чистая, тебя поймут. Всякие случаи бывают. Нет, все равно, последние деньги забирают. Хоть 100 рублей, да отдавай.

pression durch BeamtInnen bzw. ihrem Wunsch nach Sicherheit bei Dokumentenkontrollen und weniger darauf, in welchem Bereich sie tatsächlich arbeitete.

Gulnara aus Usbekistan kam mit der hauptsächlichen Absicht nach Moskau, Geld zu verdienen. Sie beschrieb die Hilfe, die MigrantInnen bei der Beantragung eines Arbeitspatentes von der lokalen Moskauer Bevölkerung erhalten. Sie erzählte, sie habe im Augenblick keine Arbeitserlaubnis, sondern besitze seit drei Monaten ein Arbeitspatent. Sie brauche dafür eine Privatperson, die beim FMS bestätige, dass Gulnara bei ihr arbeite. Sie helfe einer älteren Dame im Haushalt. Sie sei so nett gewesen, mit ihr in die lokale Abteilung des FMS zu gehen und dort alle notwendigen Papiere zu unterschreiben.

Bahtijar und Gulnara unterstrichen in ihren Interviews, dass ihre jeweiligen Arbeitgeber sie bei der Erlangung von Arbeitsdokumenten aus dem gegenseitigen Vertrauensverhältnis heraus unterstützten.

Alle interviewten MigrantInnen aus den visafreien Einreiseländern schilderten den Wunsch nach dem Erwerb einer Arbeitserlaubnis, um einer geregelten, gut bezahlten Arbeit nachgehen zu können, ohne Polizeiwillkür ausgesetzt zu sein. Aufgrund der 2013 verstärkt auftretenden Polizeikontrollen und gesunkenen Arbeitsquoten stiegen die informellen Preise für eine Arbeitserlaubnis auf das Vielfache des offiziellen Preises an. Vor diesem Hintergrund und den häufig berichteten Fällen von Betrug beschäftigte die Frage nach vertrauensvollen Vermittlerfirmen und VermittlerInnen viele MigrantInnen. Sofern die MigrantInnen nicht über ausreichende finanzielle Mittel verfügten oder die Quoten für Arbeitserlaubnisse erschöpft waren, wichen sie auf andere temporäre Strategien wie die Erlangung eines Arbeitspatentes oder einer regulären Anmeldung aus. Die Strategie des Erwerbs eines Arbeitspatentes mit einer Anmeldung stellte außerdem für diejenigen MigrantInnen eine attraktive Alternative dar, die für eine Privatperson tätig waren.

Vertrauen in die Unterstützung durch NGOs

In den Interviews schilderten MigrantInnen, häufig auf die Hilfe von NGOs als Ressource zurückzugreifen, um ihre kurz- und langfristigen Aufenthalts-

pläne zu verwirklichen. In Moskau existierten nur eine Handvoll NGOs und kirchlichen Anlaufstellen, die sich um Belange von MigrantInnen kümmerten und sie in ihren Lebenslagen oder bei Fragen der Rechtsberatung bzw. Antragstellung nach Kräften unterstützten.

Ein Ziel, bei dem MigrantInnen die Unterstützung der NGOs nutzten, stellte die temporäre Befreiung von lästigen Polizeikontrollen dar. Walid aus Afghanistan bediente sich dieser Unterstützungsstrategie, bevor er einen Flüchtlingsstatus erhielt. In seinen zwanzig Jahren in Moskau habe er sich mehrfach hilfesuchend an eine Menschenrechts-NGO gewandt, das erste Mal sei im Jahr 2003 gewesen. Nach einem Interview bekam er eine Bescheinigung, dass er sich im Prozess der Beantragung eines Flüchtlingsstatus in der Russischen Föderation befinde. Diese Bescheinigung verlieh seinem Aufenthalt im Land in den Augen der Polizei einen regulären Charakter, obwohl sie keineswegs rechtswirksam war:¹⁷

Ich erinnere mich nicht mal mehr daran, was dort stand. Ich wurde kurz interviewt, erstmalig. Und mir wurde eine Bescheinigung ausgestellt und tatsächlich ließ mich die Polizei damals mit dieser in Ruhe (... Pause, bis ca. 5 Sek.).

(Walid, visapflichtig, männlich, aus Afghanistan, Russischkenntnisse, Flüchtlingsstatus)

Primärer Zweck der Strategie sei die Abwendung von „lästigen“ Polizeikontrollen, bei denen er sich entweder freikaufen müsse oder für einige Stunden oder Tage von der Polizei in Gewahrsam genommen werde. Letztlich entschied er sich für den Erwerb des Flüchtlingsstatus und stellte mithilfe der NGO nach seinem Erhalt ein Antrag auf die russische Staatsbürgerschaft. Die formelle Bearbeitungszeit des Antrages beträgt neun Monate. Die lokalen FMS-Büros sammeln die Anträge und reichen diese weiter an höhere Stellen, in denen die Entscheidung getroffen und im positiven Fall die Staatsbürgerschaft verliehen wird. Nach vier Jahren Bearbeitungszeit sei ihm beim zuständigen lokalen Büro des FMS jedoch nahegelegt worden, seinen Antrag

¹⁷ Да я даже не помню о чем там написано было. Небольшое интервью у меня брали там, такое первичное. Ну и справочку когда я получил, действительно милиция меня не трогала (... Pause, bis ca. 5 Sek.).

zurückzunehmen. Auf die Nachfrage, warum die Bearbeitungszeit so lange gedauert habe, sagte er:¹⁸

Es sind einfach nur große Machenschaften, sie zogen es in die Länge, ich konnte es ihnen nicht geben. ((lacht)) Na, du verstehst es. ((lacht))

[...]

Sie haben meinen Antrag nicht weitergereicht. (... Pause, bis ca. 5 Sek.) Solange ich ihnen nicht zahle. So direkt hat mir es niemand gesagt, es war jedoch klar, was sie von mir erwarteten.

(Walid, visapflichtig, männlich, aus Afghanistan, Russischkenntnisse, Flüchtlingsstatus)

Walid nahm den großen Druck seitens der FMS-BeamtInnen wahr, Bestechungsgelder zum Erwerb der Aufenthaltsdokumente zu zahlen, entschied sich jedoch zunächst dagegen und stattdessen den formellen Weg einzuschlagen, obwohl er die finanziellen Mittel für eine Bestechung hätte aufbringen können. Für ihn sei klar gewesen, dass der formelle Weg fast aussichtslos war. Doch sich in die Abhängigkeit der Geldgeber zu begeben, schien ihm keine bessere Alternative zu sein. Er verzichtete zunächst auf die russische Staatsbürgerschaft und schaute sich nach Alternativen um. Dabei ist beachtenswert, dass der Flüchtlingsstatus, den er erhalten hatte, nur eine Gültigkeitsdauer von drei Jahren beinhaltet, nach deren Ablauf Walid diesen mit einem Antrag verlängern müsste, was erneutes Zahlen von Bestechungsgeldern bedeutet hätte. Bis zum Ablaufdatum seines Flüchtlingsstatus hätte er noch Zeit, schilderte Walid, daher setze er sein Vertrauen zunächst auf den formellen Beantragungsweg mit der Unterstützung der Rechtsanwälte einer Menschenrechts-NGO. Er schien an dieser Stelle des Interviews überhaupt nicht besorgt zu sein und deutete auch an, er habe andere Strategien im Kopf. Eine alternative Option zur Zahlung von Bestechungsgeldern wäre die Beantragung einer russischen Aufenthaltserlaubnis aufgrund seiner Vaterschaft. Walid habe eine Tochter, die russische Staats-

¹⁸ махинации большие, тянули, тянули, не мог отдать ((lacht)) ну сам понимаешь ((lacht))
[...]

Они не отправляли. (... Pause, bis ca. 5 Sek.) Пока я не заплачу. Так на прямую мне никто не говорил, а смысла понятен.

bürgerin sei. Dies ermögliche ihm, sich direkt für die russische Aufenthaltserlaubnis zu bewerben.

Mohammad aus Afghanistan, der seit Jahren für eine Menschenrechts-NGO als Dolmetscher arbeitete, baute von Anfang an auf die Unterstützung durch die NGO. Versuche, irregulär nach Europa einzureisen oder über den Weg des Umsiedlungsprogramms in die Vereinigten Staaten, Kanada oder Australien auszureisen, waren gescheitert. Mithilfe von Rechtsanwälten der gemeinschaftlichen Hilfsorganisation „Vera, Nadeschda, Ljubow“ gelang es ihm als einzigem unter den interviewten Personen, den Flüchtlingsstatus auf formellem Weg zu erhalten.

Seine jahrelange Hartnäckigkeit bei der Durchsetzung des Flüchtlingsstatus mithilfe von NGO- Anwälten sowie seine Tätigkeit bei der NGO als Dolmetscher hätten ihm jedoch auch Feinde in Reihen des FMS eingebracht, insbesondere zwei Beamte des FMS, die in Kreisen von Menschenrechtlern als ausgesprochene Nationalisten gelten würden. Mohammad zeigte im Gespräch sehr gute Kenntnis über die Modalitäten einer Beantragung der russischen Staatsbürgerschaft nach Erhalt des Flüchtlingsstatus:¹⁹

Nach einem halben Jahr oder Jahr, ich erinnere mich nicht genau, hat man das Anrecht, sich für die russische Staatsbürgerschaft zu bewerben. Du stellst einen Antrag, man braucht ein Zertifikat über die bestandene Russischprüfung. Dann braucht man die Bescheinigung über die Entrichtung der Einkommenssteuer für natürliche Personen. Damit zeigt man, dass man legal arbeitet und die Steuern zahlt. Dann zeigst du noch eine gültige Anmeldung am tatsächlichen Wohnort.

(Mohammad, visapflichtig, männlich, aus Afghanistan, Russischkenntnisse, Flüchtlingsstatus)

Mohammad gab weiter an, die FMS-Beamtin habe sich geweigert, seinen Antrag anzunehmen. Er würde auf diesem Weg niemals die russische Staatsbürgerschaft erhalten. Sie habe – auch gegenüber der NGO-Anwältin – von einer Anweisung der Chefetage berichtet, keine Anträge von Flüchtlingen anzunehmen. Die Ausführungen der Beamtin – so Mohammeds Bericht – gip-

¹⁹ Через полгода или год, я не помню точно, имеешь право подавать на гражданство Российское. Пишешь заявление, там нужны сертификат об аттестате русского языка. Потом ещё нужен НДФЛ 2, то что ты работаешь легально, получаешь зарплату. И платишь налоги. Потом вот, предоставляешь справку, что ты где-то зарегистрирован и живёшь вот по регистрации.

felten in der Aussage, dass sie im Falle einer Antragstellung das Verfahren mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln torpedieren würde.

Mohammad schilderte im Interview auch das Gespräch mit einem Spitzenbeamten, der ebenfalls offen angedroht habe, alles zu tun, damit Mohammads Flüchtlingsstatus nicht verlängert werde:²⁰

Und ich habe eine Audioaufnahme, auf der ich ihn direkt nachfrage, warum du so zu mir bist und warum willst du mich meines Flüchtlingsstatus berauben? Und er sagte: „Weil du für die falsche Organisation arbeitest, nur deswegen.“

(Mohammad, visapflichtig, männlich, aus Afghanistan, Russischkenntnisse, Flüchtlingsstatus)

Aufgrund seiner Überzeugung, keine Bestechungsgelder zahlen zu wollen, stieß Mohammad an dieser Stelle an die Grenzen des Möglichen, was er mithilfe von Rechtsanwälten einer NGO auf legalem Wege erreichen konnte. Doch auch in dieser für ihn auf den ersten Blick ausweglos erscheinenden Situation fand er eine alternative Möglichkeit zur Sicherung seines Aufenthaltes in Russland. Er wählte eine andere Option und heiratete seine langjährige russische Freundin, mit der er ein Kind bekam. Die Familiengründung mit einer russischen Staatsbürgerin und die Geburt eines Kindes, das auch als russischer Staatsbürger gilt, bewahrte ihn vor einer Abschiebung und eröffnete ihm die Möglichkeit, nach drei Jahren Ehe formell einen Aufenthaltserlaubnis zu beantragen.

Auch Nijaz setzte sein Vertrauen in die Hilfe einer NGO. Nach seiner Rückkehr nach Moskau wurde Nijaz bei einem homophob-motivierten Angriff von einem Mann schwer im Gesicht verletzt. Bei den Gerichtsverhandlungen wurde der Angreifer aufgrund fehlender Beweise freigesprochen.

Der Angriff passierte wenige Monate vor unserem Gespräch. Nijaz beschrieb sein starkes Gefühl von Angst und Unsicherheit in der Folge. Er verlasse aus panischer Angst vor einem erneuten Übergriff nur sehr ungern seine Wohnung. Er gehe ausschließlich in den Tagesstunden raus und bewege sich

²⁰ И у меня есть аудио запись, где я ему задаю прямой вопрос, почему вот так ты относишься ко мне или почему хочешь лишить меня статуса? И он сказал, что ты работаешь в неправильной организации, только из-за этого.

nur in Gegenden, in denen viele Menschen unterwegs seien. Auf die Frage nach seiner besten Erinnerung an Moskau sagte er:²¹

Ich kann das anziehen, was ich will. Jedoch muss man immer vorsichtig sein.

(Nijaz, visafrei, männlich, aus Usbekistan, Russischkenntnisse, Aufenthaltserlaubnis)

In einer längeren Erzählpassage kam er auf das Leben in seiner WG und auf seine Sexualität zu sprechen:²²

[...], weil ich mir jetzt in Moskau keinen Sex erlauben kann, weil ich Angst habe, rauszugehen. Das ist wahr! (. Pause, bis ca. 1 Sek.) Man ist da und dann plötzlich zack ((macht dabei ein brechendes Geräusch)) und dann bin ich nicht mehr da! Zumal, wie Sie sehen, bin ich (. Pause, bis ca. 1 Sek.) nicht auf den Mund gefallen. Ich habe Angst, ich bin schon oft in solche Situationen hineingeraten (. Pause, bis ca. 1 Sek.) und will nichts mehr riskieren! Ich will hier in Ruhe wegkommen.

(Nijaz, visafrei, männlich, aus Usbekistan, Russischkenntnisse, Aufenthaltserlaubnis)

Der letzte Satz bezog sich auf seine Entscheidung, Russland zu verlassen. Der Angriff veranlasste ihn, seine langfristigen Absichten zum Aufenthalt zu überdenken. Er schilderte, die neugewonnene Aufenthaltserlaubnis schütze ihn zwar weitgehend vor Willkür und übermäßiger Erpressung durch die staatlichen Organe, garantiere jedoch offensichtlich nicht seine körperliche Unversehrtheit im Land. Er begann, sich nach Möglichkeiten umzuschauen, das Land in Richtung Westeuropa oder Nordamerika zu verlassen, wo er sich frei entfalten und seine Sexualität offen ausleben könne. Er habe im Internet nach Auswanderungsmöglichkeiten gesucht und sei dabei auf das Umsiedlungsprogramm der UNHCR und einer NGO im Bereich der Menschenrechte und MigrantInnenunterstützung mit dem Hauptsitz in Moskau gestoßen:²³

²¹ Я могу одевать то, что я хочу. Но опять же надо быть осторожным.

²² Потому-что я сейчас в Москве себе не могу позволить секс, потому-что я боюсь выходить. Это правда! (. Pause, bis ca. 1 Sek.) Вдруг это было хоп и (macht dabei ein brechendes Geräusch) и меня нету! Тем более мой язык, как Вы видите, скажем (. Pause, bis ca. 1 Sek.) не мертв! (. Pause, bis ca. 1 Sek.) Вот. Аааа (. Pause, bis ca. 1 Sek.) я боюсь, много раз попал и не хочу уже (. Pause, bis ca. 1 Sek.) рисковать! Хочу спокойно уехать! (. Pause, bis ca. 1 Sek.)

²³ И думал как-то надо отсюда уже уехать. Сажу в интернете и думаю, как бы из России и из Узбекистана уехать. Набираю буквы вот такие в гугле и там выходит. Как получить статус беженца, помощь иммигрантам. Такие какие-то ссылки. И читаю всё это и читаю и выходит какое-то Гражданское Содействие. Какое-то ООН. Какая-то правозащитная организация, понимаете? Начал читать и в результате позвонил туда, я.

Und ich habe darüber nachgedacht, wie ich von hier wegfahre. Ich sitze im Internet und denke darüber nach, wie ich aus Russland und aus Usbekistan wegfahren kann. Ich tippe die Buchstaben bei Google ein und da kam es raus: Wie man den Flüchtlingsstatus bekommt, Hilfe für Immigranten. Irgendwelche Links. Ich lese es und lese es und dann kommt irgendeine NGO. Irgendwas mit UN. Irgendeine Menschenrechtsorganisation, verstehen Sie? Ich fing an zu lesen und als Resultat rief ich dort an.

(Nijaz, visafrei, männlich, aus Usbekistan, Russischkenntnisse, Aufenthaltserlaubnis)

Er habe beschlossen, bei der NGO um Hilfe zu bitten. Die Rechtsanwälte der NGO unterstützten - wenn auch vergeblich - seine Klage im Gerichtsprozess gegen den Angreifer. Die Organisation sammelte auch Spendengelder, die zwar nicht für eine Gesichtsrekonstruktions-OP nach seinen schweren Verletzungen durch den Übergriff reichten, aber zumindest für Zahnimplantate.

Die Leiterin der NGO besorgte ihm einen Termin in der US-Botschaft im Rahmen des UNHCR Umsiedlungsprogramms. Zum Zeitpunkt des Interviews hatte er eine Zusage für die Umsiedlung in die Vereinigten Staaten bekommen und verließ zwei Monate später das Land. Sein Mut, sich an die NGO zu wenden, seine Entschlossenheit, den Täter anzuklagen und sein Wille für die Gerechtigkeit trotz seiner Angst zu kämpfen und nicht aufzugeben, halfen ihm, einen Weg für sich zu finden, in ein sicheres Land umzusiedeln, obwohl seine russische Aufenthaltserlaubnis in der Regel eine formelle Antragstellung auf Umsiedlung in die USA unzulässig gemacht hätte.

Amir kooperierte ebenfalls mit einer NGO. Er kam – wie Mohammad und Walid – im Zuge der Aus- und Fortbildungsinitiative aus Afghanistan in die Sowjetunion. Während seines Studiums in Moskau zerfiel die Sowjetunion und die Taliban ergriffen die Macht in Afghanistan. Als Parteimitglied der Kommunistischen Partei Afghanistans konnte er nicht mehr ins Land zurückkehren. Um nach Europa auszureisen, bediente er sich der Hilfe von Schleppern, denen er mehrere tausend Dollar zahlte. Er wählte diesen Weg, weil es²⁴

²⁴ Раньше просто в Германии и Голландии прием беженцев было легче. Быстрее принимали, но нужно было приехать туда и там подавать документы.

früher einfacher war, sich in Deutschland und in den Niederlanden für den Flüchtlingsstatus zu bewerben. Die Anträge wurden schneller angenommen, jedoch musste man vor Ort sein und sie dort persönlich vorstellen.

(Amir, visapflichtig, männlich, aus Afghanistan, Russischkenntnisse, Flüchtlingsstatus beantragt)

Diese Strategie ging jedoch für ihn – wie auch für Mohammad und Walid – nicht auf, sie wurden unabhängig voneinander mehrmals an der Grenze angehalten, kurz interniert und wieder zurück nach Moskau geschickt. Parallel bewarb er sich 2000 für das Umsiedlungsprogramm des UNHCR. Aufgrund der großen Zahl an Bewerbungen hatte er jedoch erst 2008 die Gelegenheit zu einem Interview. Sein Antrag wurde mit der Begründung abgelehnt, er könne nicht nachweisen, dass die Rückkehr nach Afghanistan eine Gefahr für sein Leben darstelle. 2009 bewarb er sich in der kanadischen Botschaft für die Umsiedlung nach Kanada und wurde erneut abgelehnt. Nach der Änderung des Umsiedlungsprogramms 2012 wiederholte er den Versuch, in einen sicheren Drittstaat umzusiedeln. Zum Zeitpunkt des Interviews befand sich sein Antrag zur Bearbeitung in der kanadischen Botschaft. Um in dieser Zeit einen regulären Status in Russland zu besitzen und damit vor Polizeikontrollen geschützt zu sein, bediente er sich der Unterstützung der NGO zur Beantragung einer Duldung in Russland:²⁵

Solange sie meine Dokumente bearbeiten, beantragte ich eine Duldung, damit ich irgendeinen legalen Status für die Bearbeitungszeit in der kanadischen Botschaft habe. Ich habe im Moment nur einen Antrag auf eine Duldung für drei Monate.

(Amir, visapflichtig, männlich, aus Afghanistan, Russischkenntnisse, Flüchtlingsstatus beantragt)

Er beschrieb, dass seine bisherigen Erfahrungen mit der Informalität und Korruption beim FMS im Prozess der Beantragung seines Duldungs- oder Flüchtlingsstatus ihn gelehrt hätten, dass er keine Aussicht auf einen positiven Entscheid habe. Die Beantragung einer Duldung mithilfe der NGO bedeute aber drei Monate Bearbeitungszeit und zugleich einen regulären Status in Russland. Auf diese Weise verhinderte Amir, dass sein Plan, nach Kanada auszureisen, durch Komplikationen aufgrund seines momentanen Auf-

²⁵ Вот пока они рассматривают мои документы, я подал на статус Временного Убежища, чтобы иметь какой-то легальный статус здесь на время рассмотрения документов в Канадском посольстве. У меня только ходатайство на ВУ на 3 месяца.

enthalt in Russland gefährdet würde. Außerdem bedurfte er einer erneuten Ablehnung des Antrages auf Duldungsstatus in Russland, um sich für das Umsiedlungsprogramm der UN zu qualifizieren.

Kristin kam 2011 aus dem Ostteil der Demokratischen Republik Kongo mit einem Kind nach Moskau. Zu diesem Zeitpunkt sei sie hochschwanger gewesen. Kristins Eltern und Geschwister starben bei einem Rebellenüberfall, als sie noch ein Kind war. Sie wurde in einem Nachbardorf aufgenommen und wuchs dort auf. Nach nur fünf Jahren Schule heiratete sie einen Mann aus dem Nachbardorf. Sie hatten ein kleines Haus mit etwas Land. Sie verkaufte die Ernte auf einem Markt im benachbarten Ruanda. Als Rebellen den Ehemann rekrutieren wollten, konnte er fliehen und blieb seitdem verschwunden. Die Rebellen drohten ihr mehrmals mit Vergeltung, sollte ihr Ehemann nicht wieder auftauchen und sich stellen. Bei einer dieser Begebenheiten vergewaltigten sie die Rebellen, woraus ihre Schwangerschaft resultierte. Mit dem Tod bedroht, beschloss sie, nach Kinshasa zu fliehen. Dort wurde sie aufgrund ihres Akzents für eine Ruanderin gehalten, was ständig mit Problemen verbunden war. Ein Freund ihres Vaters habe ihr ein russisches Visum und ein Ticket nach Russland besorgt. Dafür habe sie ihm die Landparzelle ihrer Eltern in ihrem Heimatdorf überschrieben. Sie habe nichts über Russland gewusst. Sie habe sich nur gewünscht, in ein sicheres Land zu gehen, wo sie und ihre Kinder nicht mehr um ihr Leben bangen müssten. Für sie lag diese Sicherheit in Europa, wo nur weiße Menschen leben würden und es ruhig und sicher sei.

Nach ihrer Ankunft in Moskau sei sie zunächst mit ihrem Sohn in einer Wohnung mit anderen KongolesInnen untergekommen, jedoch nach einiger Zeit aus der Wohnung auf die Straße rausgeworfen worden, weil ihre MitbewohnerInnen sie auch für eine Ruanderin gehalten hätten. Eine zufällige Straßenbekanntschaft aus dem östlichen Kongo habe sie zum UNHCR verwiesen, von dem sie zu einer Menschenrechts-NGO geschickt worden sei. Die MitarbeiterInnen der NGO organisierten ihr eine Vorsorgeuntersuchung beim Gynäkologen und brachten sie zur Geburtsklinik, in der sie eine Tochter zur Welt brachte. Zusammen mit ihren Kindern wurde sie in einem Frauenhaus in der Nähe von Moskau untergebracht. Mithilfe ihrer Rechtsanwälte

versuchte die NGO, ihr einen Flüchtlings- oder Duldungsstatus in Russland zu erwirken, scheiterte jedoch in beiden Fällen am Widerstand des FMS, der keinen schützenswerten Grund für den Verbleib Kristins und ihrer beiden Kinder in Russland gesehen habe.

Kristin vertraute den MitarbeiterInnen der NGO und habe ihr Schicksal aus diesem Vertrauensverhältnis heraus aber auch aus Mangel an Alternativen in die Hände der Menschenrechts-NGO gelegt. Sie habe sich mithilfe der NGO um eine Duldung in Russland beworben und sei zu einem Interview in den FMS eingeladen worden. Ihr Antrag auf eine Duldung scheiterte jedoch. Die MitarbeiterInnen der NGO hätten sich im Namen von Kristin und ihrer Kinder an das Umsiedlungsprogramm der UNHCR gewandt. Nach einem Interview sei Kristin und ihren Kindern die Einreisegenehmigung und ein Flüchtlingsstatus in Norwegen zugesprochen worden. Sie siedelten 2014 dorthin um.

In den Interviews mit MigrantInnen stellte sich heraus, dass viele der Hilfe der NGO vertrauten und diese annahmen, einige MigrantInnen dies jedoch nicht taten, wie im Folgenden näher ausgeführt wird.

Hasan aus Syrien erzählte beispielsweise von negativen Erfahrungen mit dem UNHCR und der NGO. Zum Zeitpunkt des Interviews besaß er noch ein gültiges Jahresvisum, das er sich in Syrien gekauft habe und das in zwei Monaten ablaufen werde. Er habe daher nach Möglichkeiten gesucht, wie er nach Finnland oder in ein anderes skandinavisches Land weiterreisen könne, um dort einen Flüchtlingsstatus zu beantragen. Für eine Verlängerung seines Visums fehle ihm das Geld. Um seine Chancen auf Weiterreise in ein skandinavisches Land nicht zu gefährden, habe er darauf verzichtet, sich um eine Duldung zu bemühen. Auf die Frage, ob er sich an die NGO gewandt habe, antwortete er:

I did. I went there. But I feel regret for asking them. (. Pause, bis ca. 1 Sek.) Because it's very useless and helpless. They couldn't offer me anything!

(Hasan, visapflichtig, männlich, aus Syrien, keine Russischkenntnisse, gültiges Visum)

Hasan folgte zwar dem Rat der NGO und wandte sich an die finnische Botschaft und den UNHCR. Sein Ersuchen wurde jedoch in beiden Fällen abgelehnt.

Auch Tyron lehnte die NGO-Strategie vehement ab. Tyron, ein Kongoleser aus der Demokratischen Republik Kongo, hatte vor der Ankunft in Russland vier Jahre in Südafrika gelebt. Er kam mit der Absicht ins Land, nach Europa, speziell nach Deutschland oder Frankreich, weiterzureisen. Er arbeitete als Verteiler von Werbeflyern. In Russland wolle er nicht bleiben, weil das Leben für Afrikaner dort nicht gut sei. Die anschließende Frage, ob er sich beim UNHCR als Flüchtling habe registrieren lassen, verneinte er:

Chief, I know, for me I know about the refugee (. Pause, bis ca. 1 Sek.) About the refugee, I know another people going to Russia people to, to, to complaining about refugee. After is nothing! I know about it. If someone is complaining about refugee, you are going to give him a place to sleep, you are going to give him a house (. Pause, bis ca. 1 Sek.) you are going to send him to school, like to South Africa, you are going to send him to school, after to finish the school you are going to give him job. (. Pause, bis ca. 1 Sek.) You understand? Here, I hear to other people, you are going to refugee, is nothing (... Pause, bis ca. 5 Sek.) no job, didn't send him to school, no house, is complaining, give people paper like me. You understand why I didn't go? (. Pause, bis ca. 1 Sek.) For me is hmm, you lost your time for nothing! That time I am going to check for refugee, I am going to give paper, give people paper, after that I can get something! (... Pause, bis ca. 5 Sek.) If you are going there, you lost your time.

(Tyron, visapflichtig, männlich, aus der Demokratischen Republik Kongo, keine Russischkenntnisse, Visum abgelaufen, keine regulären Aufenthaltsdokumente)

Der letzte Satz unterstreicht seine Ablehnung der Unterstützung durch die NGO besonders. Tyron zeigte sich sehr enttäuscht darüber, wie wenig eine NGO für ihn tun könne. Er könne sich weder auf die Hilfe des russischen Staates, noch auf die bedeutende Unterstützung der NGOs verlassen. Er sei der Einzige, auf den er sich bei der Erreichung seines Ziels, nach Europa zu gelangen, verlassen könne. Dafür sei er auch bereit gewesen, den Kontakt zu seinen Verwandten in der Demokratischen Republik Kongo abubrechen, die ihm bei jedem Anruf nach Geld für Lebensmittel fragten. Das Geld, welches er so mühsam von seiner Tätigkeit als Flyerverteiler monatlich zurücklege, um erfolversprechendere Möglichkeiten und Strategien als die Unterstützung durch eine NGO auszuloten.

Transitabsichten und Sans-Papiers-Strategie

In den Interviews beschrieben diejenigen MigrantInnen die Sans-Papier-Strategie einzusetzen, die Transitabsichten hatten, deren Visa abgelaufen waren und die über keine ausreichenden finanziellen Mittel verfügten, um reguläre Aufenthaltsdokumente formell oder informell zu erwerben. Dabei war es unbedeutend, ob die MigrantInnen an ihren Transitabsichten festhielten oder diese bereits aufgegeben hatten. Um die Feststellung der eigenen Identität zu erschweren und sich währenddessen weiterhin nach Wegen zur Weiterreise nach Europa umzuschauen, versteckten MigrantInnen ihre Ausweisdokumente und versuchten, sich bei den Kontrollen durch Bestechungsgeldzahlungen freizukaufen.

Transitabsichten haben ihren Ursprung im (anfänglich) fehlenden Interesse an einem längerfristigen Aufenthalt in Russland. Besonders MigrantInnen aus visapflichtigen Ländern schilderten, Russland nur als Transitland auf dem Weg zu ihren Zielländern zu betrachten und das Land nur aus diesem Grund für ihre Einreise ausgewählt zu haben. Der Glaube an einen einfachen Transit nach West-Europa sei außerdem durch die Visaagenten in ihren Heimatländern geschürt worden, die mit der Besorgung der Visa und Tickets gut an ihnen verdienen würden.

Robert aus Burkina Faso erzählte von seinem Wunsch, nach Deutschland zu gehen. Als Automechaniker wolle er dort einen Ausfuhrhandel mit Autos nach Afrika aufbauen. Ein Agent in seinem Heimatland habe ihm erzählt, dass es aufgrund der geografischen Nähe einfacher wäre, aus Russland nach West-Europa einzureisen. Ausgestattet mit einem einmonatigen Touristenvisum für Russland und Kontakt zu einem weiteren Agenten in Moskau sei er nach Moskau gekommen. Der Mann, der ihn bei der Ankunft vom Flughafen abholt habe, sollte ihn in einen Zug setzen, der in ein baltisches Land führe, von wo aus er dann nach Deutschland mit einem Bus weiterreisen sollte. Trotz der Summe von 2.000 US-Dollar, die er bei seiner Ankunft bei sich gehabt habe, um den Agenten vor Ort zu bezahlen, stellte Robert mit großer Enttäuschung fest, dass der Transit nach Deutschland nicht so leicht war:

When I came to Moscow, I was expecting that from the agent. But, unfortunately he

was telling me a different story. The agent I met was very kind. He told me, I can't tell you a lie; I can't take your money. You came to a very bad country, this country is very difficult to live in and he advised me to go back.

(Robert, visapflichtig, männlich, aus Burkina Faso, keine Russischkenntnisse, Visum abgelaufen, keine regulären Aufenthaltsdokumente)

Trotz Roberts Bereitschaft, Schleppernetzwerke zu nutzen und den notwendigen finanziellen Ressourcen dafür war seine Transitstrategie nicht erfolgreich. Zum Zeitpunkt des Interviews hatte er noch nicht aufgegeben, mithilfe von SchlepperInnen in die EU einzureisen. Die Rückkehr in sein Heimatland stelle für ihn keine Option dar. Robert äußerte seine Angst, aufgrund seines bereits abgelaufenen Visums bei einer Dokumentenkontrolle festgenommen und in sein Heimatland abgeschoben zu werden. Er wolle das auf keinen Fall riskieren und nehme daher seinen Pass nie mit, wenn er in die Stadt gehe. Er zahle bei den Dokumentenkontrollen den BeamtenInnen Bestechungsgeld, damit sie ihn freiließen.

Alle interviewten Personen, die mit einer Transitabsicht nach Russland gekommen waren, schilderten ihre große Schwierigkeit bei der Realisierung ihrer Pläne. Sie strandeten in Russland. MigrantInnen, die in Russland festsaßen, blieben zwei Optionen: freiwillig und auf eigene Kosten in ihre Heimat zurückzukehren oder in Russland zu verbleiben, wobei ihr Aufenthalt kurz- oder langfristig sein konnte.

Tyron aus der Demokratischen Republik Kongo kam aus Südafrika nach Moskau mit der Absicht, das Land für einen Transit nach Europa zu benutzen. Auf die Frage, welche Pläne er nach einem Jahr und fünf Monaten in Russland habe, betonte er, er wolle weder in die Demokratische Republik Kongo zurückkehren noch in Russland bleiben. Er wolle es eines Tages nach Europa schaffen:

I am asking god every day to help me to leave this country. (. Pause, bis ca. 1 Sek.) To go to other country to check my life, to help my family. Go back to my country, never! Can't do that, can't do that. Because there is nothing, nothing! [...] Only people working for government are rich. There is nothing, nothing! If someone say go to your country, never! Never! If the police for Russia catch me, say go to, I say NEVER! I say never, you must, must kill me. If you want, must kill me here. Because (.

Pause, bis ca. 1 Sek.) only god can help me. One day is one day. God is going help me to leave this country. (... Pause, bis ca. 5 Sek.)

(Tyron, visapflichtig, männlich, aus der Demokratischen Republik Kongo, keine Russischkenntnisse, Visum abgelaufen, keine regulären Aufenthaltsdokumente)

Tyron musste nach einem Jahr und fünf Monaten in Russland feststellen, wie schwer es ist, von Russland in die EU ohne gültige Dokumente einzureisen. Auch wenn er keine Illusionen mehr darüber hegte, dass er bald nach Deutschland gelangen könne, gab er seinen Traum nicht auf und hoffte wie Robert, eines Tages eine Möglichkeit dafür finden zu können. Beide scheiterten mit ihren Transitplänen, gaben diese jedoch nicht auf, bemühten sich entsprechend nicht um russische Aufenthaltstitel, sondern blieben als Sans Papier, bestachen PolizeibeamtenInnen bei den Dokumentenkontrollen oder versuchten, sich dabei herauszureden.

Das folgende Beispiel von Amir aus Afghanistan schildert, wie MigrantInnen über viele Jahre ohne reguläre Aufenthaltsdokumente in Russland lebten, um ihren Plan einer Migration in ein Drittland nicht zu gefährden. Amir lebe seit Anfang der 1990er Jahre in Russland. Anfangs habe er wie die meisten anderen AfghanInnen mehrmals versucht, mit irregulären Dokumenten nach Europa und speziell nach Deutschland zu kommen. Er habe dabei sogar auf die Hilfe von professionellen SchlepperInnen und DokumentenfälscherInnen zurückgegriffen, doch all seine Versuche seien gescheitert. Er hielt an seiner Transitstrategie fest und besaß keine permanenten regulären russischen Aufenthaltsdokumente. Er habe sich bereits mehrmals erfolglos beim Umsiedlungsprogramm der UNHCR beworben und sich zum Zeitpunkt des Interviews im erneuten Bewerbungsprozess befunden:²⁶

Ich wandte mich an den FMS und befand mich seit 2000 in der Warteliste und wartete auf mein Interview, zu dem ich erst 2008 eingeladen wurde. Ich erhielt eine

²⁶ Я стоял на учете. Я обратился в Миграционную службу и меня поставили на учет в 2000 году. А на собеседование меня пригласили только в 2008 году. Потом дали на три месяца справку, что я нахожусь на рассмотрении и потом отказали в статусе. Мотивировали это тем, что нет доказательства, что я действительно не могу вернуться в Афганистан. Потом я опять обратился в УВКБ ООН и они мои документы отдали в Канадское посольство. Это было в 2009 году. Потом они свою программу изменили. Потом в прошлом году я опять подавал документы в Канадское посольство. Вот пока они рассматривают мои документы, я подал на статус Временного Убежища, чтобы иметь какой-то легальный статус здесь на время рассмотрения документов в Канадском посольстве.

dreimonatige Bescheinigung, dass ich mich im Prozess der Beantragung befinde. Dann haben sie mich abgelehnt und es damit erklärt, dass es keine Beweise gebe, dass ich nicht mehr nach Afghanistan zurückkehren könne. Dann habe ich mich wieder an den UNHCR gewandt und sie reichten meine Dokumente an die Kanadische Botschaft weiter. Das war 2009. Dann wurde das UNHCR Programm geändert. Dann habe ich mich letztes Jahr wieder bei der Kanadischen Botschaft beworben. Solange sie dort meinen Antrag bearbeiteten, bewarb ich mich parallel um die russische Duldung, damit ich irgendeinen regulären Aufenthaltsstatus für die Bearbeitungszeit meines Antrages in der Kanadischen Botschaft habe.

(Amir, visapflichtig, männlich, aus Afghanistan, Russischkenntnisse, Duldung beantragt)

Amir lebte seit Jahren ohne reguläre Aufenthaltsdokumente und versuchte nicht, die russische Aufenthaltserlaubnis zu gelangen. Um seinen Wunsch, nach Kanada auszureisen, nicht zu gefährden, verzichtete er in all den Jahren zuvor auf alle Optionen zur Erlangung einer dauerhaften Aufenthaltserlaubnis in Russland. Er habe sich für eine Duldung beim FMS beworben, wohl wissend, dass er abgelehnt werde, weil er keine Bestechungsgelder gezahlt hatte. Die Bearbeitungszeit für einen Duldungsantrag dauerte bis zu drei Monaten, in denen er einen regulären Aufenthaltsstatus in Russland hatte. Es entsprach genau seinen Absichten, für die die Dauer der Bearbeitungszeit seines Antrages an der Kanadischen Botschaft einen regulären Aufenthaltsstatus in Russland zu haben, um nicht von der Polizei behelligt zu werden.

Die meisten MigrantInnen, die in ihren Interviews die Sans-Papier-Strategie schilderten, äußerten auch die Absicht, Russland als ein Transitland für die Weiterreise in ein Drittland zu nutzen. Einige von ihnen versuchten dies auf formellem Wege durch eine Antragstellung beim UNHCR Umsiedlungsprogramm. Andere setzten auf die Hilfe von SchlepperInnen. Beide Gruppen bemühten sich gegebenenfalls nur um temporäre Aufenthaltsdokumente, um die Berechtigung zur Umsiedlung in ein Drittland nicht zu gefährden oder ihre Zeit nicht für „unnütze Dinge“ wie die Beantragung einer Duldung „zu verschwenden“. Konnten sie bei Dokumentenkontrollen keine Aufenthaltsdokumente vorzeigen, schilderten sie häufig, die PolizeibeamtInnen zu bestechen oder zu versuchen, sich herauszureden.

Aufenthaltsstrategie „zweier Identitäten“

Eine weitere relevante Strategie, die in den Interviews geschildert wurde, ist die Strategie zweier Identitäten.

Nijaz erzählte von einem guten Freund aus Tadschikistan, der sich eine Anmeldung bei einer Firma gekauft habe, deren Büro sich genau gegenüber von einem FMS-Gebäude befand. Bei einer Polizeikontrolle habe sich jedoch herausgestellt, dass die Anmeldung gefälscht sei. Er sei in Abschiebehaft genommen worden und habe anschließend Russland verlassen müssen. Die eineinhalb Jahre in seiner Heimat habe er genutzt, um von dem in Russland verdienten Geld etwas Land und für 2.000 Dollar eine neue Identität zu kaufen. Damit sei er nach Russland zurückgekehrt, obwohl ihm bei der Festnahme Fingerabdrücke abgenommen worden seien und eine Wiedereinreise für fünf Jahre verboten worden sei. Nijaz erzählte weiterhin, sein Freund hätte zwar damit viel riskiert, jedoch keine Wahl gehabt, weil die Lebenssituation in der Heimat nicht auszuhalten gewesen sei. Solange die Fingerabdrücke seines Freundes nicht überprüft würden, was nur auf dem Polizeirevier geschehen könne, sei die Gefahr der Aufdeckung relativ gering. Allerdings müsse er fortan formelle und „saubere“ Aufenthaltsdokumenten besitzen.

Ein anderes Beispiel für die Strategie zweier Identitäten bietet das Interview von Bahtijar aus Kirgisistan. Er gab an, er habe die 90-Tage-Aufenthaltsregelung für visafreie Personen mit seinem kirgisischen Inlandspass und dem Reisepass umgangen. Er sei 2011 nach Moskau gekommen, um Geld für die Hochzeit seiner Schwester zu verdienen und zusätzlich etwas für sich anzusparen, um sich ein Haus zu kaufen bzw. für sich mit dem gesparten Geld eine Existenz in der Heimat in Form eines eigenen Geschäftes oder eines Autos, mit dem er als privater Taxifahrer arbeiten könne, aufzubauen. Seine anfänglichen Absichten bezüglich einer nur kurzfristigen Aufenthaltsdauer hätten sich jedoch geändert, als seine Frau schwanger geworden und er zurück in die Heimat gereist sei, um sie zu besuchen. Er habe beschlossen, länger in Russland zu bleiben, um seine Frau und das Kind in der Heimat ernähren zu können. Nach den ersten drei Monaten in Moskau, in denen er eine Anmeldung gehabt habe, die er für 2.500 Rubel (umge-

rechnet 63 Euro) bei einer Vermittlungsfirma erworben habe, hätte er sich ohne eine Arbeitserlaubnis oder Arbeitspatent nicht mehr im Land aufhalten dürfen, sondern nach der Gesetzeslage das Land für mindestens einen Tag verlassen müssen. Er habe diese Regelung umgangen, indem er seinen Reisepass benutzte, der keinen Einreisestempel hatte. Damit habe er sich die Kosten für Aus- und Einreise sowie die Bestechungszahlung an die GrenzschützerInnen an der russisch-ukrainischen Grenze erspart (Eine genaue Beschreibung von Interaktionen mit den GrenzschützerInnen wird in Kapitel 5.2 erörtert). Nach Ablauf weiterer drei Monate habe er ein Arbeitspatent erworben, arbeite jedoch nicht bei einer Privatperson, wie die Arbeitspatentregelung es vorsehe. Er habe mit seinem Arbeitgeber vielmehr ein inoffizielles Abkommen getroffen, könne dort für weniger Lohn arbeiten und habe sein Arbeitspatent als ein formelles Aufenthaltsdokument bei den Dokumentenkontrollen genutzt, um eine reguläre Aufenthaltsberechtigung nachzuweisen.

Die Strategie zweier Identitäten zeigt zwei Ausprägungen. Es handelt sich zum einen um eine temporäre Dokumentationsstrategie zur Sicherstellung des Aufenthaltes für die ersten Monate, bis genügend Geld für den Erwerb einer Arbeitserlaubnis oder eines Arbeitspatentes verdient wird. Zum anderen handelt es sich um eine Strategie, die MigrantInnen erlaubt, nach einer Abschiebung das durch die staatlichen Behörden verhängte Einreiseverbot zu umgehen.

Strategie gefälschter Dokumente

Eine weitere Alternative stellte für MigrantInnen die Strategie gefälschte Dokumente dar. In den Interviews finden sich verschiedene Gründe und Motive für die Wahl dieser Option. So entschieden sich z. B. MigrantInnen, die keine Absicht hatten, in Russland zu verbleiben, zum Erwerb gefälschter Dokumente, weil sie keine Angst vor Abschiebungen hatten.

Sascha aus Kirgisistan, ein 45-jähriger Mann, der in einem Schrankenhäuschen eines bewachten Parkplatzes neben den Wohnhäusern arbeitete und lebte, erzählte, seine Frau sei zum Zeitpunkt des Interviews bereits in die Heimat zurückgekehrt. Er wolle auch nur noch ein bis zwei Jahre an der Schranke arbeiten, um das Studium seiner Tochter in der Heimat finanzie-

ren zu können. Sascha besaß zum Zeitpunkt des Interviews ein reguläres Arbeitspatent und eine gefälschte Anmeldung, die er über kirgisische und usbekische Verkäufer am Kasaner Bahnhof gekauft habe. Er habe zwar keine Angst vor einer Abschiebung, da eine solche nur bedeuten würde, er käme einige Monate früher nach Hause als geplant, er habe sich dennoch für den Erwerb der Dokumente entschieden, um sich relativ sicher auf den Straßen außerhalb seines Wohnbezirks bewegen zu können.

Innerhalb der Grenzen seines Bezirkes habe er keine Kontrollen oder unerwarteten Razzien befürchtet. Grund dafür sei das freundliche und auf Austausch von Informationen gegen Geldzahlungen basierende Verhältnis zwischen dem Abschnittsbevollmächtigten der Polizei und Sascha und seinen Bekannten und Freunden. Als ältester Landsmann aus seiner Region habe Sascha auch die Funktion des Vorstehers seiner Gaphona inne – einer typischen Männergemeinschaft aus dem Fergana-Tal, die locker organisiert sei und über einen gemeinsamen Geldtopf verfüge. Er gab an, sie sammelten monatlich Geld und übergäben einen Teil daraus dem lokalen Abschnittsbevollmächtigten der Polizei, der sie dafür vor den anstehenden Razzien warne.

Das Vertrauen von Sascha und seinen Landsleuten in die Beziehung mit dem Abschnittsbevollmächtigten der Polizei stellte sich als umfassend dar. Viele von ihnen, beschrieb er, besäßen entweder keine oder nur gefälschten Dokumente, bewegten sich im Bezirk jedoch frei und ohne Angst. Niemand äußere Angst oder zeige Anzeichen von Unsicherheit – ob bei Einkäufen, Erledigungen, Treffen mit Freunden und Landsleuten in den Höfen der Hochhäuser oder den umliegenden Kneipen, bis hin zum Volleyballspiel in den Hinterhöfen. Diese Bewegungsfreiheit beschränke sich jedoch nur auf den Bezirk, in dem sie lebten. Führen sie mit der Metro oder begäben sie sich in andere Teile Moskaus, könnten sie nicht mehr auf den Schutz des Polizeibeamten zählen. Sascha und die meisten seiner Gaphona-Mitglieder arbeiteten jedoch in der unmittelbaren Nähe zum Wohnbezirk. Auch alle Geschäfte des täglichen Bedarfs seien fußläufig erreichbar. Sogar ein kirgisisch-usbekischer Markt mit Verkaufsständen sowie Bistros mit heimischer Küche seien in wenigen Minuten zu Fuß erreichbar. Das Risiko einer Dokumentenkontrolle sei für Sascha und seine Landsleute relativ gering. Dies und sein

Wunsch einer baldigen Rückkehr in die Heimat machten es ihm leicht, sich gegen den Erwerb regulärer Dokumente zu entscheiden.

MigrantInnen schilderten in ihren Interviews weitere Gründe, die Strategie gefälschter Dokumente zu nutzen. Insbesondere wurde die Verwendung dieser Strategie von MigrantInnen angegeben, die erst vor kurzem nach Russland kamen. Es handelte sich dabei um Personen, die entweder über keine finanziellen Mittel verfügten, um reguläre Dokumente zu erwerben oder denen die Bedeutung des Unterschiedes zwischen den regulären und gefälschten Dokumenten noch nicht bewusst war.

Arman aus Kirgisistan verfügte zum Zeitpunkt des Interviews über eine reguläre Anmeldung und ein Arbeitspatent und schilderte, seine Dokumente über Vermittlerfirmen erworben zu haben. Nach einem Aufenthalt von drei Monaten fahre er für einen Tag in die Ukraine und bringe nach seiner Rückkehr mit einem neuen Aus- und Einreisestempel seinen Pass zu Vermittlerfirmen, die ihn für ein Entgelt irgendwo anmeldeten. Weil er als Friseur für eine Privatperson arbeite, brauche er nur ein Arbeitspatent. Nach zweieinhalb Jahren in Russland wies Arman gute Kenntnisse über die Modalitäten und Möglichkeiten zur Erlangung von Aufenthaltsdokumenten aus, Kenntnisse, die er bei seiner Ankunft nicht gehabt habe. Auf die Frage, ob Unterschiede in seiner gegenwärtigen Vorgehensweise im Vergleich zu früher bestünden, antwortete er:²⁷

Wenn ich ehrlich sein soll: Am Kasaner Bahnhof standen an jeder Ecke Leute und fälschten Dokumente und wir ließen unsere dann bei ihnen ausstellen, weil wir in den ersten Tagen nicht wussten, wie man sie erwerben kann. Erst danach lernten wir von den Anderen, wer mit den Dokumenten helfen kann, und fingen an, unsere auch bei ihnen zu bestellen. Normale, legale Dokumente, im Sinne von rechtlich einwandfreien, sauberen Dokumenten.

(Arman, visafrei, männlich, aus Kirgisistan, Russischkenntnisse, Arbeitspatent)

Bahtijar aus Kirgisistan erzählte in seinem Interview von Erfahrungen der

²⁷ Если честно, на Казанском вокзале на каждом шагу стояли и подделывали документы, вот мы через них и делали, потому что в первые дни не знали как делать документы. Мы не знали куда зарегистрироваться, поэтому приходилось идти к ним и делать документы через них. Потом узнавали через других, кто делает документы и стали делать у них, нормальные законные документы, в смысле не нарушающие чистые документы.

Arbeitssuche mit gefälschten Dokumenten. Keine Firma oder Organisation habe ihn ohne eine Arbeitserlaubnis einstellen wollen. Der einzige Arbeitgeber, der bereit war, ihn mit den gefälschten Papieren einzustellen, sei eine von Usbeken geführte Leiharbeitsfirma gewesen. Sie hätten eingewilligt, ihn zunächst mit gefälschten Dokumenten einzustellen, jedoch nur unter der Voraussetzung, dass er sich schnellstmöglich eine reguläre Arbeitserlaubnis und eine Anmeldung besorgen werde. Aufgrund seiner gefälschten Dokumente habe er jedoch nur 15.000 Rubel (ca. 375 Euro) Lohn verdient, der nicht dafür ausreichte, um neben der Miete und dem Essensgeld auch noch Geld für den Erwerb von regulären Dokumenten anzusparen. Er habe seine Frau nach Moskau geholt, um gemeinsam Geld für die notwendigen Dokumente für einen der beiden anzusparen und mit dem damit besser erzielbaren Einkommen die notwendigen Dokumente für den anderen zu erwerben.

Ähnliches schilderte in ihrem Interview auch Dariga aus Kirgisistan, die mit ihrem Ehemann aus Kirgisistan nach Moskau kam, um Geld zu verdienen. Beide Eheleute hätten ihre Pläne und Ressourcen abgewogen und gemeinsam entschieden, eine Arbeitserlaubnis für beide zu erwerben, da sie längerfristig in Russland arbeiten und Geld verdienen wollten. Durch eine reguläre Arbeitserlaubnis und ihre fließenden Sprachkenntnisse rechneten sie fest damit, einen wesentlich höheren Lohn zu erzielen. Da sie jedoch bei der Ankunft über keine ausreichenden finanziellen Mittel verfügten, entschlossen sie sich zunächst, ihrem Ehemann eine Arbeitserlaubnis zu kaufen, weil er die Aussicht habe, mit einer regulären Arbeitserlaubnis und fließenden Russischkenntnissen als Kellner 70.000 Rubel (ca. 1.750 Euro) im Monat zu verdienen, was mehr als dem Dreifachen von Darigas Gehalt entspräche. Dariga habe zunächst mehrere Monate ohne reguläre Arbeitsdokumente als Putzfrau gearbeitet. Ihr Ehemann habe dagegen nicht gearbeitet, weil die Gefahr für ihn, kontrolliert zu werden, wesentlich höher sei als für sie. Nachdem sie ihm eine Arbeitserlaubnis von einer Vermittlungsfirma erworben hatten, habe er angefangen zu arbeiten. Zum Zeitpunkt des Interviews sparten die Eheleute das Geld für eine weitere Arbeitserlaubnis, die sie für Dariga in den nächsten Monaten kaufen wollten.

Insgesamt identifizierte der Autor in den Interviews vier Gründe, sich für die

Strategie gefälschter Dokumente zu entscheiden. Der erste Grund lag im Wunsch, Russland bald verlassen zu wollen. Es handelte sich dabei um MigrantInnen, die ihre meist monetären Ziele in Moskau erreicht hatten, kurz- bis mittelfristig vorhatten, das Land in Richtung Heimat zu verlassen und daher in den Interviews keine Angst vor einer möglichen Abschiebung äußerten. Der zweite Grund, sich für die Strategie gefälschter Dokumente zu entscheiden, bestand in der fehlenden Notwendigkeit regulärer Dokumente. Dies wird durch Erzählungen der MigrantInnen von getroffenen Absprachen und Kooperationen mit den Abschnittsbevollmächtigten der Polizei demonstriert. Fehlende finanzielle Mittel, reguläre Dokumente zu einem Vielfachen des formellen Preises über Vermittlerfirmen erwerben zu können, stellten eine weitere geschilderte Ursache dar. Der vierte Grund ließ sich in der Unwissenheit über die Bedeutung der Unterschiede zwischen regulären und gefälschten Dokumenten und den fehlenden vertrauensvollen Kontakten im Dokumentengeschäft von Neuankömmlingen finden.

Strategie der Ein- und Ausreise mit gültigen Visa

Eine weitere in den Interviews von MigrantInnen aus den Ländern mit visapflichtigen Einreiseregimen beschriebene Strategie stellte die Strategie der Ein- und Ausreise mit gültigen Visa dar. Dabei hatten MigrantInnen darauf zu achten, das Land rechtzeitig zu verlassen, um sich in ihrer Heimat ein neues Visum ausstellen zu lassen und anschließend wieder regulär einzureisen.

Natalie aus Kamerun gab an, zu ihrem Freund nach Moskau gezogen zu sein. Das größte Problem für sie in Moskau sei die Wohnungssuche. Reguläre Dokumente stellten zwar eine Herausforderung dar, diese sei für sie jedoch mit finanzieller Hilfe ihres Freundes relativ einfach zu lösen. Daher äußerte sie keine Sorgen über ihren Rechtsstatus. Sie habe sich in Kamerun ein einjähriges Studentenvisum gekauft und sei zu ihrem Freund nach Russland gekommen. Er habe zwar nicht genügend Geld, um für sie Studiengebühren zahlen zu können, damit sie tatsächlich studieren könne. Ihr Visum berechne sie jedoch zu einem regulären Aufenthalt von einem Jahr in Russland. Vor dem Ablauf dieser Frist sei sie in ihre Heimat zurückgefliegen und habe es um ein weiteres Jahr verlängert.

Hasan aus Syrien schilderte seine Erfahrung. Er hätte für die Visumsverlängerung nicht einmal das Land verlassen müssen. Auf die Frage, ob er bei der Ankunft Probleme an der Grenze gehabt habe, sagte er:

No, no! Not at all! Because there is kind of ahm (. Pause, bis ca. 1 Sek.) gang. Like mafia or something like that. I don't know what to call it. Because the relation between Syria and Russia it's working like big team of people between the shadow. (. Pause, bis ca. 1 Sek.) So, like, they made me a visa, it's a really good visa actually. I can make it more if I will pay. They call it FMS. In FMS they told me: "Your visa is fine, you will pay us money and we can make it for another year." (. Pause, bis ca. 1 Sek.) They told me that in FMS. (. Pause, bis ca. 1 Sek.) Like this.

(Hasan, visapflichtig, männlich, aus Syrien, keine Russischkenntnisse, gültiges Visum)

Bei Zahlung der erforderlichen Summe an informelle staatliche Strukturen hätte Hasan ohne Schwierigkeiten sein Visum und damit seinen regulären Status in Russland verlängern können.

Ehe- und Scheinehestrategie

Eine Ehe oder Scheinehe einzugehen, sei als letzte Dokumentationsstrategie genannt, die in den Interviews und Beobachtungen zu sehen war. Sie stellt eine Strategie von MigrantInnen dar, die sich entweder für einen dauerhaften Verbleib im Land entschlossen haben oder sich vor Abschiebung schützen wollten. Dieses Vorgehen unterstreicht die verschiedenen Handlungsmöglichkeiten von MigrantInnen in Bezug auf die Erlangung permanenter Aufenthaltsdokumente und des Schutzes vor unerwünschten Interaktionen mit den RechtsschutzbeamtInnen bzw. einer drohenden Abschiebung.

Peter aus der Demokratischen Republik Kongo kam 1993 mit der Absicht nach Russland, das Land als ein Transitland nach Europa zu nutzen. Nach mehreren missglückten Versuchen, die Grenze nach Estland und Finnland mit einem gefälschten Ausweis zu überqueren, habe er die Transitstrategie aufgegeben und beschlossen, in Russland zu bleiben. Er sei eine Scheinehe mit einer russischen Frau eingegangen, habe nach drei Jahren Ehe eine Aufenthaltserlaubnis erhalten und sich im Anschluss wieder scheiden lassen.

Elena aus der Republik Moldau habe ebenfalls nach Wegen gesucht, die russische Aufenthaltserlaubnis zu erwerben. Sie habe von Bekannten ein Angebot bekommen, für 50.000 Rubel (rund 1.250 Euro) eine Scheinehe mit einem russischen Mann einzugehen, sich jedoch zunächst dagegen entschieden und zum Zeitpunkt des Interviews in Ruhe ihre Möglichkeiten und Optionen abgewogen.

Mohammad aus Afghanistan heiratete seine langjährige russische Freundin und bekam mit ihr ein Kind, nachdem er alle anderen ihm zur Verfügung stehenden Rechtsmittel zur Erlangung regulärer Aufenthaltsdokumente ausgeschöpft habe.

Gideon aus Guinea floh vor einer Militärdiktatur und sei nach Russland gekommen, um von dort weiter nach Amerika oder Westeuropa zu gelangen. Zum Zeitpunkt des Interviews lebte er seit etwas mehr als einem Jahr in Moskau und bewarb sich mithilfe einer Menschenrechts-NGO für das Umsiedlungsprogramm des UNHCR. Er habe eine Russin im Bus kennengelernt, sie später geheiratet und sei bei ihr eingezogen. Durch die Ehe wäre er nach drei Jahren berechtigt gewesen, eine Aufenthaltsberechtigung in Russland zu erhalten. Allerdings hätten die Behörden seinem Antrag nicht stattgegeben, so dass er sich zum Zeitpunkt des Interviews in einem ungeklärten Rechtsstatus befand. Er verfolge daher weiterhin die Umsiedlungsstrategie in ein sicheres Drittland, während die Ehe mit einer russischen Staatsbürgerin ihn vor einer Abschiebung aus Russland schütze.

In den Interviews von Elena, Mohammad, Peter und Gideon zeigte sich, dass die Strategie der Ehe oder Scheinehe einen Schutz vor Abschiebungen und Willkür der Polizei bot und den MigrantInnen nach drei Jahren den formellen Weg einer Beantragung der russischen Aufenthaltserlaubnis ebnete.

Zwischenfazit

Die vorliegenden empirischen Ergebnisse tragen zum Verständnis bei, inwieweit MigrantInnen sich in wichtigen Feldern ihres Alltags in einem Staat mit weit verbreiteten informellen Strukturen und hoher Korruption aktiv und handlungswirksam in der Umsetzung ihrer Ziele und Pläne erleben und stellen damit eine wichtige Ergänzung der Literatur zu Handlungsmöglichkeiten von MigrantInnen in Schwellenländern mit symbiotischen formellen und informellen Staatsstrukturen dar. Das sich in den Interviews als zentral herausgestellte Thema der Erlangung von Dokumenten gibt unter dem Fokus der Untersuchung der Agency der MigrantInnen einen Einblick, inwieweit diese wahrnahmen, ihre Handlungsfähigkeit in Abhängigkeit von ihrer prekären Situierung in den sozialen Strukturen Russlands und ihrer individuellen Ressourcen aktiv ausüben zu können.

Die MigrantInnen schilderten in ihren Interviews, die Option wahrzunehmen, sich für oder gegen den Erwerb regulärer Dokumente entscheiden zu können. Diese Frage nahm in ihrem Leben einen zentralen Platz ein, da sie direkte Verbindungen zu den anderen wichtigen Aufgaben und Problemen aufwies, die die MigrantInnen in Moskau zu bewältigen hatten, wie zum Beispiel die Suche nach Arbeit und Wohnung oder die Gestaltung der Interaktionen mit BeamtenInnen der Rechtsschutzorgane. Deutlich wurde durch die Interviews, dass der Erwerb regulärer Dokumente für die MigrantInnen nur eine von vielen Optionen darstellte, die sie ergreifen konnten. Ihre Entscheidungen für die aus ihrer Sicht beste Handlungsstrategie trafen sie in Abwägung ihrer temporären oder langfristigen Absichten, in Russland zu verbleiben, ihren individuellen Zielen – bspw. Schutz vor Verfolgung zu erlangen oder mehr Geld als im Heimatland möglich, zu verdienen – und vorhandenen Ressourcen wie Sprachkenntnissen, Bildungsstand und finanziellen Mitteln. Wie im Kapitel ausgeführt, standen den MigrantInnen bei der Frage des Dokumentenerwerbs sowohl formelle als auch informelle Optionen zur Verfügung. Die meisten interviewten MigrantInnen wählten informelle Wege, da diese eine schnellere Erlangung von Aufenthalts- und Arbeitsdokumenten bedeutete. Eine Arbeits- oder Aufenthaltserlaubnis bzw. eine Duldung oder ein Flüchtlingsstatus boten MigrantInnen den bestmöglichen Schutz vor Ab-

schiebungen oder der Erfahrung von Polizeiwillkür und gaben ihnen die Möglichkeit, in regulären Arbeitsverhältnissen bei besserer Entlohnung zu arbeiten. Die Erlangung dieser Dokumente via käuflichen Erwerbs über informelle Strukturen erforderte jedoch meist erhebliche finanzielle Mittel. Als entsprechend wichtig beschrieben die MigrantInnen die Frage des Vertrauens – sowohl ihres Vertrauens in informelle wie formelle Strukturen als auch des Vertrauens in soziale und Hilfsnetzwerke: Welchen Personen und welchen Verfahrensweisen von strukturellen Systemen konnten sie beim Erwerb von Dokumenten vertrauen? Die MigrantInnen beschrieben, VermittlerInnen, die ihnen über soziale Netzwerke bekannt waren, ArbeitgeberInnen oder NGOs als Anlaufstellen für die Umsetzung ihrer Ziele zu nutzen.

Neben dem käuflichen Erwerb oder einer Bestechungszahlung zum Erwerb eines Aufenthaltstitels standen MigrantInnen grundsätzlich weitere Handlungsoptionen zur Verfügung. Im Falle unzureichender finanzieller Mittel schilderten einige MigrantInnen, ihr Vertrauen in den formellen Beantragungsprozess und dabei auf die Hilfe der wenigen NGOs und ihrer Anwälte zu setzen. Andere entschieden sich entsprechend ihrer temporären Pläne und Absichten dazu, gefälschte Dokumente zu erwerben. Hier stellte sich ihr Vertrauen zum System informeller Strukturen als bedeutend heraus. Verfolgten die MigrantInnen dagegen permanente Absichten, in Russland zu verbleiben, beschrieben sie als Alternative zum käuflichen Erwerb von Dokumenten die Option, eine Ehe oder Scheinehe einzugehen, um die russische Aufenthaltserlaubnis zu erlangen. Wiederum stellte „Systemvertrauen“ in Funktionsweisen informeller Strukturen einen entscheidenden Einflussfaktor auf ihre jeweiligen Handlungsentscheidungen dar.

Insgesamt weisen die Interviewergebnisse darauf hin, dass die Auswahl der jeweiligen Handlungsstrategie bzw. die Ausprägung der Agency der MigrantInnen bei der Frage des Dokumentenerwerbs stark von den informellen Strukturen des Staates beeinflusst wurde. Systemvertrauen in informelle Strukturen, Misstrauen zu rechtsstaatlichen Verfahrensweisen und interpersonales Vertrauen zu Hilfsnetzwerken wie NGOs wirkten sich entscheidend darauf aus, inwieweit die MigrantInnen aktiv mit den ihnen zur Verfügung stehenden Anlaufstellen interagierten. Als das Ausmaß ihres Vertrau-

ens beeinflussende Faktoren schilderten sie ihre jeweiligen, bereits im Herkunftsland erworbenen oder in Russland neu erlernten, Erfahrungen mit formellen und informellen Staatsstrukturen. Die Erfahrung von Betrug oder Gewalt und Willkür, ausgeprägte Angst vor Abschiebung oder das subjektive Erleben von Machtlosigkeit, hierauf Einfluss zu haben, führte nach den Schilderungen der MigrantInnen kaum zu einer Veränderung als mehr zu einer Verfestigung der informellen, von Korruption geprägten staatlichen Strukturen. Innerhalb dieser informell vorgegebenen, tradierten sowie bei Ankunft in Russland neu erlernten Handlungsbedingungen sahen sich allerdings wiederum diejenigen MigrantInnen, die Vertrauen zu einzelnen Personen ihres sozialen Netzwerkes, NGOs oder in die Abläufe der informellen staatlichen Systemstrukturen aufgebaut hatten, eher in der Lage, Strategien zur Erlangung von Aufenthaltsdokumenten, zum Schutz vor Abschiebung oder Willkür, zur Erfüllung ihrer Sicherheits- sowie wirtschaftlichen Interessen an ihre jeweiligen Lebensbedingungen flexibel zu adaptieren und gegebenenfalls neue Handlungsoptionen entsprechend ihrer Vorerfahrungen, ihrer Ziele und Ressourcen, zu verfolgen.

5.2 Interaktionsgestaltung mit den Rechtsschutzorganen

Nach übereinstimmender Ansicht in der wissenschaftlichen Literatur stellen Interaktionen mit Rechtsschutzorganen für MigrantInnen eine besondere Herausforderung in ihrem Alltag dar (Vigneswaran 2016, Egharevba 2013, Sergevnin et al 2013, Vigneswaran 2012, Gladarev 2011a, 2011b, Gladarev et al. 2011, van Meeteren 2010, Sultana 2008, Mafukidze et al 2008, Collyer 2006, Hungwe et al. 20014, Hungwe 2013, Klaaren 2001). Das Verhalten der PolizistInnen und GrenzschutzbeamtenInnen ist dabei in den Entwicklungs- und Schwellenländern sehr häufig von Willkür und Erpressung gekennzeichnet [Vigneswaran (2016: 20), Hungwe (2013: 67-68), Vigneswaran (2012: 117), Gladarev (2011a: 85, 92), Gladarev (2011b: 206), Gladarev et al. (2011: 246ff.), Sultana (2008: 127, 134), Mafukidze (2008: 181), Collyer (2006: 137-138), Klaaren (2001:35)].

Egharevba (2013: 555) sieht die Fähigkeit von MigrantInnen, bei den Interaktionen mit der Polizei selbständig zu handeln und ihre eigenen freien Entscheidungen zu treffen, als Summe ihrer Erfahrungen aus den Heimat- und Zielländern. Gladarev (2011: 241) führt in seiner Studie zu zentralasiatischen MigrantInnen in Sankt-Petersburg aus, sofern die MigrantInnen erst seit kurzem im Land lebten, über keine Russischkenntnisse und reguläre Aufenthaltsdokumente verfügten, tendierten sie in den Interaktionen mit den PolizeibeamtenInnen dazu *„sich an deren implizierte Wünsche anzupassen und durch Bestechungen eine ‚Einigung‘ zu erzielen“*. Gelderpressung durch die Polizei wurde in der wissenschaftlichen Literatur ausführlich diskutiert. Vigneswaran (2012: 117, 2016: 20) beschreibt die Willkür der Polizei gegenüber MigrantInnen in Südafrika. Er stellt die These auf, dass das Verhalten der RechtsschutzbeamtenInnen die Integrität der staatlichen Exekutivorgane im Kern kompromittiere (Vigneswaran 2012: 117). Hungwe et al. (2014: 83) schildern in ihrer Studie die Interaktionen von MigrantInnen mit der Polizei in Südafrika, MigrantInnen schränkten ihre Aktivitäten auf das Stadtzentrum von Johannesburg und auf bestimmte Zeiten ein, um Interaktionen mit der Polizei zu entgehen. Bestechungsforderungen von PolizistInnen habe stets nachgekommen werden müssen. Die meisten Festnahmen von MigrantInnen in Südafrika passierten aufgrund fehlender regulärer Dokumente,

MigrantInnen kämen aber auch häufig den Bestechungsanforderungen nach, obwohl sie über reguläre Dokumente verfügten (Hungwe 2013: 67-68).

Sergevnin et al. (2013: 210) bescheinigen der russischen Polizei ein räuberisches Verhalten und Selbstbereicherung. BeamtenInnen der Rechtsschutzorgane *“do not see their job as a service for the people but, rather, as an opportunity to boost their income”*. Gladarev (2011b: 177, 186) unterstreicht in seiner Arbeit die Praxis der ethnisch-selektiven Dokumentenprüfung von Personen *„nichtslawischen Phänotyps“* seitens der Polizei, die in der Regel entwürdigend ablaufe und in Erpressung und körperliche Gewalt gegenüber MigrantInnen übergehe. Auch Sonderoperationen der Polizei wie *„Illegaler Migrant“* würden von den PolizeibeamtenInnen vor Ort als ein *„Signal von Oben über die Straflosigkeit jeglicher diskriminierenden Aktionen gegenüber andersethnischer Gruppen der Bevölkerung“* gewertet (Gladarev 2011b: 206). Hinter dem *„Racial Profiling“* der Polizei bei Dokumentenkontrollen verberge sich vor allem die Motivation zum Erhalt von Bestechungsgeldern (Gladarev 2011a: 85). Weiterhin zeigt er, dass Angst und Misstrauen die Interaktionen von MigrantInnen mit der Polizei bestimmten (Gladarev et al. 2011: 264). MigrantInnen sähen in den PolizistInnen in erster Linie eine *„Quelle der Gefahr“*. In einer weiteren Studie beschreibt er die Ausnutzung von MigrantInnen und ihrer schwachen sozialen Position durch korrupte PolizistInnen in der Stadt (Gladarev 2011a: 56). Korruption in den Rechtsschutzorganen sei so alltäglich geworden, dass sie nicht mehr problematisiert werde (Ebd.: 122). Weiterhin geht er auf die psychologische Bedeutung der Machtfülle der Uniform für einen Polizeibeamten ein und unterstreicht die Abhängigkeit vieler Polizisten von *„dieser kleinen, aber auf ihre Art unbeschränkten Macht“* (Gladarev 2011a: 267-268).

Diese *„kleine Macht“* fand ihre prägnanteste Ausprägung im Interview mit David, einem Migranten aus der Demokratischen Republik Kongo, der zum Zeitpunkt des Interviews weder über Russischkenntnisse noch über gültige Dokumente verfügte. Wie die große Mehrheit von MigrantInnen aus Afrika arbeitete David als Verteiler von Werbeflyern, meist in der Nähe von oder direkt in den Metrostationen. Zum Zeitpunkt des Interviews war er bereits seit Monaten fest für die Metrostation Profsoyuznaya eingeteilt, an deren Aus-

gang er von Montag bis Freitag die Flyer verteilte. Er erzählte, dass er eines Tages, als sein Visum bereits abgelaufen war, von einer Polizeipatrouille bei der Arbeit angehalten und nach Dokumenten gefragt worden sei. Einer der Polizisten sei laut David bei der Befragung besonders eifrig gewesen und „habe mit ihm Katz und Maus gespielt“. Seit diesem Tag käme er jeden Tag vorbei und mache ihm Ärger. Er nehme ihn fest, bringe ihn auf die Wache, stelle ihm aber keine Fragen, sondern schreibe Barack Obama als seinen Namen im Festnahmeprotokoll auf und behalte ihn für vier bis sechs Stunden auf dem Revier, so dass er an diesem Tag nicht mehr arbeiten könne. Der Ausdruck der absoluten Willkür bestehe nach den Worten von David darin, dass dieser Polizist ihn nicht nach Geld oder Dokumenten frage, sondern ihn schlichtweg überhaupt nichts frage. Er nehme ihn nur fest, zwingen ihn, ins Auto einzusteigen oder bringe ihn zum Revier und halte ihn dort stundenlang fest.

Die Erzählungen von David im Interview weisen darauf hin, dass er bereits Erfahrungen mit Korruption und Erpressung seitens der PolizistInnen in Moskau gesammelt hatte. Das Verhalten dieses Polizisten stellte ihn jedoch vor eine neue Herausforderung, die es zu lösen galt. Er tat etwas, was viele andere interviewte MigrantInnen in einer vergleichbaren Situation auch taten: Er lief bei Sicht dieses Polizisten einfach weg.

Rechtsschutzbeamte als „*Quelle der Gefahr*“ waren vielen MigrantInnen bereits aus ihren Heimatländern bekannt. Nijaz aus Usbekistan, der die russische Aufenthaltserlaubnis im Kaluga-Gebiet erworben hatte, erzählte von seinen Erfahrungen beim Visum- und Meldeamt in Usbekistan:²⁸

Wenn Sie Ihren Pass umtauschen und der Beamte dann sieht, dass Sie in Ihrem Pass einen Ein- und Ausreisestempel für Russland haben, dann weiß er, dass Sie dort arbeiten. Und deswegen werden von Ihnen dann solche Summen für die Verlängerung oder Neuausstellung des Passes verlangt, das kann ich Ihnen nicht einmal

²⁸ Когда Вы паспорт меняете и чиновник увидит, что в Вашем паспорте штамп, что Вы были в России, они знают, Аааа, он работает! И такие суммы Вы даете, чтобы сделать свой паспорт, я Вам передать не могу! 5000, 2000 долларов, это огромные деньги, но Вы даете, потому что чиновник знает, что Вы едите туда! Ну кому Вы скажете? В прокуратуру? Никому Вы ничего не скажете! А скажете, просто скажут, эй узбек, скажут, пасть закрой! (. Pause, bis ca. 1 Sek.) Вот пасть закрой (. Pause, bis ca. 1 Sek.) Все! Они Вас уничтожат и даже никто не будет знать. Даже если кто-то и будет знать, Вам никто ничего об этом не скажет.

sagen! 2.000, 5.000 Dollar. Das sind Unsummen an Geld, aber Sie zahlen es, weil der Beamte weiß, dass Sie wieder nach Russland fahren! Und bei wem sollen Sie sich außerdem beschweren? Bei der Staatsanwaltschaft? Sie sagen am besten niemandem etwas! Und wenn Sie etwas sagen, dann bekommen Sie die Antwort: „Hey Usbeke, mach dein Maul zu! (. Pause, bis ca. 1 Sek.) Mach einfach dein Maul zu!“ (. Pause, bis ca. 1 Sek.) Man wird Sie vernichten und niemand erfährt etwas davon. Und wenn auch jemand etwas davon erfahren würde, spricht niemand mit Ihnen darüber. (Nijaz, visafrei, männlich, aus Usbekistan, Russischkenntnisse, Aufenthaltserlaubnis)

Nijaz war sich der Gefahr bewusst, die von den PolizeibeamtInnen für ihn ausgehen konnte. Die Angst vor RechtsschutzbeamtInnen, die die MigrantInnen durch negative Vorerfahrungen in ihren Heimatländern aufgebaut hatten, wurde von den meisten von ihnen auf die russischen BeamtInnen übertragen, ohne dass es bereits einen Kontakt mit ihnen gegeben hätte. Diese in den Interviews häufig beschriebene Angst bestimmte das Verhalten vieler MigrantInnen gegenüber den russischen PolizeibeamtInnen, auch wenn sie persönlich in Moskau zunächst keine schlechten Erfahrungen mit ihnen gesammelt hatten. Der schlechte Ruf der Polizei, den man zum Teil aus der Heimat kannte, wurde unter den Neuankömmlingen über Familien- und Freundesnetzwerke verbreitet.

Aigul aus Kirgisistan schilderte ihre erste Zeit in Moskau und die Angst, die ihr von ihren Bekannten und der Cousine bei der Ankunft bezüglich der Polizei eingejagt wurde:²⁹

Wissen Sie, ich wurde so eingeschüchtert, dass man der Polizei lieber nicht in die Quere komme. Sie werden dich fangen, sie nehmen dich fest, solche Sachen. Und Goldschmuck soll man auch nicht tragen, sonst nehmen sie ihn dir weg. Das Telefon wird dir weggenommen. Solche Geschichten wurden mir erzählt. Und als ich hier ankam, ich bin mit dem Zug gefahren, da hat mich meine Cousine abgeholt und sagte die ganze Zeit: „Los, los, schneller, damit wir nicht an die Bullen geraten.“ Und ich hatte solche Angst (. Pause, bis ca. 1 Sek.) ich war so erschrocken. Wer weiß, was die Bullen hier mit dir machen werden?

²⁹ Вы знаете, меня напугали, что лучше милиции не попадаться, да? Они поймают, сразу сажают, вот это, золото не носи, вот это, золото всё отбирают, телефон отбирают, вот такие мне вещи говорили, да. И вот когда я приехала, я на поезде приехала, и двоюродная сестра встретила, и - давай, давай, давай, быстрее, чтоб нас это, менты не попали, не поймали. Я что-то так побоялась (. Pause, bis ca. 1 Sek.) испугалась, что чего, менты здесь мало ли чего сделают.

(Aigul, visafrei, weiblich, aus Kirgisistan, Russischkenntnisse, russische Staatsbürgerschaft)

Samat aus Kirgisistan schilderte ebenfalls, bei seiner Ankunft in Moskau von einem Bekannten verängstigt worden zu sein, was Willkür und Erpressung der Polizei anging:³⁰

Als ich das erste Mal herkam, ängstigte mich xxx, bevor ich meine Anmeldung gemacht habe: „Geh nicht auf die Straße! Die Polizei fängt dich und schiebt dich gleich ab und nimmt dir das Geld weg.“ Ich war damals auch Raucher. Was sollte ich denn den ganzen Tag sonst auch tun? Ich saß in der Wohnung wie in einem Gefängnis. Also ging ich auf den Balkon und rauchte. Er sagte mir: „Geh nicht zu nahe an das Fenster, sonst sieht dich die Polizei. – Ah! Ein Schwarzköpfiger! Dann werden sie die Treppe hochkommen und nehmen dich mit. Rauche lieber in der Wohnung.“ Und ich hatte solche Angst.

(Samat, visafrei, männlich, aus Kirgisistan, Russischkenntnisse, Arbeitserlaubnis)

Selbst alteingesessene MigrantInnen, die sich bestens mit den Rechten und Pflichten der Polizei auskannten, schilderten ihre Angst vor Willkür und Erpressung durch BeamtenInnen.

Amir aus Afghanistan zeigte auf die Frage, ob er von der Polizei öfter belästigt werde, seine ausgezeichnete Informiertheit über die Rechte und Pflichten der Polizei:³¹

Eigentlich, nach den Buchstaben des Gesetzes, geht der FMS diesen Fragen nach. Gewöhnliche Polizisten dürfen dich nicht anhalten und dich nach deinen Dokumenten fragen. Nur wenn ich irgendeinem polizeilich gesuchten Profil entspreche, dann

³⁰ Я когда приехал первый раз, мне пока не сделали регистрацию. На улицу не выходи! Милиция поймает, сразу депортируют, деньги забирают. Я тогда тоже курил. А что делать целый день в квартире? Как в тюрьме сидел. На балкон выйду, сигарету курю. Он мне сказал, не подходи ближе к окну, а то милиция увидит, вот, черная голова, поднимутся и тебя заберут. Лучше так кури. Я боялся.

³¹ Вообще по закону, если так посчитать, Федеральная Миграционная Служба будет полностью заниматься этими делами. Обычная полиция не имеет права останавливать и спрашивать документы. Если какая-то наводка, то да, а так просто полиция, то что у тебя есть документы, удостоверение, там регистрация и так далее или нет документов, они не имеют права останавливать по этим причинам. И если они даже имеют какие-то причины, то должны присутствовать представитель ФМС. Он должен быть на месте при проверке. Сейчас даже если останавливает милиция тебя, смотрят, даже если нет документа, отвезут в отделение, не пишут, что регистрации нету. Просто они план свой выполняют. Пишут допустим, что на детской площадке пил пиво. 200 рублей штрафа. Мусор выбросил вот в неположенном месте. Выполняют свой план, показывают, что они работают. Это они могут.

ja. Ansonsten hat die Polizei kein Recht, dich anzuhalten und dich nach Dokumenten zu fragen, ob du welche hast oder nicht, ob du einen Pass und eine Anmeldung hast oder nicht, sie dürfen dich deswegen nicht anhalten. Und auch wenn sie irgendwelche Gründe dafür haben, dann hat ein Vertreter des FMS dabei zu sein. Er muss bei einer Polizeikontrolle dabei sein. Wenn dich die Polizei jetzt anhält und die Beamten dann sehen, dass du keine Dokumente hast, bringen sie dich aufs Revier und schreiben aber dabei nicht ins Protokoll, dass du keine Anmeldung besitzt. Sie erfüllen einfach nur ihre Pläne. Sie schreiben dann zum Beispiel im Protokoll auf, dass man auf dem Kinderspielplatz Bier getrunken habe – 200 Rubel Strafe. Oder man habe den Müll illegal entsorgt. Sie erfüllen ihre Pläne und zeigen damit, dass sie für das Allgemeinwohl arbeiten. Das können sie gut.

(Amir, visapflichtig, männlich, aus Afghanistan, fließende Russischkenntnisse, Flüchtlingsstatus beantragt, Status in Bearbeitung)

Trotz seines detaillierten Wissens über die Befugnisse der Polizei sowie des FMS beschrieb Amir jedoch Erfahrungen von Willkür und Gelderpressung durch die Polizei. Seine Interpretationen des Verhaltens der PolizeibeamtInnen finden sich in der wissenschaftlichen Literatur wieder. Klaaren (2001: 35) unterstreicht in seiner Studie, dass die *„Arrests of undocumented migrants are then used to boost police arrest statistics and to line the pockets of police forces.“*

Für Aigul und Samat war die Angst vor der Polizei eher fiktiver Natur – ein „Was, wenn es doch stimmt“-Gefühl, das ihnen durch die Familien- und Freundesnetzwerke vermittelt worden sei. Für andere MigrantInnen war die Angst vor Willkür und Erpressung der Polizei konkreter, sie beschrieben, selbige persönlich bei Interaktionen mit Rechtsschutzorganen erlebt zu haben. So äußerte Madina aus Kirgisistan ihre konkrete Angst vor körperlicher Gewalt seitens der PolizistInnen:³²

Manchmal gab es solche Fälle. Als ich hier gewohnt habe, nahm die Polizei eine Mitbewohnerin mit und schlug sie mit Schlagstöcken. Sie schlugen Frauen mit Schlagstöcken. Diese Frau wurde geschlagen. Und sie hat seitdem Angst. Wenn sie einen Polizisten sieht, wird sie ganz bleich im Gesicht. – „Ach, die Polizei! Zurück, lass uns umdrehen!“

³² А у некоторых такие случаи были, вот тут когда я жила, тут одну женщину забрала милиция и там дубинками её били. Женщин били дубинками. У неё теперь страх, когда милиционера увидит, она уже бледная становится: ах, милиция! Назад!

(Madina, visafrei, weiblich, aus Kirgisistan, Russischkenntnisse, russische Staatsbürgerschaft)

Die interviewten MigrantInnen schilderten weniger ihre Angst, abgeschoben, als vielmehr Opfer von Willkür, Erpressung zu werden oder, wie im Fall von Madina, Gewaltanwendung durch die Polizei zu erfahren. Die MigrantInnen gaben an, die PolizeibeamtInnen würden häufig ihre Macht willkürlich und zum Zweck der Selbstbereicherung ausüben. Ihre Berichte ließen einen Zusammenhang zwischen dem Besitz regulärer Dokumente und dem Ausmaß der gezeigten Willkür bzw. Erpressung durch die Polizei erkennen, wie im Verlauf des Kapitels anhand mehrerer Beispiele gezeigt werden wird.

Das durch die Interviewanalyse extrahierte Spektrum der von den MigrantInnen beschriebenen Handlungsstrategien, die sie in ihren Interaktionen mit den BeamtInnen der Polizei und des Zolls einsetzten, beinhaltet die im Folgenden näher diskutierten Strategien: *Kooperation und Bereitschaft, die BeamtInnen der Polizei und des Zolls zu bestechen, Schutz durch reguläre Aufenthaltsdokumente, sicheres Auftreten und offensive verbale Selbstverteidigung*, bzw. *Sans-Papier-Strategie* und *Strategie des räumlichen Rückzugs*.

Kooperation und Bereitschaft, die BeamtInnen der Polizei und des Zolls zu bestechen

Eine in den Interviews häufig geschilderte Strategie in den Interaktionen mit den BeamtInnen der Polizei und des Zolls stellte das stille Kooperieren und die Bereitschaft, diese gegebenenfalls zu bestechen, dar. Die MigrantInnen beschrieben dabei in ihren Interviews mehrere Taktiken, die sie in den Interaktionen mit den PolizeibeamtInnen anzuwenden versuchten. Angefangen von *stiller Kooperation und Bereitschaft, die BeamtInnen zu bestechen*, über den Versuch, ihr Mitgefühl zu erwecken oder die PolizistInnen von der eigenen Unwissenheit und Unschuld zu überzeugen bis hin zum Feilschen über die Summe des Bestechungsgeldes.

Michael aus der Demokratischen Republik Kongo erzählte von Dokumentenkontrollen durch PolizistInnen in den Zügen und Metrostationen, die für ihn stets in Erpressung und Willkür endeten. Michael sprach kein Russisch und

arbeitete wie die meisten afrikanischen MigrantInnen in Moskau als Flyerverteiler. Sein Visum sei bereits abgelaufen, seinen Pass habe er nie bei sich getragen, um die Feststellung seiner Identität zu erschweren. Michael äußerte in seinem Interview den Wunsch, nach Europa zu gelangen. Er kooperiere daher stillschweigend bei den Dokumentenkontrollen und versuche, sich mit den BeamtInnen „zu einigen“. Frage ihn die Polizei nach Dokumenten, antworte er, er habe keine. Er werde dann stets durchsucht; fänden die PolizistInnen Geld oder etwas Wertvolles bei ihm, ein Handy zum Beispiel, nähmen sie ihm die Sachen und das Geld sofort weg. Die letzte dieser Begegnungen habe drei Wochen vor dem Interview stattgefunden. Dabei sei ihm Geld, sein Handy und eine SIM-Karte abgenommen worden.

Robert aus Burkina Faso schilderte in seinem Interview, er habe vergeblich versucht, mithilfe von Schlepperbanden nach Europa zu gelangen. Zum Zeitpunkt des Interviews habe er seit Langem schon über keine regulären Aufenthaltsdokumente mehr verfügt. Seinen Traum, nach Europa zu gelangen, habe er zum Zeitpunkt des Interviews nicht aufgegeben. Während seines Aufenthaltes in Moskau habe er mehrere Erfahrungen mit Willkür und Erpressung bei Polizeikontrollen gemacht, bei denen er stillschweigend kooperiert habe, um sein Ziel, eines Tages einen Weg nach Europa zu finden, nicht zu gefährden. Bei der ersten Dokumentenkontrolle durch eine Polizeistreife habe er die BeamtInnen mit umgerechnet rund 50 Euro bestochen. Bei einer zweiten Kontrolle einige Wochen später hätten die PolizistInnen ihn in ihr Auto eingesperrt, seien mit ihm um den Block gefahren und dabei seine Taschen durchsucht. Sie hätten dabei 500 Rubel (rund 13 Euro) gefunden, die sie konfisziert hätten. Bei der dritten Interaktion mit PolizistInnen, die einen Monat vor dem Interview stattfand, sei er von einer Polizeistreife angehalten worden, als er gerade von einer Wechselstube zurückgekommen sei. Dieses Mal hätten die BeamtInnen umgerechnet 25 Euro konfisziert.

Gulnara gab an, in den ersten Monaten ihres Aufenthaltes in Moskau Erfahrung mit polizeilicher Willkür gemacht zu haben³³:

³³ Мне очень тяжело было, наверное, три месяца. Милиция поймает. Деньги дай, деньги дай! И я даю. Документы были, но все равно они что-то нашли. А у вас регистрация

Ca. drei Monate lang war es sehr schwer für mich. Die Polizei hält mich an. „Gib uns Geld, gib uns Geld!“ Und ich gab ihnen immer welches. Ich hatte schon Dokumente, sie fanden aber immer etwas, was nicht in Ordnung wäre. Dann sagen sie, Ihre Anmeldung sei gefälscht! Oder Ihre Arbeitserlaubnis sei gefälscht! Mein Geld haben sie aber trotzdem immer angenommen. Wie ich mich noch erinnere, hatte ich bei der ersten Kontrolle gerade 3.000 Rubel Lohn erhalten und sie nahmen mir dieses ganze Geld weg.

(Gulnara, visafrei, weiblich, aus Usbekistan, Russischkenntnisse, Arbeitserlaubnis)

Besonders blieb Gulnara eine Begegnung mit PolizistInnen in Erinnerung, die sie und ihren Ehemann angehalten hätten, weil sie zu laut gesprochen habe, obwohl ihr Ehemann sie mehrmals darauf hingewiesen habe, sie möge bitte leise sein. Es handelte sich dabei um ein für sie sehr einschneidendes Erlebnis. Seit diesem Erlebnis habe sie versucht, für die Polizei „unsichtbar“ zu sein. Wenn es zu Interaktionen mit PolizeibeamtInnen gekommen sei und diese Bestechungsgeld forderten, habe sie sich stillschweigend mit ihnen über die Summe „geeinigt“. Sie erzählte weiterhin, nur ein Teil ihrer Dokumente sei regulär, was sie gegenüber Erpressung durch PolizeibeamtInnen anfällig mache. Dieser Zusammenhang sei ihr durchaus bewusst, bereite ihr jedoch wenig Sorgen, da sie das Fehlen regulärer Dokumente durch Bestechung der BeamtInnen kompensieren könne.

Natalie aus Kamerun beschrieb ebenfalls die Bestechlichkeit der PolizeibeamtInnen. Sie verfüge über keine regulären Aufenthaltsdokumente, da ihr Visum bereits abgelaufen sei. Ihre Interaktionen mit der Polizei schilderte sie folgendermaßen:

Every day I go out. I said in my head I'll come back, because sometimes, you know my visa is now not validate, so I don't use to go out with my passport. I have my consular card, if policemen just ask you for identification, I don't have my passport. Sometimes I show my consular card, sometimes they relive me, but sometimes they take me to the police station, I'll be paying thirty or forty Dollar before they release me. One time for three days. (Anm. sie wurde für drei Tage interniert)

(Natalie, visapflichtig, weiblich, aus Kamerun, keine Russischkenntnisse, Visum abgelaufen, keine regulären Aufenthaltsdokumente)

фальшивая. Или у вас разрешение фальшивое. Но все равно деньги брали. Первый раз, я помню, 3000 зарплата была у меня и все деньги они забрали.

In Natalies Fall kamen zwei ungünstige Bedingungen zusammen, die sie gegenüber Willkür und Erpressung der Polizei anfällig machten. Sie besaß zum einen keine regulären Aufenthaltsdokumente und sprach zum anderen kein Russisch, so dass sie nicht in der Lage war, sich mit den PolizeibeamtInnen zu verständigen.

Ivie aus Kamerun schilderte wiederum die Erfahrung, als Migrantin seltener von der Polizei angehalten und wenn, als Frau meist nachsichtiger behandelt zu werden:

One time police stopped me and asked me for documents and I don't have visa, I said I don't have one. The police told me: "Go and buy me coffee." After that he released me. ((lacht)) и все.³⁴

(Ivie, visapflichtig, weiblich, aus Kamerun, Russischgrundkenntnisse, Visum abgelaufen, keine regulären Aufenthaltsdokumente)

Sie habe diese Interaktion im Vergleich zu ihren anderen Erfahrungen mit PolizeibeamtInnen als recht amüsant empfunden und sogar ein wenig mit dem Beamten geflirtet, weil sie ihn sehr nett gefunden habe. Die Aufforderung, ihm einen Kaffee zu kaufen, habe sie gelassen aufgenommen und nicht als beleidigend empfunden, sondern als Teil eines Spiels und quasi unabwendbar.

Während männliche Migranten in ihren Interviews Erfahrungen mit Leibesvisitationen beschrieben, erzählten Migrantinnen, die PolizeibeamtInnen verzichteten bei ihnen vollends darauf.

Abebi aus Nigeria bejahte die Frage, ob die PolizeibeamtInnen sie bei Dokumentenkontrollen nach Geld fragten, antwortete auf die Nachfrage, ob sie auch nach Geld durchsucht worden sei, jedoch:

((kurzes Auflachen)) They do ask for money, but they don't search, they ask. If you have, you can give to them.

(Abebi, visapflichtig, weiblich, Nigeria, keine Russischkenntnisse, Visum abgelaufen, keine regulären Aufenthaltsdokumente)

Abebi reagierte auf die Frage mit einer Empörung, die keinen Zweifel daran ließ, dass sie sich nicht nur keiner Leibesvisitation habe unterziehen müs-

³⁴ Russisch für „und das ist alles“.

sen, sondern sich einer solchen auch unter keinen Umständen unterziehen lassen würde. Der Verzicht auf die Leibesvisitation schützte Migrantinnen ein wenig vor Erpressung durch die BeamtInnen, weil viele Migrantinnen häufig ihr Geld und die Wertgegenstände am Körper versteckten.

Manche MigrantInnen berichteten in ihren Interviews darüber, sie hätten bei den Dokumentenkontrollen auf das Mitgefühl der BeamtInnen zu plädieren versucht.

Elena aus der Republik Moldau schilderte eine Begegnung ihrer minderjährigen Tochter mit männlichen Polizisten in der Nähe einer U-Bahnstation. Ihre Tochter sei in eine Dokumentenkontrolle der Polizei geraten, habe ihren Pass nicht bei sich getragen und diesen daher nicht vorzeigen können. Die Polizisten hätten ihr 500 Rubel (rund 12 Euro) abgenommen. Die Tochter habe sie darum gebeten, ihr wenigstens 50 Rubel zurückzugeben, damit sie sich eine Fahrkarte für die Metro kaufen könne, um nach Hause zu kommen. Einer der Polizisten habe Mitleid gehabt und ihr schließlich 100 Rubel zurückgegeben, obwohl er seinen Worten nach zuhause auch kleine Kinder habe, um die er sich kümmern müsse.

Eine weitere wichtige Verhandlungsstrategie der MigrantInnen stellte der Versuch dar, bei Kontrollen als unwissend oder unschuldig aufzutreten. Dieses Verhalten führte bei den Interaktionen mit den PolizeibeamtInnen oft zur erfolgreichen Vermeidung der Zahlung von Bestechungsgeldern.

Dinara aus Kirgistan kaufte sich bei einer Firma, die direkt der kirgisischen Botschaft angegliedert war und mit Dokumenten handelte, eine Anmeldung und zeigte diese bei einer Dokumentenkontrolle der Polizei vor. Bei der im Pass angegebenen Wohnadresse habe sich herausgestellt, dass es sich jedoch um ein Büro- und kein Wohngebäude handle. Die kontrollierende Polizistin habe sie gefragt, ob sie denn wisse, dass es sich beim Ort ihrer Anmeldung um ein Büro- und nicht Wohngebäude handle, was einer Verletzung der Anmeldepflicht gleichgekommen wäre. Dinara habe die Frage mit großer Verwunderung verneint. Die Polizistin habe sie gehen lassen, ohne sie weiter zu belangen. Ihrer Meinung nach geschah dies, weil sie sich noch innerhalb ihrer dreimonatigen Aufenthaltsfrist in Russland befand.

Eine weitere von MigrantInnen beschriebene Strategie war das Feilschen über die Summe des Bestechungsgeldes mit den BeamtInnen der Rechtsschutzorgane. Dabei erstreckte sich diese Strategie nicht ausschließlich auf die BeamtInnen der Polizeistreife. MigrantInnen aus visafreien Ländern interagierten und feilschten auch mit den GrenzschutzbeamtInnen an den Grenzen Russlands zur Ukraine und Kasachstan.

Nijaz aus Usbekistan wurde zu Beginn des Interviews die Frage nach seinen ersten Erfahrungen nach der Ankunft in Moskau gestellt. Er beschrieb dabei als erstes sein Verhandeln mit den ZollbeamtInnen an der ukrainischen Grenze vor dem Hintergrund der Notwendigkeit, seinen regulären Status in Russland zu sichern. Er ging auf die Notwendigkeit ein, alle drei Monate die Grenze überqueren zu müssen und beschrieb die Bedeutung dieser Notwendigkeit für die meisten usbekischen, tadschikischen und kirgisischen MigrantInnen. Er und all die anderen MigrantInnen hätten die ukrainische Grenze überqueren müssen, weil sie von Moskau aus am schnellsten mit dem Zug zu erreichen sei und man innerhalb von einem oder zwei Tagen mit einem neuen Einreisestempel für die nächsten drei Monate wieder nach Russland einreisen könne. Den Erläuterungen Nijaz zufolge verfolgte er in der ersten Zeit seines Aufenthaltes in Russland die Strategie der Anmeldung in Verbindung mit der Strategie der Aus- und Einreise. Diese Strategie wurde häufig von MigrantInnen aus den Ländern mit visafreien Einreiseregimen in den ersten ein bis zwei Jahren ihres Aufenthaltes in Russland beschrieben und implizierte die Notwendigkeit der Interaktionen und Verhandlungen mit den ZollbeamtInnen an den Grenzen Russlands. Nijaz zeigte bereits kurz nach seiner ersten Ankunft in Russland eine ausgezeichnete Informiertheit über die Modalitäten zur Erlangung notwendiger Dokumente für den regulären Aufenthalt und wusste ebenfalls gut über die dazu notwendigen Schritte Bescheid. Seine Interaktionen mit den ZollbeamtInnen an der russisch-ukrainischen Grenze schilderte er wie folgt³⁵:

³⁵ Когда Вы пересекаете границу поездом, Вы должны платить украинским таможенным деньги, потому что когда они видят Ваш узбекский паспорт, киргизский, таджикский, это не важно, понятно что Вы считаетесь черножопым. Это правда! Вот, и Вы должны дать как минимум русскими деньгами где-то тысячи две, полторы. Это как минимум.

Wenn Sie die Grenze mit dem Zug überqueren, haben Sie den ukrainischen Zöllnern Geld zu zahlen, denn wenn sie Ihren usbekischen, kirgisischen oder tadschikischen Pass sehen, es spielt keine Rolle welchen, dann gelten Sie doch als Kanake. Das ist wahr! Und deswegen müssen Sie mindestens eineinhalb- oder zweitausend Rubel zahlen.

(Nijaz, visafrei, männlich, aus Usbekistan, Russischkenntnisse, Aufenthaltserlaubnis)

Er ließ weder Zweifel an der Art der Interaktion mit den ZollbeamtInnen noch an ihren Interessen. In seiner Beschreibung war auch das rassistische und erniedrigende Verhalten der ZollbeamtInnen gegenüber MigrantInnen aus den zentralasiatischen Republiken herauszuhören. Die zu entrichtende Summe von eineinhalb- bis zweitausend Rubel basiere dabei auf den Erwartungshaltungen der ZollbeamtInnen und müsse an der Grenze ausgehandelt werden. Alle betroffenen MigrantInnen wüssten, dass sie für die begehrten Aus- und Einreisestempel zahlen müssten und dass die Höhe der Summe in der Regel auszuhandeln war.

Auf die präzisierende Nachfrage, ob es sich bei dieser Summe um eine Bestechung gehandelt habe, sagte Nijaz³⁶:

Ja, es ist Bestechung! Natürlich! Anderenfalls bekämen Sie an der Stelle Probleme, an der sie keine erwarteten. Also zahlten wir immer Geld. Naja, ich müsste sonst alle drei Monate das Land verlassen und das kostet natürlich sehr viel Geld. Sie kommen an und suchen irgendeinen russischen Mann, eine Frau oder eine Oma, denen Sie

³⁶ Взятку! Обязательно, иначе Вам, ну ни откуда устроят проблемы. Вот мы и давали всегда деньги. Но в общем, но, каждые три месяца надо было выехать, это конечно, это, это огромные деньги. Потом приезжаете, находите какого-нибудь русского дяденьку или тетку или бабушку. Даете ей деньги и она или он Вас регистрирует, регистрацию делает, а это не легко и в этом этапе появился нюанс. То есть, Азиатам начали служить азиаты. Как это? Они стоят где-то в Метро. Они берут Ваши паспорта, Вы даете им деньги и они сами пересекают границу, Украины там, ну Вы понимаете? Кто-то официально делает, честно. А кто-то просто штемпель поддельный ставит. И это будет стоить десять тысяч, как минимум. Потому-что многие не могут освободиться с работы, понимаете, да? То есть, времени нет выехать и головоморока и Вас мучают там. Вы не представляете какое там мучение. Например, когда я последний раз пересекал границу, это было в десятом году, не помню в каком месяце. И как Вы думаете я дал им два тысячи рублей (Pause, bis ca. 1 Sek.) взятку и то они меня два часа дергали. Ну там мало им понимаете? Ивану дал, а почему Пете ты не дал? И кто такой Иван, главный тут я. Понимаете, я же не знаю, кто Вы, кто Иван. Мне там все равно. Я Вам дал деньги, уж решайте сами. Нет они взяли меня под стражу, сказали у Вас наркота там. Начались оскорбления, Вы блин и Ваши соотечественники тут остаются, преступники и так далее и тому подобное. Они сфоткают тебя там. Ну пугают тебя! Восточное население очень пугливое. Ну и конечно я сам мог права качать, но я понимал, что они подкинут мне наркоту и тогда все!

Geld geben, damit sie Sie bei sich anmelden. Es ist nicht einfach, jemanden für die Anmeldung zu finden. An dieser Stelle ist es inzwischen zu einer Veränderung gekommen. Asiaten fangen jetzt an, für andere Asiaten zu arbeiten. Wie das geht? Sie stehen irgendwo in der Metro und nehmen Ihren Pass. Sie zahlen ihnen Geld und sie überqueren für Sie die ukrainische Grenze. Verstehen Sie mich? Manche sind ehrlich und tun das wirklich. Und manche stempeln einfach Ihren Pass mit einem gefälschten Stempel. Dieser Service kostet Sie mindestens 10.000 Rubel (rund 220 Euro), da die meisten auf Arbeit nicht frei kriegen. Verstehen Sie, ja? Das heißt sie haben keine Zeit, um auszureisen und für all die Kopfschmerzen und die Qualen, die sie dort erleiden müssen. Sie können es sich gar nicht vorstellen, welche Qualen man dort ertragen muss. Als ich dort das letzte Mal die Grenze überquerte, das war 2010, in welchem Monat es war, kann ich Ihnen nicht mehr sagen. Und was denken Sie, ich habe den BeamtInnen zweitausend Rubel (rund 40 Euro) (. Pause, bis ca. 1 Sek.) Schmiergeld gezahlt und sie haben mich trotzdem zwei Stunden schikaniert. Es war ihnen zu wenig, verstehen Sie? Ich habe Iwan Geld gezahlt und warum habe ich Petja nichts gezahlt? „Und wer ist denn Iwan?“ – „Ich bin hier der Leiter.“ – „Wissen Sie, ich weiß es doch nicht, wer Sie sind und wer Iwan ist. Es ist mir auch egal. Ich habe Ihnen Geld gezahlt, entscheiden Sie bitte dann selbst.“ Nein, sie nahmen mich fest und sagten, ich hätte Drogen bei mir gehabt. Dann fingen sie an, mich zu beleidigen: „Du und deine Landsleute, ihr bleibt hier, ihr seid alle Verbrecher.“ Und so weiter und so fort. Sie machen auch ein Foto von dir. Naja, sie versuchen dir halt Angst einzujagen! Die orientalische Bevölkerung ist sehr ängstlich. Und ich hätte natürlich meinen Mund aufmachen und meine Rechte verteidigen können, aber ich verstand auch, sie würden mir einfach Drogen unterschieben und dann wäre ich dran gewesen!

(Nijaz, visafrei, männlich, aus Usbekistan, Russischkenntnisse, Aufenthaltserlaubnis)

Nijaz ließ sich nicht alles gefallen. Er setzte der übermäßigen Geldgier der ZollbeamtInnen eine Schranke und ließ sich nicht einschüchtern, obwohl er ansonsten den Modus Operandi an der Grenze hinnahm und schilderte, bereitwillig und ohne zu hinterfragen Bestechungsgelder zu zahlen. Er war dabei jedoch nur bereit, eine gewisse und im Vorfeld ausgehandelte Summe zu entrichten. Nijaz war sich auf der anderen Seite seiner Machtlosigkeit schmerzlich bewusst und wusste ebenfalls, dass er nur bis zu einem gewissen Punkt auf seiner Position beharren und weiterhin mit den BeamtInnen feilschen konnte, da die Entscheidungsgewalt am Ende bei den ZollbeamtInnen lag.

KeinE MigrantIn aus den visapflichtigen Ländern habe in seinem/ihrem Interview von negativen Erfahrungen an den Grenzen Russlands berichtet. Einige seien für die Überprüfung der Echtheit ihrer Einreisevisa und Dokumente zwar über mehrere Stunden aufgehalten, im Anschluss jedoch anstandslos ins Land hineingelassen worden, ohne dabei Erfahrungen mit Willkür und Gelderpressung gemacht zu haben.

Schutz durch reguläre Aufenthaltsdokumente

Den besten Schutz vor Willkür und Erpressung der PolizeibeamtInnen boten reguläre Aufenthaltsdokumente. Dabei war es irrelevant, ob diese temporärer oder permanenter Natur waren und ob diese auf formellem oder informellem Weg erlangt wurden. Einzig ihre Echtheit war von Bedeutung. Daher waren reguläre Dokumente bei allen MigrantInnen sehr begehrt.

Hasan aus Syrien wurde in seinem Interview gefragt, ob er an der Grenze irgendwelche Probleme gehabt habe. Er antwortete darauf:

No, no, not at all. Because there is a kind of hmm (. Pause, bis ca. 1 Sek.) gang (. Pause, bis ca. 1 Sek.) like mafia or something, I don't know what to call it, because the relation between Syria and Russia is working by big team of people between the shadow. So, like what, they made me a visa, it's really good visa, actually I can make it more if I will pay. They told me in FMS, your visa is fine, you will pay us money and we can make it for another year.

(Hasan, visapflichtig, männlich, aus Syrien, keine Russischkenntnisse, gültiges Visum)

Hasan habe sich in Syrien ein einjähriges Visum gekauft und sei ohne jegliche Probleme nach Russland eingereist. Die Verlängerung des Visums habe er beim Vorhandensein notwendiger finanzieller Mittel sowohl im Heimatland als auch in Russland erledigen können. Bei diesen informellen Geschäften seien die russischen ZollbeamtInnen nur passive Akteure gewesen. Die Interaktionen liefen – wie in den Interviews deutlich wurde – zwischen den MigrantInnen, VermittlerInnen in den Heimatländern und russischen Botschaftsangehörigen in den Visaabteilungen der Botschaften ab. Wenn ihre Visa kurz vor dem Ablauf standen, die MigrantInnen an einer Verlängerung interessiert waren und über die nötigen finanziellen Mittel verfügten, hatten

sie nach ihrer Ankunft in Russland die Möglichkeit, mit den BeamtInnen des FMS in Kontakt zu treten und sich ein neues Visum zu kaufen.

Markus von der Elfenbeinküste befand sich zum Zeitpunkt des Interviews im Prozess der Beantragung einer Duldung, um für die Dauer des Verfahrens eine Bescheinigung des FMS zu besitzen, die ihm einen regulären Aufenthaltsstatus gab und ihn vor Willkür und Gelderpressung durch die PolizeibeamtInnen schützte. In die Stadt gingen er und seine Bekannten aber so gut wie nie, da es gefährlich sei und sie Angst hätten, von der Polizei angehalten zu werden. Er habe keine Angst, abgeschoben zu werden, er fürchte sich vielmehr davor, dass ihm das wenige Geld, das er besitze, von den Polizisten weggenommen werde. Er werde jede Woche mindestens einmal kontrolliert. Seitdem er die FMS-Bescheinigung habe, sei es für ihn allerdings besser geworden. Wenn man ihn aufhalte, zeige er seine Bescheinigung und könne dann gehen. Am Tag vor dem Interview habe die Polizei seinen Bekannten und ihn angehalten und die Dokumente der beiden kontrolliert. Ihn hätten sie aufgrund seiner Bescheinigung weggeschickt, seinem Bekannten jedoch anschließend das Geld und das Telefon abgenommen. Die temporären regulären Aufenthaltsdokumente gaben ihm für die Zeit der Bearbeitungsdauer seines Antrages den nötigen und gewünschten Schutz vor Willkür und Gelderpressung der Polizei.

Manila von den Philippinen, die mit ihren zwei Kindern aus ihrem Heimatland fliehen musste und ohne ihren Ehemann nach Moskau kam, beantragte mithilfe einer NGO eine Duldung und befand sich zum Zeitpunkt des Interviews im Prozess der Entscheidung beim FMS. Sie arbeitete als Physiotherapeutin und Babysitterin bei ausländischen Familien, die sie über die baptistische Kirche kennengelernt habe. Wenn sie in ihrer Freizeit in der Stadt unterwegs war, sei sie stets von ihren beiden Kindern begleitet worden. Manila antwortete auf die Frage, ob sie bereits von der Polizei kontrolliert worden sei und ob sie dabei unangenehme Erfahrungen mit der Polizei gemacht habe:

Yes! But no problem per se. ((lacht)) I think it's a normal activity to ask, you know, people, about their documents, like that. So, when they have asked my document, I just show them (. Pause, bis ca. 1 Sek.) you know my passport with the letter (Anm.

FMS Bescheinigung, dass sie sich im Entscheidungsprozess für die Duldung befindet) They saw that, they just let, let me go. When they saw it, they just let me go (. Pause, bis ca. 1 Sek.) and my kids.

(Manila, visapflichtig, weiblich, von den Philippinen, keine Russischkenntnisse, Duldung beantragt, Status in Bearbeitung)

Selbst temporäre reguläre Aufenthaltsdokumente schienen Manila vor Willkür und Erpressung der Polizei zu schützen.

Ebenso wie MigrantInnen ohne Besitz regulärer Aufenthaltsdokumente schilderten auch MigrantInnen mit regulären Aufenthaltsdokumenten ihre Kooperation mit PolizeibeamtInnen bei den Dokumentenkontrollen. Im Falle von MigrantInnen mit regulären Aufenthaltsdokumenten handelte es sich aus ihrer Sicht um eine Art vorbeugende Maßnahme vor Polizeiwilkkür: Sie haben zwar formell gesehen nichts zu befürchten, müssen sich aufgrund negativer Vorerfahrungen jedoch davor hüten, die PolizeibeamtInnen durch mangelnde Kooperationsbereitschaft „zu verärgern“.

Baurschan aus Usbekistan lebte seit Jahren in Moskau, sprach fließend Russisch, hatte einen gutbezahlten, offiziellen Job und besaß reguläre Aufenthalts- und Arbeitsdokumente. Er erzählte, er werde permanent von der Polizei angehalten, kontrolliert, häufig auch festgenommen und aufs Revier zur Feststellung der Personalien und Überprüfung seiner Dokumente gebracht:³⁷:

Ich weiß nicht, alle Nachbarn kennen mich. Ich fühle mich hier wie in Usbekistan. Meine gesamten Dokumente sind in Ordnung, deswegen. Ja, die Bullen halten mich auch an, fragen nach Dokumenten, manchmal bringen sie mich zum FMS, um sie zu überprüfen. Sie sagen, sie wären gefälscht, weil sehr viele gefälschte Dokumente im Umlauf wären. Dann sage ich immer, ok, lassen Sie uns ins Revier gehen.

(Baurschan, visafrei, männlich, aus Usbekistan, Russischkenntnisse, Arbeitserlaubnis)

Baurschan fühle sich in Moskau heimisch. Dieses Gefühl werde ihm sowohl durch gute nachbarschaftliche Beziehungen als auch dadurch vermittelt, dass im Bezirk viele usbekische Ausgeh- und Einkaufsmöglichkeiten vor-

³⁷ Не знаю, все соседи меня знают. Я себя чувствую, как в Узбекистане. У меня документы все нормальные, поэтому. Да, менты тоже останавливают, спрашивают документы, иногда, бывает, в ФМС отвезут, чтобы проверить. Скажут, фальшивые, потому что фальшивых много. Скажу, пойдёте, сходим, куда надо.

handen seien. Er versuche, die heimischen Gerichte so oft es ginge zu kochen oder auswärts zu essen. In der Gegend, in der er wohne, gebe es viele usbekische Cafés und Restaurants, in denen er oft Abendbrot esse. Polizeikontrollen verdunkelten dieses Bild jedoch stark, wie in seiner sehr abschätzenden Form über die PolizistInnen zu sprechen, herauszuhören war. Bei Dokumentenkontrollen reagiere er jedoch stets sehr kooperativ, da er mit seinen regulären Dokumenten letztlich nichts zu befürchten habe.

Die im letzten Kapitel beschriebenen Beispiele von Amir und Walid aus Afghanistan demonstrieren darüber hinaus die Möglichkeiten von MigrantInnen, Strategien zu entwickeln, die sowohl Fragen der Erlangung von Aufenthaltsdokumenten als auch des Schutzes vor Polizeiübergriffen miteinander verbinden. Während Walid sich an eine Menschenrechts-NGO wandte, um eine Bescheinigung der NGO zu erhalten, die ihn vor ständigen Übergriffen der Polizei schützen sollte, stellte Amir mithilfe derselben NGO einen Antrag auf eine Duldung beim FMS im sicheren Wissen, dass diese abgelehnt würde. Er tat es, weil er diese Ablehnung im Rahmen des Umsiedlungsprogramms des UNHCR für die kanadische Botschaft benötigte. Ein von ihm gewünschter Nebeneffekt des Antrages beim FMS war, dass er für die Zeit der Antragsbearbeitung eine Bescheinigung des FMS erhielt, die ihm für die Dauer der Bearbeitung einen regulären Aufenthaltsstatus garantierte.

Deutlich wurde in den Interviews, dass MigrantInnen nur in dem Fall einen absoluten Schutz vor Willkür und Gelderpressung der Polizei hatten, wenn ihre kompletten Aufenthaltsdokumente regulär waren und sie darüber hinaus tatsächlich an ihrem Wohnort angemeldet waren. Jede kleinste Abweichung oder Ungereimtheit in ihren Dokumenten machte sie gegenüber der Willkür der PolizeibeamtInnen angreifbar.

Das Beispiel von Nijaz demonstriert dies sehr deutlich. Wie bereits im letzten Kapitel beschrieben, kaufte Nijaz im Kaluga-Gebiet seine Aufenthaltserlaubnis, verblieb jedoch nicht dort, wie es vorgesehen war, sondern zog wieder nach Moskau zurück. Bei den Interaktionen mit den PolizeibeamtInnen während der Dokumentenkontrollen wählte Nijaz genau wie Bourschan die Strategie der stillen Kooperation mit der Polizei. Er kaufte sich bei Polizeibeam-

tInnen bereitwillig mit 500 Rubel frei, um vorherige Erfahrungen in der Polizeiarrestzelle nicht wiederholen zu müssen.

Mohammad aus Afghanistan schilderte ebenfalls seine Kooperation bei den Dokumentenkontrollen³⁸:

Also, das letzte Mal wurde ich vor ca. einem oder zwei Monaten angehalten und nach meinen Dokumenten gefragt. Ich zeigte sie ihnen, alles war in Ordnung und sie ließen mich in Ruhe und gingen weg.

Und was war der Grund für diese Kontrolle?

Sie kamen einfach auf mich zu und sagten es mir: Da ich nicht alleine unterwegs war, sondern in einer Gruppe von vier Personen. Also haben sie uns deswegen kontrolliert. Wie waren auf dem Weg zum Haus eines Freundes. Sie sahen, dass es sich bei der Gruppe nicht um Russen gehandelt hatte und haben sich wahrscheinlich entschieden, uns anzuhalten und nach Dokumenten zu fragen. Ist denn alles in Ordnung bei unseren MigrantInnen? Wir zeigten ihnen unsere Dokumente, die alle in Ordnung waren.

(Mohammad, visapflichtig, männlich, aus Afghanistan, Russischkenntnisse, Flüchtlingsstatus)

Die Streifenpolizisten hatten – wie in Kapitel 4.3 ausgeführt – bei dieser Interaktion kein Recht, Dokumente von Mohammad und seinen Freunden zu kontrollieren, da sie nicht dem Hinweis auf eine verdächtige Person nachgingen, was sie am Anfang der Interaktion hätten ansagen müssen, sondern die Dokumente der vier Personen einzig und alleine aufgrund von „*ethnic profiling*“ kontrollierten. Mohammad spricht das in seinem Interview an. Die Kontrolle habe stattgefunden, weil es sich bei ihnen um MigrantInnen gehandelt habe und nicht um Russen. Er sprach bei seiner Erzählung mit einer Müdigkeit in der Stimme und einem sarkastischen Unterton. Er habe während dieser Kontrolle nicht auf der Durchsetzung seines Rechts bestanden, das Vorzeigen der Dokumente zu verweigern, sondern habe sich entschlos-

³⁸ Ну вот последний раз где-то месяц назад остановили, спросили документы, я показал, всё нормально, отпустили и ушли.

Эм, чем мотивировали они это?

Просто, пришли, сказали. Потому-что я был не один там, толпа, четыре человека нас было. Вот нас и проверили. Просто шли домой к другу. Видят, что компания не русских, наверное, решили остановить, спросить документы. А всё ли у них в порядке у наших мигрантов? Мы им их показали, всё нормально было.

sen, stillschweigend zu kooperieren, da er in dieser Situation das Resultat des Widerstandes nicht abzuschätzen vermocht habe.

Nur über die russische Staatsbürgerschaft ohne eine Anmeldung am tatsächlichen Wohnort zu verfügen, bot zwar keinen absoluten Schutz vor Kontrollen der Polizei, aber zumindest einen ausreichenden Schutz vor Willkür und Erpressung der PolizeibeamtInnen. MigrantInnen, die über reguläre Aufenthaltsdokumente verfügten, kooperierten bei den unrechtmäßigen Dokumentenkontrollen meist jedoch trotzdem stillschweigend mit der Polizei. Existierten darüber hinaus Abweichungen in den Dokumenten, waren MigrantInnen auf Verhandlungen und andere Strategien wie zum Beispiel Bestechungsgeldzahlungen angewiesen.

Selbstsicheres Auftreten und offensive verbale Selbstverteidigung

Selbstsicher wirkendes Auftreten und offensive verbale Selbstverteidigung stellten eine weitere Möglichkeit für MigrantInnen dar, mit PolizistInnen mit dem Ziel zu interagieren, der Gefahr des Erlebens von Willkür und Erpressung vorzubeugen oder möglichen Einschüchterungen energisch entgegenzutreten.

Als hilfreich, um selbstsicher wirkend in den Interaktionen mit den BeamtInnen der Polizeistreife aufzutreten zu können, beschrieben die MigrantInnen in ihren Interviews zum einen das Vorhandensein formeller Aufenthaltsdokumente, zum anderen einen guten, formellen Kleidungsstil zu pflegen, um den PolizeibeamtInnen möglichst wenig Angriffsfläche für Erpressungs- oder Einschüchterungsversuche zu bieten. Dies verdeutlichen die folgenden Beispiele:

Tarek aus Syrien erzählte, er trage stets einen Anzug mit Krawatte und habe deswegen noch nie Probleme mit der Polizei gehabt. Selbst als er noch keine Duldung besessen habe, hätten ihn die PolizistInnen nicht behelligt. Er habe keine Probleme gehabt, eines Tages einen Polizisten auf Englisch nach dem Weg zu fragen: Er habe auf seine Frage prompt eine höfliche Antwort erhalten.

Auch Mohammad und Walid, die immer formell und gut gekleidet waren, betonten in den Gesprächen stets, es wäre von Vorteil, gut gekleidet zu sein. Die PolizistInnen würden ihre potentiellen „Klienten“ anhand ihrer schlechten Kleidung und ängstlichen Haltung erkennen. Verhalte man sich dagegen souverän und ginge aufrecht, behelligten die PolizistInnen einen in den meisten Fällen auch nicht.

Als entscheidend beim Erfolg eines selbstsicher wirkenden Auftretens in den Interaktionen mit den BeamtInnen stellte sich nach den Ausführungen der MigrantInnen jedoch nicht ausschließlich das Vorhandensein formeller Aufenthaltsdokumente oder das Tragen eines guten Kleidungsstils heraus, sondern vielmehr die Darlegung überzeugender Argumente, für die die MigrantInnen wiederum über gute russische Sprachkenntnisse verfügen mussten.

Gideon aus Guinea erzählte, er habe mit Polizeikontrollen keine Probleme. Halte die Polizei ihn an und frage ihn nach Dokumenten, sage er, er habe sie zuhause vergessen und betone dabei, er sei mit einer Russin verheiratet. Er zeige den PolizistInnen seinen Ehering und wiederhole stets, er habe seinen Pass zuhause vergessen. Sie durchsuchten zwar immer seine Tasche nach Drogen, ließen ihn, da er keine Drogen besitze, aber stets mit der Warnung laufen, er möge das nächste Mal seine Dokumente nicht zu Hause vergessen. Die Ehe mit einer russischen Staatsbürgerin klang für die PolizistInnen offenbar plausibel und glaubhaft genug in dem Sinne, dass Gideon über reguläre Aufenthaltsdokumente verfügen würde, ohne dass sie deren tatsächliches Vorhandensein weiter überprüft hätten.

Bei der Strategie der offensiven verbalen Selbstverteidigung, die als eine Art Steigerung des selbstsicheren Auftretens anzusehen ist, handelte es sich um eine konfrontative verbale Auseinandersetzung von MigrantInnen mit den BeamtInnen der Rechtsschutzorgane. Dieses selbstsicher-offensive Auftreten sollte die PolizistInnen gegenüber den MigrantInnen bei den Kontrollen weg von ihrem gefürchteten willkürlich-erpresserischen und hin zu formellem, den Buchstaben des Gesetzes entsprechendem, Verhalten führen.

Nurschamal aus Kirgistan schilderte die Erfahrungen ihres Bekannten aus seiner Arbeitszeit in Südkorea mit nur wenigen und sehr höflich auftretenden

den südkoreanischen PolizistInnen auf den Straßen. Dies stellte in ihren Augen etwas Außergewöhnliches dar, denn³⁹:

Es hat mir gefallen, was er erzählt hat, dass sie so sind im Vergleich zu Moskau. Und in Moskau sind es so viele und bei jedem Schritt, den man macht, heißt es „Ihre Dokumente zur Kontrolle bittel“. Dann zeigst du ihnen Dokumente und sie finden trotzdem irgendetwas, was nicht stimmt. Dann nehmen sie dich fest oder fangen an, nach Geld zu fragen. Das hatte ich auch schon mal, als ich 2009 hier ankam. Sie fingen damit an, dass sie mich nach Dokumenten fragten. Ich weiß nicht mehr, was es war, ich hatte keinen Stempel oder so etwas in der Art. Sie sagten zu mir: „Wir können dich gleich direkt abschieben.“ Und ich stehe da und verstehe nicht, was das für ein Stempel sein soll? Meine Anmeldung und den Einreisestempel in meinem Pass hatte ich machen lassen. Auch die Anmeldung musste aber anscheinend abgestempelt sein. Dieser Stempel war aber nicht da und sie sagten mir, dass sie das Recht hätten, mich direkt und gleich abzuschicken, mich in meine Heimat zu schicken. Und ich verstand nicht, um was für einen Stempel es sich handelte. Dann sagte ich aber: „Jungs, ich bin das erste Mal in Moskau, ich kenne eure Regeln nicht, was für einen Stempel wollt ihr denn?“ – „Naja, wenn du es nicht weißt, dann wirst du es seit dem heutigen Tag wissen!“, antworteten sie. „Dann sagt mir doch geradeaus“, erwiderte ich. „Erklärt es mir auf Russisch, es sind ja letzten Endes eure Regeln und nicht meine. Erklärt es den MigrantInnen ordentlich, was für einen Stempel wollt ihr denn? Erst recht, weil ihr PolizistInnen seid, ihr müsst es wissen, dann werdet ihr eine ausgezeichnete Aktenführung haben.“ Da sagten sie zu mir: „Wir fahren jetzt aufs Revier. Dort werden sie dir alles erklären, dich einfach abschieben und das war's.“ Und dann sagten sie, dass ich ihnen Geld geben soll. Sie wollten, dass ich ihnen Geld gebe.

³⁹ Вот это мне понравилось, он сказал, что они такие вот, ну, по сравнению Москвы, я в Москве столько, в Москве милиционер на каждом шагу „Документы, пожалуйста!“. Документ показываешь, всё равно найдёт какой-то минус, не минус найдёт, и заберёт или деньги спрашивать начнёт. Это у меня тоже было, когда я в две тысячи девятом году приехала, вот. А потом начали меня, ну когда у меня спросили документы. Я не знаю, что там, у меня печати не было что-ли. Какая печать? Они сказали, что печати нету у тебя, мы можем тебя сейчас прямо депортировать. А я стою и не понимаю, что за печать такая? Ну, регистрацию и миграционку в паспорт я сделала. Там, где регистрация, там должна, оказывается, печать ставиться. А печати нету, они сказали, что мы имеем право тебя сейчас прямо депортировать и всё, отправить на Родину. Не понимаю, что за печать. Но потом я сказала: ребята, я первый раз приехала в Москву, не знаю Ваши правила, что за печать? Ну, это, если не знаешь, то ты с этого дня будешь знать, когда ты теперь только через пять сможешь приехать, вот тогда будешь знать. Ну, вы так прямо, вот так грубо или так, вы скажите мне, просто объясните, по-русски, это всё-таки ваши правила, это не мои, объясните нормально мигрантам, что за печать и тем более вы милиционеры, вы должны это знать, делопроизводство тогда у вас вообще хорошее будет. Они мне говорят, в отделение поедет, там тебе объяснят всё, депортируем и всё. Ну, а потом они сказали, что я хотела денег дать, они хотели, чтоб я денег дала сразу.

(Nurschamal, visafrei, weiblich, aus Kirgisistan, Russischkenntnisse, russische Staatsbürgerschaft)

In den Erzählungen der MigrantInnen über ihre Interaktionserfahrungen mit PolizeibeamtInnen wurde deutlich, dass fehlende, unvollständige oder bewusst oder unbewusst gefälschte Dokumente für sie bedeuteten, der Willkür und dem erpresserischen Verhalten der Polizei ausgesetzt zu sein. An dieser Stelle entschlossen sich die meisten MigrantInnen, wie oben ausgeführt wurde, dazu, die BeamtInnen entweder zu bestechen und sich dabei mit ihnen über eine mögliche Summe zu einigen oder zu versuchen, die Beamtinnen zu erweichen, um ohne eine Zahlung freigelassen zu werden.

Nurschamal aber ging, obwohl ihr der Stempel fehlte, an dieser Stelle auf eine Konfrontation mit den BeamtInnen ein⁴⁰:

Dann sagte ich: „Entschuldigt Jungs, ich habe kein Geld.“ Und sie sagten mir: „Wir wissen, dass du Geld hast. Du hast es einfach nur versteckt, wir haben es gesehen, als du dabei warst, es zu verstecken.“ – „Entschuldigt Jungs, wenn ich aber kein Geld zahlen will, dann zahle ich auch keins.“ – „Woher kommst du denn?“, fragten sie darauf. „Aus Osh.“ – „Ah, die aus Osh sind alles Geizhalse, sie geben nie Geld. Usbeken und Tadschiken sind sehr gutmütig, sie stecken einem gleich das Geld zu.“ – „Ich bin aber nicht so“, antwortete ich. „Weil ich nicht verstehe, wofür Sie jetzt von mir das Geld fordern. Wofür? Soviel für einen Stempel? Nicht zweihundert, nicht dreihundert, sondern gleich tausend Rubel. Das ist falsch, weil das schon eine Bestechung ist.“

(Nurschamal, visafrei, weiblich, aus Kirgisistan, Russischkenntnisse, russische Staatsbürgerschaft)

Nurschamal sei nicht bereit gewesen, die PolizistInnen zu bestechen, obwohl sie vermeintlich nur über unvollständige Aufenthaltsdokumente verfügte. Diese Interaktion fand im Einsatzwagen der Polizei statt und war damit vor den Augen der Öffentlichkeit abgeschirmt. Nurschamal schien sich zu diesem Zeitpunkt nicht mit den Details der notwendigen Dokumente auszu-

⁴⁰ Но потом я сказала, извините, ребята, у меня денег нету. Ну, они сказали: я знаю, мы знаем, что у тебя есть деньги, ты прятала просто, мы видели, когда ты прятала. Извините, ребята, но, если не хочу я денег давать, то я не дам. А ты откуда приехала они спросили. С Оша. А, ошские, они жмоты же, они не дают никогда деньги. Я знаю, что узбеки, таджики очень добродушные, что они сразу деньги сунут, а я не такая. Потому что я непонятно, что, за что Вы спросили деньги сейчас. За что? За одну печать столько? Не двести, не триста, а сразу тысяча. Это неправильно, потому что это уже взятка.

kennen oder sie gab zumindest vor, sich damit nicht auszukennen. Sie sprach jedoch fließend Russisch und stammte aus einer Großstadt in Kirgisistan, einem Land in Zentralasien, das zum Zeitpunkt des Interviews als das Land in der Region galt, in dem Menschen ihre Meinung frei äußern konnten. Die Geldforderung der PolizistInnen verärgerte sie und führte dazu, dass sie noch einen Schritt weiterging und die Strategie der offensiven verbalen Selbstverteidigung anwandte⁴¹:

Dann sagte ich ihnen: „Ich habe das Recht zu erfahren, aus welchem Anlass Sie mich jetzt nach Geld fragen.“ Ab diesem Moment wurden sie nervös. „Schau Mal an, eine Kirgisin, kommst hier an und bist noch vorlaut. Was stellst du für Fragen? Wir sind es, die dir Fragen stellen und nicht umgekehrt.“ - „Naja, entschuldigen Sie mich, wenn ich eine Frage habe und wenn ich diese Frage stellen will, dann stelle ich sie“, sagte ich. „Dort, wo ich herkomme, leben wir in einer demokratischen Republik. Wir haben uns schon daran gewohnt, frei und ungezwungen Fragen zu stellen. Und deswegen frage ich auch so nach. Wenn Sie wollen, dann schieben Sie mich ab. Dann erklären Sie aber, weswegen Sie mich abschieben, das werden Sie erklären müssen! Und dann, bitte! Schieben Sie mich ab. Wenn ich etwas falsch gemacht habe. Aber wenn ich polizeilich nicht bekannt bin, mich einfach nur wegen des Stempels abschieben? Erklären Sie mir doch einfach: Junge Frau, gehen Sie dorthin. Dort bekommen Sie einen Stempel und fertig. Erklären Sie das doch mal so. Ich bin zum Beispiel zum ersten Mal in Moskau und Sie erklären nichts, sondern sagen gleich, wir schieben dich ab und fertig!“

(Nurschamal, visafrei, weiblich, aus Kirgisistan, Russischkenntnisse, russische Staatsbürgerschaft)

Nurschamal bestand auf ihre Rechte und weigerte sich vehement, die Bestechungsforderungen zu akzeptieren. Schließlich hatte sie mit ihrer Haltung Erfolg. Die PolizistInnen ließen von ihren Versuchen ab, ihr das Geld zu entwenden und wollten sie aus dem Mannschaftswagen entlassen. Sie ließ das aber nicht zu und nahm sie in Pflicht, sie zurück zu ihrem Haus zu fah-

⁴¹ Я им сказала, я имею право узнать, по какой причине вы сейчас спрашиваете деньги. Они вот с этого момента начали нервничать. Вот, ты киргизка, приехавшая, наглая, откуда ты знаешь, что за вопросы задаёшь, это мы должны вопросы задавать тебе, не ты. Ну, извините, если у меня вопрос возник, этот вопрос я хочу задать, я его задаю. Там, откуда я приехала - демократическая республика, мы уже привыкли свободно задавать вопросы. И поэтому я задаю вопрос вот так. Если хотите, депортируйте. Но только потом объяснять будете, почему Вы меня депортируете. А потом депортируйте, пожалуйста! Если я что-то неправильно сделала. Если у меня никаких нарушений нет, просто из-за печати? Тогда объясните, девушка, туда пойдёшь, там печать тебе поставят и всё. Вот так объясните. Я первый раз в Москве, а вы не объясняете ничего, сразу, депортируем и всё!

ren. Sie könnten es ja nicht verantworten, wenn ihr etwas zustieße, wenn sie sie an Ort und Stelle aussetzten. Die PolizistInnen nahmen ihre „Niederlage“ mit Humor hin und fuhren sie im Mannschaftswagen nach Hause.

Sowohl die Strategie des sicheren Auftretens als auch die Strategie der offensiven verbalen Selbstverteidigung setzten unterschiedliche Arten souveränen Verhaltens von MigrantInnen voraus. Im ersten Fall versuchten MigrantInnen durch ihre sichere und aufrechte Haltung für PolizistInnen „unsichtbar“ zu werden und damit die unerwünschten Interaktionen mit ihnen bereits im Vorfeld zu vermeiden. Im Falle der zweiten Strategie gingen die MigrantInnen offensiv auf die PolizistInnen zu und versuchten, sie kommunikativ von ihren Willkür- bzw. Erpressungsabsichten abzubringen.

Sans-Papier-Strategie

Eine weitere Strategie, die MigrantInnen bei Interaktionen mit Rechtsschutzorganen nutzten, stellte die „Sans-Papier-Strategie“ dar. MigrantInnen mit fehlenden regulären Aufenthaltsdokumenten, die hierdurch am wenigsten vor der Willkür und Erpressung der Polizei geschützt waren, beschrieben in ihren Interviews häufig diese Strategie.

Die Verbindung der Sans-Papier-Strategie mit Kooperation und Bereitschaft der MigrantInnen, Bestechungszahlungen zu leisten, wurde bereits an den weiter oben beschriebenen Beispielen von Natalie aus Kamerun, Michael aus der Demokratischen Republik Kongo, Robert aus Burkina Faso und David aus der Demokratischen Republik Kongo deutlich. Die Sans-Papier-Strategie bestand dabei im bewussten Verletzen der Ausweispflicht, um bei einer Dokumentenkontrolle eine schnelle Identifizierung der eigenen Person zu verhindern und wurde durch Kooperation bei den Kontrollen und die Bereitschaft, den BeamtInnen Bestechungsgelder zu zahlen, ergänzt.

Neben der Verletzung der Ausweispflicht verzichteten MigrantInnen häufig auch bewusst auf die Beantragung regulärer Dokumente, weil es sich hierbei in ihren Augen um eine Art „Zeitverschwendung“ handelte. Diese MigrantInnen verfolgten in der Regel temporäre Ziele in Moskau und erzählten, sie seien besser dran, ihre Zeit mit dem Verdienen und Sparen ihres Geldes zu verbringen, um sich den Transit nach Europa ermöglichen zu können.

Tyron aus der Demokratischen Republik Kongo verfügte wie viele andere interviewten MigrantInnen zum Zeitpunkt des Interviews über keinen regulären Status in Russland, da sein Visum bereits abgelaufen war. Er kam nach Russland aus Südafrika und habe wie viele andere MigrantInnen auch niemals seinen Pass bei sich getragen:

If the police catch me, sometime I am telling the truth, I don't have documents to give you (. Pause, bis ca. 1 Sek.) because I can't give my passport to this police for Russia. Never! Can't do that! Because number one visa is finished already. (... Pause, bis ca. 5 Sek.) If I give you my passport, sometimes trouble, I am making trouble myself, you understand? I don't have time to give police my passport. (... Pause, bis ca. 5 Sek.) [...] If the police catch me (. Pause, bis ca. 1 Sek.) I telling him truth, I don't have document to give you, because your government didn't give me any paper to show you police. If your government give me document today, now, after one minute ask me paper, I can show you. (... Pause, bis ca. 5 Sek.) Because, I didn't come here to Russia to make trouble, if you want, check my finger, is nothing! I didn't make trouble here in your country. I didn't steal here, I didn't kill here (... Pause, bis ca. 5 Sek.) I didn't make trouble here, I didn't sell something wrong here, only my paper. If they asking my passport, I say hey, my passport is gone already. I lost my paper, my passport long time. Say if you ask me why, because you know at that time I am coming here I didn't find house, someone stealing my paper, stealing my bag and my passport inside my bag. My bag is gone and my passport is gone. I don't have passport to give you.

(Tyron, visapflichtig, männlich, aus der Demokratischen Republik Kongo, keine Russischkenntnisse, Visum abgelaufen, keine regulären Aufenthaltsdokumente)

Tyron ging offensiv mit seinem irregulären Status um, übertrug die Schuld dafür der russischen Regierung und versuchte, die PolizistInnen in Gesprächen mit dieser Aussage zu beschwichtigen. Dabei spielte es in diesen Interaktionen überhaupt keine Rolle, dass er nicht in Russland bleiben wollte und sich auch nicht um eine Duldung oder einen Flüchtlingsstatus im Land bemühte, was ihm zumindest für die Dauer des Entscheidungsprozesses einen regulären Aufenthaltsstatus gegeben hätte. Es ging für ihn einzig und allein um die Möglichkeit, ohne eine Bestechung freigelassen zu werden.

Er sei nach Russland mit der Absicht gekommen, ein besseres Leben „in Europa“ führen zu können. Nach der Ankunft in Moskau habe er festgestellt, Russland sei „kein Europa“ und er versuche seitdem, eine Möglichkeit zu finden, in die EU einzureisen. Er verfolgte sein Ziel sehr zielstrebig und sagte

auf die Frage, warum er sich denn nicht für eine Duldung in Russland bewerbe:

About the refugee, I know another people going to Russia people to, to, to complaining about refugee. After is nothing! I know about it. If someone is complaining about refugee, you are going to give him a place to sleep, you are going to give him a house (. Pause, bis ca. 1 Sek.) you are going to send him to school, like to South Africa, you are going to send him to school, after to finish the school you are going to give him job. (. Pause, bis ca. 1 Sek.) You understand? Here, I hear to other people, you are going to refugee, is nothing (... Pause, bis ca. 5 Sek.) no job, didn't send him to school, no house, is complaining, give people paper like me. You understand why I didn't go? (. Pause, bis ca. 1 Sek.) For me is ahm, you lost your time for nothing! That time I am going to check for refugee, I am going to give paper, give people paper, after that I can get something! (... Pause, bis ca. 5 Sek.)

(Tyron, visapflichtig, männlich, aus der Demokratischen Republik Kongo, keine Russischkenntnisse, Visum abgelaufen, keine regulären Aufenthaltsdokumente)

MigrantInnen aus afrikanischen Herkunftsländern ohne reguläre Aufenthaltsdokumente, die die Ausweispflicht bewusst verletzten, erzählten von weniger Kontrollen durch die Polizei. Sie schilderten ihre Beobachtungen, die PolizistInnen würden sie kaum belangen, da sie wüssten, dass bei ihnen wenig Geld vorhanden sei, was sie erpressen könnten. Sofern Kontrollen stattfanden, würden meist nur ihre Taschen nach Drogen kontrolliert. Frauen gaben wiederum an, PolizeibeamtInnen verzichteten bei ihnen im Gegensatz zu den Männern bei Kontrollen gänzlich auf Leibesvisitationen, unterstellten ihnen bei den verbalen Befragungen jedoch häufig, sie seien Drogenverkäuferinnen oder Prostituierte:

They always searching my bag. First of all, they want to know, if you are selling the cocaine. Then they want to know if you are a prostitute. That two things. As for me they ask me if I have cocaine, I say no, if I am a prostitute, I say no, then they mostly relive you.

(Natalie, visapflichtig, weiblich, aus Kamerun, keine Russischkenntnisse, Visum abgelaufen, keine regulären Aufenthaltsdokumente)

Natalie, die zum Zeitpunkt des Interviews seit neun Monaten in Moskau lebte, regte sich an dieser Stelle des Interviews nicht sonderlich auf. Diese Kontrollen entsprächen ihrer alltäglichen Erfahrungen in Moskau und zögen ihren Worten nach keine negativen Folgen nach sich.

Für Ivie aus Kamerun, die als Kindermädchen bei frankophonen Familien in Moskau arbeitete, waren diese Befragungen jedoch psychisch sehr belastend. Obwohl sie, wie in den Interviews deutlich wurde, im Vergleich zu Migranten keine körperlichen Übergriffe und weniger erpresserisches Verhalten der Polizisten erdulden musste, empfand sie diese ständigen Kontrollen und Unterstellungen nach über einem Jahr in Russland als „unerträglich“. Die ständigen Erniedrigungen durch die PolizistInnen und Menschen auf der Straße hätten sie an ihre psychische Grenze geführt. Sie beklagte, sie sei eine rechtschaffene Person, während die meisten Drogendealer oder Prostituierten in Moskau NigerianerInnen seien, die schon wesentlich länger im Land lebten und häufig sogar über die russische Staatsbürgerschaft verfügten. Die russische Polizei und Menschen auf der Straße seien aber nicht in der Lage, die AfrikanerInnen voneinander zu unterscheiden. Die Polizei kontrolliere einfach alle, was ihr und den anderen AfrikanerInnen Probleme bereite, da sie im Gegensatz zu den alteingesessenen NigerianerInnen keine regulären Aufenthaltsdokumente besäßen.

Auf die Frage, was sie einer guten Freundin oder einem guten Freund empfehlen würde, die gerade nach Moskau kämen, sagte sie:

Hmm. (... Pause, bis ca. 5 Sek.) If I have a good friend in Moscow. (... Pause, bis ca. 5 Sek.) If people, Russia change, the life I would live in Russia, yes! That is only problem (. Pause, bis ca. 1 Sek.) Russia (. Pause, bis ca. 1 Sek.) people don't have a love. They don't take us like the white people, yes, that is all the problem, Russia have. I work, we need the work. All we see many girl go to make prostitution, because work no there. How can I take a house, live, go to hospital after you see, you die, your family die home. That's not good. All this because we don't have a work. Downtown Russians know the black girls, they come and ask for sex and give dengi. (Anm. Rus. Geld) If you tell me that, I move, I don't know what to do. (... Pause, bis ca. 5 Sek.) I walk away. Once one Russian said to me sex деньги, I know how to say in Russian idi nahuy blyad... da... I speak idi nahuy blyad... (Anm. Rus. Verpiss dich, Hure) I shout. (... Pause, bis ca. 5 Sek.)

Does it happen often?

Yes. It happen often, they taking black people like a prostitute, all black girls, they say only work they do in Russia, no (. Pause, bis ca. 1 Sek.) no. No respect to black people. No respect! (... Pause, bis ca. 5 Sek.)

(Ivie, visapflichtig, weiblich, aus Kamerun, keine Russischkenntnisse, Visum abgelaufen, keine regulären Aufenthaltsdokumente)

Ivie ging in ihrem Interview explizit auf das Thema ein, das viele andere MigrantInnen aus den afrikanischen Ländern auch beschäftigte: fehlende Aufenthaltsdokumente und keine reguläre Arbeit. Die alteingesessenen MigrantInnen aus Nigeria waren unter vielen anderen afrikanischen MigrantInnen nicht sehr beliebt, da sie ihnen Drogenhandel und Prostitution unterstellten, die das Bild aller MigrantInnen aus Afrika in Moskau prägte. Viele MigrantInnen beschwerten sich genau wie Ivie darüber, dass alteingesessene MigrantInnen, die bereits reguläre Aufenthaltsdokumente besäßen, diejenigen seien, die viele rechtswidrige Verstöße und Verbrechen begingen. Ihre Taten würden jedoch ein negatives Bild auf alle afrikanischen MigrantInnen werfen, die aufgrund fehlender regulärer Aufenthaltsdokumente die Leidtragenden der Situation seien. Fehlende berufliche und aufenthaltsrechtliche Perspektiven trieben viele MigrantInnen in die Prostitution, was wiederum das Bild aller MigrantInnen in den Augen der Öffentlichkeit trübe.

Insgesamt zeigte sich die Sans-Papier-Strategie in den Interviews als hilfreiches und flexibel einzusetzendes Mittel für MigrantInnen ohne reguläre Aufenthaltsdokumente, sich je nach ihren Plänen und Motiven vor Abschiebungen oder hohen Zahlungen von Bestechungsgeldern zu schützen. Einen Schutz vor Kontrollen durch PolizeibeamtInnen konnten sie hierdurch jedoch nicht erreichen – dies ermöglichte ihnen wiederum die im Folgenden ausgeführte Strategie des räumlichen Rückzugs.

Die Strategie des räumlichen Rückzugs

Die Strategie des räumlichen Rückzugs minimierte das Risiko der Willkür und den Erpressungsversuchen durch PolizeibeamtInnen ausgeliefert zu sein, indem MigrantInnen jegliche Kontakte zu Polizeibeamten mieden, auf die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel weitgehend verzichteten, da die meisten Kontrollen in den Metrostationen oder ihrer unmittelbaren Nähe stattfanden, und sich so wenig wie möglich in der Öffentlichkeit aufhielten bzw. sich in ihrer Freizeit gänzlich in die eigenen vier Wände zurückzogen. Hintergrund der Verfolgung der Strategie der räumlichen Zurückgezogenheit

waren Erfahrungen mit oder starke Angst vor dem Erleben rassistisch motivierter Übergriffe durch BeamtInnen, wie an den folgenden Interviewbeispielen deutlich wird.

Samat aus Kirgisistan erschien zum vereinbarten Interviewtermin gänzlich aufgeregt und erzählte gleich zu Anfang, ein Mitglied seines Familienclangs sei am Tag zuvor getötet worden. Seine Verwandten und er würden nun Geld für die Überführung des Leichnams und für die Unterstützung der Eltern des Verstorbenen sammeln. Er und einige andere seiner Verwandten nützten öffentliche Verkehrsmittel, führen in andere Bezirke Moskaus und sammelten dort Geld von Verwandten ein, während diejenigen seiner Verwandten, die über keine regulären Aufenthaltsdokumente verfügten, im Wohnbezirk verbleiben würden. Die Selbstverständlichkeit, mit der er von Nutzung oder Nicht-Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel in Abhängigkeit vom Vorhandensein regulärer Dokumente und vor dem Hintergrund der ständigen Polizeikontrollen berichtete, zeugte von etablierten Verhaltensweisen der MigrantInnen in Bezug auf ihre Bewegungsfreiheit und Mobilitätsgewohnheiten.

Der räumliche Rückzug der MigrantInnen bedeutete den Rückzug aus dem breiten öffentlichen Raum oder einer Bewegungsfreiheit, die sich nur auf die Grenzen innerhalb des eigenen Wohnbezirks oder der unmittelbaren Wohnumgebung beschränkte. Das Beispiel von Sascha aus Kirgistan und seiner Verbindung zum Abschnittsbevollmächtigten der Polizei in seinem Bezirk demonstrierte diese Ausprägung der Strategie am deutlichsten und wurde im letzten Kapitel beschrieben. Die freundliche und auf Austausch von Informationen gegen Geldzahlungen geschlossene Vereinbarung schützte Sascha und die Mitglieder seiner Gaphona vor unerwarteten Razzien der Polizei und ermöglichten ihnen in Verbindung mit räumlicher Zurückgezogenheit auf ihren Bezirk, ein Leben ohne reguläre Dokumente führen zu können und nichtsdestotrotz über Schutz vor Willkür der BeamtInnen zu verfügen.

Michael aus der Demokratischen Republik Kongo arbeitete als Flyerverteiler, habe sich in seiner Freizeit jedoch gänzlich räumlich zurückgezogen und verlasse am Wochenende die Wohnung überhaupt nicht, weil er Angst habe. Es gebe immer Ärger mit der Polizei und den Russen. Er verbringe seine Zeit am

Wochenende fast ausschließlich nur mit Schlafen oder Fernsehen in der Wohnung.

Die Angst vor der Polizei und vor russischen Männern manifestierte sich in vielen Interviews mit den MigrantInnen. Natalie aus Kamerun erzählte, sie habe bei der Ankunft große Angst davor gehabt, was ihr in Russland widerfahren könne. Auf die Frage, was ihr an ihrem ersten Tag in Moskau in Erinnerung geblieben sei, antwortete sie:

First thing was the weather. It was too cold. I froze everywhere, I couldn't look in front of me, I was just looking at the ground. And I was afraid, because of all the things they used to say about Russia. I was afraid. For two month, I didn't come out, like that. I was just at home.

Who was saying what about Russia? Your friends in Cameroon?

Yes, in Cameroon. My friends, my family, all of them. Concerning Russia, concerning all the people, concerning their believing, all the things I have seen on internet, about the behaviour, so I was afraid, as I am black, I was afraid that something can happen to me. So I was staying at home two months, I didn't go out for nothing, I was just at home. When I wake up I eat I take my bath, I sleep, I watch TV, that's all I was doing. If I wanted to go out, I will go with my boyfriend. One time after two months. One time a week. On Monday (. Pause, bis ca. 1 Sek.) I go out (. Pause, bis ca. 1 Sek.) and I come back at home.

But what was you afraid of?

I was just unsure that on my way to go to somewhere, someone come and catch me, someone beat me or something like that. That I was afraid of. The looking, the way people were looking at me the first day I was coming (. Pause, bis ca. 1 Sek.) People were looking at me as there was something (. Pause, bis ca. 1 Sek.) with you, that's why I was afraid.

(Natalie, visapflichtig, weiblich, aus Kamerun, keine Russischkenntnisse, Visum abgelaufen, keine regulären Aufenthaltsdokumente)

Natalie hatte einen Freund, der bereits seit fünf Jahren in Moskau lebte und Russisch sprach. Er unterstützte sie finanziell, so dass sie nicht unmittelbar nach der Ankunft darauf angewiesen war, Geld zu verdienen, sondern sich für einige Zeit zurückziehen und über die Möglichkeit einer relativ langen Adaptationsphase verfügen konnte.

Markus und seine Ehefrau Zola von der Elfenbeinküste erzählten, bei der Ankunft nur sehr begrenzte finanzielle Mittel gehabt und niemanden in Russland gekannt zu haben, der sie in der ersten Zeit hätte unterstützen können. Aus der finanziellen Not heraus seien sie daher gezwungen gewesen, so schnell wie nur möglich eine Arbeit zu finden und sich in die Öffentlichkeit zu begeben. Markus erzählte in seinem Interview, er habe sich im Internet über Russland erkundigt, als er erfuhr, sie hätten Visa für das Land erhalten. Er habe schlimme Sachen im Internet über das Land gelesen, man möge dort keine Schwarzen, sie würden gejagt und verfolgt werden. Er habe große Angst gehabt, als er in Russland ankam, habe jedoch keine Wahl gehabt, da seine Heirat mit Zola seitens ihrer Familie nicht gebilligt worden sei und sie ihr Heimatland hätten verlassen müssen. In seinem Interview schilderte er weiter, seine Ängste hätten sich nach einem Jahr Aufenthalt in Russland nur zu etwa zehn Prozent bewahrheitet und dass die meisten Menschen in Russland normal seien, obwohl er auch Erfahrungen mit Rassisten gemacht habe, die ihn als „Hund“ oder „Affen“ beschimpft hätten und auf Schlägereien aus gewesen seien.

Ivie aus Kamerun erzählte in ihrem Interview, sie habe gleich nach ihrer Ankunft arbeiten müssen. Sie habe durch Kontakte in die französische Botschaft eine Arbeit als Kindermädchen und Reinigungskraft in frankophonen Haushalten der BotschaftsmitarbeiterInnen gefunden. Sie lebte zum Zeitpunkt des Interviews seit einem Jahr und zwei Monaten in Moskau und vertrat im Gegenteil zu Markus die Meinung, dass alle RussInnen Rassisten seien:

Did you know anything about Russia before you came here?

Hmm, yes they tell me before I travelled to Russia, Russia is too much racist. They said that. Because maybe this person was in Russia that time, not this time. Russia are supposed to be very racist, because many things, television, internet they say it supposed to be racism. At time I reach to Russia, I see is true.

(Ivie, visapflichtig, weiblich, aus Kamerun, Russischgrundkenntnisse, Visum abgelaufen, keine regulären Aufenthaltsdokumente)

Einige MigrantInnen wie Natalie gaben an, sie hätten Angst vor rassistisch motivierten Angriffen gehabt und sich in der ersten Zeit nach ihrer Ankunft

daher räumlich gänzlich aus der Öffentlichkeit zurückgezogen. Andere MigrantInnen wie beispielsweise Michael zogen sich außerhalb der Arbeitszeit aus Angst vor rassistisch motivierten Angriffen und Polizeiwillkür gänzlich in ihre Unterkünfte zurück. MigrantInnen wie Markus und Ivie schilderten dagegen, sie hätten bei der Ankunft keine Verwandte oder Freunde in Russland gehabt, die sie hätten finanziell unterstützen können. Sie seien daher bereits nach der Ankunft gezwungen gewesen, sich trotz der eigenen Ängste in die Öffentlichkeit zu begeben und zu arbeiten. Sie machten beide Erfahrungen von Rassismus und Polizeiwillkür, bewerteten die Verbreitung des Rassismus in Moskau in ihren Interviews jedoch sehr unterschiedlich. Neben unterschiedlichen subjektiven Wahrnehmungen vor dem Hintergrund des Geschlechts der befragten MigrantInnen spielten für diese differenten Bewertungen sicherlich auch die Rahmenbedingungen der Interviews eine Rolle. Während das Interview mit Markus von Sascha, einem russischen Mitarbeiter des Civic Assistance Committee und Patenonkel seines Kindes aus dem Französischen übersetzt wurde, lernte Ivie mich als einen Deutschen kennen und hatte vermutlich keine solche möglichen Bedenken, ihre Gedanken in dieser Hinsicht bei dem Tête-à-Tête frei zu äußern.

Die Strategie des räumlichen Rückzugs wurde nicht ausschließlich von Neuankömmlingen praktiziert. Auch alteingesessene MigrantInnen, die über keinen regulären Status verfügten, hielten sich nur ungern in der Öffentlichkeit auf.

Faisal aus Afghanistan, der für eine Fortbildung in die Sowjetunion kam und seit der Machtübernahme durch die Mudschahedins irregulär in Russland lebte, erzählte auf die Frage nach seinem typischen Tag und seiner typischen Woche:⁴²

⁴² Ну чем может человек заниматься, который не видит ничего, никакой дальнейшей жизни? Ну, встаю дома, думаю как до работы доехать, чтобы милиция не остановила. (. Pause, bis ca. 1 Sek.) Это все время на психику действует, как спустишься в метро, думаешь куда встать. Там люди на тебя смотрят, вот, человек не славянской внешности! Типичный день. Как, что могу еще сказать sagen (. Pause, bis ca. 1 Sek.) не знаю

А как выглядит Ваша типичная неделя?

Да так же. Ничего другого нету. Мы даже отдыхать не можем. По паркам или по улице гулять даже не можем. Просто, где бы мы не сидели, мы вызываем подозрение у кого-то. Или террорист или что-то такое. (. Pause, bis ca. 1 Sek.) Поэтому мы лучше дома си-

Ich stehe auf, denke darüber nach, wie ich zur Arbeit komme, ohne dass die Polizei mich anhält. (. Pause, bis ca. 1 Sek.) Es drückt einfach auf die Psyche, wenn du in die Metro runtersteigst und darüber nachdenken musst, wo man sich dort hinstellt. Die Menschen schauen dich an. – Ah! Da ist einer mit einem nichtslawischen Erscheinungsbild! Ein typischer Tag. Was soll ich sagen? (. Pause, bis ca. 1 Sek.) Ich weiß nicht. (... Pause, bis ca. 5 Sek.)

Und wie sieht Ihre typische Woche aus?

Genauso. Nichts Anderes. Wir können uns nicht einmal entspannen. Nicht mal in den Park oder auf die Straße zum Spaziergehen kannst du. Es ist einfach so, dass egal wo wir sitzen würden, wir bei irgendjemanden Verdacht erregen würden. Entweder seist du ein Terrorist oder so etwas in der Art. (. Pause, bis ca. 1 Sek.) Deswegen sitzen wir zuhause und tun gar nichts. Arbeit-Zuhause-Arbeit-Zuhause. (. Pause, bis ca. 1 Sek.) Das sind typische Tage, Wochen, Monate und Jahre, die so vergehen! (... Pause, bis ca. 5 Sek.)

(Faisal, visapflichtig, männlich, Afghanistan, fließende Russischkenntnisse, Duldung beantragt)

Jahrzehntelanges Leben in Irregularität in Russland und die ständigen Interaktionen mit den PolizeibeamtInnen, die meist negativ in Erinnerung blieben, belasteten Faisal, wie er beschrieb, sehr und beschäftigten ihn permanent in seinen Gedanken und bei seiner Alltagsgestaltung. Die Einschränkung seiner Bewegungsfreiheit und der Rückzug aus dem öffentlichen Raum während der Freizeit minimierten für Faisal zwar die Gefahren unerwünschter Interaktionen mit der Polizei und Bevölkerung, beraubten ihn aber auf Dauer der eigenen Lebensqualität und Lebensfreude. Die Zweiseitigkeit der Strategie des räumlichen Rückzugs – Schutz vor rassistisch motivierten Übergriffen, Willkür und Erpressung auf der einen Seite, deutliche Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und damit der Lebensqualität auf der anderen Seite – beschrieben viele der interviewten MigrantInnen eindrücklich. Die Ausprägung räumlicher Zurückgezogenheit hing dabei in der Regel von Vorerfahrungen mit und Ängsten vor Übergriffen vs. Erwartungen fairer Behandlung durch BeamtInnen oder der russischen Bevölkerung ab, wie die Beispiele von Markus und Ivie deutlich machen.

дим, ничего не делаем. Работа-дом-работа-дом. (. Pause, bis ca. 1 Sek.) Вот типичные дни, недели, месяцы, года вот так проходят! (... Pause, bis ca. 5 Sek.)

Zwischenfazit

Die Interviews und Beobachtungen der Feldforschung zeigen, dass sich die MigrantInnen sehr schnell in den Interaktionen mit den BeamtInnen der Rechtsschutzorgane zurechtfinden und entsprechend ihrer unterschiedlichen Lebenslagen, Ressourcen, Ziele und Motive verschiedene Handlungsstrategien entwickeln konnten. Die Interviews geben zahlreiche Beispiele für die subjektiv wahrgenommene, aktiv ausgeführte Handlungsfähigkeit der MigrantInnen als Produkt des Zusammenspiels ihrer persönlichen Dispositionen und der strukturellen Bedingungen, die durch die informellen staatlichen Strukturen im Bereich informeller bzw. kommerzieller Veräußerung von Arbeits- und Aufenthaltsdokumenten gegeben waren. Die Wahrnehmung der MigrantInnen, sich handlungsfähig und -wirksam zu erleben, zeigte entsprechend unterschiedliche Ausprägungen.

Verfügten MigrantInnen über reguläre Aufenthaltsdokumente und eine Anmeldung am tatsächlichen Wohnplatz in Moskau, schilderten sie in den Interviews, anders als in den oben zitierten wissenschaftlichen Studien dargestellt, nicht notwendigerweise darauf angewiesen zu sein, den Bestechungsgeldforderungen durch Staatsbeamtinnen in vollem Umfang nachkommen zu müssen. Sie erlebten sich im Falle, über reguläre Dokumente zu verfügen, bei entsprechenden Kontrollen gut geschützt vor der Erfahrung von Willkür und Erpressung durch die Polizei. Dies befreite sie jedoch nicht vor den Kontrollen per se, die sie trotz ihrer regulären Dokumente über sich ergehen lassen mussten. Verfügten die MigrantInnen jedoch über keine oder nur unvollständige Aufenthaltsdokumente, schilderten sie häufig, wie in der Literatur beschrieben, der Willkür und Gelderpressung der PolizeibeamtInnen ausgesetzt zu sein. Um sich trotz ihres prekären Status vor einer absoluten Willkür der BeamtInnen zu schützen und einen Ermessensspielraum zu erwirken, den Bestechungsgeldforderungen nicht in Gänze nachkommen zu müssen, beschrieben die MigrantInnen verschiedene Handlungsstrategien in ihren Interviews. Diese reichten vom räumlichen Rückzug aus dem öffentlichen Raum über Kooperation und Bereitschaft, die BeamtInnen der Polizei und des Zolls zu bestechen, bis hin zur offensiv verbal ausgetragenen Selbstverteidigung. Die Bestechung der BeamtInnen wurde dabei sozusagen

als „letzte Option“ in den Interaktionen geschildert. So bestand für die MigrantInnen selbst in dem Falle, dass die Zahlung von Bestechungsgeldern als unausweichlich wahrgenommen wurde, die Möglichkeit, mit den BeamtInnen über die Höhe der Summe zu verhandeln.

Die Vielfältigkeit der Wahlmöglichkeiten einer Handlungsstrategie im Umgang mit den BeamtInnen hing für diejenigen MigrantInnen ohne Schutz durch reguläre Aufenthaltsdokumente stark von ihren jeweiligen Vorerfahrungen, ihren Ängsten – bspw. vor rassistisch motivierten Übergriffen – ihrem Vertrauen in die Verlässlichkeit der Abläufe informeller Strukturen und ihren Ressourcen, wie über gute russische Sprachkenntnisse zu verfügen oder eine eheliche Verbindung zu einem russischen Staatsangehörigen zu besitzen, ab. Als wichtige Einflussfaktoren auf den Ausprägungsgrad ihrer Handlungsfähigkeit beschrieben die MigrantInnen ihr Erleben von Angst und Vertrauen: Je ausgeprägter die MigrantInnen Angst vor Willkür, Erpressung und Übergriffen erlebten, um so eingeschränkter und passiver schilderten sie ihre ausgeübten Handlungsstrategien wie die oben ausgeführten Beispiele für räumliche Zurückgezogenheit oder die Bereitschaft, mit den BeamtInnen durch Zahlung von Bestechungsgeldern zu kooperieren, verdeutlichen. Je geringer ausgeprägt sie Ängste und negative Vorerfahrungen bei gleichzeitigem Vorhandensein von Ressourcen wie gute Sprachkenntnisse wahrnahmen, um so aktiver und selbstbestimmter konnten die MigrantInnen mit den BeamtInnen agieren. Anders ausgedrückt: Je mehr die MigrantInnen beschrieben, der Verlässlichkeit des Ablaufs bestimmter Interaktionen mit den Vertretern informeller Strukturen zu vertrauten, um so aktiver und selbstbewusster schätzten sie ihre Handlungsmöglichkeiten bspw. bei Polizeikontrollen ein. Beispiele hierfür finden sich in den Schilderungen von MigrantInnen zum Einsatz der Strategie der offensiven verbalen Selbstverteidigung.

Diese Beobachtung subjektiver Variablen wie Vertrauen, Ängste und Ressourcen zur Erklärung der Variation des wahrgenommenen Ausprägungsgrades der Handlungsfähigkeit der MigrantInnen in der Interaktion mit den StaatsbeamtInnen bietet eine wichtige Ergänzung der wissenschaftlichen Literatur, in der vor allem die Notwendigkeit für MigrantInnen mit irregulä-

rem Aufenthaltsstatus beschrieben wird, sich Willkür und Erpressung passiv zu fügen.

5.3 Handlungsoptionen auf dem Wohnungsmarkt - Erleben von Unsicherheit und Vertrauen, Möglichkeiten der MigrantInnen, Hilfsstrukturen zu nutzen

Eines der zentralen Alltagsprobleme, deren Bewältigung die interviewten MigrantInnen zur Sicherung ihres Lebens in Moskau stark beschäftigte, stellte die Wohnungssuche und die Frage der Wohnungsanmeldung dar. Besonders deutlich kamen in diesem Zusammenhang drei Themen zum Ausdruck: Das Erleben von Unsicherheit, das Vorhandensein und die Verfügbarkeit von Hilfsstrukturen und Hilfsnetzwerken sowie die Frage nach Vertrauen in soziale Netzwerke, Personen und Strukturen.

Die wissenschaftliche Literatur beschäftigt sich ausführlich mit der Frage der Diskriminierungen von MigrantInnen auf den Wohnungsmärkten und ihrem Erleben von Unsicherheit bei der Wohnungssuche und in den Interaktionen mit VermieterInnen, Polizei, NachbarInnen und eigenen MitbewohnerInnen sowie mit vorhandenen Hilfsstrukturen und Hilfsnetzwerken, auf die MigrantInnen sich bei der Wohnungssuche verlassen konnten.

Ein Strang der wissenschaftlichen Literatur geht dabei wie oben ausgeführt insbesondere der Frage der Diskriminierungen von MigrantInnen bei der Wohnungssuche und ihrem Erleben von Unsicherheit und Angst durch drohende Gefahren einer Zwangsräumung oder Festnahme in den Wohnungen nach.

Van Nieuwenhuyze (2009: 118) stellte fest, dass innerhalb des Systems der Wohngemeinschaften von MigrantInnen starke Fluktuationen in der Zusammensetzung der Personen in den Unterkünften existierten. Gründe für die Aus- und Umzüge waren Jobwechsel, die Ankunft neuer Freunde und Verwandten, mit denen man zusammenzog, aber auch die Angst vor der Polizei, Probleme mit den Vermietern, Geldsorgen, Konflikte mit den Mitbewohnern und die Versuche von Hauptmietern, noch mehr Menschen ein Zimmer teilen zu lassen.

Schönwälder et al. (2004: 39) thematisierte die erheblichen Zugangseinschränkungen zu Wohnraum aufgrund der Ausweis- und Meldepflicht für MigrantInnen in Deutschland, die nicht im Besitz notwendiger Ausweise waren. Doch obwohl irreguläre MigrantInnen vom regulären Wohnungsmarkt weitgehend ausgeschlossen seien, fanden sie unterschiedliche Möglichkeiten des Wohnens in Deutschland, deren Spektrum über Obdachlosigkeit, vom Arbeitgeber zur Verfügung gestellte provisorische Unterkünfte, Wohngelegenheiten bei Verwandten, Freunden und Bekannten bis hin zu kommerziellen Untermietverhältnissen reichten (Schönwälder et al. 2004: 66). Weiterhin betonten Schönwälder et al. (2004: 69) die Bedeutung ethnischer Netzwerke bei der Vermittlung von Arbeit und Wohnmöglichkeiten, die jedoch nicht ausschließlich als „eine hilfsbereite, solidarische Gesellschaft“ angesehen werden sollen. Mitglieder der sozialen Netzwerke realisieren unter Umständen auch ökonomische Vorteile wie zum Beispiel Arbeitsvermittlung gegen Prämie, Beschäftigung irregulärer Landsleute zu geringen Löhnen und üben ggf. auch Formen der Kontrolle aus.

Hulchanski (1997: 9-10) beschäftigte sich mit der Diskriminierung von MigrantInnen beim Wohnungsmarktzugang in Toronto und identifizierte dabei mehrere Barrieren für sie. Er unterteilte sie in drei Hauptbarrieren (Hautfarbe, Ethnizität und Religion und Gender) sowie sieben Nebenbarrieren (Einkommensniveau, Einkommensquelle, Kenntnisse des Wohnungsmarktsystems, Sprache und Akzent sowie Haushaltstyp und Haushaltsgröße).

Lemoine (2008: 116-117) untersuchte die Unterkunftsstrategien frankophoner kongolesischer MigrantInnen in Toronto. Kongolesische MigrantInnen verließen sich bei der Suche nach Unterkünften auf die eigenen sozialen Netzwerke, was in ihren „heterolokalen“ Siedlungsmustern im Stadtbild von Toronto abzulesen war. Dabei berichtete ein Drittel der befragten MigrantInnen über Diskriminierungen auf dem Wohnungsmarkt, die auf Einkommensniveaus, Einkommensquellen, Familiengröße und Hautfarbe zurückzuführen waren (Lemoine 2008: 122-123).

Auch somalische und jamaikanische MigrantInnen sahen sich sowohl persönlicher wie auch Gruppendiskriminierung auf dem Wohnungsmarkt in

Toronto ausgesetzt, wobei Frauen öfter von Diskriminierung betroffen waren als Männer. Wie auch im Fall der frankophonen kongolesischen MigrantInnen in Toronto verließen sich die meisten MigrantInnen aus Somalia und Jamaika bei der Wohnungssuche auf ihre Freunde und Landsleute. Sie zogen dabei aber vermehrt in Wohngegenden mit einem höheren Anteil ihrer Landsleute (Dion 2001: 539).

Greenburg (2008) untersuchte die Zugangsmöglichkeiten von MigrantInnen auf dem südafrikanischen Wohnungsmarkt in Gauteng, Kapstadt und Durban. Sie stellte dabei fest, dass die absolute Mehrheit der MigrantInnen in privat angemieteten Unterkünften, informellen Behausungen oder im Obdach von religiösen Gemeinden lebten. Sie beschwerten sich über die Überfüllung und die schlechte Ausstattung der Unterkünfte, die schlechte Behandlung und Diskriminierung durch VermieterInnen und NachbarInnen aufgrund ihres Migrationshintergrundes, über die permanent drohende Gefahr einer Zwangsräumung wegen fehlender finanzieller Mittel für Mietzahlungen und fehlender formeller Aufenthaltsdokumente sowie über den Zwang, höhere Mieten aufgrund ihres Migrationshintergrundes zahlen zu müssen (Greenburg 2008: 4, 10).

In den Interviews mit MigrantInnen in Moskau wurde von hohen Fluktuationen in vielen Wohnungen, von Unsicherheit und Ängsten vor Hausdurchsuchungen, Razzien und Abschiebungen sowie von Heterolokalität von Anmietungen von Schlafplätzen über soziale Netzwerke und von Diskriminierungen auf dem Wohnungsmarkt berichtet.

Andere Autoren gehen neben der Frage der erlebten Unsicherheit und Angst insbesondere auf die Hilfsstrukturen und Hilfsnetzwerken der MigrantInnen im Bereich der Wohnungssuche ein.

Stobbe (2004: 128) untersuchte Handlungsspielräume von Sans Papiers in Deutschland und den USA und stellte fest, dass der offizielle Wohnungsmarkt aufgrund von Meldegesetzen und weiteren internen Kontrollen sowie der Diskriminierung durch VermieterInnen den irregulären MigrantInnen faktisch verschlossen war. Bei ihrer Wohnungssuche in Deutschland griffen Sans Papiers auf die Hilfe ihrer Angehörigen zurück, die einen regulären Sta-

tus innehatten. Diese mieteten auf dem regulären Wohnungsmarkt eine Wohnung an und lebten entweder mit den Neuankömmlingen zusammen oder überließen ihnen den Wohnraum zum Leben. Eine weitere Strategie stellte die Bildung einer Wohngemeinschaft mit mehreren Personen dar, wobei eine der Personen einen regulären Aufenthaltsstatus hatte, als HauptmieterIn auftrat und die Kosten mit den anderen Mitwohnenden teilte. Meist handelte es sich bei den Personen in kleineren Wohngemeinschaften um Menschen, die sich gegenseitig kannten und der gleichen Gemeinschaft angehörten. (Stobbe 2004: 128) Bei einer weiteren Wohnungsstrategie handelte es sich um die sog. Strohmiete, bei der häufig professionelle BrokerInnen als HauptmieterInnen fungierten, die Wohnungsmieten über ihre Konten an VermieterInnen laufen ließen und die Mieten von den Sans Papiers in bar erhielten. Sie verlangten dafür häufig eine Provision, ließen die Sans Papiers im Unklaren über die tatsächlichen Mietkosten und forderten überhöhte Mieten ein (Stobbe 2004: 129). Da Sans Papiers mit kurzfristigen Aufenthaltsperspektiven ihre Lebenshaltungskosten so niedrig wie möglich zu halten versuchten, waren sie bereit, selbst kleine Appartements mit möglichst vielen anderen MigrantInnen zu teilen. Lebten jedoch deutlich mehr Menschen in der Wohnung als allgemein üblich, war das Risiko hoch, dass solche Wohngemeinschaften auffällig und beispielsweise in Folge von Beschwerden durch NachbarInnen von der Polizei und den Ausländerbehörden kontrolliert wurden. Sans Papiers schützten sich vor solchen Kontrollen, indem sie Wohngegenden bevorzugten, in denen entweder viele MigrantInnen lebten und sie daher kaum auffielen oder sie favorisierten beispielsweise Industriegebiete, in denen es nur wenige NachbarInnen gab (Stobbe 2004: 129).

Mahler (1995: 198-207) untersuchte salvadorianische und peruanische MigrantInnen auf Long Island in New York und fand heraus, dass sowohl Hauseigentümer als auch alteingesessene MigrantInnen dabei an Vermietung und Untervermietung von Wohnraum an irreguläre MigrantInnen verdienten. Einige der alteingesessenen MigrantInnen entwickelten regelrechte Karrieren als Untervermieter von Wohnungen, die sie auf den eigenen Namen auf dem formellen Wohnungsmarkt anmieteten. Mahler (1995: 207-213) sprach dabei

von einem „Encargado System“. Dabei mieteten alteingesessene MigrantInnen eine Unterkunft auf den eigenen Namen an, um diese dann zur Untermiete für irreguläre MigrantInnen zu nutzen, die erst seit kurzem im Land angekommen waren. Sie taten dies aber nicht aus altruistischen oder solidarischen Motiven, sondern einzig und allein, um Gewinne zu erzielen oder zumindest in der Lage zu sein, mit der eigenen Familie ein Zimmer in der Unterkunft kostenlos bewohnen zu können. Eingeschränkte ethnische Solidarität und höchst kommerzialisierten informellen Wohnungsmarkt beschreibt Mahler (1995: 209-213) als finanzielle Ausbeutung neuankommender irregulärer MigrantInnen durch die eigenen Landsleute, in manchen Fällen sogar durch die eigenen Freunde oder Verwandte.

Malpica (2008: 54) beschreibt dagegen eine starke ethnische Solidarität unter den indigenen mexikanischen MigrantInnen in Los Angeles. Ethnische Gemeinschaften der Zapotec-ArbeitsmigrantInnen böten Neuankömmlingen praktische Unterstützung und ein Gefühl der Zugehörigkeit. Die Gemeinschaft sei dabei eine Ressource, auf die MigrantInnen unter anderem für Informationen über Arbeitsplätze und Unterkünfte zurückgreifen könnten. Alteingesessene MigrantInnen gewährten neuen MigrantInnen kostenlose vorübergehende Unterbringung und Verpflegung für mehrere Monate, bis die Neuankömmlinge eine Arbeit und Unterkunft fänden (Malpica 2008: 68). Aus diesem Grund würden die Wohnzustände in den Unterkünften von MigrantInnen als überfüllt bezeichnet werden, mit zwei oder drei Familien, die sich eine Unterkunft teilten (Malpica 2008: 69).

Auch in den Interviews mit den MigrantInnen in Moskau wurde häufig ein informelles System von Schlafplatzanmietungen über soziale Netzwerke und altruistische Solidarität oder kommerzielles Verhalten von alteingesessenen MigrantInnen gegenüber den Neuankömmlingen geschildert.

Van Nieuwenhuyze (2009: 117) untersuchte Strategien senegambischer MigrantInnen in Belgien und Spanien und stellte dabei fest, dass die meisten von ihnen bei der Einreise bereits eine Bezugsperson hatten, die ihnen nach der Ankunft die erste Unterkunft zur Verfügung stellte „*based on the relati-*

onship or general solidarity: they stay for free in a spare room, a spare bed, or on the sofa, for some days, weeks, or months“.

Willen (2006: 172-173) fand in ihrer Studie zu irregulären westafrikanischen und philippinischen MigrantInnen in Israel heraus, dass die Beziehungen innerhalb lokaler MigrantInnengemeinschaften ihre Mitglieder dazu befähige, Arbeit und Unterkunft zu finden, grundlegende Verhaltensmuster gegenüber den israelischen Arbeitgebern zu erlernen und Lösungen für alltägliche Probleme zu finden. Dabei haben soziale Netzwerke bedeutende soziale und psychologische Funktionen inne. Bekannte, Freunde und Mitbewohner waren für befragte MigrantInnen wichtige Partner, mit denen man die eigene Freizeit verbringen konnte und an die sich die befragten MigrantInnen zur emotionalen Unterstützung wenden konnten.

Neben den Möglichkeiten sozialer Netzwerke, NGOs bzw. die Hilfe anderer Hilfsorganisationen wird im vorliegenden Kapitel ein besonderer Fokus auf die informellen staatlichen Strukturen und die implizierten Verhaltensregeln gelegt, mit deren Hilfe die interviewten MigrantInnen ihre Ziele auf dem Wohnungsmarkt zu erreichen versuchten. Dabei waren die Frage nach Vertrauen in solche Strukturen und antizipierte Verhaltensregeln bspw. bei der Zahlung von Bestechungsgeldern zum Schutz vor Hausdurchsuchungen von großer Bedeutung für die MigrantInnen. In der wissenschaftlichen Literatur wird das Thema von Hilfsstrukturen und sozialen Netzwerken von MigrantInnen häufig in Verbindung mit der Frage von Vertrauen in solche Netzwerke und Strukturen diskutiert.

Vertrauen und Vertrauenswürdigkeit wird in der wissenschaftlichen Literatur als unabdingbar für das Funktionieren von sozialen Netzwerke angesehen. Putnam (2007: 137) nennt „*Normen der Reziprozität und Vertrauenswürdigkeit*“ als notwendige Bedingungen für Soziale Netzwerke. Coleman (1990: 304) gibt an, dass eine Gruppe, deren Mitglieder Vertrauenswürdigkeit untereinander herstellen können, viel mehr erreichen könne als eine ähnliche Gruppe, der das Vertrauen untereinander fehle. Ryan et al. (2008: 679) argumentieren in ihrer Studie zu polnischen MigrantInnen in London, dass Neuankömmlinge und MigrantInnen mit limitierten sozialen, ökonomi-

schen und kulturellen Ressourcen sich zwar auf ethnisch-spezifische Netzwerke bei der Arbeits- und Wohnungssuche verließen und die informellen Netzwerke starker Bindungen meist als vertrauenswürdig und unterstützend beschrieben, jedoch ebenso angaben, der breiten „ethnischen Gemeinschaft“ mit Vorsicht und in manchen Fällen sogar mit Misstrauen zu begegneten.

Charles (2007: 6) geht der Frage nach, was Vertrauen sei und beschreibt es als eine Beziehung mit dazugehörigen Praktiken. Vertrauen bestehe *“of placing valued outcomes at risk to others’ malfeasance, mistakes, or failures. Trust relationships include those in which people regularly take such risks”*. Entsprechend seien Vertrauensnetzwerke *“ramified interpersonal connections, consisting mainly of strong ties, within which people set valued, consequential, long-term resources and enterprises at risk to the malfeasance, mistakes, or failures of others”* (Charles 2007: 7). Er lässt die Frage offen, ob Vertrauen von MigrantInnen nicht auch auf Strukturen oder informelle Institutionen bzw. Verhaltensweisen ausgeweitet werden könne oder ob Vertrauen ausschließlich die Prärogative sozialer Netzwerke sei.

Hart (2000: 186-187) geht in ihrer Studie zu Frafra-MigrantInnen in den Slums von Accra intensiv auf die Bedeutung des Wortes Vertrauen in ihrem Leben ein. Etwas oder jemandem zu vertrauen, bedeute, sich darauf zu verlassen und sich daran zu binden. Wenn jedoch für MigrantInnen keine Alternative bestünde, als jemandem oder etwas zu vertrauen, dann werde Vertrauen zu Abhängigkeit.

Im Rahmen der vorliegenden Studie ist von besonderem Interesse, zu erörtern, inwiefern MigrantInnen Vertrauen gegenüber den informellen staatlichen Strukturen erleben. Verlassen sich die MigrantInnen auf diese Strukturen und wenn ja, wie und in welchen Situationen tun sie dies? Bedeutet dieses Vertrauen auch eine Abhängigkeit von den informellen Strukturen und Verhaltensweisen bestimmter Akteure wie bspw. den Abschnittsbevollmächtigten der Polizei zum Schutz vor Polizeirazzien und Wohnungsdurchsuchungen? Könnte im Fall einer bestehenden Abhängigkeit von einer Win-win-Situation zwischen MigrantInnen und informellen staatlichen Struktu-

ren ausgegangen werden im Sinne des Schutzerlangens durch Zahlung von Bestechungsgeldern?

Wohnungssuche auf dem Moskauer Wohnungsmarkt - Unterstützung durch soziale Netzwerke und das Erleben von Unsicherheit

Die Beobachtungen während des Feldforschungsaufenthaltes zeigten auf, dass MigrantInnen sich überall in Moskau unabhängig des Bezirks oder der Gebäude- bzw. Wohnungsart ansiedeln konnten. In Moskau hatten MigrantInnen die Möglichkeit, einen Schlafplatz sowohl im Stadtzentrum in einer Gemeinschaftswohnung als auch in den Neubauten am Stadtrand zu finden. Die Privatisierung des sowjetischen Wohnraumes Anfang der 1990er Jahre und das völlige Fehlen eines sozialen Wohnungsbaus sorgten zusammen mit dem stetigen Zuzug von Personen für hohe Mietpreise in allen Bezirken der Stadt. Ein Großteil der in den Interviews befragten MigrantInnen gab an, über kein ausreichend hohes Einkommen zu verfügen, um sich die Mietkosten alleine leisten zu können. Sie erzählten von „Gummiwohnungen“, in denen sie einen Raum mit bis zu 20 Mitbewohnern teilen mussten.

Almaz aus Kirgisistan schilderte in seinem Interview zunächst die Wohnverhältnisse in seinen ersten drei Jahren in Moskau, in denen er in einer „Gummiwohnung“ gelebt und dabei ein Zimmer mit durchschnittlich weiteren zehn Personen geteilt habe. Als er und seine Frau beschlossen hätten, in eine eigene Wohnung zu ziehen, die sie nicht mit so viele Personen würden teilen müssen, habe für sie die Frage nach Wohnungssuche und Anmietung eine große Bedeutung bekommen. Sie hätten mithilfe einer Wohnungsagentur ihre Einzimmerwohnung sehr schnell gefunden, weil er bereits gewusst habe, wie man sich mit den Wohnungsagenturen zu unterhalten habe. Almaz gab an, er sei bei seiner Wohnungssuche zunächst viel mit der ethnischen Diskriminierung auf dem Moskauer Wohnungsmarkt konfrontiert worden:⁴³

⁴³ Хозяева тоже не просто так соглашаются. Если узнают, что ты приезжий, гастарбайтер, можно сказать (смеется), сразу говорят, нет.

Не спрашивали о национальности?

Die Eigentümer der Wohnungen stimmen nicht einfach so zu. Wenn sie erfahren, dass du ein Zugezogener bist, ein Gastarbeiter, kann man sagen (lacht), sagen sie gleich nein.

Wurden Sie dabei nach Ihrer Nationalität gefragt?

Ja. „Welcher Nationalität gehören Sie an?“ Wir sagen: „Wir sind aus Kirgisistan.“ Und sie sagen: „Wollen wir nicht.“

(Almaz, visafrei, männlich, aus Kirgisistan, Russischkenntnisse, Arbeitserlaubnis)

Er stellte sich an dieser Stelle des Interviews selbst die Frage, wie man sich in einer solchen Situation miteinander einigen könne, auf die er sich selbst die Antwort gab, man müsse so oder so das Dreifache der Miete an die Agentur zahlen, damit es mit der Wohnungsanmietung schlussendlich klappe. Zwei Monatsmietzahlungen für seine Einzimmerwohnung habe er an seine Vermieter als erste und letzte Miete gezahlt und eine Monatsmietzahlung in Höhe von 35.000 Rubel (umgerechnet ca. 875 Euro) ginge an die Agentur für ihre Vermittlungsdienstleistung. Die Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt verunsicherte Almaz nicht besonders; er habe nach erfolglosen Selbstversuchen seine Taktik in Richtung von Gebührenzahlung an eine Wohnungsagentur geändert und innerhalb kürzester Zeit eine Wohnung gefunden.

Die meisten der interviewten MigrantInnen waren sich der ethnischen Diskriminierung auf dem Moskauer Wohnungsmarkt bewusst, was bei ihnen interessanterweise jedoch kein Gefühl der Unsicherheit hervorrief. Dies resultierte daraus, dass die Suche nach ihrer ersten Unterkunft für die meisten befragten Neuankömmlinge über soziale Netzwerke oft noch aus ihren Herkunftsländern heraus verlief. Die meisten von ihnen wussten bei der Ankunft also bereits, wo sie die erste Zeit leben würden. Sie hatten Verwandte oder Bekannte, die in Moskau lebten und arbeiteten und ihnen meist ihre erste Unterkunft organisierten. Es handelte sich dabei immer um einen Schlafplatz in einem Zimmer, das sie sich mit mehreren Personen teilen mussten. Überwiegend handelte es sich bei den MitbewohnerInnen in den Wohnungen um Personen, die aus der gleichen Region oder dem gleichen

Спрашивали. Вы какой национальности? Мы говорим, из Киргизии. Они говорят, нам не нужны.

Land, häufig sogar aus der gleichen Gegend, dem gleichen Dorf oder der gleichen Stadt bzw. dem gleichen Stadtteil stammten. In den Interviews wurde deutlich, dass direkte Verwandte sich häufiger verpflichtet sahen, die Neuankömmlinge in der eigenen Unterkunft unterzubringen und ihnen bei der Frage der Dokumente und der Arbeitssuche zur Seite zu stehen.

Abaj aus Kirgisistan gab an, er sei als jüngstes Kind seiner Familie im Alter von 19 Jahren nach Russland gekommen und habe zunächst zweieinhalb Jahre bei seinem Bruder in Krasnojarsk gelebt. Sein älterer Bruder habe für ihn dort auch die russische Staatsbürgerschaft organisiert und bezahlt. Nach dem Erhalt der Staatsbürgerschaft habe ihn seine Schwester im Alter von 22 Jahren nach Moskau geholt:⁴⁴

Ich hatte hier eine Schwester. Ich lebte vorher bei meinem Bruder. Die Schwester holte mich nach Moskau. Dann kam ich hierher und lebe jetzt bei ihr. Hier war schon alles vorbereitet für mich. Den Pass bekam ich mit 19 in Krasnojarsk. Die Arbeit wurde mir hier von meiner Schwester angeboten. Also fing ich an, hier zu arbeiten und arbeite auch bis jetzt hier.

(Abaj, visafrei, männlich, aus Kirgisistan, Russischkenntnisse, russische Staatsbürgerschaft)

Seine älteren Geschwister kümmerten sich um alle Belange seines Lebens in Russland – angefangen von notwendigen Aufenthaltsdokumenten über eine Unterkunft bis hin zu einer Arbeitsstelle. Als jüngster Sohn und nach muslimischem Recht in Zentralasien Hoferbe des Familienhauses würde er nach dem Tod der Eltern im Elternhaus leben. Es war für alle Mitglieder seiner Familie daher selbstverständlich, dass einige seiner älteren Geschwister sich um ihn kümmerten, damit er sich das notwendige Geld für sein Leben und die Aufrechterhaltung des Familienhauses in Kirgisistan erarbeiten konnte. Andere Geschwister von ihm lebten noch in der Heimat und kümmerten sich um ihre Eltern, bis er nach Hause zurückkehren und sich selbst um die Eltern kümmern würde.

⁴⁴ Здесь у меня сестра была. У брата жил. Сестра позвала меня. Я сюда приехал. У сестры живу. Она короче меня позвала, все готовое было. Паспорт получал в 19 лет. В Красноярске. Здесь работу сестра предложила. Ну и начал я здесь работать. Вот так и работаю тут.

Nijaz aus Usbekistan erzählte in seinem Interview, es seien in seinem Fall seine Freunde aus Usbekistan gewesen, die ihn nach Moskau holten. Nach der Ankunft sei er zunächst bei ihnen untergekommen:⁴⁵

Sie sagten: „Du kannst hier vorläufig in einer Woche wohnen. Dann musst du die Wohnung verlassen, für dich selbst eine Arbeit und Unterkunft finden.“ Weil zu viele Menschen in der Wohnung leben, verstehen Sie mich, ja? Dann musste ich mir eine neue Unterkunft suchen. Ich hatte auch kein Geld in der ersten Zeit und musste mir Geld leihen. Ich musste mein Handy und meinen Pass als Pfand hinterlassen und Zinsen zahlen. (... Pause, bis ca. 5 Sek.)

(Nijaz, visafrei, männlich, aus Usbekistan, Russischkenntnisse, Aufenthaltserlaubnis)

Während Abaj enge Verwandte in Moskau und anderen russischen Städten hatte, die sich ihm scheinbar verpflichtet fühlten, sei Nijaz bei der Ankunft in der Stadt auf sich selbst gestellt gewesen. Auf den geäußerten Gedanken, dass es interessant zu wissen wäre, ob es die alteingesessenen MigrantInnen bei ihrer Ankunft schwer in Moskau hätten, betonte Nijaz mit Nachdruck, dass für ihn alles in Moskau nicht einfach gewesen sei. Die Solidarität und die Hilfe seiner Bekannten und Freunde habe nicht sehr weit gereicht. Er habe bei der Ankunft keine Hilfe bei der Unterkunfts- oder Arbeitssuche bekommen, er habe nur für einige Tage in der Wohnung seiner Freunde und Bekannten bleiben dürfen, ansonsten sei er auf sich selbst gestellt gewesen und habe auch für alles zahlen bzw. sich von den Bekannten Geld leihen und es ihnen später mit Zinsen zurückzahlen müssen.

Ebenso wie im Falle von Nijaz handelte es sich bei der Unterstützung durch direkte Verwandten häufig nicht um einen Akt der Solidarität oder des Familienzusammenhaltes. In anderen Interviews wurde deutlich, dass auch direkte Verwandte sich nicht immer den Neuankömmlingen solidarisch gegenüber verhielten, sondern häufig für ihre Hilfe Geldforderungen stellten:⁴⁶

⁴⁵ Они сказали, у тебя неделя есть, тут жить. Потом ты должен выйти, сам найти работу и найти себе жильё. Потому что они в комнате спрессованно живут, понимаете, да? Потом мне пришлось искать другую квартиру. Денег на первое время не было, приходилось как-то занимать. Я телефон и паспорт отдал в залог и проценты платил. (... Pause, bis ca. 5 Sek.)

⁴⁶ Расскажите, как вы квартиру себе искали, когда приехали?

Сестра снимала квартиру и сдавала место. По 3000 платила.

Erzählen Sie bitte: Wie haben Sie die Wohnung gesucht als Sie angekommen sind?

Meine Schwester mietete eine Wohnung und vermietete die Schlafplätze unter. Ich zahlte ihr 3.000 Rubel im Monat.

Und konnte Ihre Schwester Sie denn nicht kostenlos wohnen lassen?

Das ist Moskau.

(Dinara, visafrei, weiblich, aus Kirgisistan, Russischkenntnisse, Arbeitspatent)

Dinara und Nijaz machten beide im Gegenteil zu Abaj die Erfahrung, dass sowohl Freunde und Bekannte als auch direkte Verwandte in Moskau auf den eigenen finanziellen Vorteil aus waren. Während Dinara Miete an ihre Schwester entrichten musste, sah sich Nijaz gezwungen, bei seinen Mitbewohnern einen Kredit aufzunehmen und die Summe mit Zinsen an seine Freunde zurückzuzahlen. Beide klangen in ihren Interviews resigniert und enttäuscht, wenn sie darüber sprachen. Sie stellten das Verhalten ihrer Freunde oder Schwester jedoch als etwas Unausweichliches und Alltägliches dar. Offensichtlich interpretierten sie nach einigen Jahren im Land dieses Verhalten so, als sei es „typisch für Moskau“. Jeder sei in Moskau auf sich selbst gestellt – die Stadt verändere Menschen sehr schnell. Das Beispiel von Dariga aus Kirgisistan demonstriert diesen Zusammenhang sehr deutlich. Auf die Frage, wie lange sie täglich arbeite, antwortete sie wie die meisten MigrantInnen in ihren Interviews, sie arbeite täglich und ohne freie Tage zu haben. Ihr Arbeitstag fange um 10 Uhr an und gehe bis mindestens 20 Uhr. Rechne man die Zeit für die Fahrten ein und mindestens eine Stunde für Hausarbeiten, so fühle sie sich mittlerweile sehr müde und gereizt:⁴⁷

Jetzt verstehe ich, warum die Menschen in Moskau so aggressiv sind. Sie arbeiten die ganze Zeit und die Nerven sind bei den meisten bis zum Äußersten angespannt. Bei uns sind die Menschen sehr freundlich und gelassen und hier sind alle angespannt. Ich dachte früher, warum sind sie denn alle solche Piranhas, mit der Zeit wurde ich aber selbst zu einem.

Сестре нельзя было бесплатно?

Это Москва.

⁴⁷ Теперь я поняла, почему в Москве люди все агрессивные. Они все время работают, у всех нервы на пределе. У нас вот народ дружелюбный, умиротворенный, а здесь вот они все в напряжении, я раньше думала, чего они все такие как пираньи, а потом со временем сама такой становишься.

(Dariga, visafrei, weiblich, aus Kirgisistan, Russischkenntnisse, keine Arbeitserlaubnis, kein Arbeitspatent)

Interessanterweise benutzte sie das Wort „Piranha“, um Moskauer, alteingesessene MigrantInnen und sich selbst zu beschreiben, die sich alle durch das schnelle, anstrengende und erbarmungslose Leben Moskaus zum Negativen veränderten.

Doch auch alteingesessene MigrantInnen schilderten ihre Frustration und die Undankbarkeit von Bekannten und Freunden, denen sie in der ersten Zeit nach der Ankunft geholfen hatten. Gulnara aus Usbekistan habe ihre Mutter bereits geben, ihre Adresse nicht mehr an Bekannte und die Angehörigen ihrer Mahalla zu geben, die nach Moskau zum Arbeiten kommen wollten, weil:⁴⁸

sie ohne Geld, ohne Alles hier ankommen. Sie kommen hier an und man muss ihnen eine Unterkunft suchen und ihnen auch mit Dokumenten helfen. Wenn sie herkommen, dann sollen sie doch mit eigenem Geld herkommen. Wenigstens mit 200 Dollar. Man muss für sie eine Unterkunft finden. Für einen Schlafplatz muss man gleich einen Monat in Voraus zahlen und das kostet 3.000 Rubel. Na bitte hilf uns doch! Ich werde euch helfen. Als ich ohne Arbeit zuhause saß, hatte ich es sehr schwer. Ich kann doch nicht meinen Ehemann fragen, ob er meinen Landsleuten helfen kann. Oder ein anderes Beispiel: In meiner Mahalla lebt meine Freundin. Sie fragt mich, ob ich ihr helfen kann. Wenn sie mit eigenem Geld herkommt, helfe ich natürlich sehr gerne, eine Wohnung und eine Arbeit zu finden.

⁴⁸ Потому что они приезжают без денег, без ничего. Приезжают, им квартиру найти надо, с документами помочь надо. Если приезжают, пусть со своими деньгами приезжают. Хотя бы они приезжали с 200 долларами. Надо квартиру найти. Надо первый раз за койко-место сразу платить. Хотя бы фальшивые документы нужны 3000. Ну ладно, помощи! Я буду помогать. Когда я дома сидела, мне очень тяжело было. Я же не могу мужа просить, моим землякам помочь. Или вот на махале живет моя подружка, помощи. С деньгами с удовольствием помогу - квартиру найти, работу.

Приезжали уже с деньгами?

Все равно с деньгами не приезжают. Еще вот с аэропорта звонят - мы приехали. У нас знакомый таксист есть, поедет, привезет, они короче 2-3 дня живут, я квартиру найду, они уходят.

Таксисту тоже надо заплатить?

Да. 1000 рублей. Платим, когда деньги будут - говорим отдашь.

Возвращают?

Некоторые возвращают. Некоторые, когда уже работа есть, не вспоминают. Даже когда на улице видит - здарсьте не скажет. Дело уже кончилось я не нужна. Есть и такие - бывает.

Und kam schon Mal jemand mit Geld?

Es ist egal, was man sagt, sie kommen alle trotzdem ohne Geld hier an. Manche rufen vom Flughafen an: „Wir sind angekommen!“ Ich habe einen bekannten Taxifahrer, er fährt dann hin und bringt sie zu uns. Sie leben dann 2-3 Tage bei uns, ich finde für sie eine Wohnung und sie ziehen dann dorthin um.

Muss man den Taxifahrer auch bezahlen?

Ja, 1.000 Rubel. Die zahle ich dann und sage den Leuten, dass sie es mir zurückzahlen sollen, wenn sie mal Geld haben.

Und zahlen sie Ihnen das Geld zurück?

Manche geben es zurück. Und manche, wenn sie schon eine Arbeit haben, erinnern sich nicht mal mehr an dich. Sie grüßen dich nicht einmal mehr auf der Straße, wenn sie dich sehen. Ich habe dann ja schon meine Aufgabe erfüllt und werde nicht mehr gebraucht. Solche Menschen gibt es auch.

(Gulnara, visafrei, weiblich, aus Usbekistan, Russischkenntnisse, Arbeitserlaubnis)

Auch wenn sie sich selbst noch in der Situation befand, dass sie weder über Geld noch Arbeit verfügte, half Gulnara stets Personen aus ihrer Mahalla, weil ihre Mutter sie darum bat. Dies brachte sie jedoch oft sowohl emotional als auch finanziell an ihre Grenzen. Daher habe sie ihre Mutter gebeten, ihre Adresse und die Telefonnummer nicht mehr an Bekannte aus der Mahalla weiterzugeben. Sie habe keine Kraft mehr, den Neuankömmlingen zu helfen, zumal einige von ihnen ihre Hilfe gar nicht zu würdigen wüssten. Gulnara fühlte sich offenbar nur dann verpflichtet, zu helfen, wenn ihre Eltern sie darum baten, die wiederum auf Bitten ihres Mullahs oder Mahalla-Vorstehers ihre Tochter ansprachen. Sie habe ihren Ehemann niemals darum gebeten, ihr dabei zu helfen, sie käme nie auf die Idee, ihn um Hilfe für ihre Mahalla-Leute zu bitten. Gulnara führte aus, keiner Person aus dem Kreis des sozialen Netzwerkes ihres Ehemannes geholfen zu haben.

Dass ein Start in das Moskauer Leben leichter verläuft, wenn jemand mit etwas Geld nach Russland kommt, demonstriert das Beispiel von Bourschan aus Usbekistan. Er gab an, er sei mit etwas Bargeld nach Moskau gekom-

men und habe bereits von der Heimat aus einen Bekannten gefunden, der ihm mit Dokumenten und der Unterkunft für die erste Zeit geholfen habe:⁴⁹

Ich wusste schon, wie ich eine Wohnung finde. Weil ich einen Bekannten hatte, der mir sagte, wenn ich da sei, stehe die Wohnung schon bereit, ich müsse nichts mehr tun und es gebe Arbeit für mich. Hauptsache, wir kümmerten uns um die Dokumente für mich, dann sei es kein Problem. Ich kam mit Geld hierher und wollte in erster Linie für die Dokumente sorgen, weil ich mir schon dachte, dass es ohne Dokumente sehr schwer sei.

Und um welche Dokumente haben Sie sich mit ihm gekümmert?

Er half mir dabei. Zunächst ließen wir mich in einer Wohnung registrieren und dann habe ich erstmal drei Monate gearbeitet, ich bekam meinen Lohn und dann gingen wir zum FMS, um mir eine Arbeitserlaubnis zu besorgen.

(Bourschan, visafrei, männlich, aus Usbekistan, Russischkenntnisse, Arbeitserlaubnis)

Bourschan kam bei seinem Bekannten unter, der ihn in seiner Wohnung einquartierte und ihm bei der Anmeldung half. Darüber hinaus wurde Bourschan auch bei der Arbeitssuche und der Beschaffung regulärer Dokumente von seinem Bekannten unterstützt, allem voran bei der Beschaffung einer Arbeitserlaubnis, die es Bourschan ermöglichte, einer besser bezahlten und regulären Arbeit nachzugehen. Ob der Bekannte dies aus Eigennutz tat, damit Bourschan in der Lage wäre, seine Miete monatlich zu entrichten, bleibt Spekulation. Fest steht, dass sein Bekannter ihm unentgeltlich aushalf und Bourschan somit bestmöglich in sein neues Arbeitsleben in Moskau starten konnte. Das alles war jedoch größtenteils nur möglich, weil Bourschan bereits etwas Bargeld mitgebracht hatte, das es ihm erlaubte, sich formell anzumelden, einen Schlafplatz und eigene Lebenshaltungskosten zu bezahlen, bis er sich nach den ersten Löhnen informell eine Arbeitserlaubnis kaufen konnte und nicht mehr von seinen Ersparnissen leben musste. Sein Beispiel

⁴⁹ Я уже знал, как квартиру найти. Потому что у меня там знакомый был, он сказал мне, что приедете, квартира готовая, так, что тебе не надо ничего искать, работа, все будет. Самое главное документы сделаем, и все. Приехал с деньгами сразу, документы в первую очередь. Потому что без документов, думаю, очень сложно.

Какие документы вы делали с ним?

Он помогал. В первую очередь регистрация, и через 3 месяца, как регистрацию сделал, работал, сразу зарплату получил и пошли с ним в ФМС, сразу разрешение на работу делать.

demonstriert die Verflechtung zwischen Aufenthaltsdokumenten, Unterkünften und Arbeit sowie die Bedeutung der alteingesessenen Verwandten, Freunde und Bekannten und ihrer Unterstützung für die Neuankömmlinge.

Die MigrantInnen aus Ländern mit visapflichtigen Einreiseregimen schilderten in den Interviews ebenfalls ihre erste Unterkunftssuche, die über Mittelleute oder Bekannte in den Heimatländern verlief oder erst bei der Ankunft in Angriff genommen wurde.

Die meisten MigrantInnen wussten bei der Ankunft bereits, wo sie leben oder dass sie zumindest vom Flughafen abgeholt und in die erste Wohnung gebracht werden würden. MigrantInnen erzählten häufig von der „Organisation“ der Abholung durch sog. „Agents“ aus ihren Heimatländern, die für sie die Visa und Tickets organisierten. Viele MigrantInnen aus den Ländern mit visapflichtigen Einreiseregimen hatten weder Verwandte noch Freunde oder Bekannte in Moskau und verließen sich aufgrund fehlender Alternativen deshalb auf die Kontakte ihrer „Agents“ vor Ort. Beahlt wurden die „Abholer“ entweder bereits in den Heimatländern oder bar vor Ort. In einigen geschilderten Fällen erschienen diese Abholer jedoch anders als vereinbart gar nicht am Flughafen, um die Neuankömmlinge abzuholen. Diese MigrantInnen erzählten weiterhin von Landsleuten oder Personen aus ihrer geographischen Herkunftsregion, die sich am Flughafen aufhielten und Neuankömmlinge ohne Begleitung ansprachen, ob sie eine Unterkunft oder einen Transport nach Moskau bräuchten. Sie berechneten für ihre Unterstützung meist 100 Dollar oder 100 Euro, die immer im Vorfeld entrichtet werden mussten. Zu ihrer ersten Unterkunft wurden die MigrantInnen in diesen Fällen entweder mit dem Taxi oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln gebracht. In der ersten Unterkunft angekommen, zahlten sie weitere 100 Dollar oder 100 Euro für einen Schlafplatz für einen Monat in einem Zimmer im Voraus. Sie erzählten, dass sie in ihren ersten Unterkünften sehr häufig in beengten Verhältnissen lebten, sich ein Zimmer mit bis zu 25 weiteren Personen teilen mussten und es dort eine hohe Fluktuation an Personen gebe.

MigrantInnen schilderten dabei sehr häufig ein Gefühl der Unsicherheit, das sie bereits bei der Ankunft spürten.

Markus von der Elfenbeinküste kam mit seiner schwangeren Ehefrau Zola nach Moskau und erzählte in seinem Interview, sie wollten entweder ein neues Leben in Russland anfangen oder das Land als Transit nach Europa oder Nordamerika nutzen zu wollen. Zola sei zum Zeitpunkt der Ankunft hochschwanger gewesen. Bei der Ankunft in Moskau sei ihr aus der Heimat arrangierter Abholer nicht am Flughafen erschienen, obwohl sie ihre Abholung und den Transport in die erste Unterkunft bereits im Vorfeld bezahlt hätten. Sie hätten nach mehreren Stunden des Wartens im Flughafen einen Landsmann kennengelernt, der sie für hundert Dollar in ihre erste Unterkunft gebracht habe. Als sie mit dem Taxi durch die Stadt gefahren seien, habe Markus Angst gehabt, denn er habe nicht gewusst, wohin sie fahren, was passieren würde, was das für ein Land sei und wie dort Alles organisiert sei. Als man sie von der Elfenbeinküste losgeschickt habe, sei ihnen eine Geschichte über das Ankommen in Moskau erzählt worden, die sich stark von ihrem Erleben der realen Situation vor Ort unterschieden habe. Es sei ihnen erzählt worden, man werde für sie vor Ort eine Unterkunft organisieren und sie bekämen schnell eine Arbeit. Die Person, die sie im Flughafen kennengelernt hätten, habe ihnen jedoch gleich erklärt, dass es sehr schwer sei, eine Arbeit in Moskau zu finden. Markus erzählte, ihm bliebe die Fahrt im Taxi intensiv in Erinnerung, er habe Angst vor dem Unbekannten gehabt, dazu sei es bereits dunkel gewesen auf den Straßen. Gelandet seien sie um 18 Uhr und bis sie dann gegen 20 Uhr in der Wohnung angekommen seien, sei es bereits dunkel geworden. Es sei Winter gewesen, er habe aufgrund der Dunkelheit nicht viel draußen sehen können, nur das Licht der Laternen auf den Straßen und er erinnere sich, dass es sehr kalt gewesen sei und sie keine passende Winterkleidung bei sich gehabt hätten. Als sie schließlich in der Wohnung angekommen seien, hätten sie für ihre Schlafplätze 4.500 Rubel pro Monat (umgerechnet 110 Euro) und Person zahlen müssen. Nachdem sie 14.000 Rubel für eineinhalb Monate gezahlt hätten, hätten sie nur noch 1.000 Rubel (umgerechnet 25 Euro) zum Leben übrig gehabt. In der Wohnung habe es keine Betten oder Matratzen gegeben, so dass sie die ersten sechs Wochen in Russland auf dem Boden hätten schlafen müssen. Markus erzählte, die Mitbewohner in der Wohnung hätten sie bereits am ersten Abend durch ihre Schilderungen stark verunsichert, was das Leben in Russ-

land angehe. Die einzige Arbeit, die man als Afrikaner bekäme, sei die Verteilung von Flyern, die Wohnverhältnisse seien sehr beengt und die Einkommen würden kaum zum Leben reichen. Insbesondere die ersten zwei Wochen ihres Aufenthaltes in Russland seien für die beiden Eheleute sehr verunsichernd und in Bezug auf ihre Zukunft beängstigend gewesen. Zola habe nur Kartoffeln essen können und Markus habe nur Wasser getrunken, bis er mithilfe eines Mitbewohners den Job als Flyerverteiler gefunden habe und die beiden sich dann an den Parish Center der evangelischen Kirche und an eine Menschenrechts-NGO gewandt hätten. Seitdem habe sich ihre Situation deutlich verbessert und sie blickten erwartungsvoller in die Zukunft.

Bei MigrantInnen aus den Ländern mit visapflichtigen Einreiseregimen, von denen nur sehr wenige Landsleute in Moskau lebten, konnten wiederum in den Interviews Unterschiede bei der ersten Unterkunftssuche beobachtet werden. Manila von den Philippinen erzählte in ihrem Interview, sie habe bei der Ankunft in Moskau nicht gewusst, wo sie mit ihren beiden Kindern schlafen werde und habe auch niemanden in der Stadt gekannt, der sie hätte unterstützen können. In ihrer Heimat sei sie mit einem irakischen Ingenieur verheiratet gewesen, der 2012 von den philippinischen Geheimdiensten des Landes verwiesen worden sei. Auch ihr habe man nahegelegt, sie möge das Land verlassen. Ihr Mann habe durch Erzählungen seiner Bekannten gewusst, dass es in Moskau ruhig und sicher sei und die Visumbeantragung für das Land recht schnell und unkompliziert verlaufe. Sie habe bei der Ankunft nur sehr wenig Bargeld gehabt und habe am Flughafen mehrere Personen angesprochen, bis sie jemanden gefunden habe, der Englisch sprach und dem Taxifahrer vermitteln konnte, sie wolle mit ihren Kindern in ein billiges Hostel gebracht werden. Manila habe ein Laptop mitgebracht und in den nächsten Tagen Adressen baptistischer Kirchen in Moskau gefunden. Sie hänge dieser Konfession an. Sie habe zwei Gottesdienste besucht und habe in der zweiten Woche nach ihrer Ankunft eine baptistische Kirche gefunden, deren Gottesdienst von einigen Philippinerinnen besucht wurde. Sie habe den Pastor und seine Frau sowie die anderen Philippinerinnen um Hilfe bei der Suche nach Unterkunft und Arbeit gebeten, weil ihr mitgebrachtes Geld zu diesem Zeitpunkt fast aufgebraucht gewesen sei. Die philippinischen

Frauen hätten ihr und ihren Kindern innerhalb eines Tages einen Schlafplatz in einer Wohngemeinschaft vermittelt, in der Philippinas mit ihren überwiegend zentralasiatischen Partnern lebten. Manila war sich der Tatsache bewusst gewesen, dass sie keine Bekannten oder FreundInnen in Moskau hatte, sie wusste aber auch vom Zusammenhalt in den baptistischen Gemeinden. Sie habe einen Schlafplatz für sich selbst und ihre beiden Kinder für nur 5.000 Rubel bekommen. Bereits nach wenigen Tagen habe sie dank ihrer Ausbildung als Physio-Therapeutin und durch die Unterstützung der Ehefrau des Pastors und andere Philippinas mehrere Kundinnen vermittelt bekommen. Manila sprach mit tiefer Dankbarkeit über die Hilfe der anderen Philippinas, obwohl sie deren Lebensstil mit Alkohol trinkenden zentralasiatischen Männern nicht guthieß und nach zwei Monaten, als ihr Ehemann sie in Moskau besuchte und ihr etwas Geld daließ, in eine andere Wohnung mit ausschließlich Philippinas zog. Die Hilfe der baptistischen Gemeindemitglieder und der Ehefrau des Pastors sei für sie und ihre Kinder einer Rettung gleichgekommen, obwohl sie sich in den Unterkünften auch verbalen Attacken ihrer Mitbewohnerinnen wegen der Religion ihres Ehemannes ausgesetzt gesehen habe.

Ahmad aus dem Sudan kam mit einem Touristenvisum nach Moskau und kannte wie Manila dort niemanden, der ihn vom Flughafen abgeholt hätte. Die sudanesishe Gemeinde in Moskau sei sehr klein und der Agent aus dem Sudan, der Ahmad das russische Visum und die Tickets besorgt hatte, habe keinen Ansprechpartner vor Ort gehabt. Ahmad ließ sich zunächst mit einem Taxi in ein Hostel bringen, in dem er eine Woche verbrachte, bis ihm das Geld ausging. In dieser Zeit suchte er das Büro des UNHCR auf und versuchte dort, den Flüchtlingsstatus zu beantragen. Da das UNHCR seit der Etablierung des FMS in den 1990er Jahren nicht mehr für die Bearbeitung der Flüchtlingsanträge in Russland zuständig war, nahmen sie seinen Antrag nicht an, sondern schickten ihn zu einer Menschenrechts-NGO, die Flüchtlinge bei ihrer Antragsstellung unterstützt. Die MitarbeiterInnen der NGO hätten ihm zwar bei der Ausfüllung des Antrages für eine Duldung geholfen, aber keine Möglichkeit gehabt, ihm eine Unterkunft bereitzustellen. Er habe mehrere Nächte auf der Straße verbracht und sei tagsüber in die

Räume der NGO gekommen, um sich aufzuwärmen. Ahmad habe warme Kleidung aus den Privatspenden der NGO gestellt bekommen und habe vorübergehend nach Büroschluss in den Räumen der NGO übernachten dürfen. Danach wurde ihm ein Platz im einzigen Obdachlosenheim in Moskau besorgt. Er habe dort jedoch nur drei Tage hintereinander übernachten dürfen, weil die Plätze für alle Bedürftigen nicht ausgereicht hätten. So habe er anschließend drei Nächte hintereinander bei minus 40 Grad durch Moskau laufen müssen, während er tagsüber in den warmen Räumen der NGO schlafen konnte. Während einer dieser Nächte sei er von zwei Personen überfallen worden, die versucht hätten, ihm sein Handy wegzunehmen. Er habe sich gewehrt, woraufhin sie weggelaufen seien. Er habe sich während der obdachlosen Nächte auch stark erkältet und sei von einer Ärztin, die freiwillig bei der NGO arbeitete, behandelt worden. Eines Tages sei ein Russe in die NGO gekommen, der regelmäßig Kleidung als Spenden in die NGO brachte und dieser sei von den MitarbeiterInnen gebeten worden, Ahmad in seiner ausgebauten Garage wohnen zu lassen. Er habe ihn dort aufgenommen, ihn mehrere Wochen dort wohnen lassen und sich darum gekümmert, dass er täglich etwas zu essen bekommen habe. Die Garage habe sich in einem Industriegebiet befunden, in dem viele kleine Unternehmen angesiedelt waren. Ahmad habe schnell Kontakte zu den Eigentümern der Garagen und den Unternehmern des Industriegebiets aufgebaut. Bei einer dieser Begegnungen habe er einen russischen Hip-Hop- und Reggae-DJ getroffen, der in der Gegend sein Tonstudio aufbauen wollte. Ahmad, der in seiner Heimat nebenbei als DJ gearbeitet hatte, habe ihm beim Aufbau des Studios geholfen und sei dann dort eingezogen. Er habe ab und zu den lokalen Unternehmern aushelfen können und etwas Geld damit verdient. Er sprach stets vom Glück, das ihn auf seinem Weg in Moskau begleitet habe und dass er sich am besten den Künstlernamen „Lucky“ zulegen solle. Er zeigte sich einerseits resigniert über die Verhältnisse in Moskau und sein Leben, das er sich anders hinsichtlich der Arbeit, Unterkunft und der Beantragung eines Aufenthaltstitels vorgestellt hatte, blickte andererseits aber mit Zuversicht in die Zukunft, weil sich sein Leben nun nach all den Strapazen zu bessern schien und, sich viele seiner neuen russischen Bekannten seinen Worten nach um ihm kümmern würden.

Einige interviewte Migrantinnen, die schwanger oder mit Kindern nach Moskau kamen, schilderten, sie könnten auf wenig bis keine Solidarität ihrer Landsleute zählen und erhielten außer von einer Menschenrechts-NGO von keiner anderen Stelle Hilfe. Die meisten von ihnen seien ebenfalls mit der Unterstützung der „Abholer“ in überfüllten Wohnungen angekommen, hätten jedoch im Unterschied zu Manila nicht nur für den eigenen, sondern auch für die Schlafplätze ihrer Kinder zahlen müssen. Einige MigrantInnen gaben an, sie hätten mit ihren HauptmieterInnen ein Arrangement treffen können und würden in der Wohnung kostenlos wohnen dürfen, wenn sie dafür dort putzten, für alle MitbewohnerInnen einkauften und kochten. Für Aurora aus der Demokratischen Republik Kongo bestand diese Möglichkeit in ihrer ersten Unterkunft jedoch nicht. Sie erzählte, sie sei schwanger nach Russland gekommen und habe ihre Schwangerschaft erst nach der Ankunft festgestellt. Sie habe 550 Dollar mitgebracht und musste diese in ihrer ersten Unterkunft an den Hauptmieter für zwei Monate Wohnen und Essen bezahlen. Sie habe keine Arbeit gehabt und auf Geheiß des Hauptmieters aus der Wohnung auch nicht herausgehen dürfen, damit die Nachbarn nicht mitbekämen, wie viele AfrikanerInnen tatsächlich in der Wohnung lebten. Als das Geld nach zwei Monaten aufgebraucht war, haben der Hauptmieter und seine Frau sie gefragt, ob sie Geld hätte, um die Miete weiterhin zu zahlen. Aurora habe sie gefragt, ob sie ihr Geld leihen könnten, worauf die Frau des Hauptmieters ihr angeboten habe, sie könne als eine selbstständige Prostituierte arbeiten. Sie würden ihr eine Webseite in den entsprechenden Webportalen aufsetzen und ihr ein Zimmer in der Wohnung zur Verfügung stellen. Sie würde auf diese Weise, so hübsch wie sie sei, viel Geld verdienen können. Nachdem Aurora dies jedoch abgelehnt habe, sei sie von den beiden auf die Straße gesetzt worden, wo sie eine Nacht in der russischen Winterkälte habe verbringen müssen. Sie habe sich dann am nächsten Tag an eine Menschenrechts-NGO gewandt, die ihr noch am gleichen Tag einen Platz im einzigen privaten Frauenhaus organisierte, das 2013 in Moskau und dem Moskauer Gebiet existierte.

Auch Kristin aus der Demokratischen Republik Kongo habe hochschwanger und mit einem kleinen Kind mehrere Tage im Winter auf der Straße verbrin-

gen müssen, weil ihr Hauptmieter sie auf die Straße gesetzt habe, nachdem ihr Geld aufgebraucht gewesen sei. Sie habe durch Zufall von einer Menschenrechts-NGO erfahren und sich an ihre MitarbeiterInnen gewandt. Sie hätten ihr und ihrem Kind geholfen und für sie sofort eine Vorsorgeuntersuchung beim Gynäkologen und einen Schlafplatz im gleichen Frauenhaus organisiert.

Die Fälle von Manila, Ahmad, Aurora und Kristin demonstrieren Unterkunftssuchverläufe von MigrantInnen, die bei der Ankunft nicht auf ethnische oder regionale Netzwerke in Moskau zurückgreifen konnten (Manila und Ahmad), sich in besonderen Lebensumstände befanden (Aurora und Kristin) und keine Verwandten, Freunde oder Bekannten in der Stadt hatten, die sie bei den ersten Schritten hätten unterstützen können. Sie konnten sich in Moskau ausschließlich auf die Hilfe weniger NGOs und Kirchen und deren sehr begrenzten Mitteln verlassen.

Walid aus Afghanistan, der schon seit über zwanzig Jahren in Moskau lebte, erzählte, er habe in dieser Zeit rund fünfzehn Mal umziehen müssen. Auf die erstaunte Nachfrage, warum er so viele Male umgezogen war, lachte er und meinte, das wäre noch sehr wenig, andere zögen noch viel häufiger um. Diese Frage beschäftigte den Autor dieser Studie und er ging den Gründen für diese häufigen Umzüge nach. Es stellte sich in den Interviews heraus, dass die häufigsten Ursachen für einen Umzug Zwangsräumung, FMS- und Polizeirazzien und Arbeitsplatzwechsel waren. MigrantInnen aus den Ländern mit visafreien Einreiseregimen wechselten häufig ihren Arbeitsplatz und dann auch ihre Unterkunft, weil sie wegen der langen Arbeitszeiten nicht auch noch lange Fahrtzeiten in Kauf nehmen wollten und durch den Umzug in die Nähe der Arbeitsstelle ihre Freizeit etwas zu verlängern versuchten. Zwangsräumungen sowie FMS- und Polizeirazzien als Umzugsgrund waren der Überfüllung in den Wohnungen und daraus resultierenden Problemen geschuldet.

Die Art der Wohnungsanmietung war entscheidend für die Interaktionen von MigrantInnen mit den BeamtInnen der Rechtsschutzorgane und dem FMS. Sie geschah auf unterschiedliche Arten. Ausschlaggebend waren in allen Fäl-

len russische Sprachkenntnisse und das Vorhandensein regulärer Dokumente. Bourschan aus Usbekistan wohnte mit seinem Bruder in einer Wohnung, die sein Bruder von seinem Arbeitgeber angemietet habe. Sein Bruder habe formell eingestellt seit Jahren beim gleichen Arbeitgeber gearbeitet, reguläre Aufenthaltsdokumente besessen und spreche fließend Russisch. Der Arbeitgeber habe Geld in diese Wohnung investiert und wollte sicherstellen, dass sie nicht leer stehe. Als einzige Voraussetzung habe er gefordert, dass Bourschan und sein Bruder die Wohnung im Vorfeld des Einzugs renovieren. Den Worten von Bourschan nach bewohnten sie diese Wohnung mit seinem Bruder und zwei weiteren Verwandten seit ca. drei Jahren. Sie seien beide in der Wohnung formell angemeldet und hätten daher auch keine Probleme mit dem FMS oder dem Abschnittsbevollmächtigten der Polizei erlebt.

Mohammad aus Afghanistan, der seit über zwanzig Jahren in Moskau lebte, erzählte von seiner Wohnung, die er nur mit einem Freund teile. Seine Wohnungen habe er in all den Jahren stets über Freunde, ethnische oder regionale Netzwerke gefunden. In den ersten Wohnungen hätte er mit weit mehr Personen zusammenleben müssen als zum Zeitpunkt des Interviews. Sobald er jedoch den Flüchtlingsstatus zuerkannt bekommen und neben seinen Nebeneinkünften als Dolmetscher auch eine reguläre Arbeit gefunden habe, die es ihm finanziell erlaubt hätte, eine Wohnung anzumieten, habe er sich entschieden, seine Wohnverhältnisse zu verbessern. Auch er sei formell in der Wohnung angemeldet gewesen und habe keine Probleme mit dem Abschnittsbevollmächtigten der Polizei gehabt.

Sobald für MigrantInnen feststand, dass sie über längere Zeit in Moskau leben wollten und sie es sich finanziell leisten konnten, entschieden sich viele von ihnen, persönlich eine Wohnung anzumieten. Dabei konnten sie versuchen, die Wohnung entweder persönlich, über ethnische und regionale Netzwerke oder über russische Strohmänner anzumieten.

Neuankömmlinge konnten sich dagegen in den ersten Jahren finanziell nur einen Schlafplatz in einer Wohnung leisten, waren aber bestens über das Geschäft mit den Wohnungsvermietungen für MigrantInnen informiert:

But now, if you want to leave that house and go to another house is just being impossible, it would be more difficult (. Pause, bis ca. 1 Sek.) Too much difficult to find an apartment. They are not going to let apartment to black people. For what I know, many of apartments or houses, where black people live will be hmm (. Pause, bis ca. 1 Sek.) I do not know how to explain. Russian man, which is a friend with a black men, he rent the apartment on his name and now the black people are live there.

So, some Russian rent the apartment and give it to

Black, yes! Let me take an example. You are Russian and I am Cameroonian and we are friends. You go and rent a house for me on your name and I am living there. You understand? But for this way to go, to do it, I have to avoid any problems with neighbours. Because if I have any problems with neighbours, the landlord will come and see that it's not you, who live in the house and will ask me to pack.

(Natalie, visapflichtig, weiblich, aus Kamerun, keine Russischkenntnisse, Visum abgelaufen, keine regulären Aufenthaltsdokumente)

Für HauptmieterInnen unter den MigrantInnen war es von besonderer Bedeutung, jeglichen Ärger mit den NachbarInnen zu vermeiden, die sich sonst bei den WohnungseigentümerInnen oder den Abschnittsbevollmächtigten der Polizei hätten beschweren können. Der Eindämmung von Lärm aus der Wohnung wurde daher besondere Bedeutung beigemessen. Natalie aus Kamerun sagte auf die Frage, mit welchen Problemen sie während ihres Aufenthaltes in Moskau konfrontiert worden sei:

For my 9 month the problem was for now where we are living, it's not easy, some people are not comfortable, they can't behave, we avoid them, they smoke, you can't take a risk, because to find another house is not easy. For now, I can't change a house, I have to behave and take the risk, that landlord come one day to my house and see this guy is smoking.

Auf die Nachfrage, warum sie umziehen möchte, sagte sie

Because we are living with one man who is not behaving, he is smoking and drinking and when he is doing all thing he start to make noise and disturb neighbours, for now no one complained but with the time they will start to complain.

(Natalie, visapflichtig, weiblich, aus Kamerun, keine Russischkenntnisse, Visum abgelaufen, keine regulären Aufenthaltsdokumente)

Für Natalie als Untermieterin bedeutete das rücksichtslose Benehmen von einem der Mitbewohner nicht nur, dass sie ungewollt passiv rauchen muss-

te, es bedeutete vor allem eine mögliche Gefahr, entdeckt und aus der Wohnung geworfen zu werden. Sie sprach von einem Risiko, das sie auf sich nehmen müsse, weil sie gezwungen sei, mit diesem Mann in einer Wohnung zusammen zu leben. Zum Zeitpunkt des Interviews war ihr Visum bereits abgelaufen. Es existierte also ein reelles Risiko, dass sie bei einer Festnahme im Rahmen einer Wohnungsdurchsuchung oder Wohnungsauflösung ebenfalls abgeschoben werden könnte. Dass die Gefahr, durch Lärm oder Belästigung der NachbarInnen eine Polizeirazzia oder Wohnungsauflösung zu riskieren, real sei, erzählte sie an einer anderen Stelle:

Last time, I go to one of my friend`s place and from there, I was there, after one hour the landlord come with police and throw us out. They was asking them to pack. Because they were disturbing neighbours. Everything they see, every clothes, they just ask them to pack.

(Natalie, visapflichtig, weiblich, aus Kamerun, keine Russischkenntnisse, Visum abgelaufen, keine regulären Aufenthaltsgedokumente)

Eine geplante FMS-Razzia kann in diesem Fall ausgeschlossen werden, da es bei der Wohnungsräumung nur darum ging, die BewohnerInnen unter der Anwesenheit des Wohnungseigentümers aus der Wohnung zu verweisen. Ihre Dokumente wurden dabei nicht kontrolliert, weil dies nicht zu den Aufgaben eines Abschnittsbevollmächtigten der Polizei gehörte, sondern ausschließlich die Prärögrative des Föderalen Migrationsdienstes war. Die NachbarInnen, die sich durch den Lärm in der Wohnung gestört sahen, hatten sich wohl entweder bei den EigentümerInnen der Wohnung oder direkt bei den Abschnittsbevollmächtigten der Polizei beschwert. Natalie erlebte wegen ihres lauten Mitbewohners alltäglich nicht nur die Unsicherheit, aus der bewohnten Wohnung geworfen zu werden, sie fürchtete sich auch davor, dass die Polizeirazzia in einer Abschiebung enden könnte.

Dass Abschiebungen Realität waren und insbesondere MigrantInnen aus den visapflichtigen Ländern ängstigten, demonstriert das Beispiel von Markus und seiner Frau Zola.⁵⁰ Zwei Wochen nach der Ankunft habe Markus

⁵⁰ MigrantInnen aus den Ländern mit visafreien Einreiseregimen hatten weniger Sorgen um Abschiebungen, weil ihre Wiedereinreise zwar nach einer Abschiebung formell für fünf Jahre gesperrt war, sie aber durch die Änderung der Pässe und Namen in den Heimatländern und

mithilfe eines Mitbewohners einen Job als Flyerverteiler gefunden, bei dem er umgerechnet 400 Euro im Monat verdiente, so dass sie sich zumindest Lebensmittel hätten leisten können. Auch Zola habe noch in ihrem siebten und achten Schwangerschaftsmonat versucht, mitten im Winter als Flyerverteilerin zu arbeiten, bevor sie erschöpft den Job habe aufgeben müssen. Nach Ablauf von sechs Wochen hätten die beiden Eheleute beschlossen, aus der Wohnung auszuziehen, weil die Wohnverhältnisse mit zwanzig Personen in einem Zimmer und ohne vernünftige Schlafutensilien nicht erträglich gewesen seien. Statt das versprochene Bett zu liefern, habe der Hauptmieter außerdem noch die Miete für die Schlafplätze erhöht. Um Geld zu sparen, seien Markus und Zola in eine andere Wohnung eingezogen, die sich später als ein „illegales Haus“ herausgestellt habe. Dabei habe es sich um eine Wohnung in einem Neubau gehandelt, der noch nicht fertiggestellt worden war bzw. in dem noch viele zum Verkauf stehende Wohnungen leer standen. Einer ihrer Landsleute sei in eine der Wohnungen eingebrochen und habe andere eingeladen, dort mit einzuziehen. Die Miete sei günstiger als in der vorherigen Wohnung gewesen und so zogen die beiden dort ein, ohne die Konsequenzen ihres Handelns zu bedenken. Wenige Wochen nach dem Einzug habe in der Wohnung eine Polizeirazzia unter der Begleitung des FMS stattgefunden und alle BewohnerInnen der Wohnung seien festgenommen und auf das Revier gebracht worden. Unter den Festgenommenen seien sie die einzigen gewesen, die über reguläre Aufenthaltsdokumente verfügten, weil sie sich zum Zeitpunkt der Razzia mithilfe einer Menschenrechts-NGO für eine Duldung im Land beworben hatten und sich daher im Bearbeitungsprozess ihres Antrages befanden. Von ihren ehemaligen MitbewohnerInnen im „illegalen Haus“, die zum Zeitpunkt der Festnahme über keine regulären Aufenthaltsdokumente verfügten, hätten sie seitdem nichts mehr gehört. Beide gingen in ihren Interviews fest davon aus, dass sie alle abgeschoben worden seien.

Auf die Frage, was er einem Bekannten empfehlen würde, der gerade nach Moskau gekommen sei, sagte Markus, er würde ihm anraten, sehr vorsichtig

günstige Tickets relativ schnell wieder im Land sein konnten, wie das Interview von Nijaz in Kapitel 5.1 demonstriert.

im Kontakt mit den anderen AfrikanerInnen zu sein. Ich müsse verstehen, dass die AfrikanerInnen, die nach Europa kämen, auf der Suche nach einem besseren Leben gekommen seien.⁵¹ Man dürfe das nicht vergessen und solle möglichem Ärger aus dem Weg gehen, um nicht alles aufs Spiel zu setzen. „Wenn ein Bekannter von dir sich in eine Affäre verstrickt und versucht, dich auch noch mit hineinzuziehen, dann lasse von ihm ab, gehe weg, gehe einen geraden Weg und halte dich daraus. Wenn du arbeiten gehst, gehe zur Arbeit und komme zurück, wenn du einen Plan hast, verfolge ihn und komme dann nach Hause. Alles andere ist sehr gefährlich, denn wenn irgendetwas schiefgeht, bedeutet dies für dich die sofortige Abschiebung.“ Diese von Markus geäußerte Sorge steht beispielhaft für die Sorge vieler interviewter MigrantInnen aus den Ländern mit visapflichtigen Einreiseregimen, die viel Geld „investiert“ und es noch nicht aufgegeben hatten, entweder in die EU zu gelangen oder sich ein Leben in Russland aufzubauen. Viele von ihnen sprachen auch von der Angst, „mit leeren Händen“ nach Hause zu kommen, wo sie doch so viel Geld gezahlt hätten, um nach Russland zu kommen.

HauptmieterInnen und ihre Beziehungen zu den Abschnittsbevollmächtigten der Polizei

Umso wichtiger war deswegen für viele MigrantInnen die Aufrechterhaltung guter Beziehungen ihrer HauptmieterInnen zu den Abschnittsbevollmächtigten der Polizei. Diese reziproken Beziehungen vermitteln ihnen ein Gefühl eines gewissen Schutzes vor Polizeirazzien durch eine rechtzeitige Warnung über eine bevorstehende Razzia durch den Beamten. Dies konnte allen in der Wohnung lebenden Personen ohne reguläre Aufenthaltsdokumente Zeit verschaffen, die Wohnung für die Dauer der Razzia zu verlassen.

Bahtijar aus Kirgisistan schilderte solche Erfahrungen in seiner ersten Wohnung, in der er die ersten Jahre seines Aufenthaltes in Moskau verbracht habe:⁵²

⁵¹ Im späteren Verlauf des Gesprächs sagte Markus, er halte Russland für Europa.

⁵² Там мы жили, много человек было в одной квартире. Мужчины были - 10 или 11 человек было, вот так спали (показывает на боку). В комнате. Иногда хозяйка звонит, идите на улицу, сейчас ФМС идет. Идем на улицу.

Dort haben wir gewohnt, es waren viele in der Wohnung. Es waren Männer - 10 oder 11 Personen - und wir konnten alle nur auf der Seite im Zimmer schlafen wegen des Platzmangels. Manchmal rief die Hausherrin an und sagte uns, wir sollten auf die Straße gehen, weil das FMS zur Kontrolle käme. Dann gingen wir auf die Straße.

Also waren es mehr als zwanzig Personen in der Wohnung?

Ja. Und deswegen wurden wir immer auf die Straße gesetzt, wenn das FMS kam. Nur zwei Personen blieben immer mit der Hausherrin da.

Und wer war sie?

Eine Kirgisin. Sie mietete die Wohnung an und sammelte von uns Geld ein.

Wohnte sie auch dort?

Ja, sie wohnte dort mit ihrem Ehemann und uns zusammen.

(Bahtijar, visafrei, männlich, aus Kirgisistan, Russischkenntnisse, Arbeitspatent)

Bahtijar schienen eher die unbequemen und überfüllten Wohnverhältnisse in der Zweiraumwohnung zu beschäftigen. Die Warnungen vor den FMS-Razzien versetzten ihn nicht sonderlich in Sorge. Er beschrieb diese Erfahrungen nicht als etwas Außergewöhnliches, er vernehme sie kaum, da sie zu seinem Alltag in der Wohnung und in Moskau gehörten und er von den Verbindungen der Hauptmieterin zum Abschnittsbevollmächtigten der Polizei wisse.

Tyron erzählte wiederum von seiner Unsicherheit in Bezug auf Wohnungsdurchsuchungen und Polizeirazzien und Zahlungen an die Abschnittsbevollmächtigten der Polizei, um rechtzeitig Warnungen vor den bevorstehenden Razzien zu bekommen:

People put money together, you pay. And hmm. (. Pause, bis ca. 1 Sek.) take something to give police for this area, because it's cover us, cover us.

Получается, больше 20 человек в квартире жило?

Да. Поэтому когда ФМС приезжал, нас выгоняли на улицу. Два человека оставалось. И хозяйка.

Хозяйка, кто была?

Киргизка. Она снимала, собирала с нас деньги.

Там же жила?

Да, с нами жила со своим мужем.

So, you are paying the police, they don't bother you?

Yes, yes something, something! Because it's cover us! (. Pause, bis ca. 1 Sek.) It's cover us. Yes, you can check someone. This people not speaking Russian. Sometimes they are married, sometimes they meet white people, other people, you not speak Russian, sometime you go to Russian people, Russia people looking house for us. Sometime they telling, no, 3 people! This owner for this house say, no, I want only five people, six people. You say, ok, no problem. Sometime you can call another people twenty, eighteen people. Now, if owner for this house or police gonna come to see the house, other people, you go, only 6 people, only 5 people stay. Because, you are making contract with this owner only for five people. Big trouble for us. Because they can chase me out any time! Any time can chase me out! They say, no, this owner is gonna be here tomorrow. Other people must go out! To winter, to summer, you do not care, you must go out and you check other places. You sit, after two hour - three hour, you can come back.

(Tyron, visapflichtig, männlich, aus der Demokratischen Republik Kongo, keine Russischkenntnisse, Visum abgelaufen, keine regulären Aufenthaltsdokumente)

Im Gegenteil zu Bahtijar äußerte Tyron die Sorge, dass, wenn der Eigentümer feststellen würde, es hielten sich mehr Menschen in der Wohnung als erlaubt auf, er die Wohnung zwangsräumen lassen würde. Die meisten MigrantInnen aus Afrika schilderten in ihren Interviews von nur wenigen Möglichkeiten, einen Schlafplatz zu finden. Tyron sorgte sich um seinen Schlafplatz, weil sein Verlust ihn vor die schwierige Aufgabe gestellt hätte, ad hoc einen neuen finden zu müssen. Für die Dauer der Hausdurchsuchung vor die Tür gestellt zu werden, empfand er aber auch als sehr unangenehm. Solche Praktiken seien ihm aus seiner Zeit in Südafrika nicht geläufig. Jedoch seien sie auch für ihn inzwischen an der Tagesordnung, da er mit ihnen bereits „im Winter wie im Sommer“ Erfahrungen gemacht habe. Er habe sich auch nicht über die Zahlungen an den zuständigen Polizeibeamten beschwert, denn dieser beschütze sie ja im Gegenzug. In seinen Augen stellten die Zahlungen eine Versicherung gegen diese Art von Gefahr dar. Daher stellte er diese Zahlungen nicht in Frage, sondern begrüßte sie ausdrücklich, um sein Leben in Moskau ein wenig planbarer und sicherer zu gestalten.

MigrantInnen bezeichneten die HauptmieterInnen in den Interviews meist als HausherrInnen oder EigentümerInnen, was ihre Verantwortung und Autorität in der Wohnung klar unterstrich. Ihr Wort war Gesetz und sie konn-

ten jede BewohnerIn jederzeit aus ihren Wohnungen rauswerfen, wie die Fällen von Aurora und Kristin demonstrieren. Genau wie bei der tatsächlichen Miethöhe, die die HauptmieterInnen an die EigentümerInnen der Wohnungen entrichteten, gab es für MigrantInnen keine Möglichkeit zur Kontrolle der HauptmieterInnen in Bezug auf die Zahlungen des „Schutzgeldes“ an die Abschnittsbevollmächtigten der Polizei. Sie mussten sich stets darauf verlassen, ihre HauptmieterInnen würden sie durch ihre Verbindungen zu den zuständigen PolizeibeamtInnen vor Ort vor Razzien oder Hausdurchsuchungen zu schützen wissen. Insbesondere in den Fällen, in denen MigrantInnen keine regulären Aufenthaltsdokumente besaßen, war für sie das gute Verhältnis ihrer HauptmieterInnen zu den Abschnittsbevollmächtigten der Polizei von essentieller Bedeutung. Durch ihre monatlichen Zahlungen versuchten die MigrantInnen ihre allgegenwärtige Unsicherheit und Angst zu mindern und etwas Kontrolle über ihr Leben zu gewinnen. Die meisten HauptmieterInnen waren an ruhigen Verhältnissen in den Wohnungen interessiert, um Probleme mit dem FMS, der Polizei oder den EigentümerInnen zu vermeiden, die eine Störung ihrer „Geschäfte“ mit den MigrantInnen bedeutet hätten. Es lag daher auch in ihrem Interesse, Beziehungen zu den Abschnittsbevollmächtigten der Polizei zu knüpfen, um durch monatliche Zahlungen den „Schutz“ der PolizeibeamtInnen zu erkaufen.

Dass dieser „Schutz“ Geld kostete, war allen interviewten MigrantInnen bewusst und wurde von ihnen nicht sonderlich hinterfragt. Auf die Frage nach ihrer ersten Wohnung erzählte Gulnara:⁵³

Dort mieteten wir Schlafplätze, als wir in Moskau angekommen waren. Es war eine Einzimmerwohnung mit rund zwölf Mitbewohnern. Unsere Hausherrin sagte uns, wenn es euch nicht gefällt, zieht doch in eine andere Wohnung um. Es war eine Kirgisin, die diese Wohnung anmietete. Sie selbst wohnte in der Küche und wir zwölf lebten in einem Zimmer. Sie sammelte von jedem von uns 4.000 Rubel ein (umge-

⁵³ Там мы койко-место снимали. Когда приехали. Одна комната, наверное, 12 человек жили. Такое место, двое. Наша хозяйка говорит, если не нравится, идите в другую квартиру. Эта квартира киргизка была, она снимала. Они сами на кухне жили. А мы в комнате 12 человек. Со всех по 4000 собирала. Мы с мужем 8 тысяч дали. Два года там жили. Иногда по 10 человек, иногда по 12 человек.

Так квартира выходила 40 тысяч?

Да, но она, наверное, платила 25 тысяч. У них двое детей было. Они не работали. Только муж работал. Он милиции сказал, будет платить. Что делать, мы и платили.

rechnet rund 100 Euro). Mein Ehemann und ich zahlten 8.000 und lebten dort zwei Jahre. Manchmal waren wir zu zehnt, manchmal zu zwölf im Zimmer.

Also kostete die Wohnung 40.000?

Ja, aber sie zahlte wahrscheinlich nur 25.000 dafür. Sie hatte zwei Kinder und sie arbeitete nicht, nur ihr Ehemann. Er sagte, er zahle dieses Geld der Polizei. Was will man machen, wir haben halt gezahlt.

(Gulnara, visafrei, weiblich, aus Usbekistan, Russischkenntnisse, Arbeitserlaubnis)

Gulnara hinterfragte nicht die Zahlungen an die PolizistInnen. Sie wurden von ihr alternativ- und kommentarlos akzeptiert. Dass PolizeibeamtInnen korrupt und empfänglich für Bestechungsgelder seien, galt für Gulnara als gegeben, sie verließ sich darauf. Sie beschäftigte vielmehr die Frage, ob ihr Geld möglicherweise nicht zu ihrem „Schutz“ an die PolizistInnen fließe, sondern zur Bereicherung der Hauptmieterin von dieser zweckentfremdet werde. Ihr Geld solle ja ausschließlich zu ihrem „Schutz“ verwendet werden, die „bequemen“ Wohnverhältnisse der Hauptmieterin und ihrer Familie seien für diese doch Lohn genug.

Als er über seine Erfahrungen in der zweiten Wohnung, in der er längere Zeit gelebt habe, berichtete, schilderte Nijaz das Beziehungsdreieck „Hauptmieter-Untermieter-und Abschnittsbevollmächtigte der Polizei“ folgendermaßen:⁵⁴

Hier passieren allerlei Dinge. Und die Polizei weiß hier auch alles. Die Anwohner beschwerten sich, dass du weggehen sollst, weil es immer sehr viele sind, die in der Wohnung rein- und rausgehen. Also bestechen wir die Polizei. Als ich in so einer Wohnung gelebt habe, haben wir den Abschnittsbevollmächtigten der Polizei geschmiert. Jeden Monat sammelten wir 1.200 Rubel (ca. 30 Euro) von jedem ein. Jetzt haben sich die Tarife erhöht. Wenn die Polizisten eine Gehaltserhöhung bekommen, damit sie Leistungen im Dienst zeigen, müssen wir noch mehr zahlen, um sie für uns zu stimmen. Deswegen ist es sehr ungünstig für uns, wenn Polizisten eine Ge-

⁵⁴ Вот, вот такое тут творится. И полиция знает тут всё тоже, жильцы там жалуются, чтобы ты ушел, там много народу заходит в квартиру, вот. Поэтому мы полиции деньги даём. Мы так делали. Когда я жил, мы давали деньги участковому. Каждый месяц мы собирали по 1.200 рублей с каждого. Это сейчас поднялся тариф. Как поднимается зарплата милиции, чтобы они хорошо работали, чтобы их уговорить, мы еще больше платим. Поэтому нам не выгодно, чтобы им поднимали зарплату! Когда у них маленькая зарплата, мента можно легче обмануть.

haltserhöhung bekommen! Wenn sie weniger Gehalt haben, kann man einen Bullen leichter täuschen.

(Nijaz, visafrei, männlich, aus Usbekistan, Russischkenntnisse, Aufenthaltserlaubnis)

Im Gegenteil zu Gulnara habe Nijaz seinen Hauptmieter auf seiner Seite gewusst, der seine UntermieterInnen finanziell soweit wie möglich zu schonen versuche, weil er sich mit ihrer finanziellen Situation auskenne und selbst nicht viel mehr Geld zu Verfügung habe. In der von Nijaz beschriebenen Dreiecksbeziehung stellte der Abschnittsbevollmächtigte der Polizei denjenigen dar, den es finanziell zu täuschen galt. Durch die Bestechungsgeldzahlungen versuchten Nijaz und seine MitbewohnerInnen samt ihrem Hauptmieter für das Gefühl von Sicherheit zu sorgen, indem sie informelle Beziehungen zu den PolizeibeamtInnen pflegten. Für Nijaz spielte einzig und allein die Höhe der Zahlungen eine Rolle, die er zu entrichten hatte. Die informellen Abkommen mit den PolizistInnen und die Zahlungen an sie hinterfragte er per se nicht. Auch er war sich wie Gulnara der Käuflichkeit der PolizistInnen sicher, was ihm wiederum ein Gefühl der Sicherheit und des Vertrauens gab.

Vertrauen in Bestechlichkeit und mögliche Implikationen

Im Verlauf des Kapitels wurde immer wieder die Frage aufgeworfen, wem MigrantInnen auf dem Moskauer Wohnungsmarkt ihr Vertrauen aussprachen. Neben Unterstützung durch soziale Netzwerken starker Bindungen oder durch die wenigen NGOs oder kirchlichen Gemeinden setzten viele MigrantInnen ihr Vertrauen in informelle Strukturen und entsprechende Verhaltensweisen einzelner Akteure solcher Strukturen. Die Interviews und Beobachtungen während des Feldforschungsaufenthaltes zeigten auf, dass sich die MigrantInnen in den Interaktionen mit diesen Strukturen stets an die implizierten Wünsche derer Mitglieder anzupassen versuchten und – zum Beispiel durch Zahlungen von Bestechungsgeldern – eine „Einigung“ zu erzielen suchten.

Doch das vermeintliche vermittelte Gefühl der Sicherheit und das Vertrauen in informelle Institutionen wie zum Beispiel die Bestechlichkeit von PolizeibeamtInnen und die Möglichkeit, sich immer „am Ende einigen zu können“, konnte bei einem Paradigmenwechsel in den staatlichen Strukturen massiv erschüttert werden und die MigrantInnen nach mehr Sicherheit und Planbarkeit streben lassen. Das Beispiel von Elena demonstriert diesen Sachverhalt am deutlichsten. Sie zeigte in ihrem Interview ein besonders stark ausgeprägtes Gefühl von Unsicherheit und ein Bedürfnis nach Sicherheit, Zuverlässigkeit und Planbarkeit des Lebens in der Stadt. Bei ihrem Versuch einer persönlichen Wohnungsanmietung beschrieb sie nicht nur ethnische Diskriminierung auf dem Moskauer Wohnungsmarkt, sondern auch Erfahrung mit Betrug durch die WohnungsmaklerInnen gemacht zu haben:⁵⁵

Jetzt werden so viele gefälschte (. Pause, bis ca. 1 Sek.) Dokumente hergestellt! Egal, wohin man schaut! Ich habe Angst davor! (. Pause, bis ca. 1 Sek.) Ich suchte mal eine Wohnung über eine Firma. Ich wandte mich an sie und wurde zu einer Adresse

⁵⁵ Сейчас сколько эти вот делают (. Pause, bis ca. 1 Sek.) бумаг, фальшивых! Где не повернешься! Боишься даже! (. Pause, bis ca. 1 Sek.) Вот искала я квартиру, в фирме. Обратилась, мне говорят, по такому-то адресу. Я приезжаю, отдаю деньги, мне дают какой-то договор непонятный! Ждите хозяйку, закрыли эту квартиру, сейчас она подойдет! И как смотались (... Pause, bis ca. 5 Sek.) и ни денег и ни квартиры нету! Это нормально? Вот скажите! Сейчас боишься даже обратиться к кому-то. Потому-что всё фальшивое делается (. Pause, bis ca. 1 Sek.) Не знаешь к кому обращаться и кому верить, вот и все. (... Pause, bis ca. 5 Sek.)

geschickt. Ich kam dort an, zahlte ihnen das Geld, sie gaben mir irgendeinen unverständlichen Vertrag. „Warten Sie auf die Eigentümerin, sie wird gleich da sein.“ Schlossen dann die Wohnung zu und verschwanden. (... Pause, bis ca. 5 Sek.) Und ich habe weder mein Geld noch die Wohnung später gesehen! Ist das normal? Sagen Sie es mir! Ich habe Angst, mich an jemanden zu wenden. Weil alles gefälscht ist und du weißt nicht, wem du trauen kannst und wem nicht. (. Pause, bis ca. 1 Sek.) So ist das. (... Pause, bis ca. 5 Sek.)
(Elena, visafrei, weiblich, aus der Republik Moldau, Russischkenntnisse, Arbeitserlaubnis)

Elena schien an dieser Stelle des Interviews völlig sprachlos zu sein. Wem könne sie in Moskau noch trauen und woran noch glauben? Die in Kapitel 5.1 beschriebene Interviewpassage demonstriert außerdem ihre panische Angst vor Abschiebung in ihre Heimat oder vor einem möglichen Gesetzeserlass, der *„alle Gastarbeiter vertreiben und ihnen die Einreise nach Russland verschließen würde“*. Ihr besonderes Sicherheitsbedürfnis erklärte sich im Verlauf des Interviews und war eng mit der Frage nach Vertrauen in die sicher geglaubten Verhaltensweisen der PolizeibeamtInnen verbunden. Auf die Frage, welche Erinnerung an Moskau für sie die schlimmste sei, sagte sie:⁵⁶

⁵⁶ Самое плохое? Я даже боюсь эту историю открыть (... Pause, bis ca 5 Sek.) Самое больное, самое боюсь даже рассказать эту историю в которой я сама слупила и (. Pause, bis ca 1 Sek.) "попала". (. Pause, bis ca 1 Sek.) Был случай, ну раз пошёл разговор, я криминального как-бы, да считается, что криминальное, но (... Pause, bis ca 5 Sek.) у меня закончилась регистрация, у меня выезд, я не могла выезд сделать. Пришел какой-то новый участковый (... Pause, bis ca 5 Sek.) проверил регистрацию.

Домой пришел?

Да. А у меня как-бы там неделю оставалось до окончания регистрации. (. Pause, bis ca. 1 Sek.) А конец года был и я думаю, ну что я подожду уже когда дети закончат учебу и выезд сделаем вместе с детьми, чтобы как бы не два раза ехать, выезд делать. Тоже деньги большие. (... Pause, bis ca. 5 Sek.) И я забыла об этом. Чтобы не соврать, какого числа он мне звонит, Вам надо срочно явиться по такому-то адресу. Возьмите паспорт и приезжайте ко мне по такому-то адресу. У меня вылетело из головы, что из-за регистрации он тогда приходил. Возьмите паспорт с собой! Ну я взяла себе с собой паспорт и еду ни в чем не эм (. Pause, bis ca. 1 Sek.) он открыл, вы знаете, что у Вас регистрация закончилась. Я говорю, у меня, как бы, у меня давно как бы, когда Вы приходили, там оставалось неделю, а выезд я не сделала, потому что у меня как бы сын, дети учатся в школе и не хотела отрывать, осталось 2 недели до конца. (. Pause, bis ca. 1 Sek.) И что Вы думаете, он меня на диктофон записал! Я ему еще, знаешь (. Pause, bis ca. 1 Sek.) деньги там вот даю 100 долларов, я из кошелька беру эти 100 долларов и под бумагой ему это вот и говорю Вам хватает? (... Pause, bis ca. 5 Sek.) А он так ничего не сказал, а я то не знала, что он записывает! Я не успела, а я привстала, я никогда этого не забуду, здесь уже понятия зашли. Вы можете представить, как я попала?! Следствие шло 2 месяца (. Pause, bis ca. 1 Sek.) меня тягали, я всегда вовремя приходила до следователя, они дали запрос и в Молдавию и на Украине, где я жила. Характеристики все нормальные, эта следователь мне всегда утверждала, ну вам поставят за нелегалку 2-3 тысячи штрафа, ну до 5 тысяч, больше, ну у Вас ничего такого (. Pause, bis ca. 1 Sek.) ну дали,

Die schlechteste Erinnerung? Ich habe eigentlich Angst darüber offen zu sprechen. (... Pause, bis ca. 5 Sek.) Das, was mir am meisten wehtut, ich habe Angst diese Geschichte zu erzählen, bei der ich selbst mich dumm verhalten habe (. Pause, bis ca. 1 Sek.) und mich selbst hineinmanövriert habe. (... Pause, bis ca. 5 Sek.) Ich war in der Situation, dass meine dreimonatige Anmeldung im Land ausgelaufen war. Ich hätte ausreisen müssen, habe das aber nicht getan, weil ich das nicht konnte. Ein neuer Abschnittsbevollmächtigter der Polizei kam bei uns vorbei (. Pause, bis ca. 5 Sek.) und überprüfte das Datum der Einreise in meinem Pass.

Kam er zu Ihnen nach Hause?

Ja. Und ich hatte zu dem Zeitpunkt noch ca. eine Woche gehabt, um das Land zu verlassen. (. Pause, bis ca. 1 Sek.) Es war Ende des Jahres und ich dachte mir, ich warte noch bis die Kinder das Schuljahr beenden, um dann gemeinsam mit ihnen aus- und wieder einzureisen, damit man dann es nicht zweimal machen muss. Es kostet ja sehr viel Geld. (... Pause, bis ca. 5 Sek.) Und ich habe das dann vergessen. Dann rief er mich an: „Sie müssen dringend zu mir kommen. Nehmen Sie Ihren Pass mit und kommen Sie zu der und der Adresse.“ Und ich habe das gar nicht mehr im Kopf gehabt, dass ich es versäumt habe, auszureisen. Also nahm ich meinen Pass mit und fuhr ohne Gedanken dorthin. (. Pause, bis ca. 1 Sek.) Er blätterte durch ihn und sagte: „Sie wissen schon, dass Sie hätten ausreisen müssen?“. Ich sagte ihm dann: „Ich hätte noch eine Woche gehabt, als Sie bei uns waren und ich bin nicht ausgereist, weil mein Sohn, meine Kinder in der Schule lernen und ich sie nicht rausreißen wollte, weil sie noch zwei Wochen bis zum Schulschluss hatten.“ (. Pause, bis ca. 1 Sek.) Und was denken Sie, er hat mich auf ein Diktiergerät aufgenommen! Und ich habe ihm noch (. Pause, bis ca. 1 Sek.) Geld, 100 Dollar, gegeben. Ich habe diese 100 Dollar aus der Tasche genommen und ihm unter ein Blatt Papier geschoben und ihn gefragt, ob es genug wäre. (... Pause, bis ca. 5 Sek.) Er hat nichts darauf geantwortet und ich wusste ja nicht, dass er mich aufnimmt! Ich bin aufgestanden und in dem Augenblick kamen gleich die Zeugen herein. Können Sie sich vorstellen, in was ich mich da hineinmanövriert habe?! Die Ermittlung dauerte zwei Monate an (. Pause, bis ca. 1 Sek.) Ich wurde ständig zur Ermittlerin zitiert, sie haben meine Charakteristika in der Republik Moldau und in der Ukraine, wo ich gewohnt habe, angefragt. Alle Charakteristika waren normal und die Ermittlerin hat mir die ganze Zeit versichert, dass ich wegen des irregulären Aufenthaltes zwei- bis dreitausend Rubel Strafe zahlen müsse, maximal würden es fünftausend sein, weil „Sie sonst

дали, по ошибке, побоялись там. И что Вы думаете? На моем дне рождения меня закрывают на 2 месяца. Лишают (... Pause, bis ca. 5 Sek.) Осудили на два месяца, за эти 100 долларов. Он меня так подставил! Вот красиво! (. Pause, bis ca. 1 Sek.) И за сто долларов, которые я сорвала со рта у детей. А я взяла, взятка, за взятку мне дали 2 месяца, ЛИШИЛИ детей! В общем они забрали их в детский приют. На 2 месяца до моего освобождения. (. Pause, bis ca. 1 Sek.)

nichts Schlimmes getan hätten. (. Pause, bis ca. 1 Sek.) Sie haben das Geld irrtümlicherweise dem Polizisten zugesteckt, hatten halt Angst gehabt.“ Und was denken Sie? An meinem Geburtstag sperrten sie mich für zwei Monate ein. Sie nehmen mir die Kinder weg. (... Pause, bis ca. 5 Sek.) Sie haben mich für diese 100 Dollar zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Er hat mir so übel mitgespielt! Wie schön! (. Pause, bis ca. 1 Sek.) Ich habe diese 100 Dollar vom Mund meiner Kinder abgespart. Und ihm als Bestechung angeboten und für diese Bestechung haben sie mich zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Sie haben mir meine Kinder WEGGENOMMEN! Sie haben sie für die Zeit, in der ich im Gefängnis saß, in ein Kinderheim gesteckt. Für zwei Monate, bis zu meiner Freilassung. (. Pause, bis ca. 1 Sek.)

(Elena, visafrei, weiblich, aus der Republik Moldau, Russischkenntnisse, Arbeitserlaubnis)

Dass Elena mit Geld zum Termin gefahren ist, zeugt von einem für sie gewohnten Verhalten. Für sie sei klar gewesen, worum es beim Gespräch mit dem Abschnittsbevollmächtigten der Polizei gehen würde. Ihr Verhalten und die Selbstverständlichkeit, mit der sie das Geld unter das Blatt Papier zu ihm geschoben habe, sprechen für ein gewohntes Verhalten von Elena im Umgang mit dem Vorgänger des Abschnittsbevollmächtigten der Polizei. Die vermeintliche Verhaltenskenntnis der BeamtenInnen der Polizei, die ihr in der Vergangenheit offenbar immer ein Gefühl von Sicherheit gegeben hat, wendete sich in dieser Situation gegen sie und hinterließ in ihr eine Spur tiefer Verunsicherung und Misstrauen gegen alles, was sie sicher zu wissen glaubte. Elena erzählte weiterhin von schrecklichen Erfahrungen im Gefängnis; sie habe nicht schlafen und essen können und so abgenommen, dass ihre älteste Tochter sie nicht mehr erkannt habe, als sie sie besuchen durfte. Das Wegnehmen ihrer Kinder und die Verurteilung hinterließen in ihr tiefe Spuren der Verunsicherung. Besonders die Zukunft ihrer Kinder und ihr Wohlergehen beschäftigten Elena sehr. Ihre älteste Tochter lebte in der Republik Moldau und Elena habe nicht gewollt, dass ihre anderen Kinder das gleiche Schicksal teilen müssten, für einen Hungerlohn zu arbeiten und kein Licht am Horizont zu sehen. Ihre Vorbestrafung verstärkte ihre Angst, Russland eines Tages verlassen zu müssen. In ihrem Interview sprach sie von ihrer Angst vor Abschiebung und dem Wunsch, die russische Staatsbürgerschaft zu bekommen, egal auf welchen Wegen dies möglich sei. Sie wolle unbedingt in Russland bleiben, ein kleines Haus im Moskauer Gebiet für sich selbst

und ihre Kinder bauen und habe daher unterschiedliche Strategien durchgespielt, wie sie an eine Aufenthaltserlaubnis oder die russische Staatsbürgerschaft kommen könnte (siehe dazu Kapitel 5.1). Das Erleben der tiefen Verunsicherung und der Vertrauensverlust in die Möglichkeit, sich stets informell „einigen“ zu können, mündete für sie in der Suche nach Wegen, einen dauerhaften Aufenthalt für sich und die eigenen Kinder in Russland zu erreichen. Der Erwerb regulärer Aufenthaltsdokumente war jedoch ausschließlich über informelle Kanäle möglich und stellte Elena vor ein Dilemma: Sie wollte für sich und ihre Kinder einen permanenten regulären Aufenthalt sichern, was sich jedoch nur über informelle Kanäle bewerkstelligen ließ, denen sie nach der Erfahrung mit dem Abschnittsbevollmächtigten der Polizei nicht mehr so recht traute.

Zwischenfazit

Ein wichtiges Thema der Interviews beinhaltete die Erfahrungen der MigrantInnen auf dem Moskauer Wohnungsmarkt und die Schilderungen ihres von Vertrauen wie Angst geprägten Vorgehens bei der Wohnungssuche. Die MigrantInnen beschrieben, ihre Entscheidung des jeweiligen konkreten Vorgehens, also die Auswahl einer Handlungsstrategie, sei von ihrem Erleben von Vertrauen respektive Misstrauen zu informellen Strukturen sowie zu Vertretern sozialer Netzwerke oder zu Hilfsstrukturen beeinflusst.

Als Neuankömmlinge, die über keine ausreichenden finanziellen Mittel verfügten, um sich alleine ein Zimmer oder eine Wohnung leisten zu können, schilderten die meisten interviewten MigrantInnen, bei ihrer ersten Ankunft in Russland zunächst einen Schlafplatz in einer Unterkunft anzumieten, die ihnen überwiegend von alteingesessenen MigrantInnen untervermietet würde. Bei der Suche nach der ersten Unterkunft schilderten sie, sozialen Netzwerken in ihren Heimatländern oder vor Ort zu vertrauen.

Mit Ausnahme der Wohnverhältnisse einiger alteingesessener MigrantInnen lebten in diesen Wohnungen immer mehr Personen, als gesetzlich zugelassen war, da nur wenige MigrantInnen die hohen Mieten mit nur wenigen MitbewohnerInnen hätten aufbringen können oder wollen. In den Interviews beschrieben die MigrantInnen, dass sie dies allerdings der Gefahr aussetzte, dass NachbarInnen sich bei den Abschnittsbevollmächtigten der Polizei beschweren könnten, würde es in der Wohnung einmal zu laut, was für sie mit einer Razzia enden könnte und respektive mit der Gefahr verbunden war, abgeschoben zu werden. Erhöht wurde diese Gefahr dadurch, dass die meisten MigrantInnen nicht in den Wohnungen angemeldet waren und viele über keine regulären Aufenthaltsdokumente verfügten. Viele berichteten daher aufgrund ihres prekären Wohnstatus über ihr ständiges Erleben von Angst vor möglichen Polizei- und FMS-Razzien, was für sie wiederum die Frage, ob sie der Funktionsweise und Verlässlichkeit eines informellen Schutzsystems vertrauen könnten und vertrauenswürdige Hilfsnetzwerke für sie zugänglich seien, essentiell machte.

Anders als in einigen der zu Kapitelanfang dargestellten wissenschaftlichen Studien ausgeführt, in denen sich MigrantInnen vor Kontrollen und Polizei-razzien versuchten zu schützen, indem sie in Wohngegenden zogen, in denen entweder viele MigrantInnen lebten oder in denen es nur wenige NachbarInnen gab, stand diese Strategie den interviewten MigrantInnen in Moskau aus zwei Gründen nicht zur Verfügung. Erstens siedelten die MigrantInnen in allen Stadtteilen Moskaus, was auf das Fehlen sowohl eines sozialen Wohnungsbaus als auch von Gegenden mit großen Anteilen an MigrantInnen zurückzuführen war. Zweitens wurde in Russland mit den Abschnittsbevollmächtigten der Polizei ein Institut der Staatsmacht aus der Sowjetunion übernommen, das eine Kontrolle der BewohnerInnen von Wohngegenden sicherstellte. Um ein Gefühl von Sicherheit zu gewinnen und um vor Polizei-razzien oder Hausdurchsuchungen rechtzeitig gewarnt zu werden, beschrieben die MigrantInnen ihre Handlungsstrategie, auf dem Hintergrund ihres Vertrauens in die Funktionsweise dieses informellen Schutzsystems mit den zuständigen Abschnittsbevollmächtigten der Polizei eine informelle Beziehung aufzubauen. Insgesamt gaben viele MigrantInnen in ihren Interviews an, fest auf die informellen Beziehungen ihrer HauptmieterInnen mit den Abschnittsbevollmächtigten der Polizei sowie auf Korruption in den Reihen der PolizeibeamtInnen im Allgemeinen zu vertrauen. Dies unterstreicht noch einmal die subjektiv wahrgenommene hohe Bedeutung für die MigrantInnen, in bestimmte informelle staatliche Systeme vertrauen zu können. Die HauptmieterInnen der Wohnungen waren laut den MigrantInnen dabei diejenigen, die die informellen Beziehungen zu den zuständigen Abschnittsbevollmächtigten der Polizei direkt unterhielten. Gegen eine monatliche Schutzgeldzahlung, die von allen BewohnerInnen einer Wohnung getragen werde, würden die zuständigen Abschnittsbevollmächtigten der Polizei die HauptmieterInnen rechtzeitig vor bevorstehenden Razzien und Wohnungsdurchsuchungen warnen. Diese Warnungen waren für die interviewten MigrantInnen von essentieller Bedeutung, weil sie die drohende Gefahr von Festnahmen und Abschiebungen durch unangekündigte Wohnungsdurchsuchungen und Polizei-razzien minimierten.

Die MigrantInnen sprachen ihren HauptmieterInnen dabei häufig ihr uneingeschränktes Vertrauen aus und verließen sich darauf, in den Wohnungen aufgrund dieses informellen Warnsystems sicher sein zu können. Dies weist wiederum auf den Zusammenhang von wahrgenommenem interpersonalem Vertrauen – zu den jeweiligen HauptmieterInnen – und Systemvertrauen – zum Schutzsystem durch die Abschnittsbevollmächtigten –, auf das Erleben der MigrantInnen, handlungsfähig zu sein und ihre Existenz sichern zu können, hin.

Sowohl Neuankömmlinge als auch alteingesessene MigrantInnen schilderten auf der anderen Seite ihre alltäglichen Erfahrungen von Betrug in allen Bereichen des Lebens. Für die MigrantInnen bedeuteten die Abkommen ihrer HauptmieterInnen mit den Abschnittsbevollmächtigten der Polizei eine Aufrechterhaltung der Sicherheit in ihrer unmittelbaren Wohnumgebung, die allerdings für eine moderate monatliche Zahlung erkaufte werden musste. Insbesondere denjenigen MigrantInnen, die ohne reguläre Aufenthaltsdokumente in Moskau lebten, vermittelten diese Abmachungen eine größere gefühlte Sicherheit und ein subjektives Erleben von Kontrolle. Zumindest in ihren Wohnungen und in der unmittelbaren Wohnumgebung nahmen sie wahr, sich relativ frei bewegen zu können und keine unangekündigten Razzien oder Wohnungsdurchsuchungen befürchten zu müssen. Dabei deutet die Selbstverständlichkeit, mit der die MigrantInnen über diese informellen Abkommen mit den staatlichen Strukturen in den Interviews berichteten, auf ein etabliertes System hin, das von keiner der befragten Migrantinnen und keinem der befragten Migranten infrage gestellt wurde. Die meisten von ihnen begrüßten die Abkommen ihrer HauptmieterInnen mit den Abschnittsbevollmächtigten der Polizei sogar ausdrücklich. Schilderten MigrantInnen in den Interviews Beschwerden über die Bestechungsgeldzahlungen, drückten diese vor allem ihr Misstrauen gegenüber den HauptmieterInnen aus, die ihrer Meinung nach das Geld veruntreuten, das für ihren Schutz an die PolizeibeamtInnen hätte gezahlt werden müssen. Andere MigrantInnen wiederum hinterfragten nicht die Zahlungen per se, berichteten jedoch von ihrer Absicht, so wenig wie möglich zahlen zu müssen. Hier wird eine zentrale Wirkungsweise von Vertrauen deutlich: Die MigrantInnen suchten mittels

Reduktion von Komplexität der sozialen Wirklichkeit des Moskauer Wohnungsmarktes durch ihr Vertrauen Handlungssicherheit zu gewinnen und sich als handlungswirksam zu erleben. Dass ihr Vertrauen in ein informelles Schutzsystem von Aspekten interpersonalen Vertrauens beeinflusst war, zeigt das enge Verhältnis der MigrantInnen zu ihren HauptmieterInnen: So sprachen die MigrantInnen ihren HauptmieterInnen häufig ihr uneingeschränktes Vertrauen aus und verließen sich darauf, in der Wohnung sicher sein zu können. Umso schwerer wog ein Vertrauensbruch für sie, wie das Beispiel des „illegalen Hauses“ von Markus und seiner Frau Zola demonstriert, die einen schweren Vertrauensmissbrauch eines alteingesessenen Hauptmieters, der durch seine Handlungen die Festnahme und Abschiebung seiner UntermieterInnen herbeigeführt habe, schilderten.

Insgesamt wurde in den Interviews, wie oben ausgeführt, deutlich, dass das die Wahrnehmung, sich handlungsfähig zu erleben, beeinflussende Vertrauen der MigrantInnen in Moskau nicht ausschließlich bestimmten einzelnen Personen wie einem ihnen bekannten Hauptmieter oder Abschnittsbevollmächtigten der Polizei, sondern oftmals informellen staatlichen Strukturen und den Verhaltensweisen ihrer Akteure galt. Sie verließen sich z. B. darauf, dass staatliche Beamten Bestechungsgelder annahmen und ihnen im Gegenzug ihre Anliegen wie Schutz vor Festnahmen oder Abschiebungen erfüllten. Verhielten sich die Staatsbeamten jedoch plötzlich anders, als die MigrantInnen antizipiert hatten, und nahmen wie in dem Bericht von Elena kein Bestechungsgeld an, sondern ahndeten diesen Vorgang sogar, konnte dieses unvorhergesehene Verhalten die MigrantInnen in eine schwere Vertrauenskrise stürzen und ihre Wahrnehmung, wirksam handlungsfähig zu sein, einschränken, was wiederum ihr Bedürfnis nach Wiedererlangung des Gefühls von Sicherheit und Handlungskontrolle bei den Interaktionen mit dem informellen Staat erhöhte. Dabei zeigte sich in den Interviews der MigrantInnen wiederholt, dass sie selbst in für sie ausweglos erscheinenden Situationen in der Lage waren, neue Handlungsstrategien zum Umgang mit Rückschlägen und Hindernissen bei der Erreichung ihrer Ziele und Wünsche wie einem sicheren Wohnplatz zu entwickeln. Vertrauen kann hier als ein wichtiger auf die Ausprägung der Agency der MigrantInnen Einfluss

nehmender Faktor aufgefasst werden. Der strukturelle Rahmen des informellen Staates wurde dabei insgesamt von den MigrantInnen bei ihrer Wohnungssuche als ihre Handlungsmöglichkeiten beschränkend wie auch ermöglichend wahrgenommen. Beschränkend, da sie berichteten, auf irregulären käuflichen Erwerb von Wohnungsanmeldungen angewiesen zu sein, ermöglichend, da sie sich mit dem informellen Schutzsystem der Abschnittbevollmächtigten selbst im Falle fehlender Dokumente sicher vor unangekündigten Razzien fanden.

5.4 Erfahrung und Umgang der MigrantInnen mit Unterstützung und Vertrauen sowie Betrug und Ausbeutung auf dem russischen Arbeitsmarkt

Im nachfolgenden Kapitel werden Interaktionen und Handlungsmöglichkeiten von MigrantInnen auf dem russischen Arbeitsmarkt erörtert. Die für die vorliegende Arbeit interviewten MigrantInnen berichteten häufig von informellen Arbeitsbeziehungen und der Erfahrung von Lohnbetrug bis hin zu massiver Ausbeutung. Erfahrungen von Lohnbetrug oder Ausbeutung von MigrantInnen werden in der Literatur ausführlich thematisiert.

Hess (2009: 8) untersuchte in ihrer Arbeit Praktiken und Strategien von Au-pairs aus Osteuropa in Machtregimen wie dem Gender- oder dem europäischen Migrationsregime und stellte in diesem Zusammenhang fest, die Lebensbedingungen in der „Illegalität“ – das bedeutet vor allem ohne soziale, ökonomische und politische Rechte – produzierten ein Höchstmaß an Abhängigkeit, Ausbeutbarkeit und Unsicherheit.

Schönwälder et al. (2004: 63) gehen auf die Situation irregulärer MigrantInnen in Deutschland ein und betonen, dass ohne eine Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis MigrantInnen keine reguläre, lohnsteuerpflichtige Tätigkeit ausüben können und ihren Lebensunterhalt in der Schattenökonomie verdienen oder sich durch die Unterstützung von Freunden und Verwandten absichern müssen. Ein irregulärer Status berge aus Sicht der MigrantInnen die Gefahr, ausgebeutet oder schlecht behandelt zu werden und auch wenn irreguläre MigrantInnen Opfer von Verbrechen geworden oder in einen Unfall involviert seien, mieden sie Kontakt mit der Polizei (Schönwälder et al. 2004: 63). Gleiches gilt für die Gefahr des Lohnbetrugs, bei dem sie wenige Möglichkeiten haben, ihre Ansprüche durchzusetzen (Ebd.: 63).

Vor dem Hintergrund der häufigen Erfahrung von Lohnbetrug und Ausbeutung war für die MigrantInnen in Russland die Frage, zu wem sie Vertrauen haben und von welcher Seite sie Unterstützung erwarten konnten, von zentraler Bedeutung. Wurden die MigrantInnen in Fälle von Ausbeutung und Betrug durch ihre ArbeitgeberInnen verwickelt, standen ihnen verschiedene Handlungsoptionen zur Verfügung, die vom Sich-der-Situation-Beugen über einen Stellenwechsel bis hin zur Einleitung rechtlicher Schritte mithilfe einer

NGO reichten, wie im Verlauf des Kapitels näher dargestellt wird. Ebenso wird aufgezeigt, wie Grenzen aussahen, an die die Handlungsmöglichkeiten der MigrantInnen stießen. Insgesamt werden in diesem Kapitel aus den Interviews extrahierte Schwerpunkte erörtert:

Erstens die Frage der Arbeitssuche, der Einstellungspraktiken von ArbeitgeberInnen und entsprechender Handlungsoptionen von MigrantInnen, zweitens die Beschreibung der Arbeitsbedingungen, der Einkünfte und des Lohnbetrugs, drittens die Darstellung des Verhältnisses zu den ArbeitgeberInnen sowie viertens die Inanspruchnahme möglicher Hilfsstrukturen.

Beim ersten Punkt, der Frage der Arbeitssuche von MigrantInnen, scheint sich die existierende wissenschaftliche Literatur darin einig zu sein, dass die meisten MigrantInnen ihre Arbeitsstellen über soziale Netzwerke oder VermittlerInnen finden.

Malpica (2008: 70) untersuchte Netzwerke und Sozialkapital indigener mexikanischer MigrantInnen in Los Angeles. Er fand dabei heraus, dass die MigrantInnen trotz irregulärer Einreise in die USA innerhalb weniger Tage oder Wochen eine Arbeitsstelle über ihre sozialen Netzwerke fanden.

Mafukidze et al. (2008: 179-180) kamen in ihrer Studie zu Niedrigeinkommen und sozialer Exklusion von afrikanischen Migrantinnen in Südafrika zu dem Ergebnis, dass es für die MigrantInnen bei der Arbeitssuche eine große Rolle spielte, ob sie legale Aufenthaltsdokumente besaßen oder nicht. Eine reguläre Arbeit zu bekommen, war ausschließlich mit der südafrikanischen Staatsbürgerschaft oder einer gültigen Arbeitserlaubnis möglich. Alle in seiner Studie interviewten MigrantInnen versuchten daher, diese Hürde durch die Beantragung von Asyl zu umgehen, unabhängig davon, ob es sich bei ihnen um Flüchtlinge handelte oder nicht. Zwar erkannten seinen Worten nach nahezu alle Arbeitgeber, die formelle Arbeitsstellen anboten, den Asylstatus nicht an. Dieser erlaubte den MigrantInnen jedoch, sich regulär in Südafrika aufzuhalten und formell in Aushilfsjobs in den Restaurants oder auf den Baustellen zu arbeiten (Mafukidze 2008: 180). Weiterhin stellten sie fest, dass Genderunterschiede bei der Arbeitssuche existierten. Irreguläre

Migrantinnen fanden in Südafrika einfacher und schneller einen Job als irreguläre Migranten (Mafukidze 2008: 181-182).

McIlwaine (2005: 34) untersuchte die Lebenspraktiken kolumbianischer MigrantInnen in London und fand heraus, dass die meisten von ihnen eine Arbeit bereits nach wenigen Tagen oder Wochen nach der Ankunft gefunden hatten, unabhängig davon, ob es sich dabei um eine reguläre oder irreguläre Arbeit handelte. Die Neuankömmlinge wurden dabei durch die alteingesessenen MigrantInnen in der ersten Zeit nach der Ankunft unterstützt und fanden ihre Arbeitsstelle durch persönliche Empfehlungen von Freundes- und Familiennetzwerken (McIlwaine 2005: 41).

Bloch et al. (2015: 39) kamen in ihrer Arbeit über türkische, chinesische und ArbeitgeberInnen aus Bangladesch in London zum Ergebnis, dass die von ihnen beschäftigten MigrantInnen aufgrund häufig informeller Einstellungspraktiken über „mikrosoziale Netzwerke“ beliebig austauschbar waren und nicht selten (*manchmal auch*) schlechten Arbeitsbedingungen und niedriger Entlohnung gegenüberstanden. In einer weiteren Studie über das Leben abgelehnter Asylbewerber in England unterstrich sie die Bedeutung der englischen Sprachkenntnisse für MigrantInnen bei ihrer Arbeitssuche. Während irreguläre MigrantInnen aus Simbabwe aufgrund ihrer fließenden Englischkenntnisse meist im Pflege- und Reinigungsdienst bei Privatpersonen tätig waren, fanden kurdische MigrantInnen aufgrund ihrer unzureichenden Sprachkenntnisse meist Anstellungen über Familien- und Freundesnetzwerke bzw. religiöse Gemeinschaften. Diese bestimmte Art der Arbeitssuche korrespondierte daher auch mit der Art der Arbeit – nämlich in den Bistros und Imbissrestaurants, der kurdische MigrantInnen in England nachgingen (Bloch 2014: 1513).

Ireton (2015: 57) untersuchte die Zugangsstrategien von MigrantInnen zu ökonomischen und sozialen Ressourcen in den Außenbezirken von Khartoum. Seine Untersuchung zeigte, dass die meisten männlichen Migranten einer irregulären Arbeit nachgingen. Es handelte sich dabei um ungelernte Hilfstätigkeiten, die sie auf der Basis eines Tagelohns ausübten. Aufgrund ihres prekären Status waren sie ständig auf der Suche nach neuer Arbeit, die sie meist über Hinweise ihrer Nachbarn und Mitglieder ihrer informellen

Männergemeinschaften erhielten. Ireton (2015: 57) stellte in seiner Studie außerdem Genderunterschiede fest. Keine der Frauen der interviewten männlichen Migranten ging einer bezahlten Arbeit nach, auch nicht von zuhause aus.

Ähnlich wie in der dargestellten Literatur beschrieben, stellten die interviewten MigrantInnen die Bedeutung sozialer Netzwerke und russischer Sprachkenntnisse bei ihrer Arbeitssuche heraus. Das Angewiesen-Sein auf soziale Netzwerke bei der Arbeitssuche schilderten vor allem MigrantInnen aus den Ländern mit visapflichtigen Einreiseregimen, wie die Beispiele von Aleke und Markus im Folgenden demonstrieren. Viele Neuankömmlinge aus den visafreien Einreiseländern wie bspw. Doston und Samat sahen sich dagegen selbst nach Arbeitsmöglichkeiten um. Die große Bedeutung, die das Verfügen über eine Aufenthaltserlaubnis oder die russische Staatsbürgerschaft bei der Arbeitssuche spielten, wurde, wie in der Literatur oben ausgeführt, in den Interviews bestätigt, wie im Verlauf die Beispiele von Nurschamal, Madina und Aigul zeigen.

Mit dem Thema der Einstellungspraktiken von ArbeitgeberInnen und Handlungsoptionen von MigrantInnen beschäftigt sich ein weiterer Strang der wissenschaftlichen Literatur.

McIlwaine (2005: 34) identifizierte das Nutzen falscher spanischer Pässe oder gefälschter Dokumente als die häufigste Strategie kolumbianischer MigrantInnen, in London irregulär einer Arbeit nachzugehen.

Emel'janova (2009: 66) beschrieb Einstellungspraktiken von Vermittlungsagenturen und Zeitarbeitsfirmen gegenüber MigrantInnen aus Ländern mit visafreien Einreiseregimen in Russland. MigrantInnen unterschrieben Verträge, die diese Agenturen und Firmen dazu verpflichteten, sie anzumelden, ihnen eine Arbeit anzubieten, Wohnraum zur Verfügung zu stellen und zu bezahlen sowie den MigrantInnen im Fall von Umständen höherer Gewalt, Unterstützung zu gewähren. Die Vermittlungsagenturen und Zeitarbeitsfirmen behielten dafür monatlich 20 % des Einkommens der MigrantInnen ein. Ihre Gehälter wurden den MigrantInnen direkt von den Agenturen ausbezahlt. Darüber hinaus konnten sie mithilfe der Agenturen und Zeitarbeits-

firmen auch Nebentätigkeiten in ihrer Freizeit nachgehen, um ihre Einkommen aufzubessern. So bezifferte Emel'janova aufgrund dieser Nebentätigkeiten das Einkommen von MigrantInnen auf das Doppelte oder Dreifache der Einkommenshöhe russischer ArbeitnehmerInnen in gleichen Berufen (Emel'janova 2009: 67).

Varschavskaya (2013: 175) ging in ihrer Arbeit der Frage der informellen Arbeitseinstellungen von MigrantInnen aus den Ländern mit visafreien Einreiseregimen in Russland nach. Bei der Analyse quantitativer Daten von insgesamt 8.499 befragten MigrantInnen kam sie zu dem Ergebnis, dass informelle Beschäftigung bei den MigrantInnen wesentlich häufiger anzutreffen sei als bei den russischen Staatsbürgern. 57,6 % aller MigrantInnen aus den Ländern mit visafreien Einreiseregimen hätten ausschließlich mündliche Verträge mit ihren Arbeitgebern besessen. Verfügten MigrantInnen über keine formellen Aufenthaltsdokumente, hätten 83,2 % von ihnen nur mündliche Verträge mit ihren ArbeitgeberInnen erhalten. Sie stellte dabei keine Genderunterschiede bei der Verteilung von mündlichen Verträgen fest (Varschavskaya 2013: 176-177). Informelle Lohnarbeit sei im Segment der gering qualifizierten Arbeitsplätze in den drei folgenden Arbeitsbereichen konzentriert gewesen: im Dienstleistungssektor, im Handel sowie in der Wohnungs- und Kommunalwirtschaft (Varschavskaya 2013: 179, 181).

Die Häufigkeit informeller Beschäftigung und die Wichtigkeit der Vermittlerrolle von Zeitarbeitsfirmen fanden sich in den geführten Interviews ähnlich. Darüber hinaus beschrieben die MigrantInnen vielfältige Möglichkeiten, für die Arbeitseinstellung wichtige Dokumente über irreguläre Wege teils auch mithilfe ihrer ArbeitgeberInnen zu erwerben, wie weiter unten die Beispiele von Samat, Bahtijar und Anarbek demonstrieren.

Mehrere Autoren untersuchten die Frage nach Arbeitsbedingungen, Einkünften und Lohnbetrug bei MigrantInnen.

McIlwaine (2005: 35) fand in ihrer Arbeit zu kolumbianischen MigrantInnen in London heraus, dass irreguläre MigrantInnen im Allgemeinen weniger Lohn für ihre Arbeit erhielten als MigrantInnen mit einem regulären Aufenthaltsstatus. Viele MigrantInnen aus Kolumbien hätten sich zusätzliche Ein-

kommensquellen durch eine weitere Beschäftigung ermöglicht, die sie meist über ihre Tätigkeit bei ihren ArbeitgeberInnen gefunden und häufig an den Wochenenden ausgeführt hätten (McIlwaine 2005: 39).

Beloserova (2009: 36) untersuchte die Arbeitsbedingungen chinesischer MigrantInnen in Russland. Chinesische ArbeitsmigrantInnen in Russland seien von ihren VermittlerInnen und ArbeitgeberInnen abhängig. Sie kämen überwiegend mit einer Arbeitserlaubnis für einen bestimmten Betrieb nach Russland. Es existierten jedoch viele Fälle, in denen die MigrantInnen von ihren VermittlerInnen in einen anderen Betrieb geschickt worden seien und dadurch ihren regulären Aufenthaltsstatus verloren hätten (Beloserova 2009: 40). Die Abhängigkeit von VermittlerInnen sei sehr weitreichend. Die chinesischen ArbeitsmigrantInnen hätten sich ausschließlich auf sie verlassen. Sie kümmerten sich um die Frage der Gesundheit der MigrantInnen, schützten die MigrantInnen vor der Polizei und zahlten gegebenenfalls auch Bestechungsgelder dafür. Im Gegenzug hätten sie das informelle Recht gehabt, über die Freiheit der MigrantInnen zu verfügen: Sie hätten ihnen ihre Pässe weggenommen, ihre Freizügigkeit beschränkt und sie bei Ungehorsam wieder zurück in ihre Heimat geschickt (Beloserova 2009: 42).

Mut (2009: 53-54) beschäftigte sich mit sozialen Netzwerken tadschikischer MigrantInnen auf den Baustellen in Irkutsk und fand heraus, dass die Informationenweitergabe über potentielle ArbeitgeberInnen über soziale Netzwerke tadschikischer BauarbeiterInnen die einzige Möglichkeit für die MigrantInnen war, sie bis zum gewissen Grad vor Ausbeutung durch ArbeitgeberInnen zu schützen. Die legalen Mittel des Arbeitsschutzes standen MigrantInnen wegen der Weigerung der ArbeitgeberInnen, mit ihnen Arbeitsverträge abzuschließen, nicht zur Verfügung.

Gradirovskij (2010: 1) berichtete von nicht normierten Arbeitszeiten von MigrantInnen in Russland mit bis zu zwanzig Arbeitsstunden am Tag ohne Zeitausgleich bei einer sieben-Tage-Arbeitswoche. Gradirovskij (2010: 2) spricht von Arbeitsbeziehungen, die häufig als ausbeuterisch beschrieben werden müssten. MigrantInnen in Russland seien mit Überstunden, Arbeitsbeziehungen mit ArbeitgeberInnen oder VermittlerInnen und Lebensverhältnissen, die die Menschenwürde verletzten, ausbleibender medizinischer Ver-

sorgung und häufigen Fällen von Lohnbetrug durch Täuschung, Erpressung oder Gewalt konfrontiert.

Auch der Human Rights Watch Report über die Ausbeutung von BauarbeiterInnen auf russischen Baustellen unterstrich, die am meisten verbreiteten Formen des Missbrauchs und der Ausbeutung von MigrantInnen auf den russischen Baustellen seien *“confiscation of passports; failure to provide employment contracts; non-payment or under payment of wages, or illegal deductions from wages; long working hours; substandard living conditions and denial of food; as well as the use or threats of violence by construction site guards, police, or others, or denunciation to the police.”* (HRW 2009: 28).

Der mangelnde Schutz vor Ausbeutung und Betrug von MigrantInnen, die aufgrund einer fehlenden Aufenthaltserlaubnis oder Staatsbürgerschaft keine formellen Arbeitsverträge mit ihren ArbeitgeberInnen schließen konnten, wird im Verlauf durch viele Interviewbeispiele demonstriert. Ebenso wird die Wichtigkeit für MigrantInnen, Unterstützung durch NGOs oder in seltenen Fällen durch vertrauensvolle Beziehungen zu einzelnen ArbeitgeberInnen zu erfahren, in weiteren Fallbeispielen ausgeführt.

Schließlich beschäftigt sich ein weiterer Strang der wissenschaftlichen Literatur mit der Frage des Verhältnisses zwischen MigrantInnen und ArbeitgeberInnen und den Interaktionen zwischen MigrantInnen und Beamten der Rechtsschutzorgane während ihrer Arbeit.

Van Meeteren (2010: 61) beschreibt in ihrer Studie die Abschiebeversuche von irregulären MigrantInnen in Belgien und den Niederlanden durch die Behörden, sofern erstere einer irregulären Beschäftigung nachgingen und dabei festgenommen wurden.

Sultanas (2008: 127) Untersuchungen über MigrantInnen aus Bangladesch in Malaysia zeigen, dass irreguläre MigrantInnen zunächst folgende Verbindungen aufbauen mussten, um vor der Polizei geschützt zu sein. Zunächst zahlten die MigrantInnen viel Geld für gefälschte Arbeitserlaubnisse, bevor sie monatliche Bestechungsgeldzahlungen an Polizeibeamten entrichteten.

ten, um in einem bestimmten Gebiet arbeiten zu dürfen (Sultanas 2008: 127,134).

Gladarev (2011a: 56) erwähnte ausbeuterische Arbeitsbedingungen, die den meisten MigrantInnen aufgrund ihrer rechtlichen Schutzlosigkeit von den ArbeitgeberInnen aufgezwungen wurden.

Der Human Rights Watch Report (2009: 66-67) führte an, ArbeitgeberInnen auf den russischen Baustellen drohten MigrantInnen oft mit Gewaltanwendung, um sie einzuschüchtern und von möglichem Protestverhalten abzubringen. ArbeitgeberInnen taten den arbeitenden MigrantInnen dabei häufig entweder persönlich oder durch BaustellenwächterInnen oder VorarbeiterInnen Gewalt an. Um sich der ArbeiterInnen zu entledigen, ohne ihnen die ausstehenden Löhne auszahlen zu müssen, ließen manche ArbeitgeberInnen sie in abgesprochenen Razzien von der Polizei festnehmen und abschieben (HRW 2009: 66-67).

In den Interviews der vorliegenden Studie mit MigrantInnen ließen sich mehrere Erzählungen finden, in denen informelle Verknüpfungen zwischen ArbeitgeberInnen und BeamtenInnen der Rechtsschutzorgane zu Lasten der MigrantInnen beschrieben wurden. Diese beinhalteten Schilderungen über von PolizeibeamtenInnen geduldeter massiver Ausbeutung und gewalttätiger Einschüchterung durch ArbeitgeberInnen, wie das Interview mit Assemgul zum Ende dieses Kapitels demonstriert.

Arbeitsplätze und Praktiken der Arbeitssuche von MigrantInnen in Moskau

In den Interviews schilderten MigrantInnen ihre Arbeitssuche, die überwiegend durch die Unterstützung sozialer Netzwerke gekennzeichnet war und sich häufig auf bestimmte Arbeitsnischen konzentrierte. Die MigrantInnen gaben an, dabei als Reinigungskräfte, LebensmittelverkäuferInnen, Bedienung in Cafés und Restaurants, FriseurInnen, LageristInnen, FlyerverteilerInnen, Fach- und Hilfskräfte auf Baustellen, HausmeisterInnen bei Wohnungsgenossenschaften oder BäckerInnen und KöchInnen zu arbeiten.

Die Bedeutung regulärer Aufenthalts- und Arbeitsdokumente sowie russischer Sprachkenntnisse wurde von den MigrantInnen in ihren Interviews besonders hervorgehoben.

Nurschamal aus Kirgisistan erzählte, sie sei nach Russland auf Nachfrage ihrer Schwester gekommen, die ihr kurzfristig eine Arbeit im gleichen Lebensmittelladen in Aussicht gestellt habe. Bereits einen Tag nach ihrer Ankunft habe sie angefangen, als Verkäuferin in dem Laden zu arbeiten, in dem sie auch Jahre später noch zum Zeitpunkt des Interviews beschäftigt war. Nurschamal habe sich die russische Staatsbürgerschaft mithilfe einer Vermittlungsfirma zu einem Zeitpunkt gekauft, als für kirgisische StaatsbürgerInnen noch die vereinfachte Beantragung der russischen Staatsbürgerschaft möglich war. Der Erwerb der russischen Staatsbürgerschaft bedeutete für sie eine enorme Erleichterung in ihrem Arbeitsleben und ein höheres Einkommen für ihre Tätigkeit. Es spielte für sie im Interview keine Rolle, dass ihre Aufenthaltsdokumente auf informellem Weg erlangt worden waren. Sie ging nur beiläufig darauf ein; viel wichtiger war für sie, dass diese Dokumente ihr das Leben erleichterten und deren Erwerb sich durch das höhere Einkommen auch schon längst rentiert hätte. Weitere Arbeitsstellen habe sie seit ihrer Ankunft stets selbst gefunden.

Dinara aus Kirgisistan wurde wie Nurschamal von ihrer Schwester nach Moskau geholt. Ihre Schwester habe ihr eine Stelle als Reinigungskraft in der gleichen Zeitarbeitsfirma besorgt, in der sie auch selbst gearbeitet habe. Sie habe sie mit in die Firma genommen, wo der Manager ihr noch am gleichen Tag eine Arbeit als Reinigungskraft in einem Lebensmittelgeschäft angeboten habe, der gegenüber ihrer damaligen Wohnung lag. Sie begann, dort zu arbeiten, wechselte jedoch bald zu einer anderen Zeitarbeitsfirma, weil diese 2.000 Rubel mehr Lohn im Monat gezahlt habe. In ihrem Interview schilderte Dinara nachdenklich, dass all ihre kirgisischen Kolleginnen, die rechtzeitig in Besitz der russischen Staatsbürgerschaft gelangt seien, jetzt in den Lebensmittelgeschäften nicht mehr als Reinigungskräfte, sondern als Kassiererinnen oder Verkäuferinnen arbeiten würden. Sie selbst habe es leider nicht mehr rechtzeitig geschafft, obwohl sie sich über den Erwerb der Staatsbürgerschaft Gedanken gemacht und auch das nötige Geld dafür be-

sessen habe. Als sie sich schlussendlich dazu entschieden hätte, seien die Preise bei den Firmen jedoch bereits so weit angestiegen, dass der Erwerb ihr nicht mehr lukrativ erschien.

Dinara besaß zum Zeitpunkt des Interviews keine regulären Arbeitsdokumente und sah sich gezwungen, für einen geringen Lohn als Reinigungskraft zu arbeiten. Sie bereute im Interview sichtlich, in den ersten Jahren nach ihrer Ankunft in der Stadt nicht die russische Staatsbürgerschaft zu dem Zeitpunkt gekauft zu haben, als für kirgisische StaatsbürgerInnen noch eine erleichterte Beantragung möglich gewesen sei und der Erwerb der russischen Staatsbürgerschaft nur rund ein Zehntel des Preises von 2013 betragen habe. Andererseits beschrieb sie, sehr genaue Kenntnis darüber zu haben, dass Kirgisistan einige Monate später der Zollunion mit Russland beitreten werde. Für sie würde das bedeuten, keine Arbeitserlaubnis mehr zu benötigen, um in einem Lebensmittelgeschäft regulär zu arbeiten. Sie werde nur alle drei Monate das Land kurz verlassen und wieder einreisen müssen. Die Frage nach regulären Arbeitsdokumenten spielte für sie im Interview keine entscheidende Rolle mehr. Sie erzählte, sie wolle in wenigen Jahren in ihre Heimat zurückkehren:⁵⁷

Ich denke, wozu jetzt noch, ich brauche sie nicht mehr. Vielleicht fahre ich nächstes oder übernächstes Jahr nach Hause.

Und warum wollten Sie damals die Staatsbürgerschaft erwerben?

Als ich hier ankam, wurde bei allen Arbeitgebern die Staatsbürgerschaft gefordert. Und jetzt brauchen wir sie nicht mehr. Wir traten doch der Zollunion bei. Ab Juli nächsten Jahres werden wir wie Kasachen auch nur mit einer Anmeldung arbeiten können. Die Arbeitserlaubnis werden wir nicht mehr benötigen.

Und was wird man benötigen?

⁵⁷ Думаю, зачем, сейчас уже не надо. Может, в следующем году домой уеду, или через год.

А почему тогда хотели гражданство сделать?

Когда приехала, куда ни пойдешь, везде требовали гражданство. Сейчас например нам не обязательно. Нам же недавно таможенный союз подписали. С июля следующего года мы как казахи будем работать с регистрацией. Разрешения на работу не надо будет.

А что надо будет?

Регистрация и все. Каждые три месяца надо границу пересечь, чтобы миграционная чистая была.

Nur eine Anmeldung am Wohnort. Alle drei Monate werden wir die Grenze überqueren, damit die Migrationskarte sauber ist.

(Dinara, visafrei, weiblich, aus Kirgisistan, Russischkenntnisse, keine regulären Aufenthalts- oder Arbeitsdokumente)

Dinara gab an, sie sei in ihrer Freizeit ständig auf der Suche nach zusätzlicher Beschäftigung als Reinigungskraft, um ihr Einkommen aufzubessern. Sie verfüge mittlerweile über ein gutes Netz aus Kolleginnen und Freundinnen, die sie in der Zeitarbeitsfirma kennengelernt habe. Dieses Netz versorge sie mit zusätzlichen Nebeneinkünften und sei auf gegenseitige Unterstützung und Hilfe aufgebaut. Sie bekomme Angebote von ihren Bekannten und FreundInnen und gebe auch viele Nebenbeschäftigungen an sie weiter, falls sie selbst keine Zeit dafür habe.

Für die Art des Arbeitsplatzes spielte für Dinara neben dem Vorhandensein oder Fehlen regulärer Aufenthalts- und Arbeitsdokumente auch der Altersunterschied eine wichtige Rolle. Auf die Nachfrage, ob Dinara, die zum Zeitpunkt des Interviews 45 Jahre alt war, schon versucht habe, eine andere Tätigkeit als die einer Reinigungskraft zu bekommen, sagte sie, sie habe es versucht, doch ihr Alter lasse dies nicht mehr zu. Es spiele keine Rolle, bei wem sie nach Arbeit frage, alle ArbeitgeberInnen hielten Ausschau nach 25- bis 30-jährigen Arbeitskräften. Sie habe sowohl in den Cafés und Restaurants, als auch in den Waren- und Lebensmittelgeschäften versucht, eine Anstellung zu erlangen, habe jedoch überall die gleiche Antwort erhalten: Man wolle junge Arbeitskräfte haben. Die einzige Alternative zu ihrer jetzigen Tätigkeit bestünde für sie darin, als Tellerwäscherin in einem Restaurant zu arbeiten. Sie könne jedoch wegen ihrer Nierenerkrankung diese Tätigkeit nicht ausführen, so bleibe ihr also nur ihre Arbeit als Reinigungskraft und die Nebeneinkünfte übrig.

Samat aus Kirgisistan gab an, er habe sich nach der Ankunft in Moskau zunächst mithilfe einer Firma angemeldet, die mit Aufenthalts- und Arbeitsdokumenten handelte, und habe anschließend seine Arbeit in einem Lebensmittelgeschäft über eine Zeitarbeitsfirma gefunden. Als er diese Arbeitsstelle kurze Zeit später verloren habe, habe er noch am selben Tag eine neue vermittelt bekommen und dort bereits am nächsten Tag angefangen, zu arbei-

ten. Samat und Dinara waren bei der gleichen Zeitarbeitsfirma eingestellt. Während Dinara auf den Erwerb regulärer Arbeitsdokumente verzichtete, erzählte Samat, bei seiner Einstellung sein Vertrauen auf die Agentur gesetzt und mit dem zuständigen Manager in der Filiale vereinbart zu haben, die Agentur möge für ihn eine Arbeitserlaubnis erwerben, deren Kosten er monatlich von seinem Lohn abtragen werde.

Nijaz aus Usbekistan kam bei seiner Ankunft bei seinen Freunden aus der Heimatstadt unter und fand mit ihrer Unterstützung seine erste Arbeit als Reinigungskraft. Er habe bei der Ankunft nicht gewusst, wo er arbeiten werde, habe sich jedoch darüber keine Gedanken gemacht, da man die Arbeit immer vor Ort suche. Nijaz klang jedoch sehr aufgebracht und verbittert, als er von seiner Arbeitssuche berichtete:⁵⁸

Ich könnte hier als Kosmetiker, ich könnte hier als Koch, als Dolmetscher oder Masseur oder Kellner arbeiten. Mein Gott, egal als was! Ich beherrsche die Sprache und kenne die Mentalität der Leute. Ich kenne mich hier perfekt aus. Was will man denn noch mehr? Aber als ich mit meinem Abschlusszeugnis hier zum ersten Mal ankam, fragte ich nach Arbeit, habe einen Lebenslauf und Anschreiben erstellt und sie überall hingeschickt. Dann ging ich zu den Vorstellungsgesprächen, sie sahen mich an und haben gesehen, dass ich kein slawisches Erscheinungsbild habe. Sie sagten zu mir: „Wir dachten am Telefon Sie seien ein Russe.“ Ich fragte Sie: „Wie Russe, wenn mein Name nicht russisch klingt?“ – „Naja, kann ja sein, dass Sie in Usbekistan geboren sind, aber ein Russe sind.“ Dann sagte ich: „Ok, nehmen Sie mich dann oder nicht?“ – „Nein, Entschuldigung, Sie haben den falschen Pass!“ Der Arbeitgeber will doch nur Leute einstellen, die nicht so klug sind, damit man sie maßregeln kann. Und ob es an mir oder an dem System liegt? - Natürlich liegt es am System! Als ob

⁵⁸ Я могу тут и косметологом работать, я могу поваром тут, я могу работать переводчиком тут, я могу тут работать массажистом, я могу тут работать, понимаете, строителем, я могу поработать официантом, я могу работать, господи, кем угодно! Я владею языком, я владею менталитетом, я знаю все, от А до Я. Понимаете, я знаю все, что еще не хватает? Но, я пошел с дипломом, когда я первый раз сюда приехал. Я ходил туда! Я говорил, да возьмите меня на работу! Я стоял, я составлял резюме, я отправлял туда, я что умел, что нет, все писал. Я приезжаю туда, смотрят, не славянская внешность. И говорят, а мы по телефону Вас видели, что Вы, мы думали, что Вы русский. Я говорю, как русский? Если моё имя не то! Ну мало ли что, Вы родились в Узбекистане, а Вы русский человек. Вы так хорошо разговариваете на русском. Я говорю, хорошо! Ну так Вы берете? Говорит, нет, извините, у Вас паспорт не тот! Работодатель хочет взять тех людей, кто не такой уж умный, чтобы его можно было всегда поставить на место. А все что касается эээ меня или система, конечно это система! Неужели я бы не работал тут? Я конечно бы работал! Платил бы налоги! Мне же от этого хорошо! Я бы купил страховку, я бы медицинскую страховку купил. Я бы платил в пенсионку. Но нет, Н Е В О З М О Ж Н О! (. Pause, bis ca. 1 Sek.) Идешь на работу, они тебе показывают вакансии только грузчика, дворника.

ich hier nicht arbeiten wollen würde? - Natürlich würde ich hier gerne arbeiten! Und Steuern zahlen! Das ist doch in meinem Sinne! Ich würde eine Krankenversicherung abschließen können und Rentenabgaben zahlen. Aber nein, U N M Ö G L I C H! (. Pause, bis ca. 1 Sek.) Du gehst auf Arbeitssuche und bekommst nur Stellen als Lagerist oder Hausmeister angeboten.

(Nijaz, visafrei, männlich, aus Usbekistan, Russischkenntnisse, Aufenthaltserlaubnis)

Trotz seiner fließenden Russischkenntnisse und seines vorhandenen Abschlusses aus Usbekistan, fand Nijaz bei seiner Ankunft keine passende Stelle, die ihm zugesagt hätte. Auch direkte Ansprachen und Bewerbungen seien für ihn nicht erfolgreich gewesen. Nijaz sah die Schuld bei den ArbeitgeberInnen liegen, die ihm mit Vorurteilen und Ablehnung begegnet seien. Aufgrund der Notwendigkeit, einer bezahlten Arbeit nachzugehen sowie fehlender regulärer Arbeitsdokumente habe Nijaz seine Suche resigniert aufgegeben und eine Arbeit als Reinigungskraft angenommen, die er mithilfe seiner Freunde problemlos fand.

Doston, ein gelernter Installateur aus Usbekistan, lebte und arbeitete bereits seit 1999 in Moskau. Er sei mit dem Ziel gekommen, genügend Geld für den Hausbau in der Heimat zu verdienen. Er habe seine erste Arbeit auf einem Lebensmittelmarkt mithilfe eines Verwandten gefunden, der bereits dort gearbeitet habe. Er habe zunächst als Gehilfe angefangen, bevor er später als Lagerist gearbeitet habe. Nachdem die Geschäfte seiner ArbeitgeberInnen nicht mehr so gut gelaufen seien, habe er sich nach einer anderen Arbeit umgeschaut und auf einer Baustelle als Facharbeiter zu arbeiten begonnen. Er habe bei russischen und türkischen Baufirmen gearbeitet und schilderte unterschiedliche Erfahrungen bei den Einstellungspraktiken und dem Unterstützungsverhalten seiner bisherigen ArbeitgeberInnen, auf die weiter unten näher eingegangen wird.

Amir aus Afghanistan, der sich zum Zeitpunkt des Interviews im Beantragungsprozess für das Umsiedlungsprogramm des UNHCR bei der kanadischen Botschaft befand, habe bei seiner Ankunft in den 1990er Jahren als fliegender Händler im Hotel Sevastopol gearbeitet. Einige Jahre später habe sein Geschäft nicht mehr genügend Gewinn eingebracht und er habe sich gezwungen gesehen, für einen anderen Händler als Verkäufer und Träger zu

arbeiten. Durch eine leichte Form der Tuberkulose habe er einige Zeit im Krankenhaus verbringen müssen und dadurch seine Arbeitsstelle verloren. Zum Zeitpunkt des Interviews war er arbeitslos. Im Zusammenhang mit der Unsicherheit hinsichtlich seines Antrags bei der kanadischen Botschaft machte ihm seine prekäre Lebenssituation sichtlich zu schaffen. Auf die Frage nach seinem typischen Tag in Moskau sagte er:⁵⁹

Zum jetzigen Zeitpunkt ist es langweiliger und ich bin sehr nervös. Ich habe Panik. Panik über die Zukunft, Panik über alles. Weil alles unklar ist. Arbeit, mein weiteres Leben. Was kommt auf mich zu? Ich gehe in das Hotel Sevastopol. Dort habe ich Freunde. Ich rede mit ihnen. Versuche, eine Arbeit zu finden. Dort ist es jetzt leider auch schwer geworden, eine Arbeit zu finden. Alle wollen reguläre Dokumente von dir sehen. Und wenn du keine hast, dann wollen sie Geld von dir, wenn sie dich einstellen sollen. Und ich habe nur eine Duldung für drei Monate.

(Amir, visapflichtig, männlich, aus Afghanistan, Russischkenntnisse, temporäre Duldung)

Amir sagte, er werde von seinen Freunden finanziell unterstützt, die alle als Verkäufer und Träger arbeiteten. Doch selbst eine Stelle als Träger und Verkäufer könne er nicht mehr über seine Netzwerke bekommen, weil alle LadenbesitzerInnen entweder gültige Aufenthaltsdokumente oder eine Schmiergeldzahlung für die Einstellung verlangten. Amir habe jedoch nur eine temporäre Duldung für die Bearbeitungszeit des Antrages beim FMS besessen, mit der er bei keinem Arbeitgeber und keiner Arbeitgeberin habe Arbeit finden können. Er verließ sich bei seiner Arbeitssuche ausschließlich auf seine sozialen Netzwerke und habe sich nur nach einer Stelle in einer bestimmten Nische umgeschaut. Für ihn schien die Frage der Arbeitssuche nur zweitrangig zu sein, da die noch offenstehende Entscheidung über seinen Antrag beim Umsiedlungsprogramm des UNHCRs für ihn an oberster Stelle stand.

Walid aus Afghanistan lebte seit über zwanzig Jahren in Moskau und schilderte, er habe sich vor Jahren einen russischen Flüchtlingsstatus mithilfe

⁵⁹ На данный момент более скучно и на нервах. Такая паника. Паника насчет будущего, насчет всего. Потому-что нет какой-то точной определенности. Работа, дальнейшая жизнь. Что там будет? Хожу в гостиницу Севастополь. Там друзья. Разговариваю с ними. Пытаюсь найти работу. Там тоже сейчас найти работу трудно. Все требуют документы. А если документов нет, то требуют деньги, чтобы ты мог работать. У меня только ходатайство на ВУ (временное убежище) на три месяца.

informeller staatlicher Strukturen erworben. Nach dem Zerfall der Sowjetunion habe er als fliegender Händler gearbeitet und habe einige Jahre später sein Geschäft im Hotel Sevastopol aufgeben müssen, weil sich die Geschäfte nicht mehr gut entwickelt hätten. Er habe eine Zeitlang als Lagerist und Verkäufer für andere Händler gearbeitet, bevor er dank eines Tipps von einer Freundin seine jetzige Stelle als Dolmetscher bei einer NGO gefunden habe. Walid sprach in seinem Interview den regulären Aufenthaltsdokumenten die entscheidende Bedeutung bei der Arbeitssuche zu. Auf die Frage, welche Probleme ihm in Moskau in den letzten zwanzig Jahren vorrangig in Erinnerung geblieben seien, antwortete er:⁶⁰

Das Hauptproblem waren Dokumente, um hier legal zu leben. Die Unsicherheit.

Rechtliche oder physische?

Rechtliche. Physisch kann ich mich Gott sei Dank selbst verteidigen. ((lacht)) Es ist sehr schwer. Wenn man etwas erreichen will, braucht man immer Geld und Beziehungen. Es ist sehr selten, dass es jemand ausschließlich durch seine Fähigkeiten zu etwas bringt. (. Pause, bis ca. 1 Sek.) Ich hatte ehrlich gesagt Glück, dass ich bei der NGO anfang. Und das auch nur, weil ich schon Dokumente besaß, also, als ich schon einen legalen Status hatte. Wenn ich noch keinen besessen hätte, dann wüsste ich wahrscheinlich bis jetzt nicht, was ich tun würde. (. Pause, bis ca. 1 Sek.)

Und was haben Sie die zwanzig Jahre getan? Wo haben Sie gearbeitet?

Auf den Märkten Sachen verkauft. Dann ging ich bankrott. Es gab mal Zeiten, da hatte ich keinen Cent in der Tasche. Ich habe dann als Träger gearbeitet. Ich verberge das nicht. Ich musste irgendwie überleben und habe dann dort (. Pause, bis ca. 1 Sek.) als Träger gearbeitet. (... Pause, bis ca. 5 Sek.) Inoffiziell, aber gearbeitet.

⁶⁰ Самое главное это были документы, чтобы легально проживать. Незащищённость.

Правовая или физическая?

Правовая. Физически я сам за себя постою слава богу. ((lacht)) Э, это сложно конечно. Чтобы добиться чего-то, нужно э всегда деньги, знакомства. То есть редко, когда действительно чтобы человека вот, по способностям он поднимется. (. Pause, bis ca. 1 Sek.) Мне это с этим кстати повезло, что вот я устроился в НКО. И то когда я получил уже документы, то есть, когда был уже легализован. Если бы не был легализован, то я бы до сих пор наверное не знаю, чтобы делал. (. Pause, bis ca. 1 Sek.)

Чем Вы вообще занимались эти двадцать лет. Где Вы работали?

На рынках там торговал. Потом обанкротился. Было так, что вообще на нулях сидел. Я работал грузчиком. Я этого не скрываю. Ну выжить надо было. И я работал там (. Pause, bis ca. 1 Sek.) грузчиком (... Pause, bis ca. 5 Sek.) неофициально, но работал.

(Walid, visapflichtig, männlich, aus Afghanistan, Russischkenntnisse, Flüchtlingsstatus)

Walid spricht die Abhängigkeit der MigrantInnen von regulären Aufenthaltsdokumenten und den wenigen vorhandenen Arbeitsnischen auf dem Arbeitsmarkt an. Die einzige Möglichkeit „es zu etwas zu bringen“ bestünde darin, über Beziehungen und Geld zu verfügen. Für ihn habe festgestanden, er benötige reguläre Aufenthaltsdokumente, um der Abhängigkeit von bestimmten Arbeitsnischen und schlechter Entlohnung zu entkommen. Dabei spielte für ihn in seinem Interview keine Rolle, ob man diese Dokumente auf formellem oder informellem Weg erhalte.

Doch auch bei Vorhandensein formeller Aufenthaltsdokumente und fließenden Russischkenntnissen gaben einige MigrantInnen an, teils große Problemen bei ihrer Arbeitssuche zu haben.

Nesrin floh mit ihrer Familie als kleines Mädchen aus Afghanistan nach Russland. Sie schloss in Moskau die Schule und Universität ab und gab an, zum Zeitpunkt des Interviews über einen Flüchtlingsstatus zu verfügen. Nesrin habe während ihres Studiums in einem Hochzeitsatelier gearbeitet, in dem sie Hochzeitskleider bestickte. Die Arbeit sei „nicht offiziell“ gewesen und sie und die anderen MitarbeiterInnen hätten monatelang kein Geld erhalten. Da sie im Gegenteil zu den anderen Kolleginnen keine Familie hätte ernähren müssen und sie aufgrund der Unterstützung durch ihre Familie nicht auf diese Arbeit angewiesen gewesen sei, habe sie ein halbes Jahr lang ohne eine Bezahlung durchgehalten – länger als jede andere ihrer Kolleginnen. In ihrem Interview wurde deutlich, warum diese Arbeit für sie so bedeutsam gewesen war, obwohl sie dafür kein Geld erhalten hatte. Auf die Frage, wie ihr typischer Tag und ihre typische Woche in Moskau aussehe, sagte sie:⁶¹

(kurzes Auflachen) Nicht so interessant. ((lacht)) Weil ich wahrscheinlich nicht arbeite. (kurzes Auflachen) Naja, meistens bin ich leider zuhause. So. (. Pause, bis ca. 1

⁶¹ (kurzes Auflachen) Не очень то интересно ((lacht)) Просто наверное потому что я не работаю (kurzes Auflachen) Ну в основном дома вот к сожалению. Вот (. Pause, bis ca. 1 Sek.) Раньше, когда работала волонтером, было как-то интересно. Но всё равно не часто туда ездила. Два раза в неделю, вечером. А так я в основном дома.

Sek.) Früher, als ich als eine Freiwillige gearbeitet habe, war es irgendwie interessant. Ich war jedoch nicht so oft dort. Zwei Mal die Woche, abends. Und sonst bin ich meist zuhause. Ja. (. Pause, bis ca. 1 Sek.)

(Nesrin, visapflichtig, weiblich, aus Afghanistan, Russischkenntnisse, Flüchtlingsstatus)

Nesrin war sichtlich niedergeschlagen und erzählte mit Wehmut, sie könne nicht arbeiten gehen, habe keine sozialen Kontakte und bleibe die meiste Zeit zuhause. Ihre Versuche, eine Arbeitsstelle zu finden, seien trotz ihrer Russischkenntnisse, eines in Russland abgeschlossenen Studiums und ihres regulären Flüchtlingsstatus stets erfolglos gewesen. Sie wohne bei ihrer Schwester, die sie finanziell unterstütze, was Nesrin sichtlich unangenehm war. Das Thema Arbeitssuche beschäftigte sie außerordentlich stark. Sie nutzte knappe zwanzig Minuten des Interviews, um von ihrer Erfahrung und der Erfahrung ihrer Schwester bei der Arbeitssuche zu erzählen und über die Frage der Unwissenheit und Unwilligkeit russischer ArbeitgeberInnen, sich mit der Frage der Einstellungen von Personen mit einem Flüchtlingsstatus auseinanderzusetzen. Sie habe sich bei einer Firma beworben und habe beim Bewerbungsgespräch alle erforderlichen Unterlagen für die Einstellung mitgebracht. Ihr Arbeits- und Gesundheitsbuch seien samt ihrer Flüchtlingsbescheinigung eingescannt und in die Personalabteilung geschickt worden. Diese habe ihr jedoch mitgeteilt, Nesrin benötige eine Arbeitserlaubnis, da sie ja eine ausländische Staatsbürgerin sei. Auf die Nachfrage, warum sie mit einem gültigen Flüchtlingsstatus zusätzlich eine Arbeitserlaubnis brauche, erläuterte sie:⁶²

Ja, ich bin keine Ausländerin. Ich besitze doch den Flüchtlingsstatus, der mir eine offizielle Arbeitserlaubnis garantiert. (. Pause, bis ca. 1 Sek.) Sie sagten jedoch, ich benötige eine Arbeitserlaubnis. Na ja. Ich sagte ok, wenn es notwendig ist, dann gehe ich zum FMS und werde von dort Dokumente mitbringen, die es belegen, dass ich keine Arbeitserlaubnis brauche. Das habe ich auch gemacht. Ich bin hingefahren,

⁶² Но это не считается же, что я иностранная гражданка, потому что у меня статус беженца, который гарантирует мне официальное разрешение на работу. (. Pause, bis ca. 1 Sek.) Но они вот сказали что нужно разрешение на работу. Ну я вот сходила, сказала, ладно, поеду. Если нужно, значит поеду в ФМС, взяла там документы, где стоит, что да, мне не нужно разрешение. Мне там даже подчеркнули фломастером, что вот здесь написано, что Вам не нужно разрешение на работу. Принесла, прочитали и всё равно не взяли меня на работу ((lacht)) На самом деле они не хотят брать, потому что это что-то новое и заморочки и там всё надо узнавать и всё проверить, это же ответственность.

habe die Unterlagen mitgenommen und ihnen vorbeigebracht. Beim FMS haben sie mir sogar mit dem Marker unterstrichen, dass ich keine Arbeitserlaubnis brauche. Dann brachte ich die Dokumente zurück in die Firma. Sie haben sie durchgelesen und mich trotzdem nicht eingestellt ((lacht)). Faktisch wollen sie dich nicht einstellen, weil es etwas Neues für sie ist, man müsste sich erkundigen und überprüfen, ob die Angaben stimmen und das bedeutet, Verantwortung dafür zu übernehmen.

Nesrin schien sehr angespannt und niedergeschmettert zu sein. Sie lachte häufig erzwungen in ihrem Interview, was diesen Eindruck verstärkte:⁶³

Ja, sie sagten zu mir, wissen Sie, lassen wir das lieber. ((lacht))

Also stellten sie Sie nicht ein, weil sie die Dokumente nicht kennen?

Ja, ja. Na ja, manchmal ist es einfach absurd. Eigentlich ist es lustig. Es ist sowohl zum Lachen, als auch zum Weinen ((lacht)). Ist doch alles eigentlich gesetzeskonform. Alles ist in Ordnung. Sie stellen dich aber trotzdem nicht ein. (. Pause, bis ca. 1 Sek.) Ich war schon häufig bei unterschiedlichen Firmen und jedes Mal sagten sie, dass sie das Dokument nicht kennen würden. Meist sagten sie, sie suchten jemanden mit einer Staatsbürgerschaft, nur um dich schnell loszuwerden. Sie nehmen nur Menschen mit einer Staatsbürgerschaft. Ende der Diskussion! Ich darf laut dem Gesetz arbeiten, da ich aber über keine Staatsbürgerschaft verfüge, lehnen sie mich jedoch ab.

Ihre Resignation in Bezug auf die Arbeitssuche und ihre Wahrnehmung der Unwilligkeit der Arbeitgeber, sie einzustellen, lasteten sichtlich schwer auf ihr. Das Fazit aus ihren Bemühungen um eine Arbeitsstelle stand für sie fest:

An der Uni wurde ich nur eingestellt, naja nicht ohne Probleme, aber in der Bibliothek und als Assistentin, weil es dort ((lacht)) naja, ich weiß nicht wie man das sagen soll ((lacht)) naja, weil ich dort die Universität abgeschlossen habe und entsprechend loyal war. Und wenn man dich nicht kennt, will man keine zusätzlichen Probleme oder sich die Arbeit aufbürden. Und deswegen sagten sie, nur die Staatsbürgerschaft. (... Pause, bis ca. 5 Sek.)

⁶³ То есть это незнание законодательства работодателем.

Да, они мне сказали, знаете, давайте лучше оставим это ((lacht))

То есть не берут, потому что не знают?

Да, да. Вот иногда просто до абсурдности это на самом деле доходит. И смеяться и плакать хочется. ((lacht)) Вроде всё как по закону, нормально. Но, не берут. (. Pause, bis ca. 1 Sek.) Я часто ходила в разные места и то так то сяк, мне говорили, что документ как бы не знают. В основном говорят, что нам вот просто гражданство нужно, чтобы побыстрее отвязаться. Мы берём только с гражданством. Всё! Соответственно по закону имею право работать, но так как гражданства нет, то соответственно нет.

(Nesrin, visapflichtig, weiblich, aus Afghanistan, Russischkenntnisse, Flüchtlingsstatus)

Für Nesrin stand fest, dass man auch mit regulären Aufenthaltspapieren eine reguläre Arbeit nur dann fände, wenn man gute Beziehungen zum potentiellen Arbeitgeber vorweisen könne oder wie im Fall ihrer Schwester mit viel Glück und nach einer sehr langen und beschwerlichen Suche.

MigrantInnen aus afrikanischen Ländern schilderten in ihren Interviews, eine Arbeit in Moskau über ihre regionalen sozialen Netzwerke und VermittlerInnen gefunden zu haben. Die meisten MigrantInnen aus dieser Region gaben an, sie hätten keine Familienangehörigen oder Freunde in Russland gehabt, die sie bei der Ankunft hätten unterstützen können. VermittlerInnen aus der gleichen Herkunftsregion seien für die Neuankömmlinge daher die einzigen Ansprechpartner bei ihrer Arbeitssuche gewesen. Fast ausschließlich handelte es sich bei ihren Arbeitsmöglichkeiten um eine Tätigkeit als FlyerverteilerIn.

Aleeke von der Elfenbeinküste erzählte, er habe nach drei Wochen Aufenthalt in Moskau angefangen, als Flyerverteiler zu arbeiten. Der Hauptmieter der Wohnung, in der er seinen Schlafplatz hatte, habe Verbindungen zu dem Chef einer Werbefirma unterhalten, die sich auf die Verteilung von Werbeflyern spezialisiert hatte und vermittelte seine UntermieterInnen an die Firma, damit sie ihm über ihre Verdienste die Miete zahlen konnten. Aleeke erzählte, er habe dem Hauptmieter keine Vermittlungsgebühr zahlen müssen und sei erleichtert darüber gewesen, da er gewusst habe, dass seine Bekannten normalerweise dafür zu zahlen hätten.

In den meisten Fällen schilderten die afrikanischen MigrantInnen, sie hätten ihre Arbeit als FlyerverteilerInnen entweder über MitbewohnerInnen in den Wohnungen oder andere AfrikanerInnen, die sie in Moskau kennenlernten, gefunden. Für die Vermittlung dieser Tätigkeiten hätten sie ihren Erzählungen nach fast immer zahlen müssen.

Markus von der Elfenbeinküste schilderte, seine Arbeit über seine MitbewohnerInnen gefunden zu haben. Er beklagte sich dabei über die Beziehungen untereinander: In Moskau müsse man für alles zahlen. Wenn jemand

für einen eine Arbeit finde, müsse man von jeden 1.000 Rubel, die man verdiene, 300 an die Person zahlen, die einen vermittelt habe. Es gebe nur wenige alteingesessene MigrantInnen, die Russisch sprechen würden. Sie stünden mit den Inhabern dieser Werbefirmen in Kontakt. Jeder Neuankömmling habe deren Telefonnummern in seinem Handy gespeichert. Man rufe sie an und sie vermittelten einem gegen eine Zahlung die Arbeit in einer dieser Firmen.

Peter aus der Demokratischen Republik Kongo erzählte, er lebe seit über zehn Jahren in Moskau. Zum Zeitpunkt des Interviews habe er die russische Aufenthaltserlaubnis besessen, die er durch eine Scheinehe mit einer Russin erlangt habe. Er sprach Russisch und hätte durch seine Aufenthaltserlaubnis einer regulären Tätigkeit nachgehen können. Auf die Frage, wo er in den letzten zehn Jahren gearbeitet habe, antwortete er jedoch:⁶⁴

Überwiegend als Flyerverteiler und Kurier. Es gibt keine andere Arbeit, ja. (. Pause, bis ca. 1 Sek.) Bis jetzt ist es so.

(Peter, visapflichtig, männlich, aus der Demokratischen Republik Kongo, Russischkenntnisse, Aufenthaltserlaubnis)

Er schilderte weiterhin, er vermittle die Arbeit als FlyerverteilerIn auch an Neuankömmlinge und vermiete an sie darüber hinaus Schlafplätze in seiner angemieteten Wohnung. Das erwirtschaftete Einkommen aus seiner Tätigkeit und der Untervermietung erlaube ihm *„ab und zu ein Bier zu trinken, eine Frau zum Essen auszuführen und meine Verwandte in der Demokratischen Republik Kongo finanziell zu unterstützen.“*

Prinzipiell stand die Arbeit als VerteilerIn von Werbeflyern beiden Geschlechtern offen, wie in den Interviews deutlich wurde. Migrantinnen aus den afrikanischen Ländern gaben jedoch an, relativ selten dieser Art der Beschäftigung nachzugehen. Diese Nische schien fast ausschließlich von Migranten besetzt zu sein. Auch im Allgemeinen schilderten die Migrantinnen aus den afrikanischen Ländern von sehr wenigen verfügbaren Beschäftigungsmöglichkeiten. Einige wenige Migrantinnen gaben an, sie hätten Arbeit als Babysitterin oder Reinigungskraft bei privaten frankophonen Haushalten gefun-

⁶⁴ В большинстве своем в рекламе и курьером. Больше нету работы, да (. Pause, bis ca. 1 Sek.) пока только вот так.

den. Ivie aus Kamerun führte auf die Frage, ob es schwer sei, eine Arbeit zu finden, aus:

Yes. My big brother help me. One girl come here in Moscow, people give her my number, so she can call me. I start work with her, she is working in ambassad, come here to Moscow. She gave me a number for parents. Now I start work with her. French girl. She work in ambassad. If you in Russia, you look for work.

What kind of jobs are available for

(fällt ins Wort) Babysitting и все! (Anm. Rus. Das ist alles) (. Pause, bis ca. 1 Sek.)
You need only take care of home. More they don't give us! Only French girl accept that, Russians don't give us work!

(Ivie, visapflichtig, weiblich, aus Kamerun, keine Russischkenntnisse, Visum abgelaufen, keine regulären Aufenthaltsdokumente)

Ivie sprach dem Problem der Arbeitssuche und der stark eingeschränkten Tätigkeitsmöglichkeiten eine große Bedeutung zu. Sie fiel bei der Frage nach möglichen Arbeitsstellen sogar ins Wort, was die emotionale Bedeutung dieses Themas für sie unterstrich. Sie fand ihre Arbeit über einen „Big Brother“ – einen Vermittler, der sie mit einer Mitarbeiterin der französischen Botschaft zusammenbrachte, über die ihr eine Arbeit bei den Familien französischer Botschaftsangehöriger vermittelt wurde. Auch wenn sie mehrere Monate im Jahr nicht arbeiten könne, wenn die Familien in Urlaub führen, sei sie glücklich, diese Arbeit überhaupt gefunden zu haben. Sie erzählte, sie habe ihre beiden Kinder der Obhut ihrer Eltern überlassen und sei durch ihren Verdienst als Babysitterin und Reinigungskraft sogar in der Lage gewesen, ihre Familie in der Heimat finanziell zu unterstützen.

Eine weitere Möglichkeit der Arbeitssuche stellten Kontakte über kirchliche Gemeinden dar. Manila von den Philippinen erzählte, sie habe nach ihrer Ankunft online nach einer baptistischen Gemeinde gesucht und sei mit ihren Kindern zum Gottesdienst gegangen. Nach dem Gottesdienst habe sie den Pastor und seine Frau bzw. andere Philippinerinnen, die auch an dem Gottesdienst teilnahmen, um Hilfe bei der Arbeits- und Unterkunftssuche gebeten. Sie hätten ihr noch am gleichen Tag einen bezahlbaren Schlafplatz und innerhalb einer Woche Arbeit organisiert. Ihr sei eine Arbeit als private Physiotherapeutin bei englischsprachigen Kundinnen vermittelt worden.

Durch ihre Ausbildung als Physiotherapeutin und mit der Unterstützung der baptistischen Gemeinde gelang es ihr, ein finanzielles Auskommen für sich und die eigenen Kinder zu erreichen.

Aufgrund gänzlich fehlender sozialstaatlicher Transferleistungen und nur sehr weniger kirchlicher und nichtstaatlicher Hilfsorganisationen waren MigrantInnen gezwungen, ihren Lebensunterhalt in Russland fast ausschließlich durch eigene Arbeit zu bestreiten. Dabei zeigte sich in den Interviews, dass sie oft in nur wenigen Arbeitsnischen eine Beschäftigung fanden.

MigrantInnen verließen sich bei ihrer Arbeitssuche fast ausschließlich auf soziale Netzwerke und VermittlerInnen bzw. fanden in einigen Fällen auch mithilfe kirchlicher Gemeinden oder Nichtregierungsorganisationen eine Arbeit. Vorhandene reguläre Aufenthalts- und Arbeitsdokumente wurden dabei immer häufiger von den ArbeitgeberInnen verlangt, stellten jedoch nicht immer den Garant einer regulären Beschäftigung dar.

Einstellungspraktiken der Arbeitgeber und Einstellungsstrategien von MigrantInnen

Die Einstellungspraktiken der ArbeitgeberInnen unterschieden sich in Moskau entsprechend der jeweiligen Einreiseregime der MigrantInnen und nutzten den Gestaltungsspielraum, den ihnen die Gesetzgebung jeweils bot. Im Fall von MigrantInnen aus Ländern mit visafreien Einreiseregimen waren die russischen Migrations- und Arbeitsgesetze zu formellen Möglichkeiten der Arbeitsaufnahme am weitesten ausgearbeitet. Für die Gruppe von MigrantInnen aus Ländern mit visafreien Einreiseregimen existierte die Möglichkeit der Arbeitsaufnahme mit einer Arbeitserlaubnis, einem Arbeitspatent oder in dem Fall, dass eine Person über die russische Aufenthaltserlaubnis oder Staatsbürgerschaft verfügte. Sie hatten darüber hinaus die Möglichkeit, sich über eine Zeitarbeitsfirma einstellen zu lassen, die sich auf die Vermittlung ausländischer Arbeitskräfte spezialisiert hatte.

Verfügten MigrantInnen über die russische Staatsbürgerschaft oder eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis, befanden sie sich gegenüber anderen MigrantInnen in einer sehr privilegierten Position bei der Arbeitssuche und Einstellung. Als russische Staatsbürger kamen sie in den Genuss aller Vorteile

einer regulären Einstellung, wobei es für die Arbeitgeber vollkommen irrelevant war, wie sie ihre Aufenthaltserlaubnis oder russische Staatsbürgerschaft erlangt hatten, wie im Folgenden anhand von Interviewbeispielen gezeigt wird.

Madina aus Kirgisistan kam 2006 auf Einladung ihrer Schwester nach Moskau, weil das Leben in der Heimat sehr schwer gewesen sei und sie dort keine Arbeit gefunden habe. Ihre Schwester habe ihr eine Arbeit als Reinigungskraft vermitteln können. Gearbeitet habe sie von neun Uhr abends bis neun Uhr morgens ohne freie Tage und dabei 9.000 Rubel verdient (rund 265 Euro nach dem damaligen Umtauschkurs). Madina habe ihre Staatsbürgerschaft in Nowosibirsk erworben, als es für kirgisische StaatsbürgerInnen noch auf vereinfachte Art und Weise möglich war. Seit dem Erhalt ihrer Staatsbürgerschaft arbeite sie als Verkäuferin in Lebensmittelgeschäften und verdiene dabei viel mehr als früher in ihrer Stellung als Reinigungskraft. Sie habe immer einen schriftlichen Arbeitsvertrag erhalten, alle Versicherungs- und Rentenbeiträge würden für sie abgeführt und sie habe bereits ein Haus in Kirgisistan kaufen können. Ihre Arbeitgeber hätte dabei überhaupt nicht interessiert, wie sie zu ihrer Staatsbürgerschaft gekommen sei. Madina zeigte sich über die Entscheidung über den Erwerb der Staatsbürgerschaft sehr froh und betonte, dieser habe sich längst für sie ausgezahlt.

Die meisten der interviewten MigrantInnen verfügten jedoch nicht über die russische Staatsbürgerschaft. Sie besaßen eine Arbeitserlaubnis, ein Arbeitspatent oder wiesen keine regulären Aufenthalts- bzw. Arbeitsdokumente aus, die ihnen eine reguläre Arbeitsaufnahme erlaubt hätten. Diese MigrantInnen schilderten in ihren Interviews unterschiedliche Erfahrungen bei der Arbeitseinstellung. Einige interviewte MigrantInnen berichteten von ordentlichen schriftlichen Arbeitsverträgen, die sie aufgrund ihrer vorhandenen Arbeitserlaubnis mit ihren ArbeitgeberInnen abgeschlossen hatten. Andere sprachen von mündlichen Vereinbarungen und von der Arbeit bei Zeitarbeitsfirmen, die häufig flexible Modelle zur Beschäftigung von MigrantInnen anboten.

Almaz aus Kirgisistan arbeitete seit sieben Jahren als Koch und seit vier Jahren als Chefkoch in drei koreanischen Restaurants und besaß zum Zeit-

punkt des Interviews eine Arbeitserlaubnis. Er habe eine Kochlehre in Kirgisistan absolviert und sei nach Moskau auf Einladung von entfernten Verwandten, die für ihn eine Arbeitsstelle in einem japanischen Restaurant gefunden hätten, gekommen. Er habe bei der Ankunft eine Arbeitserlaubnis und eine Anmeldung erworben, die er innerhalb von zwei Wochen erhalten habe, und nach einigen Wochen die Stelle als Koch angetreten. Während seiner Arbeit im japanischen Restaurant habe er koreanische Geschäftsleute kennengelernt. Als das Restaurant, in dem er gearbeitet habe, verkauft worden sei und der neue Besitzer nur „*Personen mit slawischen Erscheinungsbild*“ hätte beschäftigen wollen, habe er diese Geschäftsleute kontaktiert, die gerade im Begriff waren, koreanische Restaurants in Moskau zu eröffnen. Sie hätten ihn sofort als Chefkoch festangestellt und ihn seitdem stets gefördert.

Bahtijar aus Kirgisistan erzählte von seinen unterschiedlichen Erfahrungen in Bezug auf die Einstellungspraktiken der ArbeitgeberInnen. Bevor er 2011 für ein Jahr in seine Heimat zurückkehrte, um bei seiner Familie zu sein, habe er als Promoter in einem Lebensmittelladen gearbeitet und habe eine gute Beziehung zu der Leiterin des Ladens, die ihn gerne behalten hätte, aufgebaut. Als er 2012 nach Moskau zurückgekommen sei, habe er nicht mehr im gleichen Beruf und Geschäft arbeiten können. Die Leiterin des Lebensmittelladens habe nicht mehr dort gearbeitet und er über keine Arbeitserlaubnis verfügt. Er habe in mehreren Lebensmittelläden versucht, eine Anstellung zu bekommen, doch da er nur eine Anmeldung hätte vorweisen können, sei er überall abgelehnt worden. Er habe zunächst versucht, mit dem russischen Pass einer anderen Person in einem Lebensmittelladen zu arbeiten, dies sei jedoch bereits nach zwei Wochen aufgefallen und er sei dort gekündigt worden. Für den Erwerb einer einjährigen Arbeitserlaubnis müsse man 30.000 Rubel (rund 750 Euro) bezahlen, die er nicht habe. Schließlich habe er von seinem Nachbarn aus der Heimat einen Tipp bekommen, er solle sich in einer Zeitarbeitsfirma bewerben. Er habe sich dorthin gewandt und mit den Angestellten der Firma, die alle Usbeken gewesen seien, gesprochen. Sie hätten ihn eingestellt, obwohl er keine gültigen Arbeitsdokumente habe vorweisen können. Mehr noch, sie hätten ihm nahege-

legt, er möge sich bitte zunächst eine gefälschte Arbeitserlaubnis kaufen und hätte drei Monate Zeit, eine reguläre Arbeitserlaubnis zu erwerben. Da aufgrund der fehlenden Arbeitserlaubnis sein monatlicher Verdienst bei nur 15.000 Rubel (rund 375 Euro) gelegen habe, habe er kein Geld für eine Arbeitserlaubnis ansparen können. Zum Zeitpunkt des Interviews sei er ins Moskauer Gebiet umgezogen und arbeite dort in einem Lebensmittelladen als Lagerist. Wie in Kapitel 5.1 beschrieben, habe er mit der Leiterin des Geschäfts eine Vereinbarung geschlossen, sie werde ihm beim Erwerb einer Arbeitserlaubnis behilflich sein, sobald wieder Arbeitsquoten freigegeben würden. In der Zwischenzeit habe er sich im Moskauer Gebiet angemeldet und habe ein Arbeitspatent beim FMS erworben. Die Leiterin des Geschäfts unterstütze ihn. So habe sie sich eingeschaltet, als ein Abschnittsbevollmächtigter der Polizei Bahtijar in ihrem Laden kontrollieren wollte und habe die Kontrolle abwenden können. Sie habe ihn des Weiteren instruiert, er möge bei solchen Vorfällen in Zukunft angeben, er gehe einem Nebenerwerb nach und die BeamtenInnen ansonsten gleich zu ihr schicken. Bahtijar bekräftigte in seinem Interview, er schenke der Leiterin des Lebensmittelladens sein vollstes Vertrauen. Er zeigte sich über die Arbeitsstelle sehr zufrieden und blickte positiv in die Zukunft.

Nijaz aus Usbekistan schilderte in seinem Interview die Erfahrung seiner Mutter bei der Erlangung einer Arbeitserlaubnis mithilfe ihres Arbeitgebers. Sie habe bei einem Arbeitgeber als Putzfrau begonnen zu arbeiten und mit diesem verabredet, dass er für sie eine Arbeitserlaubnis erwerbe, für deren Kostendeckung ihr drei Monatslöhne abgezogen würden. Weiterhin erzählte er von seiner und der Erfahrung der meisten seiner Verwandten und Freunde, mithilfe eines fremden russischen Passes einer Arbeit nachgegangen zu sein.⁶⁵

⁶⁵ Вот мы, я и мой дядя тут работали. Работодатели что делают? Берут русских людей. Я к Вам прихожу. Вас зовут допустим Вася, да? Я прихожу скажу, дядя Вася. Я хочу работать. Вы не работаете, да? Что Вы делаете? Вам надо стаж, да? Я вместо Вас, на Ваше имя оформляюсь на работу, за Вас работаю. Стаж Вы получаете, а работодатель половину зарплаты берет, а половину зарплаты мне отдается. Это сейчас я Вам скажу в моде. Из моих 20 друзей, 18 так работают сейчас. Вы получаете стаж, а работодатель из 30 тысяч берет 15 тысяч себе на карман, а 15 тысяч узбеку платит.

Wir, also mein Onkel und ich, haben hier gearbeitet. Was machen die Arbeitgeber heutzutage? Sie stellen nur russische Personen ein. Sie heißen zum Beispiel Onkel Vasya. Ich komme zu Ihnen und sage Ihnen, dass ich arbeiten möchte. Und Sie arbeiten nicht, ja? Was machen Sie? Sie brauchen ja Berufsjahre. Also fange ich an Ihrer Stelle und unter Ihrem Namen an zu arbeiten. Sie sammeln Ihre Berufsjahre, der Arbeitgeber nimmt sich von dem Gehalt die Hälfte und die andere Hälfte bekomme ich. Das ist jetzt sehr beliebt. Von meinen zwanzig Freunden arbeiten achtzehn nach diesem Prinzip. Sie bekommen die Berufserfahrung, der Arbeitgeber steckt sich von den 30.000 Rubel 15.000 in die eigene Tasche und fünfzehn bekommt dann der Usbeke.

(Nijaz, visafrei, männlich, aus Usbekistan, Russischkenntnisse, Aufenthaltserlaubnis)

Im Gegenteil zu Bahtijar einigten Nijaz, seine Freunde und Verwandten sich direkt mit den ArbeitgeberInnen über die Möglichkeit, unter der Identität eines fremden Passes zu arbeiten. Sie betonten, damit keine Probleme gehabt zu haben, da ihre ArbeitgeberInnen und der Personen mit den russischen Pässen davon persönlich und maßgeblich profitiert hätten.

Er beklagte sich im Interview jedoch darüber, er habe bei seiner Arbeitssuche von den VermittlerInnen zum einen nur Arbeitsangebote als Lagerist oder Hausmeister bekommen und zum anderen:⁶⁶

muss man ihnen dafür Bestechungsgelder zahlen.

Inwiefern Bestechungsgelder? Wofür? Damit man eine ausbildungskonforme Arbeitsstelle bekommt oder damit man überhaupt eine Arbeitsstelle bekommt?

ÜBERHAUPT! Was für eine ausbildungskonforme Stelle! Sie müssen den Vermittlern Geld zahlen, damit man Sie überhaupt einstellt! (. Pause, bis ca. 1 Sek.) Man sucht Ihnen einen Arbeitgeber. Dann arbeitest du einen Monat ohne Bezahlung (. Pause,

⁶⁶ Опять же ты должен давать им взятки.

А взятку в смысле как? Взятку давать для чего? Чтобы устроили на работу по профессии или вообще чтобы устроили на работу?

Да ВООБЩЕ! Какой по профессии! Да, чтобы устроиться на работу, Вы должны заплатить деньги! (. Pause, bis ca. 1 Sek.) Вам найдут работодателя. А потом ты работаешь, работаешь (. Pause, bis ca. 1 Sek.) испытательный срок тебе говорят месяц. Ты работаешь, через месяц тебя увольняют, Вы, говорят, нам не подходите! И ВСЕ! Ты к кому пойдешь? Что скажешь? КОМУ скажешь? Понимаете Пауль? Вот понимаете, Вы работаете целый месяц, прикиньте? Вот сейчас Вы работаете, приехали в Россию, бросили семью, свой дом и Вам говорят, а мы тебя не знаем! (... Pause, bis ca. 5 Sek.) Ну Вы как-то можете еще через суд, там какой-то договор наверное был, ааа нас там даже по договору не возьмут, а даже если какой то договор возьмут, а они возьмут, порвут и говорят нет никакой договор, мы Вас, мы тебя вообще не знаем! Вот и все.

bis ca. 1 Sek.) auf Probe. Und dann nach Ablauf eines Monats wirst du gekündigt. Sie sagen dir, Sie passen nicht zu uns! UND DAS WAR'S! Wo willst du denn hin und dich beschweren? Bei wem beschweren? Verstehen Sie Paul, Sie kommen nach Russland, lassen Ihre Familie, Ihr Zuhause zurück und man sagt zu Ihnen, wir kennen dich nicht! (... Pause, bis ca. 5 Sek.) Naja, Sie könnten das vielleicht gerichtlich anfechten, weil Sie wahrscheinlich irgendeinen schriftlichen Vertrag hätten. Und wir bekommen keine Verträge und wenn es welche gäbe, dann würden sie sie zerreißen und sagen, wir haben keinen Vertrag mit dir, wir kennen dich überhaupt nicht! So ist das.

(Nijaz, visafrei, männlich, aus Usbekistan, Russischkenntnisse, Aufenthaltserlaubnis)

Nijaz ging in seinem Interview mehrmals auf die Weigerung der ArbeitgeberInnen ein, mit MigrantInnen schriftliche Arbeitsverträge abzuschließen. Diese Weigerung korrespondierte seiner Meinung nach mit dem betrügerischen Verhalten vieler ArbeitgeberInnen und resultierte in Ausbeutung und Lohnbetrug von MigrantInnen, auf die weiter unten konkreter eingegangen wird.

Samat aus Kirgisistan schilderte ähnliche Erfahrungen. Er sei während seiner ersten Ankunft in Moskau bei einer Zeitarbeitsfirma angestellt gewesen und an Lebensmittelläden vermittelt worden. Er habe diesen Weg gewählt, weil die Firma ihm versprochen habe, für ihn eine Arbeitserlaubnis zu erwerben, die er innerhalb weniger Monate von seinem Gehalt würde abzahlen können. Er gab sehr verbittert an, all diese Firmen seien „*Betrüger und Abzocker*“. Er habe fünf Monate für die Firma gearbeitet und jeden Monat seien zwei Drittel seines Gehaltes für die Arbeitserlaubnis einbehalten worden. Als er schließlich seine Geduld verloren und gekündigt habe, sei er in die Hauptzentrale der Zeitarbeitsfirma gefahren und habe seine Arbeitserlaubnis verlangt. Er habe von der Managerin jedoch die Antwort erhalten, er sei überhaupt nicht als Angestellter bei ihnen geführt. Auch bei seiner nächsten Anstellung als Hausmeister bei einer Wohnungsgenossenschaft habe er keinen schriftlichen Arbeitsvertrag erhalten und habe 3.000 Rubel für den Erwerb einer Arbeitserlaubnis zahlen müssen, die er wiederum nie zu Gesicht bekommen habe.

MigrantInnen aus den Ländern mit visapflichtigen Einreiseregimen erzählten in ihren Interviews von Problemen bei der Arbeitssuche und Anstellung in Russland, die meist auf die fehlende gesetzliche Möglichkeit zurückzuführen war, dass diese Personen eine Arbeitserlaubnis erwerben konnten. Sofern es sich bei den MigrantInnen nicht um hochqualifizierte Fachkräfte handelte, die mit einer entsprechenden Einladung eines/einer ArbeitgeberIn einreisten, bestand für sie gesetzlich nur dann die Möglichkeit, einer regulären Tätigkeit nachzugehen, wenn sie über eine russische Aufenthaltserlaubnis, einen Flüchtlingsstatus oder eine Duldung verfügten. Einige der befragten MigrantInnen berichteten allerdings trotz vorhandenen Flüchtlings- oder Duldungsstatus von Schwierigkeiten bei der Arbeitssuche, wie in den Beispielen von Nesrin und Amir aus Afghanistan weiter oben demonstriert wurde.

Tarek aus Syrien, der sich im Besitz einer Duldung befand, erzählte, er habe mithilfe sozialer Netzwerke eine reguläre Arbeit als Leiter eines Geschäftes mit orientalischen Süßigkeiten gefunden. Er habe sich an die verzweigten arabischen Netzwerke in Moskau gewandt, sich in den meisten Restaurants und Ausgehlokalen umgesehen, in denen sich viele Araber in Moskau aufhielten, und habe dort einige Personen bezüglich einer Arbeit angesprochen. Er habe danach für einige Zeit Moskau verlassen und sei in eine andere Region gezogen, um sich die Miete für die Bearbeitungsdauer des Duldungsantrages zu sparen. Während dieser Zeit habe er mit einem von einer NGO angebotenen russischen Sprachkurs begonnen. Nachdem er schließlich eine Duldung erhalten hatte, wurde er einige Wochen nach dem Interview regulär als Verkaufsleiter angestellt. Das Beispiel von Tarek zeigt, dass MigrantInnen oft auf informelle staatliche Strukturen angewiesen waren, um durch Zahlung von Bestechungsgeldern zu regulären Aufenthalts- und Arbeitsdokumenten zu gelangen und anschließend über Beziehungen und soziale Netzwerke nach einer Arbeit zu suchen.

MigrantInnen aus den Ländern mit visapflichtigen Einreiseregimen, die über keine Aufenthaltsdokumente verfügten, hatten es besonders schwer auf dem Moskauer Arbeitsmarkt. Sie schilderten in den Interviews, ausschließlich Tätigkeiten nachzugehen, die auf mündlichen Vereinbarungen mit ihren Ar-

beitgeberInnen basierten und in nur wenigen Arbeitsnischen angesiedelt waren.

Markus aus der Elfenbeinküste schilderte, er arbeite als Flyerverteiler ohne einen schriftlichen Arbeitsvertrag und habe mit seinem Chef eine mündliche Vereinbarung getroffen, er solle ihn anrufen, wenn es irgendwelche Probleme mit der Polizei gebe, sein Chef werde versuchen, diese zu lösen. Markus führte jedoch weiter aus, nur wenn jemand ein wenig Russisch spreche, habe man die Chance, sich mit den PolizistInnen zu einigen. Anderenfalls werde einem alles weggenommen, was man bei sich habe. Viele der zu verteilenden Flyer beinhalteten Werbung für Prostituierte; das Verteilen solcher Flyer stellte laut russischem Recht eine strafbare Handlung dar. Neben fehlenden Aufenthaltsdokumenten bei der Kontrolle bot diese strafbare Handlung PolizeibeamtInnen einen weiteren Grund für die Möglichkeit, Markus zu Geldzahlungen zu erpressen. Markus' Aussage demonstriert die prekäre Situation von MigrantInnen, die aufgrund fehlender regulärer Dokumente auf wenige vorhandene Arbeitsstellen als FlyerverteilerIn ohne schriftlichen Arbeitsvertrag angewiesen waren. Dies konnte wie in dem Fall von Markus dazu führen, dass die Verantwortung für die Interaktionen mit den PolizeibeamtInnen wegen bspw. illegaler Inhalte der Flyer auf die MigrantInnen übertragen wurde.

Wie oben ausgeführt wurde, hing eine reguläre Einstellung in erster Linie von der Ausstattung der MigrantInnen mit regulären Aufenthalts- und Arbeitsdokumenten ab. Die MigrantInnen mit einer russischen Staatsbürgerschaft oder einer Aufenthaltserlaubnis gaben meist an, über reguläre Arbeitsverhältnisse und schriftliche Arbeitsverträge zu verfügen.

Wenige bis gänzlich fehlende Arbeitsplatzalternativen und die nicht gegebene Möglichkeit einer regulären Beschäftigung waren für die meisten befragten MigrantInnen in Moskau jedoch die Regel. Einige der interviewten MigrantInnen beschrieben unterstützendes Verhalten der ArbeitgeberInnen bei der Einstellung, Schutz vor Kontrollen am Arbeitsplatz und bei der Dokumentenerlangung. Dabei bedienten sich die ArbeitgeberInnen meist ebenfalls informeller Praktiken, wie die Beispiele von Bahtijar, Almaz, Samat, Doston, Anarbek und anderen zeigen. Die Weigerung der meisten ArbeitgeberInnen,

Personen ohne russische Aufenthaltserlaubnis oder Staatsbürgerschaft schriftliche Verträge anzubieten, eröffnete ihnen die Möglichkeit zu Ausbeutung und Lohnbetrug von MigrantInnen. Je weniger MigrantInnen mit regulären Aufenthalts- oder Arbeitsdokumenten ausgestattet waren, umso höher war das Risiko ihrer Ausbeutung oder des Erlebens von Lohnbetrug. MigrantInnen aus den Ländern mit visafreien Einreiseregimen standen aufgrund ihrer gesetzlich geregelten Möglichkeiten der formalen Erlangung einer Arbeitserlaubnis oder eines Arbeitspatentes daher mehr Beschäftigungsoptionen zur Verfügung als MigrantInnen aus den Ländern mit visapflichtigen Einreiseregimen. Verfügten MigrantInnen über keine regulären Dokumente, waren sie auf das Wohlwollen der ArbeitgeberInnen angewiesen und hatten in Fällen von Betrug und Ausbeutung kaum Chancen, ihr Recht zu bekommen. Darüber hinaus schränkten fehlende Sprachkenntnisse ihre Möglichkeiten massiv ein, ausbeuterischen Maßnahmen durch ArbeitgeberInnen entgegenzuwirken, da sie, wie das Beispiel von Tyron weiter unten demonstriert, nicht in der Lage waren, mit diesen zu verhandeln. Umso wichtiger war die Unterstützung einiger weniger NGOs, auf die die MigrantInnen vertrauen konnten. Diese standen ihnen in Fällen von Ausbeutung und Lohnbetrug zur Seite und versuchten, die ArbeitgeberInnen vor Gericht anzuklagen, sie durch das Aufbauen medialen und öffentlichen Drucks zum Einlenken zu bewegen oder sich im Sinne der MigrantInnen außergerichtlich mit ihnen zu einigen.

Arbeitsbedingungen und Einkünfte

Ebenso wie bei den Einstellungsbedingungen schilderten MigrantInnen bei den Arbeitsbedingungen und Einkünften die Bedeutung, über reguläre Aufenthalts- und Arbeitsdokumente sowie russische Sprachkenntnisse zu verfügen.

Madina aus Kirgisistan, die zum Zeitpunkt des Interviews die russische Staatsbürgerschaft besaß, beschrieb ihre Arbeitsbedingungen und Einkommen vor und nach dem Erhalt der Staatsbürgerschaft. Seit ihrer Ankunft in Moskau im Jahr 2006 habe sie die ganze Zeit als Reinigungskraft gearbeitet. Bevor sie die russische Staatsbürgerschaft erworben hätte, habe sie einem reglementierten zwölfstündigen Arbeitstag ohne freie Tage nachgehen müs-

sen und dabei 9.000 Rubel verdient. Nach dem Erhalt der russischen Staatsbürgerschaft habe sie wesentlich mehr Geld pro Stunde verdient und die Möglichkeit gehabt, ihre Arbeitszeiten und Feiertage sowie die Anzahl der täglichen Arbeitsstunden selbst festzulegen. Sie gab an, über ein Einkommen in Höhe von rund 30.000 Rubel (ca. 750 Euro) zu verfügen, das sie ohne Verzögerungen stets pünktlich erhalte. Sie teile sich mittlerweile auch ein bis zwei freie Tage in der Woche ein. Madina gab an, sie schätze die Vorzüge der russischen Staatsbürgerschaft auf dem Arbeitsmarkt sehr und spare jetzt Geld zum Erwerb der russischen Staatsbürgerschaft für ihren ältesten Sohn, der nächstes Jahr, wenn er 18 geworden sei, nach Moskau kommen wolle. Sie spare Geld, um ihm einen russischen Pass zu erwerben, damit er eine Friseurlehre absolvieren könne. Sie habe gehört, in dem Beruf könne man gutes Geld verdienen.

Aigul aus Kirgisistan erzählte, sie habe, bevor sie die russische Staatsbürgerschaft erworben habe, jahrelang ohne freie Tage gearbeitet und häufig mit Lohnbetrug Erfahrung gemacht, so dass sie kein Geld nach Hause habe schicken können. Nachdem sie die russische Staatsbürgerschaft erworben habe, käme für sie keine Arbeitsstelle mehr in Frage, bei der keine freien Tage vorgesehen seien. Sie würde sich für eine solche Stelle erst gar nicht mehr bewerben.

Nesrin aus Afghanistan, die im Besitz eines Flüchtlingsstatus war, beklagte zwar, wie schwer es sei, eine Arbeit zu finden, sie habe jedoch, während sie eine reguläre Anstellung als Lehrerin in der Schule oder als Mitarbeiterin an der Universität inne gehabt hätte, reguläre Arbeitszeiten und tarifliche Entlohnung genossen.

MigrantInnen, die keine Aufenthaltserlaubnis oder russische Staatsbürgerschaft besaßen, schilderten in ihren Interviews dagegen meist teils massive Fälle von Arbeitsrechtverstößen in Form von nicht reglementierten Arbeitszeiten, geringeren Einkünften und Fällen von Lohnbetrug und Ausbeutung.

Dinara aus Kirgisistan arbeitete als Reinigungskraft auf Abruf bei einer Zeitarbeitsfirma und beklagte, sie könne sich finanziell keine Arbeitserlaubnis leisten und habe, da sie keine regulären Arbeitsdokumente besitze, auch

keine freien Tage. Wenn sie sich einen freien Tag nehmen wolle, werde dieser ihr als doppelter Arbeitstag von ihrem Lohn abgezogen. Auf die Nachfrage, warum das so sei, sagte sie, da sie keine Staatsbürgerschaft habe und sich die Arbeitserlaubnis nicht leisten könne, sei sie nicht in der Lage, etwas beweisen und ihre Rechte durchsetzen zu können. Dinaras Beispiel demonstriert erneut die Bedeutung des Vorhandenseins einer russischen Aufenthaltserlaubnis oder Staatsbürgerschaft. Reglementierte Arbeitsbedingungen und eine angemessene Entlohnung waren ausschließlich mit regulären Aufenthalts- oder Arbeitsdokumenten und russischen Sprachkenntnissen möglich. Die finanzielle Schwelle zu regulären Dokumenten blieb aufgrund von Quotierungen, informellen Verkaufsstrukturen und entsprechend hohen Preisen für viele MigrantInnen aufgrund ihrer geringen Einkünfte aus irregulären Beschäftigungen jedoch unerreichbar.

Beksod aus Usbekistan gab an, er besitze weder eine Arbeitserlaubnis noch ein Arbeitspatent für seine Tätigkeit als Lagerist in einem Lebensmittelgeschäft und habe mit seinem Arbeitgeber keinen schriftlichen Vertrag unterzeichnen können; es gebe nur eine mündliche Vereinbarung. Er führte weiterhin aus, er habe keine freien Tage, arbeite täglich dreizehn bis vierzehn Stunden und verdiene 650 Rubel am Tag (rund 16,25 Euro). Wolle er einen freien Tag haben, würden ihm 800 Rubel (rund 20 Euro) von seinem Lohn abgezogen. Sein Verdienst reiche nicht aus, um seine eigene Familie in der Heimat unterstützen zu können, daher habe er schließlich auch seine Ehefrau nach Moskau holen müssen. Im Vergleich zu seinem vorherigen Arbeitgeber zahle sein gegenwärtiger Arbeitgeber stets pünktlich und im vollen verabredeten Umfang.

Nijaz aus Usbekistan erzählte, er, seine Bekannten wie auch seine Verwandten hätten immer ohne freie Wochenenden und bis zu 15 Stunden am Tag gearbeitet. Auf die Frage, was er einem Bekannten empfehlen würde, um die Probleme auf dem Arbeitsmarkt zu vermeiden, mit denen er selbst konfrontiert worden sei, sagte er:⁶⁷

⁶⁷ Вряд ли Вам кто-то поможет, потому что (. Pause, bis ca. 1 Sek.) они трудовой договор все равно с Вами не будут подписывать. Не БУДУТ, потому что им не выгодно! (. Pause, bis ca. 1 Sek.) Если честно, даже сказать, посоветовать. Я бы сказал, хотя бы трудовой

Es ist unwahrscheinlich, dass Ihnen jemand helfen wird, weil (. Pause, bis ca. 1 Sek.) sie mit Ihnen sowieso keinen Arbeitsvertrag unterschreiben werden. W E R D E N sie nicht, weil es sich nicht lohnt für sie! (. Pause, bis ca. 1 Sek.) Um ehrlich zu sein, weiß ich nicht, was ich empfehlen könnte. Ich hätte sagen können, unterschreiben Sie einen Arbeitsvertrag. Ich weiß jedoch, dass sie ihn immer verändern oder sagen können, sie hätten keinen Vertrag mit Ihnen abgeschlossen. Wenn meine Mutter jetzt sagen würde, dass sie am fünften des Monats wegfahren wird, werden sie ihr die Hälfte ihres Lohns nicht auszahlen. Sie werden sie um ihren Lohn betrügen, obwohl sie eine Arbeitserlaubnis und eine Anmeldung hat. Es ist egal, du bist sowieso rechtlos! Wie wollen Sie, dass ich Ihnen etwas empfehle? ((lacht)) (... Pause, bis ca. 5 Sek.)

(Nijaz, visafrei, männlich, aus Usbekistan, Russischkenntnisse, Aufenthaltserlaubnis)

Auch mit regulären Aufenthalts- und Arbeitsdokumenten waren die Arbeitszeiten von MigrantInnen oft weder reglementiert noch in einem schriftlichen Vertrag fixiert. Viele MigrantInnen schilderten ähnliche Praktiken von Nichteinhaltung von Arbeitszeitgesetzen, Lohnbetrug und Ausbeutung seitens der ArbeitgeberInnen, wobei es sich sowohl um private, als auch um staatliche ArbeitgeberInnen handelte.

Beksod aus Usbekistan erzählte in seinem Interview von Lohnbetrug der Moskauer kommunalen Baufirma, für die er bei der Sanierung mehrerer Häuser tätig war. Er und seine Kollegen hätten mit dem Arbeitgeber eine mündliche Vereinbarung getroffen, laut der sie nach dem Abschluss der Arbeiten die komplette Summe erhalten würden. Sie hätten während mehrerer Wochen Arbeit lediglich jeweils 500 Rubel (rund 12,50 Euro) in der Woche für Lebensmittel erhalten. Sie hätten rund 14 Stunden am Tag und ohne freie Tage gearbeitet und auf der Baustelle gelebt. Nach dem Abschluss der Renovierungsarbeiten sei der Auftragsgeber nicht mehr auffindbar gewesen und habe sie um ihren Lohn betrogen. Er führte aus, viele seiner Kollegen hätten vorgehabt, mit dem auf der Baustelle verdienten Geld eine Arbeitserlaubnis zu erwerben. Stattdessen hätten sie das Land verlassen müssen,

договор запишите. Но я знаю, что они всегда его могут изменить, всегда могут сказать вообще не было. Мама моя если сейчас она скажет, что 5 числа уедет, ее половина зарплаты не дадут. Опять кинут, хотя у нее есть и разрешение на работу. Она три месяца бесплатно работала. И регистрация есть. Все равно, ты бесправный! Как после этого хотите, чтобы я какой-то совет дал? ((lacht)) (... Pause, bis ca. 5 Sek.)

weil drei Monate seit ihrer Einreise bereits abgelaufen seien. Alle Versuche, den vereinbarten Lohn ausgezahlt zu bekommen, seien an der Weigerung des Arbeitgebers gescheitert, ihre Arbeit auf seiner Baustelle zu bestätigen.

Die interviewten MigrantInnen aus den afrikanischen Herkunftsländern verdienten mit Abstand am wenigsten unter allen befragten Personen. Für Bikenge von der Elfenbeinküste, der als Flyerverteiler arbeitete, sei jedoch auch dieses geringe Einkommen von großer Bedeutung gewesen. Auf die Frage, wie sich das Leben in Moskau von seinem Leben in seinem Heimatland unterscheide, sagte er:

Ah! (. Pause, bis ca. 1 Sek.) Here is better life. It's difficult for us, but ahm (. Pause, bis ca. 1 Sek.) it's better life then in Cote d'Ivoire, because in Cote d'Ivoire I (. Pause, bis ca. 1 Sek.) lost my work! I lost my work. I don't do anything more. So (. Pause, bis ca. 1 Sek.) I come here to have better life. But here (. Pause, bis ca. 1 Sek.) work is not good, but my money I have here is (. Pause, bis ca. 1 Sek.) better then to stay in Cote d'Ivoire without nothing! So, I think here is not very good like hmm if I was maybe in France, in Italy (. Pause, bis ca. 1 Sek.) in the Schengen (. Pause, bis ca. 1 Sek.) but (. Pause, bis ca. 1 Sek.) from Africa, from Cote d'Ivoire it's better! It's better! Because with my little money I help my family in Cote d'Ivoire. With little money, I have here, I help them. My two daughters go to school. (. Pause, bis ca. 1 Sek.) I do my best!

(Bikenge, visapflichtig, männlich, von der Elfenbeinküste, keine Russischkenntnisse, Visum abgelaufen, keine regulären Aufenthaltsdokumente)

Viele MigrantInnen brachten in ihren Interviews zum Ausdruck, sie seien nach Moskau gekommen, um Geld zu verdienen und würden, wenn sie denn die Möglichkeit hätten, gern wieder in ihre Heimat zurückkehren. Die Verhältnisse in den Herkunftsländern seien für viele jedoch so schlecht gewesen, dass für sie, wie das Beispiel von Bikenge demonstriert, die Rückkehr in ihre Heimat keine Alternative zum Verbleib und zur Arbeit in Russland darstellte. Den Preis dafür müssten sie in ihrem Alltag mit Polizeiwillkür, Erpressung, Ausbeutung, beengten Wohnverhältnissen und häufigen Fällen von Lohnbetrug bezahlen.

In vielen Interviews wurde die Bedeutung der russischen Sprachkenntnisse hervorgehoben. Dabei berichteten einige MigrantInnen von höheren Einkünften.

ten und besseren Arbeitsstellen, die sie aufgrund ihrer Sprachkenntnisse erreichen konnten.

Madina aus Kirgisistan, die ihren Sohn nach Moskau holen wollte und für den Erwerb seiner russischen Staatsbürgerschaft sparte, betonte in ihrem Interview, sie schicke ihre minderjährigen Kinder in Kirgisistan auf russische Schulen, damit sie akzentfreies Russisch lernten. Sie zeigte sich sehr stolz, dass ihr ältester Sohn sogar kein Kirgisisch sprechen könne, weil er es einfacher haben solle als sie. Auf die Nachfrage, ob die Sprache denn eine so bedeutende Rolle spiele, antwortete Madina:⁶⁸

Naja. Wenn man nach Moskau kommt, dann ist es egal, wohin du gehst – sie überprüfen überall deine Sprachkenntnisse. Und deine Dokumente werden auch überprüft. Aber Dokumente besorgst du dir einfach. Dann bekommt man gute Arbeit, wie man so sagt.

(Madina, visafrei, weiblich, aus Kirgisistan, Russischkenntnisse, russische Staatsbürgerschaft)

MigrantInnen, die über keine Aufenthaltserlaubnis oder russische Staatsbürgerschaft verfügten, stuften in ihren Interviews die Sprachkenntnisse oft sogar als noch bedeutender für eine besser dotierte Arbeitsstelle ein.

Dariga aus Kirgisistan lebte mit ihrem Ehemann in Moskau. Beide Eheleute beherrschten fließend Russisch und erwarben, wie bereits in Kapitel 5.1 ausgeführt, zum Zeitpunkt des Interviews für den Ehemann eine Arbeitserlaubnis, damit er als Kellner arbeiten könne. Dariga führte aus, sie und ihr Ehemann benötigten monatlich mindestens 100.000 Rubel (rund 2.500 Euro) zum Leben, weil sie wie alle Stadtbewohner aus Kirgisistan versucht hätten, sich in Moskau eine lebenswerte Umgebung aufzubauen. Sie wünschten für sich eine Zweiraumwohnung; darüber hinaus sei für sie zentral, Geld in die Heimat an ihre Kinder zu schicken. Ihr Ziel sei gewesen, innerhalb von ein bis zwei Jahren möglichst viel Geld zu verdienen, um dann zu ihren Kleinkindern zurückzukehren, die zwischenzeitlich von ihren Schwiegereltern erzogen würden. Dariga wolle daher auch für sich eine Arbeitserlaubnis

⁶⁸ Ну, как. Если приедешь в Москву, да, главное, куда пойдешь – там проверят твой язык. И Документы тоже проверят. Ну, документы сделаешь. Но главное, что говорят, хорошая работа есть.

erwerben, die jedoch zwischenzeitlich wieder im Preis gestiegen sei. Sie würde mit einer Arbeitserlaubnis als Kellnerin anfangen, weil sie dort statt 23.000 Rubel (rund 575 Euro) rund 40.000 bis 50.000 Rubel im Monat verdienen werde (ca. 1.000-1.250 Euro). Um dieser Arbeit nachgehen zu können, müsse sie jedoch eine reguläre Arbeitserlaubnis und fließende Russischkenntnisse vorweisen können. Sie beschrieb in diesem Zusammenhang, dass ein befreundetes Ehepaar nach einem fünfmonatigen Aufenthalt in Moskau wieder in die Heimat zurückgekehrt sei:⁶⁹

weil sie nichts verdient haben. Sie sprechen kein Russisch. Seine Frau will nicht als Tellerwäscherin arbeiten, weil es für sie zu schwer ist. Der Ehemann hat auch keine Bildung, nichts, spricht auch kein Russisch und arbeitet auf einer Baustelle. Es ist schwer für ihn dort, aber man muss für die Wohnung zahlen, Lebensmittel und Kleidung kaufen. Sie haben es einfach nicht ausgehalten und kehren jetzt zurück. Mir tun sie sehr leid, sie kamen her, haben ihr Ersparnis komplett ausgegeben und mussten wieder zurückkehren.

(Dariga, visafrei, weiblich, aus Kirgisistan, Russischkenntnisse, keine regulären Arbeitsdokumente)

Für Dariga eröffneten fließende Russischkenntnisse in Verbindung mit regulären Aufenthalts- und Arbeitsdokumenten die Möglichkeit zu einem wesentlich höheren Einkommen.

Ebenso wie MigrantInnen mit regulären Aufenthalts- und Arbeitsdokumenten stellten MigrantInnen ohne reguläre Dokumente die Bedeutung von Russischkenntnissen bei den Verhandlungen mit ArbeitgeberInnen in ihren Interviews heraus. Bei diesen Verhandlungen sei es meist um die Frage des Verdienstes gegangen, wie das folgende Beispiel von Tyron aus der Demokratischen Republik Kongo demonstriert. Er ging in seinem Interview auf die fehlenden Arbeitsplatzalternativen, die Abhängigkeit von und die Ausbeutung durch ArbeitgeberInnen ein:

This people for Russia, they know about this people is working about Reklama. You can check the difference between Russia people and us working for Reklama. Be-

⁶⁹ Потому что ничего не заработали. Они языка не знают, жена у него не хочет работать посудомойкой, ей тяжело. Муж тоже, ни образования, ничего, русский язык не знает, он на стройке работает, ему тяжело, он устает, за квартиру платить, покупать продукты, одежду тоже нужно брать. Они просто не вытерпели и вот уезжают. Жалко их, приехали, растратили все накопления и уехали.

cause is the white people working Reklama, he have paper for this country. This one can get a nice money. You know, all, all Russia people, he know about us. He know if a black people working for Reklama (. Pause, bis ca. 1 Sek.) he say, hey you know, this owner for this company, he use this people! (. Pause, bis ca. 1 Sek.) Because this people, number one, you don't have document! Number two, you don't speak Russian. Number three, you don't know about job, about Russia. Any money, this owner for this company can give you, because Russia is very difficult for black people, for this people, this why the owner use this people. (... Pause, bis ca. 5 Sek.) You understand? (. Pause, bis ca. 1 Sek.) All Russia people know about us. (. Pause, bis ca. 1 Sek.) And another boss, you know, if I want to open my business with Reklama, I can take black people, because I starting now, I don't have nothing, I can't take white people. (. Pause, bis ca. 1 Sek.) I can take black people, because for black people any money I can give him and he take. (mit leiser Stimme) You understand? Sometime if we started to complain about money he change to Russian. You understand? (kurzes Auflachen)

No

Starting to speak strong Russian. Starting to talk quick. (... Pause, bis ca. 5 Sek.) Any money, any money he can give us, because is very difficult for us. (mit leiser Stimme) You see?

(Tyron, visapflichtig, männlich, aus der Demokratischen Republik Kongo, keine Russischkenntnisse, Visum abgelaufen, keine regulären Aufenthaltsdokumente)

Tyron klagte über die Ausbeutung durch russische ArbeitgeberInnen bedingt durch drei aufeinandertreffender ungünstiger Bedingungen für ihn und seine Kollegen. Sie besäßen keine gültigen Aufenthaltsdokumente, sprächen kein Russisch und kannten sich in Russland nicht aus. Insbesondere ihre fehlenden Russischkenntnisse führten für ihn dazu, dass er und seine KollegInnen ihre Interessen und Wünsche nicht gegenüber ihrem Arbeitgeber artikulieren und durchsetzen könnten und sich gezwungen sähen, sich auf all seine Bedingungen einzulassen.

In ihren Interviews hoben alle MigrantInnen die Bedeutung regulärer Aufenthalts- und Arbeitsdokumente für Arbeitsbedingungen und Einkünfte hervor. MigrantInnen, die über eine reguläre Aufenthaltserlaubnis, Staatsbürgerschaft oder einen Flüchtlingsstatus verfügten, berichteten von reglementierten Arbeitszeiten, regelmäßigen Lohn- und Gehaltsauszahlungen und tariflicher Entlohnung, sofern sie im öffentlichen Dienst tätig waren. Die Art

der Erlangung ihrer Dokumente spielte dabei für ArbeitgeberInnen keine Rolle.

Ging es um die Güte der Arbeitsbedingungen und Höhe der Entlohnung, wurde in den Interviews sehr häufig die Bedeutung von Russischkenntnissen zwecks Verhandlungsmöglichkeiten mit den ArbeitgeberInnen betont. MigrantInnen mit einer Arbeitserlaubnis oder einem Arbeitspatent, die fließend Russisch sprachen, gaben an, höhere Einkommen zu erzielen.

Verhältnis zu den ArbeitgeberInnen und Inanspruchnahme von Hilfs- und Vertrauensnetzwerken im Bereich des Arbeitsmarktes

In ihren Ausführungen zum Verhältnis zu den ArbeitgeberInnen erzählten die MigrantInnen in ihren Interviews sowohl von unterstützendem als auch äußerst ausbeuterischem Verhalten ihrer ArbeitgeberInnen.

Einige MigrantInnen schilderten, ihre ArbeitgeberInnen hätten sie bei der Erlangung von Dokumenten oder bei Interaktionen mit der Polizei und dem FMS unterstützt.

Bahtijar aus Kirgisistan gab an, er habe als Promoter in mehreren Lebensmittelläden gearbeitet, bevor er für ein Jahr in seine Heimat zurückgekehrt sei, um bei seiner Familie zu sein. Er habe gutes Geld verdient; seine ehemalige Leitung habe vehement versucht, ihn zum Bleiben zu bewegen. Sie habe ihm angeboten, ihn bei der Erlangung jeglicher Aufenthalts- oder Arbeitsdokumente zu unterstützen. Bahtijar betonte das gegenseitige Vertrauen und den Respekt sowie die Wertschätzung seiner Arbeit, die ihm von der Leitung entgegengebracht worden seien. Vertrauen und Respekt, die er in Moskau nicht mehr erlebt habe, nachdem er nach einem Jahr Aufenthalt in der Heimat wieder in die Stadt zum Geldverdienen zurückgekehrt sei. Sein ehemaliger Leiter habe nicht mehr in der Firma gearbeitet und sei für ihn auch nicht mehr ausfindig machbar gewesen. Er habe bei seiner Ankunft darüber hinaus die Erfahrung machen müssen, dass Stellen als Promoter nur noch in Verbindung mit der russischen Staatsbürgerschaft zu bekommen seien. Da er jedoch nur über eine Anmeldung am Wohnort verfügte, sei er ins Moskauer Gebiet gezogen und habe dort in einem Lebensmittelgeschäft als Lagerist eine Anstellung bekommen. Zwar habe er keine Arbeitserlaubnis besessen,

dafür jedoch die volle Unterstützung und Hilfestellung seiner Geschäftsleiterin erhalten, wie bereits weiter oben beschrieben wurde.

Anarbek aus Usbekistan beschrieb, er habe seine Arbeitsstelle als Lagerist in einem Lebensmittelladen über einen Bekannten gefunden und von Anfang an regulär mit einer Arbeitserlaubnis gearbeitet. Er arbeite in dem Laden seit mehreren Jahren und seine Arbeitgeberfirma habe ihn in all den Jahren bei dem Erwerb der Arbeitserlaubnis unterstützt, die notwendige Summe zunächst vorgestreckt und drei Monate lang einen Teil seines Lohns dafür einbehalten. Er habe von der Leitung der Firma bereits mehrmals angeboten bekommen, dass sie ihn auch beim Erwerb der russischen Staatsbürgerschaft unterstützen würden, was er jedoch stets dankend abgelehnt habe. Auf die Nachfrage, warum er auf die russische Staatsbürgerschaft und die Unterstützung seiner Firma verzichte, sagte er, er brauche sie nicht, es gehe ihm auch ohne ganz gut, da er auch nicht vorhabe, für immer in Russland zu bleiben.

Almaz aus Kirgisistan, der als Chefkoch in koreanischen Restaurants arbeitete, führte aus, er fühle sich in der Firma sehr geschätzt und habe dort stets das Gefühl gehabt, er könne sich als Person wie auch in seinem Beruf als Koch ständig weiterentwickeln, weil die koreanischen Besitzer ihn zu vielen Master-Klassen und anderen Fortbildungen geschickt hätten. Dabei spiele es für sie keine Rolle, ob er ein „*slawisches Erscheinungsbild*“ oder die russische Staatsbürgerschaft besitze oder nicht, viel wichtiger sei ihnen, dass sie in ihm und er in ihnen eine Entwicklungsperspektive sähen. Sie hätten ihm angeboten, ihn, sofern er Bedarf hätte, bei der Erlangung der russischen Staatsbürgerschaft zu unterstützen, er habe jedoch bislang dankend abgelehnt, weil er sie für seine Stelle nicht brauche.

Andere MigrantInnen erzählten in ihren Interviews wiederum von sehr ambivalenten Erfahrungen auf dem Moskauer Arbeitsmarkt und mit Moskauer ArbeitgeberInnen.

Doston aus Usbekistan schilderte seine unterschiedlichen Erfahrungen mit ArbeitgeberInnen während seines vierzehnjährigen Aufenthaltes in Russland. Er habe in seinen ersten Jahren in Moskau als Fleischer auf einem

Marktstand gearbeitet, der armenischen Geschäftsleuten gehörte. Diese hätten ihn sehr geschätzt, ihm stets vertraut und bei Bedarf auch Geld geliehen. Sie hätten ihn einmal sogar aus einem Polizeirevier freigekauft, als er noch keine Arbeitserlaubnis besessen habe und von der Polizei festgenommen worden sei. Nach einigen Jahren gingen ihre Geschäfte jedoch nicht mehr so gut und sie hätten ihn nicht mehr beschäftigen können, so dass er zunächst als Hilfsarbeiter und später als Fachkraft bei einer türkischen Baufirma angeheuert habe. Auch dort habe er positive Erfahrungen mit seinen ArbeitgeberInnen gesammelt, was Entlohnung und Schutz vor FMS Razzien anging. Während seiner Tätigkeit bei der türkischen Baufirma habe er eines Tages von seinem türkischen Vorarbeiter einen Pass mit der Anweisung bekommen, er möge sich den Namen im Pass bis zum nächsten Tag merken. Am nächsten Tag fand eine FMS-Kontrolle der Baustelle statt, bei der jedoch keiner der BeamtInnen in seinen Pass geschaut hätte. Auch berichtete er von Leistungsanreizen bei den türkischen Baufirmen. Wenn man drei Jahre in der Firma gearbeitet habe oder türkisch spreche, werde das Gehalt erhöht. Spräche man kein russisch, so Doston, böte eine türkische Baufirma für zentralasiatische MigrantInnen eine gute Möglichkeit, zu arbeiten und Geld zu verdienen.

Die Verbitterung in seiner Stimme, als er dagegen über den Lohnbetrug bei seiner letzten Arbeit bei einer russischen Baufirma sprach, stand im extremen Unterschied zur Dankbarkeit und Freude in seiner Stimme, als er über seine Arbeit bei der türkischen und anderen russischen Baufirmen sprach. Er berichtete, er und viele seiner Verwandten und Bekannten seien bei einem Bauauftrag der letzten Baufirma, bei der er gearbeitet habe, um zehn Monate ihres Lohns betrogen worden.

Doston brachte in seinem Interview zur Sprache, was von den meisten MigrantInnen berichtet wurde: ArbeitgeberInnen bedienten sich der weitverbreiteten Korruption und Informalität in den administrativen Beziehungen, um entweder ihre MitarbeiterInnen aus den Reihen von MigrantInnen zu unterstützen oder sie zu betrügen bzw. auszubeuten. Daher stand für MigrantInnen häufig die Frage im Raum, wem sie vertrauen können und wem nicht:

Wie unterscheiden sie eineN ArbeitgeberIn, der oder die einen unterstütze von einem oder einer der oder die auf Lohnbetrug oder Ausbeutung aus sei?

Doston berichtete, er versuche mithilfe von MitarbeiterInnen einer NGO von seinem ehemaligen Arbeitgeber die ausstehenden Löhne einzufordern. Er schätzte seine und die Chancen seiner Kollegen, die ausstehenden Löhne ausgezahlt zu bekommen, als sehr gering ein. Sie hätten sich zwar gegenseitig in den Arbeitsuniformen der Baufirma fotografieren lassen, um beweisen zu können, dort gearbeitet zu haben, jedoch hätten sie keine schriftlichen Arbeitsverträge mit der Baufirma abschließen können. Er klagte in seinem Interview über schlaflose Nächte und seine Schuldgefühle den Anderen gegenüber, so dass er trotz extrem unwahrscheinlicher Aussichten auf Erfolg es mithilfe der NGO versuche, vom ehemaligen Arbeitgeber zumindest einen Teil der geschuldeten Summe ausgezahlt zu bekommen. Auf einen Rechtsstreit wolle er sich jedoch nicht einlassen, weil viele seiner Verwandten und Nachbarn über keine regulären Aufenthaltsdokumente in Russland verfügten und daher eine Abschiebung aus dem Gerichtssaal heraus befürchteten.

Zum Zeitpunkt des Interviews arbeitete er als Hausmeister und berichtete wiederum mit Begeisterung, er werde bei seiner gegenwärtigen Arbeit wie ein Familienmitglied behandelt und habe von seinen KollegInnen sogar die beste Geburtstagsfeier seines Lebens organisiert bekommen.

Elena aus der Republik Moldau beschrieb ihre erste Arbeitserfahrung in Moskau, bei der sie von ihren Arbeitsgebern ausgebeutet worden sei. Sie habe bei einer Wohnungssanierung mitgearbeitet; diese Arbeit habe sie über eine ehemalige Nachbarin aus der Republik Moldau gefunden. Sie sei aus finanzieller Not und Alternativlosigkeit nach Moskau gekommen. Sie habe mit armenischen Kollegen eine Wohnung renoviert und auch auf der Baustelle geschlafen. Diese Kollegen hätten ihr den Pass abgenommen und sie viereinhalb Monate arbeiten lassen, bis sie eines Tages nachts heimlich und ohne Schuhe von dort weggelaufen sei. Auch nach Jahren habe sie immer noch panische Angst, nur in die Nähe dieser Wohnung zu fahren.

Sie habe im Anschluss mithilfe von VermittlerInnen eine türkische Baufirma gefunden, bei der sie eineinhalb Monate gearbeitet und Geld gespart habe,

um dann nach einem sechsmonatigen Aufenthalt in Russland - drei Monate zu spät als gesetzlich erlaubt sei - auszureisen. Sie habe an der Grenze den GrenzschutzbeamtInnen ihre Situation erklärt und sich mit ihnen einigen können, so dass sie ohne Probleme aus- und nachdem sie ihre Kinder besucht habe, wieder einreisen konnte. Sie hat mit hoher Achtung von der türkischen Baufirma gesprochen, die sie völlig anstandslos für ihre Arbeit entlohnt habe. Auch bei der nächsten, russischen Baufirma, bei der sie nach ihrer Ankunft gearbeitet habe, sei sie tadellos behandelt worden. Sie sei sogar formell und sozialversicherungspflichtig eingestellt und nach dem Volumen der geleisteten Arbeit bezahlt worden. Elena berichtete, sie habe damals umgerechnet rund 3.800 US Dollar im Monat verdient und habe auf diese Weise so viel Geld ansparen können, dass sie eine Wohnung angemietet habe, um endlich ihre Kinder nach Moskau holen zu können. Bei ihrem letzten Bauprojekt, bei dem sie einen Bautrupp geleitet habe, sei sie von dem Auftraggeber jedoch um mehrere Millionen Rubel Lohn für sich und ihre Kollegen betrogen worden.

Aizhan aus Kirgisistan berichtete von der Unterstützung durch soziale Netzwerke bei der Arbeitssuche und ihren Arbeitserfahrungen als Verkäuferin und später Kellnerin. Bei ihrer ersten Fahrt nach Moskau habe sie dort niemanden gekannt. Sie habe einige junge Frauen im Zug kennengelernt, die aus der gleichen Gegend wie sie gestammt, sie gleich mit in ihre Wohnung genommen und ihr bei der Arbeitssuche geholfen hätten. Sie sei von ihrem ersten Arbeitgeber betrogen worden. Sie habe für ihn zwei Monate gearbeitet und für einen Monat keinen Lohn erhalten. In dieser Zeit habe sie zufällig eine alte Freundin und Mitschülerin getroffen, die sie zu sich in die Wohnung genommen und ihr mit einer neuen Arbeitsstelle in einem Restaurant geholfen habe. Bei dieser Arbeitsstelle habe Aizhan bis zum Zeitpunkt des Interviews gearbeitet und sie zeigte sich sehr zufrieden über ihren Arbeitgeber und die Arbeitsbedingungen dort.

Die Beispiele von Elena und Aizhan demonstrieren eindrucksvoll einerseits die anfängliche Konkordanz in den Vertrauensbeziehungen zu Bekannten oder anderen MigrantInnen, die dann wiederum durch Erfahrungen entweder bestärkt oder revidiert werden, und andererseits die Konkordanz über

das Misstrauen zu den meisten ArbeitgeberInnen, die meist auf negative Erfahrungen auf dem Moskauer Arbeitsmarkt zurückgehen.

Bijan von der Elfenbeinküste, der zum Zeitpunkt des Interviews weder über gültige Aufenthaltsdokumente, noch über Russischkenntnisse verfügte und als Flyerverteiler arbeitete, schilderte eine ambivalente Rolle seines Arbeitgebers, der ihn einerseits zwar vor Polizeiwillkür und Erpressung geschützt habe, ihn andererseits jedoch durch illegale Aufträge überhaupt erst in die Gefahr der Auseinandersetzung mit der Polizei gebracht habe.

So habe er aufgrund seiner Arbeit schon zwei oder drei Mal Probleme mit der Polizei gehabt. Da er manchmal Werbeflyer für Geschäfte verteile, die mit Wasserpfeifen und deren Zubehör handelten oder für Cafés, die mit Wasserpfeifen werben würden, sei er eines Tages von der Polizei festgenommen und zur Befragung aufs Revier gebracht worden. Der Eigentümer seiner Agentur sei jedoch mit seiner Ehefrau aufs Revier gekommen und habe ihn dort herausgeholt, nachdem die PolizistInnen Fotos von ihm gemacht und ihn befragt hätten. Bijan schien bei der Erzählung sehr aufgeregt zu sein und äußerte seine Dankbarkeit für die Hilfe seines Arbeitgebers und dessen Frau. Er habe große Angst gehabt, abgeschoben zu werden, sie hätten ihn vor dieser Gefahr bewahrt und ihn rausgeholt. Ob dies der Tatsache entsprach oder die Eigentümer der Firma wegen eigener Belange dort erscheinen mussten, konnte der Autor nicht weiter überprüfen. Für Bijan erschienen die beiden in jedem Fall als Retter in der Not. Weiterhin berichtete er, er besitze zwar keinen Arbeitsvertrag, werde jedoch monatlich ohne Verzögerungen bezahlt. Dass er sich ohne Aufenthaltsdokumente in Russland befand und irregulär gearbeitet hatte, beschäftigte ihn sichtlich nicht in seinem Interview. Er sei froh, eine Arbeit zu haben und für sein Auskommen sorgen zu können, bis er einen Weg finde, nach Europa weiterzureisen.

Bikenge von der Elfenbeinküste berichtete auf die Frage, was seine schlimmste Erfahrung in Russland gewesen sei:

Bad memory. (... Pause, bis ca. 5 Sek.) In the summer. Last summer. I was to Sochi to work there. (. Pause, bis ca. 1 Sek.) We call it Tumba Yumba. You are naked, only small leaves and the tourist come to make photos and you know, they give you money, like this.

You have done it the whole summer?

Yeah, yeah! I was there in summer, doing it. Police catch us and talk to us, where are your documents? You have no document? They take us to their casern and wanted to, to deport us. (. Pause, bis ca. 1 Sek.) You know, we have a boss of this work. This boss came there, give to police money and they leave us! If not a boss (. Pause, bis ca. 1 Sek.) we would be deported! We spent three hours in this casern!

How much did he pay for you? Do you know it?

Ah, three thousand rubles, to, to not be deported! It was (. Pause, bis ca. 1 Sek.) bad! (Bikenge, visapflichtig, männlich, von der Elfenbeinküste, keine Russischkenntnisse, Visum abgelaufen, keine regulären Aufenthaltsdokumente)

Bereits die Arbeit für „Tumba Yumba“ ist für Bikenge sehr demütigend gewesen. Die Erfahrung, von der Polizei festgenommen zu werden, schürte in ihm starke Ängste, abgeschoben zu werden und sich von seinem Traum verabschieden zu müssen, nach Europa zu gelangen. Sein Arbeitgeber habe ihn aus den Fängen der Polizei befreit und sei bereit gewesen, sein eigenes Geld dafür aufzuwenden. Ob er dieses Geld an den Arbeitgeber habe zurückzahlen müssen, erzählte Bikenge nicht.

MigrantInnen, die bei der gleichen Zeitarbeitsfirma gearbeitet haben, berichteten oft in unterschiedlichen Tönen über ihreN ArbeitgeberIn. Samat aus Kirgisistan bezeichnete, wie weiter oben beschrieben, seine ArbeitgeberIn – eine Zeitarbeitsfirma und deren ManagerInnen – alle als „Betrüger“. Dinara aus Kirgisistan, die für dieselbe Agentur tätig war, berichtete dagegen auf die Frage, wie sie eine Arbeitserlaubnis erlangt habe:⁷⁰

Um ehrlich zu sein, seit ich hier bin, habe ich kein einziges Mal eine Arbeitserlaubnis gehabt, weil die Zeitarbeitsfirma (Anm. Name der Firma ausgelassen) gefälschte Arbeitserlaubnisse ausstellen und dich mit diesen einstellen. Deswegen arbeiten dort auch alle unsere Leute.

(Dinara, visafrei, weiblich, aus Kirgisistan, Russischkenntnisse, keine regulären Arbeitsdokumente)

Dinara maß in ihrem Interview der Frage der Arbeitsdokumente und ihrer Einstellung nicht sonderlich viel Gewicht bei. Viel mehr bewegte sie die Er-

⁷⁰ Если честно, как приехала, ни разу не делала разрешение на работу. Потому что „агентство по предоставлению персонала“ фальшивые, левые делают, с этими оформляют. Поэтому в этом агентстве все наши работают.

fahrung mit der Leiterin eines Lebensmittelgeschäfts, bei der sie gearbeitet habe und die allen MigrantInnen gegenüber rassistisch eingestellt gewesen sei. Es sei so schlimm gewesen, dass sie nach zehn Tagen freiwillig die Arbeit verlassen und die Stelle gewechselt habe. Die neue Arbeitsstelle habe ihr von Anfang an sehr gut gefallen, der Leiter des neuen Lebensmittelgeschäfts schätze sie sehr und habe sie von Anfang an als Promoterin und Kassiererin arbeiten lassen. Sie arbeite seit über einem Jahr dort und habe nicht vor, wegzugehen.

Dinaras Beispiel demonstriert die Unabhängigkeit von MigrantInnen ohne reguläre Aufenthalts- oder Arbeitsdokumente von einer bestimmten Arbeitsstelle oder einem oder einer ArbeitgeberIn. Dank ihrer Tätigkeit bei einer Zeitarbeitsfirma war sie nicht auf eine Stelle angewiesen oder von ihr abhängig und blieb dadurch stets handlungsfähig. Sie war nicht gezwungen, die Atmosphäre bei der ersten Arbeitsstelle zu ertragen oder sich auf unangenehme Arbeitsbedingungen einzulassen, weil sie durch ihre Anstellung bei der Agentur über viele Arbeitsalternativen verfügte. Sie sei außerdem nicht auf den Erwerb regulärer Arbeitsdokumente angewiesen, die Agentur sei auch in diesem Punkt sehr kulant gewesen. Sie musste diese Vorteile jedoch mit einem geringeren Einkommen und einem irregulären Arbeitsstatus bezahlen, bei dem keine Sozialabgaben für sie geleistet wurden und sie ebenfalls über keine Krankenversicherungspolice verfügte.

Insgesamt machte die Mehrheit der befragten MigrantInnen im Verlauf ihres Aufenthaltes in Russland sowohl Erfahrung von unterstützendem Verhalten als auch von Betrug, Ausbeutung oder Einschüchterung durch die ArbeitgeberInnen. Die meisten MigrantInnen besaßen bei der Ankunft keine oder nur geringe finanzielle Mittel, um sich reguläre Aufenthalts- oder Arbeitsdokumente erwerben zu können, wie in Kapitel 5.1 ausgeführt wurde. Als Resultat berichteten die meisten befragten MigrantInnen ohne reguläre Aufenthalts- oder Arbeitsdokumente von informeller Beschäftigung, niedrigen Löhnen und häufigen Fällen von Betrug, Willkür, Ausbeutung und Einschüchterung durch die ArbeitgeberInnen.

Nijaz aus Usbekistan beschrieb, wie oben dargestellt, Erfahrungen von Lohnbetrug und ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen. Als MigrantIn sei man rechtlos und habe keine Möglichkeit, Recht zu bekommen. Er berichtete wiederum von der Erfahrung seiner Mutter mit Lohnbetrug und Einschüchterung durch die ArbeitgeberInnen. Sie habe als Reinigungskraft in einer Firma gearbeitet und eine reguläre Arbeitserlaubnis und Anmeldung besessen:⁷¹

Es wurde ihr versprochen, sie bekäme 17 Tausend und (. Pause, bis ca. 1 Sek.) gezahlt haben sie nur 15. Und als sie erfuhren, dass sie demnächst in die Heimat fahren werde, haben sie ihr drei Monate überhaupt nichts gezahlt. Und als ich vorbeikam, um für meine Mutter einzustehen, sagten sie ihr, hey! Sagten sie, wenn du jetzt nicht deine Fresse hältst, dann schieben wir dich ab! Sie geben den Bullen 5.000 Rubel und das war's dann für dich! Die Bullen schieben dich ab! Und das war's dann! Sie nehmen deine Anmeldung und Ratsch, Ratsch! (Anm.: zerreißt das Papier in der Luft), das wär's. Und was die Anmeldung angeht: In der offiziellen Datenbank ist diese für drei Monate eingetragen. Sie rufen dann dort an und sagen, Katen'ka, lösche bitte diese Person aus der Datenbank. (. Pause, bis ca. 1 Sek.) UND DAS WAR'S!

(Nijaz, visafrei, männlich, aus Usbekistan, Russischkenntnisse, Aufenthaltserlaubnis)

Nijaz war sehr wütend an der Stelle des Interviews, als er seine eigene und die Ohnmacht seiner Mutter in dieser Angelegenheit beschrieb. Auch mit Sprachkenntnissen und regulären Dokumenten seien MigrantInnen der Willkür von ArbeitgeberInnen ausgesetzt und könnten ihre Interessen nur bis zu einem gewissen Grad verteidigen. Für Nijaz und seine Mutter sei das eine Lehre gewesen. Er berichtete darüber, wie sie seit dieser Erfahrung in solchen Fällen verfahren seien:⁷²

⁷¹ Обещали 17 платить и (. Pause, bis ca. 1 Sek.) платили по 15. А когда они узнали, что она уедет, три месяца вообще не платили. Когда я пришел защищать маму, они сказали ей, эй, сказали, если ты сейчас пасть не закроешь, мы тебя сейчас депортируем! Они дают ментам 5.000 рублёвую купюру и всё! Менты тебя депортируют! Вот и всё! Регистрацию пши-пши (разрывает бумагу в воздухе), всё! А что касается регистрации, официально три месяца там база данных. Позвонят, Катенька, убери этого человека из базы данных. (. Pause, bis ca. 1 Sek.) И ВСЁ!

⁷² Я Вам уже говорю, мама моя. Сейчас если она скажет, что 5 числа едет, ее половина зарплаты не дадут. Представляете, поэтому говорю, мама, тихо! В понедельник приедешь, как дадут, возми, чух и тебя нет на следующий день! И всё!

Ну да (. Pause, bis ca. 1 Sek.) Иначе опять кинут?

Ich sage Ihnen doch zu meiner Mutter. Wenn sie jetzt sagen würde, dass sie am fünften des nächsten Monats nach Hause führe, würden sie ihr die Hälfte ihres Lohns nicht auszahlen. Stellen Sie sich das vor, deswegen sage ich ihr, Mama, sei still! Am Montag fährst du zur Arbeit, nimmst deinen Monatslohn entgegen und dann schwups und du bist am nächsten Tag weg! Das war's!

Ok. (. Pause, bis ca. 1 Sek.) Weil man ansonsten wieder um den eigenen Lohn betrogen würde?

Ja, man wird geprellt, obwohl sie auch im Besitz einer Arbeitserlaubnis ist. Sie hat drei Monate dafür kostenlos gearbeitet Und eine Anmeldung hat sie auch. Es ist egal, du bist rechtlos!

(Nijaz, visafrei, männlich, aus Usbekistan, Russischkenntnisse, Aufenthaltserlaubnis)

Nijaz und seine Verwandten verschwiegen als Reaktion auf das betrügerische Verhalten der Firmen den Zeitpunkt der Heimatbesuche. Dieses Verhalten vermittelte ihnen zumindest ein Mindestmaß an Sicherheit, dass ihre Löhne von den ArbeitgeberInnen nicht einbehalten werden würden.

Die allgegenwärtige Informalität in den Interaktionen und Beziehungen zu den ArbeitgeberInnen sowie Korruption in den staatlichen Rechtsschutzorganen konnte von vielen MigrantInnen entsprechend auch für eigene Zwecke genutzt werden. Informelle staatliche Strukturen und die Käuflichkeit von Dokumenten erleichterte MigrantInnen beim Vorhandensein erforderlicher finanzieller Mittel ihr Leben in Moskau sehr. Kamen für MigrantInnen jedoch mehrere ungünstige Faktoren zusammen, konnten sie sich in einer Situation der Ausbeutung, Willkür und körperlicher Misshandlung wiederfinden, wie das folgende Interview mit Assemgul drastisch demonstriert.

Ich lernte Assemgul kennen, als ich bei meiner Ankunft in Moskau und meinem beginnenden Freiwilligendienst bei einer Moskauer Menschenrechts-NGO von deren MitarbeiterInnen von einer Befreiungsaktion mehrerer in Sklaverei gehaltenen Personen in einem Moskauer Lebensmittelgeschäft hörte. Mir wurde berichtet, MenschenrechtlerInnen und MitarbeiterInnen mehrerer NGOs hätten von mehreren MitarbeiterInnen eines Moskauer Lebensmittelgeschäfts erfahren, die in sklavenähnlichen Verhältnissen gehalten

Опять кинут, хотя у неё есть и разрешение на работу. Она три месяца бесплатно работала. И регистрация есть. Всё равно, ты бесправный!

worden seien. In einer koordinierten Aktion versperrten AktivistInnen alle Ein- und Ausgänge des Ladens und riefen mehrere TV-Sender und Zeitungen an, die ihre Kamerateams und Reporter an Ort und Stelle entsandten. Sie hätten erst nach deren Ankunft die Polizei informiert und den Fall gemeldet. Die zuständigen Polizeidienstkräfte weigerten sich zunächst, den Vorfall aufzunehmen und sich zum Geschäft zu begeben. Erst als sie erfahren hätten, es seien Fernsehsender und Vertreter von Zeitungen vor Ort, seien sie nach Ablauf von fast zwei Stunden erschienen und hätten angefangen, den Fall aufzunehmen.

Assemgul, eine Kasachin aus Usbekistan, war eine dieser Frauen, die an dem Tag befreit wurden. Bei unserem Treffen fiel mir sofort auf, wie erleichtert und euphorisch sie sich zeigte und wie sie sich über Kleinigkeiten des Lebens wie Eis oder Kaffee mit Kuchen freute. Mir fielen jedoch sofort auch ihre gebrochenen Finger, die fehlenden Vorderzähne und die abgerissenen Ohrläppchen auf.

Assemgul berichtete in ihrem Interview, sie sei 2002 von einem Bekannten in ihrer Heimat angesprochen worden, ob sie nicht in Moskau in einem Lebensmittelgeschäft arbeiten wolle. Es gebe dort gute Arbeit, bei der man sehr gut verdienen könne. Ihr sei zugesichert worden, ihr Verdienst läge bei ca. 800 bis 1.000 US Dollar im Monat. Da es sich um einen Bekannten von ihr gehandelt habe, habe sie ihm geglaubt, sei nach Moskau gefahren und habe ihre damals eineinhalbjährige Tochter im Heimatdorf zurückgelassen. Sie sei vom Bahnhof mit zwei anderen Frauen und zwei jungen Männern vom Ehemann der Ladenbesitzerin abgeholt und für eine Nacht untergebracht worden. Assemgul sei am nächsten Morgen in ein Lebensmittelgeschäft gebracht worden, in dem sie zehn Jahre festgehalten und zur Arbeit gezwungen worden sei.

Sie führte aus, die LadenbesitzerInnen und ihre Handlanger hätten sehr schnell angefangen, sie für jedes Vergehen, jedes unnötige Gespräch mit den Kunden körperlich zu bestrafen. Sie und andere MitarbeiterInnen im Laden seien permanenten Einschüchterungen und Drohungen ausgesetzt gewesen. Ihnen sei gesagt worden, sie würden alle umgebracht oder zu einem Krüppel geschlagen werden, so dass sie ihr Leben lang ans Bett gefesselt sein wür-

den. Auf der anderen Seite habe die Ladenbesitzerin ihnen immer wieder versprochen, sie werde ihnen ein Haus, eine Wohnung und ein Auto kaufen, den russischen Pass für sie kaufen oder für sie ein Geschäft eröffnen.

Assemgul entschuldigte sich an dieser Stelle im Interview, wie es schien vor sich selbst, dass sie schwieg, gearbeitet und die Beschimpfungen, Schläge und Erniedrigungen ertragen habe, weil sie daran geglaubt habe. Sowohl die Eigentümerin des Ladens, als auch ihr Ehemann hätten sie täglich beschimpft, geschlagen und misshandelt. Nach zwei Jahren Aufenthalt in Moskau sei sie von ihrer Mutter aus Kasachstan angerufen worden, die sich nach ihrem Verbleib erkundigt habe. Assemgul habe ihr zunächst am Telefon gesagt, sie werde in einem Monat nach Hause kommen. Die Eigentümerin des Ladens sei bei dem Gespräch dabei gewesen und habe sie im Anschluss mit ihrem Ehemann und Handlangern mit der Anweisung verprügelt, sie solle so etwas nicht sagen, sie solle sagen, sie werde nicht in einem Monat, sondern bald nach Hause kommen und es gehe ihr gut. An dem Tag seien ihr alle Finger gebrochen, ihre beiden Ohrläppchen abgerissen und mehrere Frontzähne rausgeschlagen worden. Assemgul habe die Anweisung der Ladenbesitzerin, die ihr dabei noch Schlimmeres angedroht habe, aus Angst befolgt und ihrer Mutter beim anschließenden Telefonat nichts mehr erzählt.

Sie berichtete weiterhin, die Ladenbesitzer hätten sehr häufig ihre SIM-Karten ausgewechselt, damit niemand aus der Heimat sie hätte erreichen können. In den zehn Jahren, in denen sie im Laden gearbeitet habe, sei ihr von nur drei Anrufen ihrer Mutter berichtet worden, während sie nur beim ersten Telefonat mit ihr reden durfte. Sie und andere MitarbeiterInnen hätten all die Jahre in dem Keller des Lebensmittelgeschäfts zu zehnt gelebt. Ihr Pass sei ihr am ersten Tag abgenommen worden und sie habe ihn bis zu ihrer Befreiung nicht mehr gesehen. Wenn eine FMS-Kontrolle im Geschäft anstand, hätten sie von der Eigentümerin stets russische oder kasachische Pässe von fremden Personen ausgeteilt bekommen, weil die Staatsbürger Kasachstans keine Arbeitserlaubnisse benötigen. Sie hätten sich vor jeder FMS-Kontrolle die Namen und Vornamen der Personen auf den Pässen einprägen müssen und seien jede Stunde von der Eigentümerin und ihrem

Ehemann kontrolliert worden, ob sie sich an die Namen erinnerten. Hätten sie dies nicht gekonnt, seien sie jedes Mal geschlagen worden. Bei den Kontrollen selbst hätten die BeamtInnen nie auf das Foto geachtet, sondern nur die Namen abgefragt und sie gefragt: *„Sie sind es doch, ja? Dann ist es alles!“*⁷³

Dieses Vorgehen der RechtsschutzbeamtInnen weist auf die Informalität ihrer Interaktionen, möglicherweise auch auf getroffene Absprachen mit den EigentümerInnen des Geschäfts hin.

Assemgul habe täglich von sechs Uhr morgens bis zwölf Uhr mittags in der Obst- und Gemüseabteilung und von zwölf Uhr bis zwei oder drei Uhr nachts an der Kasse der Getränkeabteilung gearbeitet. Sie berichtete, sie sei jedes Mal dafür verprügelt worden, wenn sie Obst oder Gemüse nicht verkauft habe und es schlecht geworden sei. Vergammelte Obst oder Gemüse, habe sie sich in die Küche begeben, dort hinlegen müssen und zwanzig bis dreißig Schläge entweder mit einer Folienrolle oder mit einem Schlagstock auf ein Bein bekommen. Aus diesen vergammelten Produkten sowie Kartoffeln und Zwiebeln sei für sie und die anderen Frauen und Männer, die in dem Laden gefangen waren, täglich das Essen gekocht worden, das sie mit vertrocknetem oder verschimmeltem Brot auf dem Boden im Keller zu sich nahmen. Zum Zeitpunkt des Interviews lag die Befreiungsaktion bereits fünf Monate zurück, Assemgul wies jedoch immer noch sichtbare Anzeichen von Untergewicht auf.

Sie habe zehn Jahre in dem Geschäft gelebt, in dem 42 Kameras installiert gewesen seien und durfte es zu keinem Zeitpunkt verlassen. Die Eigentümerin oder ihr Ehemann bzw. die Aufpasser hätten stets all ihre Schritte auf den Monitoren verfolgt und sie nachts in den Keller gesperrt. Habe sie die Getränkeabteilung unerlaubterweise verlassen, sei sie dafür verprügelt worden. Habe sie oder andere MitarbeiterInnen sich zu lange mit den Kunden

⁷³ Ну это Вы, да? Ну тогда всё!

unterhalten, seien sie ebenfalls dafür verprügelt worden. Assemgul berichtete:⁷⁴

Einmal bin ich von dort weggerannt, damals war mein Sohn drei Jahre alt. Ich bin alleine weggerannt und habe drei Tage in Wohnungseingängen geschlafen. Ich wusste nicht, wohin ich gehen sollte, ich kannte den Weg nicht heraus. Als ich aus dem Haus und um das Haus herumging, kam ich direkt wieder zum Geschäft. Ich habe den Ausgang aus diesen Hinterhöfen nicht gefunden. Dann traf ich auf eine bekannte Kundin und habe ihr alles erzählt und sie gebeten, mir zu helfen aus Moskau wegzukommen. Sie versicherte mir: „Ok, ich werde dir helfen.“ Sie hat mich zu sich nach Hause genommen, ließ mich dort sitzen und holte die Ladenbesitzerin (. Pause, bis ca. 1 Sek.), die dann anfang zu weinen. Warum ich ihr das antäte? „Ich werde dich nicht schlagen oder beschimpfen oder dich quälen.“ Sie bat mich um Entschuldigung, weinte und hat mich wieder mitgenommen. Und nach zwei oder drei Tagen fingen die Schläge und Quälereien wieder an.

Und warum sind Sie nicht zur Polizei gegangen?

Einige Mädchen sind vorher weggerannt und zur Polizei gegangen. Und die Polizisten riefen dann bei ihrer Arbeitsstelle an. Sie riefen die Ladenbesitzerin an und haben ihr gesagt: „Hier sitzen deine Mitarbeiterinnen. Schlagen Sie sie etwa?“ Sie kam dann dorthin und dann, nein, nein, so etwas gäbe es nicht. „Ich kaufe ihnen morgen ein Ticket und schicke sie nach Hause.“ Dann nahm sie sie mit und prügelte sie im Ge-

⁷⁴ Один раз я оттуда убежала, тогда моему сыну три года было. Я убежала одна, три дня в подъезде спала, не знала куда идти, дороги не знала. Выйду из дома, обойду его и обратно к магазину приду, не могу выход найти, куда мне идти. Потом одну знакомую, покупатель была, встретила и я ей рассказала и сказала, помоги мне уехать, она сказала, ладно я помогу. И она сказала, дома сиди, я домой, в квартиру зашла и сидела там. И она в магазин пошла и хозяйку привела (. Pause, bis ca. 1 Sek.) И хозяйка пришла и плакала. Зачем ты со мной это сделала? Я не буду бить тебя, оскорблять, издеваться не буду. Извинения она просила, плакала и меня забрала. Через два, три дня опять начала меня избивать и издеваться надо мной.

А почему Вы в полицию не пошли?

В полицию девушки раньше убежали, а они позвонили хозяйке в магазин, где ты работала. Они хозяйке позвонили и сказали, здесь твои работницы сидят. А что, Вы бьёте их что ли? И хозяйка пришла, нет, нет, такого не было, завтра я им билет куплю, домой отправлю, привезёт в Магазин и бьёт на смерть. Просто менты из ОВД там в магазине бесплатно отоваривались. Вот я там десять лет работала, там две девушки умерли. Одна девушка в поезде умерла, когда хозяйка её туда отвезла, а вторая в магазине. Хозяйка сказала, молча! Никому ничего не говорить! В магазин зайдите и работайте! С деньгами дело закрыли и отвезли её домой. И всё так, когда нас освободили же, полиция хотела нас забрать и депортировать. Они деньги взяли и так сказали, взятки взяли и поэтому так хотели с нами сделать. И следственный комитет тоже самое. Мы подали туда, а они не хотят уголовное дело открывать! Но мы своего добьёмся, чтобы нам за десять лет работы хотя бы деньги выплатили. Просто обидно! Мама моя приехала, я её встретила после того, как нас освободили. Я не плакала, вообще! Слёз не было (. Pause, bis ca. 1 Sek.) Мама моя плакала, а я не могу, у меня слёз после десяти лет уже не осталось, я десять лет плакала каждый день, каждый день! Меня били каждый день два-три раза. (. Pause, bis ca. 1 Sek.) Я не ожидала от своих соотечественников такого.

schäft halbtot. Die Polizisten aus der zuständigen Abteilung für Innere Angelegenheiten haben einfach im Geschäft kostenlos Lebensmittel erhalten, deswegen. Ich habe dort zehn Jahre gearbeitet. In der Zeit sind dort zwei junge Frauen gestorben. Eine ist im Zug gestorben, als die Ladenbesitzerin sie dorthin brachte und die zweite im Geschäft selbst. Sie sagte zu uns dann: „Ruhe! Keinem nur mit einem Wort darüber berichten! Geht ins Geschäft und arbeitet!“ Sie hat einfach Geld bezahlt, dann wurde die Kriminalakte geschlossen und der Leichnam in die Heimat geschickt. Und alles lief so ab. Als wir befreit wurden, wollte die Polizei uns mitnehmen und abschieben. Sie haben einfach Geld angenommen, Bestechungsgelder angenommen und wollten deswegen so mit uns verfahren. Und das Ermittlungskomitee genauso. Wir haben dort eine Anklage gegen die Ladenbesitzerin und ihre Leute erhoben und sie wollen keine Akte eröffnen! Wir werden jedoch unser Recht bekommen, damit wir zumindest für die zehn Jahre Arbeit unser Geld bekommen. Es ist einfach nur schmerzlich und beleidigend! Als meine Mama herkam, holte ich sie ab, nachdem wir befreit wurden. Ich habe dabei nicht geweint, überhaupt nicht! Ich hatte einfach keine Tränen mehr gehabt. (. Pause, bis ca. 1 Sek.) Meine Mama hat geweint und ich konnte einfach nicht, ich habe nach zehn Jahren einfach keine Tränen mehr gehabt. Ich habe zehn Jahre jeden Tag geweint, jeden Tag! Ich wurde täglich zwei bis drei Mal geschlagen. (. Pause, bis ca. 1 Sek.) Ich habe so etwas von meinen Landsleuten nicht erwartet. Wenn es wenigstens Russen oder Menschen anderer Nationalitäten gewesen wären.

(Assemgul, visafrei, weiblich, aus Usbekistan, Russischkenntnisse, keine regulären Aufenthaltsdokumente)

Assemguls Vertrauen in die Aussage eines Bekannten brachte sie in diese Situation. Die von ihr beschriebene allgegenwärtige Informalität und Korruption in den Rechtsschutzorganen sorgten jedoch für die Manifestierung und den Fortbestand der Situation, die für Assemgul in Ausbeutung sowie körperlichen und seelischen Misshandlungen von zehn Jahren mündete.

Sie blieb bei ihren Ausführungen über die Geschehnisse im Geschäft sehr gefasst, es schien, dass das Erlebte noch nicht zu ihr vorgedrungen war, während den Autoren ihr Anblick und ihre Ausführungen noch wochenlang begleiteten. Sie hatte keine psychologische Hilfe, die sie bei der Bewältigung des Erlebten unterstützt hätte. Die Menschenrechts-NGO, die sie und die anderen Frauen und Männer befreit hatte, mietete für sie jeweils eine Wohnung an, stellte ihnen Rechtsanwälte zur Seite, versorgte sie mit Kleidung aus ihren Kleidungsspenden und händigte ihnen monatlich etwas Geld für Lebensmittel aus. Für weitere Ausgaben fehlte der NGO schlicht das Geld.

Vom russischen Staat, der usbekischen oder kasachischen Botschaft habe sie weder Unterstützung, noch finanzielle Hilfe erhalten, berichtete Assemgul. Sie äußerte in ihrem Interview große Dankbarkeit den MitarbeiterInnen der Menschenrechts-NGO gegenüber für die Befreiung aus der Gefangenschaft und die kontinuierliche Unterstützung bei der Vertretung ihrer Interessen vor Gericht und der Staatsanwaltschaft. Sie seien die einzigen in Russland, denen sie unumschränkt vertraue.

Auf die Frage, was ihre schlimmste Erfahrung in Moskau gewesen sei, sagte Assemgul:⁷⁵

Dass es alles so passieren würde, das habe ich nicht erwartet. Dass sie mich so täuschen würden. Ich habe hier einen Sohn geboren und ihn erst nach drei Monaten nach der Geburt für zwanzig Minuten zu Gesicht bekommen. Sie haben sich um mein Kind nicht gekümmert, sind mit ihm nicht spazieren gegangen. Sie haben ihn in der Wohnung an einen Heizkörper angebunden, sein Bein ist gebrochen und er kann nicht laufen. Die Ladenbesitzerin wusste davon und hat mir nichts erzählt. Und er hat auch Rachitis bekommen. Er war nie an der frischen Luft und hat keine Vitamine bekommen und nie die Sonne gesehen. Für seine sechs Jahre ist er ziemlich klein. (... Pause, bis ca. 5 Sek.) Und ich hatte auch eine Tochter 2003 bekommen. Sie wurde mir auch von der Ladenbesitzerin weggenommen. Sie hat hier sechs Monate gelebt, dann wurde sie nach Kasachstan gebracht und nach zwei oder drei Jahren sagte mir die Ladenbesitzerin meine Tochter sei gestorben. Einer anderen Frau wurde ihre Tochter auch weggenommen und ihr nach zwei Monaten gesagt, sie sei gestorben. (... Pause, bis ca. 5 Sek.) Wir haben in Kasachstan angefragt, ob meine Tochter lebt oder nicht, bekamen jedoch keine Antwort. Ich weiß es einfach nicht! (Assemgul, visafrei, weiblich, aus Usbekistan, Russischkenntnisse, keine regulären Aufenthaltsdokumente)

Die MenschenrechtlerInnen und MitarbeiterInnen der NGO berichteten mir bereits im Vorfeld des Interviews darüber, dass Assemgul und andere Gefangene gezwungen worden seien, miteinander zu schlafen. Ihre Töchter seien

⁷⁵ Что это так всё будет, не ожидала я, не думала, что вот так она нас обманет. Сын у меня родился, я его только после трёх месяцев двадцать минут видела. Они за ним не смотрели, не гуляли с ребёнком. Дома его держали привязанным к батарее. У него нога сломана, и он бегать не мог. Хозяйка знала и мне ничего не сказала. И рахитом он заболел. На свежем воздухе не был и витаминов и солнца не видел. Для своих шести лет он очень маленького роста. (... Pause, bis ca. 5 Sek.) А ещё у меня дочка была в 2003 году и тоже хозяйка её забрала. Шесть месяцев здесь жила, потом в Казахстан её отправила и мне потом спустя два-три года сказала, что она умерла. И у одной девушки тоже дочку забрала и сказала, что она через два месяца умерла. (... Pause, bis ca. 5 Sek.) Мы отправили запрос в Казахстан, жива ли моя дочка или нет, ответа не получили. Не знаю я!

ihnen nach der Geburt weggenommen worden und keine der befreiten Frauen wisse etwas über deren Verbleib und ob sie überhaupt noch am Leben seien. Assemgul berichtete weiterhin, die Eigentümerin des Lebensmittelgeschäfts und ihr Ehemann lebten frei und betrieben weiterhin ihr Lebensmittelgeschäft in Moskau, in dem nun MigrantInnen aus der Republik Moldau arbeiteten.

Im November 2012, fünf Monate vor dem Interview, wurde die Anordnung zur Einleitung eines Strafverfahrens mangels Straftatbestands zurückgezogen. Einzig in Usbekistan wurde ein Prozess gegen die Ladenbesitzerin eröffnet, bei dem sie in Abwesenheit verurteilt wurde. Alle Versuche von Anwälten scheiterten an der Weigerung der Staatsanwaltschaft, ein Strafverfahren zu eröffnen. Assemgul zeigte sich im Interview und in unseren Interaktionen trotzdem sehr entschlossen, bis zum Schluss für die Anerkennung der Geschehnisse und die Entschädigung zu kämpfen. Auch die Menschenrechts NGO und deren Anwälte blieben an dem Fall dran und reichten schließlich Ende 2016 eine Klage beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ein, weil alle Versuche, die Verantwortlichen in Russland zur Verantwortung zu ziehen an der Weigerung der Staatsanwaltschaft, ein Strafverfahren überhaupt zu eröffnen, scheiterten.

Zwischenfazit

Die Situation für MigrantInnen in Russland war durch das Fehlen sozialstaatlicher Transferleistungen und ein ausgesprochen dünnes Netz privater Wohlfahrtsverbände (NGOs, Kirchliche Wohlfahrtsverbände etc.) gekennzeichnet, die zudem nur über sehr eingeschränkte finanzielle Mittel verfügten. Um ihren Lebensunterhalt in Russland bestreiten zu können, berichteten die MigrantInnen, daher unbedingt auf das Finden einer Arbeitsstelle angewiesen zu sein.

Die in der zu Kapitelanfang vorgestellten Ergebnisse in der Literatur zur Arbeitssuche von MigrantInnen, zu Einstellungspraktiken, Arbeitsbedingungen und Interaktionen mit ArbeitgeberInnen und RechtsschutzbeamtInnen konnten in den Interviews weitgehend bestätigt werden: So stellten die MigrantInnen in ihren Berichten ebenfalls die Wichtigkeit sozialer Netzwerke bei der Arbeitssuche heraus, unterstrichen die Bedeutung, über gute russische Sprachkenntnisse zu verfügen, um bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu haben, schilderten überwiegend informelle Arbeitseinstellungen ohne schriftliche Arbeitsverträge und zeigten die Folgen dieser irregulären Beschäftigungsverhältnisse wie ein hohes Risiko, Ausbeutung und Willkür ausgeliefert zu sein, auf. Die Feldforschungsergebnisse geben darüber hinaus vertiefende Erkenntnisse über individuell wahrgenommene Handlungsoptionen, d. h. zur Agency von MigrantInnen, sich auf dem von informellen Interaktionen dominierten Moskauer Arbeitsmarkt behaupten. Sie beleuchten auch, welche Faktoren wie bspw. Sprachkenntnisse, soziale Netzwerke, Vertrauen zu NGO-MitarbeiterInnen oder in tradierte, informelle Verfahrensweisen auf dem Moskauer Arbeitsmarkt die Wahrnehmung der MigrantInnen, wirksam in ihren Handlungen zu sein, beeinflussen.

Insgesamt kristallisierte sich in der Interviewanalyse heraus, dass sich die MigrantInnen bei der Beschreibung ihrer Erfahrungen auf dem Moskauer Arbeitsmarkt in zwei Gruppen entsprechend zweier grundlegend verschiedener Handlungsentscheidungen unterteilen ließen. Zum einen in die vergleichsweise kleine Gruppe, die sich zum Erwerb einer russischen Aufenthaltserlaubnis oder Staatsbürgerschaft entschied und zum anderen in die

weitaus größere Gruppe, die die Strategie des Besitzes unterschiedlichster Kombinationen regulärer und irregulärer Dokumente bis hin zum völligen Fehlen jedweder Papiere wählte. Die der ersten Gruppe zuzurechnenden MigrantInnen beschrieben als Motiv ihrer Entscheidung, trotz der zum informellen Kauf regulärer Aufenthaltstitel notwendigen hohen finanziellen Mittel, hierdurch die Möglichkeit zu erlangen, einer regulären Beschäftigung mit wesentlich höheren Löhnen als im Falle einer irregulären Anstellung nachgehen zu können. Sie berichteten entsprechend, den primär irregulär zu bewerkstelligenden Erwerb der russischen Staatsbürgerschaft nicht be-reut zu haben, da dieser sich für sie langfristig sowohl finanziell als auch hinsichtlich der Art des beruflichen Tätigkeitsfeldes ausgezahlt habe. Insbesondere die MigrantInnen, die langfristig in Moskau verbleiben wollten, zeigten in ihren Berichten großes Interesse, die zum informellen Erwerb regulärer Aufenthaltsdokumente notwendigen hohen finanziellen Mittel aufzubringen, unabhängig davon, wie viele Schwierigkeiten sie dabei zu überwinden hatten. Die Interviewbeispiele demonstrieren, dass die MigrantInnen als Antwort auf aktuell vorzufindende Probleme wie die Notwendigkeit, über reguläre Aufenthaltsdokumente zu verfügen, um einer geregten Tätigkeit nachgehen zu können, Handlungsbedingungen wie die Art und Weise tradierter Interaktionen mit den informellen Strukturen reproduzierten oder zu verändern suchten, indem sie z. B. versuchten, individuelle Absprachen mit ihren Arbeitgeberinnen zu treffen, ihnen beim Erwerb regulärer Dokumente behilflich zu sein und ggf. hierfür Lohngeldzahlungen einzubehalten. Die Ergebnisse der Interviews weisen dabei vor allem auf eine Reproduktion der durch die informellen Strukturen zum irregulären Kauf regulärer Aufenthaltstitel vorgegebenen Interaktionen und weniger auf deren Veränderung hin. Dies lässt sich damit erklären, dass die meisten der interviewten MigrantInnen schilderten, aufgrund eigener oder aus ihrem sozialen Netzwerk berichteten negativen Vorerfahrungen dem rechtsstaatlichen russischen Beantragungsverfahren stark zu misstrauen und sich daher für die Nutzung der ihnen offenstehenden informellen Möglichkeiten zu entscheiden.

Verfolgten die MigrantInnen jedoch die Absicht, nur temporär im Land bleiben zu wollen, zeigten sie oft kein Interesse am hohe finanzielle Mittel erfor-

dernden Erwerb regulärer Aufenthaltsdokumente, auch wenn dieser ihnen eine reguläre Arbeitstätigkeit ermöglicht hätte. Trotz dieser Irregularität berichteten sie von keinen unüberwindbaren Barrieren, eine bezahlte Beschäftigung zu finden, sondern gingen irregulären Tätigkeiten nach, die sie bei der Ankunft über ihre sozialen Netzwerke in Moskau fanden. Sie beschrieben, in bestimmten Nischen tätig zu sein und mit ihrer irregulären Tätigkeit in der Regel so viel Geld zu verdienen, dass es gerade zum Überleben reiche und sie ggf. noch etwas Geld ansparen oder ihren Familien in der Heimat zukommen lassen könnten. Obwohl sie sich also aufgrund ihrer prekären Situation mit großen Schwierigkeiten auf dem Moskauer Arbeitsmarkt konfrontiert sahen, berichteten die meisten von ihnen über Handlungsoptionen, die ihnen erlaubten, eine Arbeit zu finden und ihre individuellen Ziele, wie Geld zur Unterstützung ihrer Familien im Heimatland zu verdienen oder für sich selbst anzusparen, um sich den Transfer in ein westeuropäisches Land zu ermöglichen, zu verfolgen. Der Großteil der MigrantInnen in irregulären Beschäftigungsverhältnissen aufgrund fehlender regulärer Aufenthaltsdokumente gab als gravierende Schwierigkeit jedoch das Fehlen schriftlicher Arbeitsverträge an, was die Erfahrung häufigen Lohnbetrugs bis hin zum Erleben von Einschüchterung und Ausbeutung durch ihre ArbeitgeberInnen zur Folge hatte. Sie beschrieben, Löhne erhalten zu haben, die weit unter dem Niveau von MigrantInnen mit einer russischen Aufenthaltserlaubnis oder Staatsbürgerschaft lagen, und davon, diese geringen Löhne akzeptieren zu müssen. Den Versuch, unbezahlte Überstunden, niedrige Löhne oder Lohnbetrug anzufechten, trauten sich nur die wenigsten der befragten MigrantInnen, weil sie durch ihren häufig irregulären Aufenthaltsstatus Angst vor einer Abschiebung hatten oder Willkür seitens der BeamtenInnen der Rechtsschutzorgane fürchteten. Sie schilderten dabei ihre Sorge, dass diese von den ArbeitgeberInnen bestochen sein könnten. Die MigrantInnen antizipierten in ihren Interviews daher nur eine geringe Chance auf Erfolg ihrer Beschwerden und verzichteten häufig von vornherein auf jeglichen Versuch, ihre Rechte, bspw. bei Lohnforderungen, durchzusetzen. Im Fall, dass sich MigrantInnen Ausbeutung und Willkür seitens der ArbeitgeberInnen ausgesetzt sahen, führten sie aus, ausschließlich von wenigen NGOs und Menschenrechtsorganisationen Unterstützung erfahren zu haben. Keine der befragten MigrantInnen be-

richtete, sie oder er würden sich in solchen Fällen hilfesuchend an die Polizei oder andere Rechtsschutzorgane wenden, da ihre eigenen Erfahrungen bzw. die Beispiele, die sie aus ihrem Freundes- und Bekanntenkreis gehört hätten, sie lehrten, diesen staatlichen Strukturen zu misstrauen.

Die fehlende Rechtssicherheit, das Erleben, Willkür sowohl durch ArbeitgeberInnen als auch durch Rechtsschutzorgane ausgeliefert zu sein, führte bei manchen der interviewten MigrantInnen zu dem Gefühl hilfloser Wut, sich gegen ungerechte Behandlung nicht wehren zu können, wie dies deutlich bspw. von Nijaz ausgeführt wurde. Diese Hilflosigkeit konnte sich zu Ohnmacht und der Erfahrung, Ausbeutung bis hin zu massiver Gewalt durch ArbeitgeberInnen über Jahre erdulden zu müssen, ausweiten, wie dies eindrucksvoll z. B. Assemgul beschrieb. Hier wird der die Handlungsfähigkeit der MigrantInnen einschränkende Strukturcharakter des informellen Moskauer Arbeitsmarktes deutlich: Zwar nahmen sich die MigrantInnen meist handlungsfähig war, eine bezahlte Arbeit zu finden, sich gegen die Willkür der ArbeitgeberInnen effektiv zur Wehr zu setzen, war ihnen jedoch auf dem Hintergrund fehlender Arbeitsverträge und fehlenden Vertrauens in die russische Rechtsstaatlichkeit kaum möglich. Das Erleben interpersonalen Vertrauens zu einzelnen Mitgliedern von NGOs sowie insbesondere in die Unterstützungsbereitschaft einzelner ArbeitgeberInnen weitete den Handlungsspielraum der MigrantInnen aus und spielte entsprechend bei dem Ausprägungsgrad ihrer Agency eine entscheidende Rolle. So berichteten die MigrantInnen selbst in ausweglos erscheinenden Situationen von ihren individuellen Handlungsmöglichkeiten, wie z. B. sich selbst informeller Strategien zu bedienen, um ihre Ziele auf dem Arbeitsmarkt umzusetzen, oder auf die - wenn auch nur in geringem Maße vorhandene - Hilfe durch NGOs bei Erleiden von Willkür und Ausbeutung durch ArbeitgeberInnen zurückzugreifen.

6. Diskussion und Ausblick

Diskussion der Ergebnisse

Die empirischen Ergebnisse der vorliegenden Arbeit zeichnen nach, inwieweit MigrantInnen sich in zentralen Bereichen ihres Alltags in der russischen Hauptstadt Moskau selbstbestimmt handelnd erleben. Untersucht wurde die subjektive Wahrnehmung der MigrantInnen, sich in Interaktion mit informellen staatlichen Strukturen Russlands handlungsfähig zu erleben. Vor dem Hintergrund nur weniger vorhandener Arbeiten zur Frage der Handlungsfähigkeit von MigrantInnen in Ländern mit hoher Korruption und als symbiotisch zu bezeichnenden Verbindungen formeller und informeller staatlicher Strukturen bietet die vorliegende Studie wichtige erste Einsichten in diese Thematik.

In einem Methodenmix aus strukturierten ExpertInneninterviews, teilnehmenden Beobachtungen und thematisch fokussierten narrativen Interviews mit 58 MigrantInnen aus 13 Ländern konnten mittels der in Kapitel 3 erläuterten Grounded Theory und Thematical Analysis vier Dimensionen aus dem Leben der MigrantInnen induktiv extrahiert werden, die ihre subjektive Sicht auf spezifische Probleme im Umgang mit den Instanzen des russischen Staates abbildeten. Die MigrantInnen schilderten als gewichtige Problemfelder die Erlangung von für ihren Aufenthalt notwendigen Dokumenten, die Suche nach Unterkunft und einer Arbeitsstelle sowie den Umgang mit Beamten der Rechtsschutzorgane. Dabei beschrieben sie, sich in diesen für die Sicherung ihres Aufenthalts wichtigsten Bereichen ihres Lebens primär mit informellen staatlichen Strukturen konfrontiert zu sehen. Sich als handlungsfähig, also aktiv Einfluss nehmen könnend, wahrzunehmen, war entsprechend zentral für die MigrantInnen insbesondere in ihren Interaktionen mit Vertretern informeller staatlicher Strukturen. Dabei nahmen sie diese als überwiegend korrupt und mit den formellen staatlichen Strukturen verwoben wahr. Berichteten die MigrantInnen in den Interviews über die Verfolgung ihrer individuellen Ziele und Pläne in Moskau, beschrieben sie die informellen staatlichen Strukturen interessanterweise aber nicht nur als einschränkend, sondern als ermöglichend zugleich. Ermöglichend, da ihnen die informellen

Strukturen verschiedene Handlungsoptionen zur Erreichung ihrer Ziele boten, die über den in der Literatur häufig beschriebenen Zwang, Bestechungsgelder zur Aufenthaltssicherung zahlen zu müssen, hinausgingen. Handlungsoptionen konnten informelle Absprachen mit ArbeitgeberInnen betreffen, Unterstützung beim informellen Erwerb einer regulären Arbeitserlaubnis zu erhalten, oder mündliche Übereinkünfte mit Wohnungseigentümern zu treffen, eine größere Anzahl Personen als offiziell erlaubt in ihren Räumlichkeiten wohnen zu lassen. Einschränkungen des informellen Staates stellten Willkür und Erpressung durch PolizeibeamtInnen dar, die Notwendigkeit, reguläre Dokumente zu einem hohen Preis kaufen zu müssen, statt diese auf rechtsstaatlichem Wege beantragen zu können sowie die fehlende Möglichkeit, das eigene Recht, z. B. bei Erfahrung von Lohnbetrug, einzuklagen.

Wie handlungsfähig erlebten sich die MigrantInnen innerhalb der existierenden formellen und informellen Strukturen bei der Bewältigung ihrer Alltagsprobleme? Die Auswertung der Interviewdaten zeichnet ein breit gefächertes Bild von MigrantInnen: Diese erlebten sich teils als selbstbewusst ihre Rechte und Interessen gegenüber RechtsschutzbeamtInnen durchsetzend, teils als Personen, die sich hilflos der Willkür und Gewalt von staatlichen Instanzen und mit diesen kooperierenden ArbeitgeberInnen ausgeliefert sahen. In allen vier als zentral beschriebenen Problemfeldern – Erlangung von Dokumenten, Wohnungs- und Arbeitssuche, Umgang mit RechtsschutzbeamtInnen – beschrieben die MigrantInnen, sich unterschiedlich stark ausgeprägt handlungsfähig zu erleben. Untersucht man diese subjektiv wahrgenommene Handlungsfähigkeit entsprechend der von Emirbayer und Mische dargelegten drei zeitlichen Dimensionen von Agency, ergibt sich Folgendes:

Als wichtigen Orientierungspunkt ihrer Handlungsentscheidungen nannten die MigrantInnen wiederholt zurückliegende Erfahrungen, die sie in ihren Herkunftsländern bspw. im Umgang mit der Polizei und Behörden erworben hätten. Ebenso zeigten die Interviews, dass Erfahrungsberichte und Empfehlungen aus dem sozialen Netzwerk als richtunggebende Handlungsschemata dienten, mit deren Hilfe die MigrantInnen sich in ihrer komplexen neuen Lebenssituation bestmöglich einzurichten suchten. Entsprechend stimmten

diese auf beiden Wegen erlernten Handlungsschemata oftmals mit den Schilderungen der MigrantInnen ihrer konkreten Verhaltensweisen überein. Beispiele aus den Interviews beinhalteten einerseits Berichte, selbstbewusst aktiv im Umgang mit RechtsschutzbeamtenInnen, ArbeitgeberInnen und WohnungsvermieterInnen zu agieren sowie andererseits passive Antwortstrategien auf die vor ihnen liegenden Probleme zu finden, wie sich aus Angst vor Abschiebung in möglichst vielen Lebensbereichen räumlich zurückzuziehen. Ein weiteres Beispiel stellt in der Frage der Wohnungssuche das tradierte Zurückgreifen auf Vermittlung durch soziale Netzwerke oder das Zahlen von Bestechungsgeldern an die Abschnittsbevollmächtigten der Polizei zur frühzeitigen Warnung vor Razzien dar: Die MigrantInnen riefen also diese durch die eigene Erfahrung oder Erzählungen ihrer sozialen Netzwerke erlernte Handlungsstrategie in passenden Situationen ab und setzten sie gezielt ein, um ein Gefühl von persönlicher Sicherheit (wieder-)herzustellen.

Dass die Handlungsfähigkeit der MigrantInnen im Umgang mit den informellen staatlichen Strukturen vor Ort jedoch häufig deutlich über eine reine Wiederholung habituell erworbener Erfahrungsmuster entsprechend der ersten von Emirbayer und Mische als „*iterrational*“ beschriebenen Dimension hinausging, demonstrierten die Interviewberichte wiederholt: Die MigrantInnen schilderten, ihre Entscheidungen für oder gegen eine Handlungsstrategie bewusst in Abwägung ihrer temporären oder langfristigen Ziele, ihrer individuellen Wünsche und vorhandenen Ressourcen zu treffen, was der zweiten, von den Autoren als „*projective dimension of agency*“ beschriebenen, Dimension von Handlungsfähigkeit zuzuordnen ist, nach der gegenwärtige Handlungen von Menschen mit der Vorstellung dieser von sich selbst und dem eigenen Leben in der Zukunft erklärt werden. So schilderten die MigrantInnen bspw., sich im Falle ihrer Absicht, langfristig in Moskau bleiben zu wollen, für die Erlangung von Dokumenten entschieden und hierzu meist informelle Optionen gewählt zu haben, da ihnen dieses Vorgehen eine schnellere Erlangung der notwendigen Aufenthalts- und Arbeitsdokumente versprach. Da die Erlangung formeller Dokumente via käuflichen Erwerbs über informelle Strukturen jedoch meist erhebliche finanzielle Mittel erforderte, über die viele der befragten MigrantInnen bei der Einreise nicht ver-

fügten, berichteten sie von alternativen Handlungsoptionen: Einige MigrantInnen setzten z. B. ihr Vertrauen in einen formellen Beantragungsprozess und dabei auf die Hilfe der wenigen NGOs und ihrer Anwälte. Andere entschieden sich entsprechend ihrer temporären Pläne und Absichten dazu, gefälschte oder gar keine Dokumente zu erwerben.

Insbesondere die MigrantInnen, die über keine oder nur unvollständige reguläre Aufenthaltsdokumente verfügten und von häufigen Fällen der Willkür und Gelderpressung durch PolizeibeamtInnen berichteten, gaben in ihren Interviews Beispiele, entsprechend der Anforderungen ihrer gegenwärtigen, prekären Lebenssituation Handlungsoptionen zur Erreichung ihrer individuellen Ziele adaptiert oder neu entwickelt zu haben, was mit der dritten, von Emirbayer und Mische als „*practical-evaluative dimension*“ bezeichneten Dimension von Handlungsfähigkeit korrespondiert: So schilderten die MigrantInnen, trotz ihres prekären Status über verschiedene Handlungsstrategien zu verfügen, die ihnen erlaubten, sich vor einer absoluten Willkür der BeamtInnen zu schützen und einen Ermessensspielraum zu erwirken, Bestechungsgeldforderungen in Gänze nachkommen zu müssen oder nicht. Sie beschrieben, selbst in dem Fall, dass die Zahlung von Bestechungsgeldern unausweichlich erschien, immer noch die Möglichkeit zu besitzen, mit den BeamtInnen über die Höhe der Summe zu verhandeln. Auch im Umgang mit den großen Schwierigkeiten, mit denen sich die MigrantInnen auf dem Moskauer Arbeitsmarkt konfrontiert sahen, berichteten die meisten von ihnen über Handlungsoptionen zu verfügen, die ihnen erlaubten, eine Arbeit zu finden und ihre individuellen Ziele zu verfolgen. Konfrontiert mit der häufigen Erfahrung von Lohnbetrug bis hin zum Erleben von Einschüchterung und Ausbeutung durch ihre ArbeitgeberInnen im Falle der häufig vorliegenden irregulären Beschäftigungsverhältnisse berichteten zwar nur die wenigsten der interviewten MigrantInnen, sich zu trauen, den Versuch, unbezahlte Überstunden, niedrige Löhne oder Lohnbetrug anzufechten, zu wagen. Sie schilderten, durch ihren oft irregulären Aufenthaltsstatus Angst vor einer Abschiebung zu haben oder Willkür seitens der BeamtInnen der Rechtsschutzorgane zu befürchten. Einige der interviewten MigrantInnen beschrieben jedoch ihre Abwägungen, sich alternativ an NGOs und Menschenrechts-

organisationen zu wenden, um Unterstützung bei der Durchsetzung ihrer Rechte zu erhalten. Dies zeigt erneut, dass die MigrantInnen über eine an die aktuell vorzufindende Problemsituation flexibel anzupassende Handlungsfähigkeit verfügten, ob sie diese nun aktiv und erfolgreich umsetzen konnten oder sich aufgrund ihres prekären Status, negativer Vorerfahrungen und fehlender Ressourcen dagegen entschieden.

Insgesamt weist die Analyse der Interviews darauf hin, dass die MigrantInnen innerhalb der von informellen Strukturen dominierten Rahmenbedingungen in der Lage waren, Handlungsstrategien zur Erlangung von Aufenthaltsdokumenten, zum Schutz vor Abschiebung oder Willkür, zur Erfüllung ihrer Sicherheits- sowie wirtschaftlichen Interessen an ihre jeweiligen Lebensbedingungen und die strukturellen Gegebenheiten vor Ort flexibel zu adaptieren und gegebenenfalls neue Handlungsoptionen entsprechend ihrer Vorerfahrungen, ihrer Ziele und vorhandenen Ressourcen zu verfolgen. Dabei weisen die Ergebnisse der Interviews vor allem auf eine Reproduktion der durch die informellen Strukturen vorgegebenen Interaktionen, wie Dokumente käuflich zu erwerben oder Bestechungs- und Schutzgelder zu zahlen, und weniger auf deren Veränderung hin.

Zur Frage möglicher die Ausprägung der Handlungsfähigkeit beeinflussender Faktoren lassen sich folgende Ergebnisse aus der Analyse der Interviews zusammenfassen: Als zentral stellten sich die Faktoren *Vorhandensein finanzieller Mittel, soziale Netzwerke, gute Kenntnisse der Landessprache und Vertrauen sowohl zu den Mitgliedern ihrer sozialen Netzwerke als auch zu formalen und informellen staatlichen Strukturen* heraus.

Finanzielle Mittel und die Bereitschaft, diese insbesondere für den käuflichen Erwerb oder die Erlangung regulärer Dokumente durch Zahlung von Bestechungsgeldern einzusetzen, erwies sich als ein bedeutender Einflussfaktor für den Ausprägungsgrad der Handlungsfähigkeit der sich in einer von informellen staatlichen Strukturen geprägten Lebenssituation zurechtzufindenden MigrantInnen: Das Vorhandensein regulärer Aufenthaltstitel, unabhängig davon, wie diese erlangt wurden, ermöglichte ihnen bessere Arbeitsbedingungen bei wesentlich höheren Einkommen zu erreichen, sich in

den Interaktionen mit den BeamtInnen der Rechtsschutzorgane geschützt zu erleben sowie durch ihre höheren Einkommen eine bessere Wohnqualität zu erzielen. Insbesondere MigrantInnen mit langfristigen Absichten, in Russland zu verbleiben, berichteten in ihren Interviews von den Vorzügen der Strategie des käuflichen Erwerbs regulärer Aufenthaltstitel von informellen staatlichen Strukturen und ihrer sich dadurch erweiterten Handlungsfähigkeit.

Soziale Netzwerke und das Engagement deren Mitglieder, die neu angekommenen MigrantInnen bei der Sicherung ihres Aufenthaltes und der Bewältigung ihrer Alltagsprobleme zu unterstützen, können entsprechend der Interviewergebnisse in Russland ebenso wie in der Literatur beschrieben als ein weiterer zentraler Einflussfaktor auf die Handlungsfähigkeit von MigrantInnen und ihrer Fähigkeit, eigene Handlungsoptionen an soziale Gegebenheiten anzupassen, angenommen werden. Die MigrantInnen schilderten wiederholt, ihren sozialen Netzwerken käme bei der Frage der Arbeits- und Wohnungssuche eine tragende Rolle zu.

Ebenso konnte die in der Literatur diskutierte Bedeutung der Sprachkenntnisse für die Erweiterung der eigenen Handlungsfähigkeit in den Interviews validiert werden. In den Berichten der MigrantInnen spielten profunde Russischkenntnisse insbesondere in den Interaktionen mit den BeamtInnen der Rechtsschutzorgane und bei der Klärung der Frage der Qualität der Arbeitsstellen und der Höhe der Arbeitseinkommen eine zentrale Rolle.

Darüber hinaus erwies sich der Faktor des Vertrauens in der Interviewanalyse als deutlich den Grad der Ausprägung der Handlungsfähigkeit der MigrantInnen beeinflussend. Die MigrantInnen beschrieben wiederholt ihr Vertrauen zu informellen und formellen staatlichen Strukturen als auch zu Vertretern ihrer sozialen Netzwerke und Hilfsorganisationen. Systemvertrauen in informelle Strukturen, Misstrauen zu rechtsstaatlichen Verfahrensweisen, interpersonales Vertrauen zu sozialen Netzwerken, Einzelpersonen und Hilfsorganisationen wirkten sich entscheidend darauf aus, inwieweit die MigrantInnen wahrnahmen, ihre Handlungsmöglichkeiten aktiv ausüben zu können. Der Grad ihres Vertrauens in formelle und informelle Strukturen

hing nach ihren Schilderungen von ihren jeweiligen im Herkunftsland oder in Russland neu erworbenen Erfahrungen mit formellen und informellen Staatsstrukturen ab. Die Analyse zeigte, dass vorherige Erlebnisse von Betrug, Gewalt, Willkür und Machtlosigkeit sowie ausgeprägte Ängste vor Abschiebung zur Verfestigung ihrer durch die informellen Strukturen vorgegebenen Handlungsoptionen führte, was bspw. das Nachkommen von Bestechungsgeldzahlungen oder die Duldung von Willkür beinhaltete. Innerhalb dieser strukturell gesetzten Rahmenbedingungen erlebten sich die MigrantInnen jedoch auf der anderen Seite auf der Grundlage ihres Vertrauens zu einzelnen Personen wie bspw. hilfsbereit auftretenden ArbeitgeberInnen, Hilfsorganisationen oder zu Systemstrukturen wie dem tradierten Schutzsystem der Abschnittbevollmächtigten der Polizei ermutigt, Handlungsstrategien zum Schutz vor Abschiebung oder Willkür und zur Erfüllung ihrer Sicherheits- sowie wirtschaftlichen Interessen aktiv auszuführen, an ihre jeweiligen Lebensbedingungen flexibel zu adaptieren und gegebenenfalls neue Handlungsoptionen zu entwickeln.

Insgesamt zeigte sich in den Interviews Vertrauen – interpersonales wie Systemvertrauen – als eine wichtige, individuelle Ressource der MigrantInnen, die Möglichkeit wahrzunehmen, Interaktionsprozesse mit Vertretern der informellen wie formellen staatlichen Strukturen aktiv gestalten, Unterstützung durch soziale Netzwerke aufsuchen oder bei Erleben von Willkür und Ausnutzung neu adaptierte Handlungsstrategien zur Existenzsicherung entwickeln zu können. Das Erleben eines Vertrauensbruchs und, Misstrauen aufgrund negativer Vorerfahrungen wirkten sich wiederum deutlich einschränkend auf die Wahrnehmung der eigenen Handlungsfähigkeit der MigrantInnen aus.

Die vorgestellten empirischen Ergebnisse müssen an dieser Stelle mit einigen methodischen Anmerkungen und Einschränkungen versehen werden. Aufgrund des erschwerten Feldzugangs und weniger Vorarbeiten sind die Ergebnisse der vorliegenden Studie als erste Erkenntnisse in dem weiter zu erforschenden Gebiet der Agency von MigrantInnen im Rahmen informeller staatlicher Strukturen anzusehen.

Das Sampling der vorliegenden Arbeit birgt die Gefahr eines Bias, was im Folgenden knapp thematisiert werden soll: Durch die Besonderheit des Zugangs über NGOs, WissenschaftlerInnen, Kirchengemeinden und MenschenrechtlerInnen enthält das Sampling ausschließlich Personen, die mithilfe dieser speziellen Zugänge erreicht werden konnten. Die Gefahr besteht daher darin, dass Personen, die zurückgezogen lebten und keinen Zugang zu den gleichen Netzwerken und Stadtgebieten wie der Autor hatten, keinen Eingang in das Sampling fanden und hierdurch die Untersuchung der Handlungsfähigkeit der MigrantInnen in der Studie einer möglichen Verzerrung unterliegt. Auf der anderen Seite wurde gerade durch diese verschiedenen Lokalisationen und Zugänge zur Rekrutierung der InterviewteilnehmerInnen in der Arbeit versucht, Personen in unterschiedlichsten Lebens- und Arbeitssituationen zu erreichen.

Darüber hinaus birgt der Einsatz von ÜbersetzerInnen die Gefahr entgangener Informationen oder Nuancen der geschilderten subjektiven Wahrnehmung der MigrantInnen in Bezug auf ihre Handlungsfähigkeit im Umgang mit den unterschiedlichen Problembereichen ihres Lebens in Moskau. Es wurde jedoch bewusst nicht auf den Einsatz von DolmetscherInnen verzichtet, um nicht ausschließlich russischsprachende MigrantInnen zu befragen, sondern vielmehr die Erfahrungen von möglichst heterogenen Gruppen von MigrantInnen in die Untersuchung einfließen zu lassen.

Ein weiteres mögliches Bias besteht im Vertrauensverhältnis zwischen den InterviewteilnehmerInnen und dem Autor der Studie. Die Interviewsituationen waren durch sowohl kurze als auch längere Kontakte des Autors mit den interviewten Personen gekennzeichnet. Das möglicherweise gering ausgeprägte Vertrauensverhältnis von einigen TeilnehmerInnen, die den Autor nur relativ kurz kannten, könnte das Bias eines oberflächlichen Inhaltsgehalts der Interviews bergen. Andererseits besteht ebenso die Gefahr eines Bias in den Interviews mit MigrantInnen, die einen längeren Kontakt und ein teilweise freundschaftliches Verhältnis mit dem Autor der Studie pflegten. Sie könnten in den Interviews möglicherweise die Wahrnehmung der eigenen Handlungsfähigkeit verzerrt darstellen, um ein positiveres, selbstbestimmteres Bild von sich zu präsentieren. Der Gefahr des ersten Bias durch man-

gelandes Vertrauen wurde dadurch versucht vorzubeugen, indem die Zugänge zu den InterviewteilnehmerInnen durch ihnen vertraute NGOs, kirchliche Organisationen, MenschenrechtsaktivistInnen, RechtsanwältInnen und Wissenschaftlerinnen bzw. durch eigene freiwillige Mitarbeit des Autors in einer Menschenrechts-NGO hergestellt wurden. Dem Risiko des zweiten Bias sozial erwünschter, verzerrter Darstellungsweise wurde durch die Häufigkeit und Ausführlichkeit der Gespräche mit den MigrantInnen und die Datensammlung entsprechend des Ansatzes der Grounded Theory zu begegnen versucht. Wichtig ist darüber hinaus festzuhalten, dass es der vorliegenden Untersuchung nicht darum ging, Objektivität herzustellen oder abzubilden, sondern vielmehr die subjektive Wahrnehmung der Handlungsfähigkeit einzufangen.

Autor erkennt weiterhin an, dass die Erinnerung als ein kreativer Prozess anzusehen ist, bei dem Erlebtes gedeutet und nicht einfach erzählt wird bzw. einzelne MigrantInnen sich dem Interviewer gegenüber möglicherweise als selbstbewusst und souverän darstellen möchten, ohne durchweg so zu empfinden. Es ist an dieser Stelle festzuhalten, dass es der vorliegenden Untersuchung jedoch nicht darum ging, Objektivität herzustellen oder abzubilden, sondern vielmehr die subjektive Wahrnehmung der Handlungsfähigkeit einzufangen, auch möglicherweise weniger tatsächlichen, sondern vielmehr der erwünschten Handlungsfähigkeit.

Das letzte mögliche Bias der vorliegenden Arbeit betrifft die Interviewmethode der thematisch fokussierten narrativen Interviews: Möglicherweise können mit dieser Methode nicht alle Erfahrungen und Facetten des Lebens von MigrantInnen festgehalten werden. Da vor dem Hintergrund der großen Anzahl und hohen Diversität der untersuchten MigrantInnen die Entscheidung des Autors jedoch auf die Thematical Analysis als Analysemethode fiel, die wiederum die Durchführung einer größeren Anzahl an Interviews erforderte und gleichzeitig eine relativ offene Erzählform der TeilnehmerInnen zu gewährleisten hatte, erschien es als sinnvoll, die oben erwähnte Interviewmethode anzuwenden.

Ausblick

Die vorliegende Arbeit ist auf der Mikroebene anzusiedeln, da sie die subjektive Wahrnehmung der Handlungsfähigkeit von MigrantInnen in Russland untersucht. Dabei wurde insbesondere dem Zusammenspiel der wahrgenommenen Handlungsfähigkeit mit den Gegebenheiten der sozialen Struktur des russischen informellen Staates nachgegangen. Um ein ganzheitlicheres Bild gewinnen zu können, erscheint es dem Autor als sinnvoll, in zukünftigen Arbeiten den Einfluss der Vorerfahrungen der MigrantInnen aus den Heimatländern näher zu untersuchen. Inwiefern könnten die auf den Vorerfahrungen aus den Heimatländern basierenden Annahmen in Bezug auf den Staat eine Rolle bei der Ausprägung der Handlungsfähigkeit von MigrantInnen spielen? In diesem Zusammenhang wäre es interessant, sich auf einen Vergleich unterschiedlicher Herkunftsländer von MigrantInnen zu konzentrieren und sich bei den Interviews nicht ausschließlich auf die Zeit und Erfahrungen in Russland zu beschränken, sondern die Befragung ebenso auf die Vorerfahrungen in den Heimatländern auszudehnen und möglicherweise ebenso bereits in ihre Heimatländer zurückgekehrte MigrantInnen zu befragen.

Die vom Autor durchgeführte Analyse der Handlungsfähigkeit entsprechend der drei zeitlichen Dimensionen von Agency nach Emirbayer und Mische bietet nicht nur einen ersten differenzierten Einblick in die subjektive Wahrnehmung der MigrantInnen in Russland, ihre Handlungsfähigkeit flexibel wie adaptiv ausübend oder sich in gewohnheitsmäßigen Handlungsschemata bewegend zu erleben, sondern darüber hinaus genauere Erkenntnisse, inwieweit sie ihre Handlungsfähigkeit durch die informellen staatlichen Strukturen ermöglicht oder eingeschränkt wahrnehmen. Eine genauere Analyse dieser zeitlich-relationalen individuellen Handlungsdispositionen erscheint mithilfe verschiedener Samplings von MigrantInnen in von Informalität und Korruption dominierten ebenso wie von Rechtsstaatlichkeit gekennzeichneten Staaten als ertragreich, die gewonnenen Erkenntnisse dieser Studie zu vertiefen und zu erweitern.

Einen weiteren Forschungsbedarf sieht der Autor bei der Spezifizierung der Faktoren, die einen Einfluss auf die Ausprägung der Handlungsfähigkeit ausüben. Allen voran könnte die Erforschung von interpersonalem und systemischen Vertrauen, das sich in den Interviews als eine wichtige Einflussgröße bei der Ausprägung der Handlungsfähigkeit von MigrantInnen erwies, zum besseren Verständnis der Handlungsfähigkeit von MigrantInnen in von informellen Strukturen geprägten Staaten führen.

Eine weitere interessante Fortführung der Untersuchung könnte aus der Sicht des Autors in der Durchführung komparativer Studien liegen, bei denen die Handlungsfähigkeit von MigrantInnen in Ländern verglichen würde, die ähnliche Ausprägung informeller staatlicher Strukturen aufweisen. Könnten vergleichbare Ausprägungen der Handlungsfähigkeit von MigrantInnen in anderen Ländern ebenso festgestellt werden? Existieren ähnliche Ausprägungsmuster der Handlungsfähigkeit in unterschiedlichen Länderkontexten und was macht die Spezifika dieser Länder aus? Können vor dem Hintergrund der Ergebnisse solcher komparativen Studien allgemeingültige Aussagen über die Handlungsfähigkeit von MigrantInnen im Kontext der Länder mit symbiotischen formellen und informellen staatlichen Strukturen getroffen werden?

Insgesamt verspricht ein weiterer Forschungsfokus auf Fähigkeiten und Ressourcen von MigrantInnen ein besseres Verständnis des Wechsel- und Zusammenspiels individueller Selbstbestimmung und sozialer Struktur in unterschiedlichen staatlichen Kontexten und damit eine differenzierte Abbildung der Realität von MigrantInnen.

Literatur

Monographien, Aufsätze und Sammelbände

Aigen, Kenneth (1995): Principles of qualitative research. In Wheeler, B. (Hrsg.), Music therapy research: Quantitative and qualitative perspectives, S. 283-309, Pheonixville, Barcelona Publishers.

Alhojailan, Mohammed Ibrahim (2012): Thematic analysis – a critical reviews of its process and evaluation, West East Journal of Social Sciences, 1/1, S. 39-47.

Barsukowa, Swetlana (2008): Korrupcija: nauchnye debaty i rossijskaja real'nost', Obshhestvennye nauki i sowremennost', 5, S. 36-47, <http://ecsocman.hse.ru/data/2010/09/20/1215005645/Barsukova.pdf> (letzter Zugriff: 26.10.2017).

Beloserova, E. (2009): Savisjat li prava kitajskogo trudovogo migranta ot ego statusa in Ryzhova, N (ed.): Integracija ekonomocheskih migrantov v regionah Rossii. Formal'nye i neformal'nye praktiki, Ottisk, S. 36-43.

Bibler Coutin, Susan (1998): From Refugees to Immigrants: The Legalization Strategies of Salvadoran Immigrants and Activists, The International Migration Review, 32/4, S. 901-925.

Bibler Coutin, Susan (2003): Legalizing Moves. Salvadoran Immigrants' Struggle for U.S. Residency, University of Michigan Press.

Blackburn, Keith (2009): Why is corruption less harmful in some countries than in others, Journal of Economic Behavior & Organization 72/3, S. 797–810.

Bloch, Alice (2013): The labour market experiences and strategies of young undocumented migrants, Work, Employment and Society, 27/2, S. 272-287.

Bloch, Alice (2014): Living in Fear: Rejected Asylum Seekers Living as Irregular Migrants in England, Journal of Ethnic and Migration Studies, 40/10, S. 1507-1525.

Bloch, Alice et al. (2015): Employment, Social Networks and Undocumented Migrants: The Employer Perspective, *Sociology*, 49/1, S. 38-55.

Bohn, Ursula (2007): Vertrauen in Organisationen: Welchen Einfluss haben Reorganisationsmaßnahmen auf Vertrauensprozesse? Eine Fallstudie. München.

Bohnsack, Ralf (2014): Rekonstruktive Sozialforschung. Einführung in qualitative Methoden. 9., überarbeitete und erweiterte Auflage, Opladen.

Braun, Virginia und Clarke, Victoria (2006): Using thematic analysis in psychology. *Qualitative Research in Psychology*, 3 (2), S. 77-101.

Brie, Michael (1997): Moskau: Das politische Regime der Hauptstadt, *Prokla: Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 109, S. 591-618
<http://www.prokla.de/wp/wp-content/uploads/1997/Prokla109.pdf> (letzter Zugriff am: 26.10.2017).

Castro, Gustavo Lopez (1998): Coyotes and alien smuggling, University of Texas, S. 965- 974.

Chapman, AL et al. (2015): Qualitative research in healthcare: an introduction to grounded theory using thematic analysis, *J R Coll Physicians Edinb*, 45: 201-5.

Coleman, James Samuel (1990): *Foundations of Social Theory*. Cambridge, MA: Harvard University Press.

Collyer, Michael (2006): Undocumented Sub-Saharan African Migrants in Morocco, in Nyberg Sorensen, Ninna: *MEDITERRANEAN TRANSIT MIGRATION*, DANISH INSTITUTE FOR INTERNATIONAL STUDIES.

Darden, Keith (2008): The Integrity of Corrupt States Graft as an Informal State Institution, *Politics & Society* 36/35, S. 35-59.

Dion, Kenneth L. (2001): Immigrants' Perceptions of Housing Discrimination in Toronto: The Housing New Canadians Project, *Journal of Social Issues*, 57/3, S. 523-539.

Duvanova, Dinissa (2014): Economic Regulations, Red Tape, and Bureaucratic Corruption in Post-Communist Economies, *World Development*, 59, S. 298–312.

Egharevba, Stephen (2013): Migrants' perception of the police: Should it be a cause for concern in Finland? *European Journal of Criminology* 10/5, S. 555–571.

Emel'janova, L. (2009): Kaliningrad. Posrednichestvo v sfere trudovoj migracii kak dohodnyj vid bisnesa in Ryzhova, N (ed.): Integracija ekonomicheskikh migrantov v regionah Rossii. Formal'nye i neformal'nye praktiki, Otisk. S. 58-81.

Emirbayer, Mustafa und Mische, Ann (1998): What Is Agency? *The American Journal of Sociology*, Vol. 103, No. 4., S. 962-1023.

Esser, Hartmut (2006): *Migration, Sprache und Integration*, Berlin, WZB.

Fereday, Jennifer (2006): Demonstrating Rigor Using Thematic Analysis: A Hybrid Approach of Inductive and Deductive Coding and Theme Development, *International Journal of Qualitative Methods*, 5(1), S. 80-92.

Flick, Uwe (2002): *Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung*. Reinbek bei Hamburg.

Flick, Uwe (2011): *Triangulation: Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Finckenauer, James and Voronin, Yuri (2001): *The Threat of Russian Organized Crime*, U.S. Department of Justice, Issues in International Crime.

Geiger, Dorothee (2016): *Handlungsfähigkeit von geduldeten Flüchtlingen. Eine empirische Studie auf der Grundlage des Agency-Konzeptes*, Springer VS Edition Centaurus – Soziale Analysen und Interventionen.

Gel'man, Vladimir (2012): Subversive Institutions, Informal Governance, and Contemporary Russian Politics, *Communist and Post-Communist Studies*, 45/3-4, S. 295-303.

Gladarev, Boris und Zinman, Schanna (2011): Taktiki i strategii soprotivlenija milicejskomu proisvolu. in Voronkova, V., Gladareva, B. und Sagitova, L.: Milicija i etniceskie migranty. Praktiki vsaimodejstvija, Sankt-Petersburg, Aleteja.

Gladarev, Boris (2011a): Milicija, „etniceskie men'schinstva” I ksenofobija: rekonstrukcija sociologicheskoi diskussii. in Voronkova, V., Gladareva, B. und Sagitova, L.: Milicija i etniceskie migranty. Praktiki vsaimodejstvija, Sankt-Petersburg, Aleteja.

Gladarev, Boris (2011b): Praktiki vsaimodejstvija sotrudnikov milicii s „etniceskimi men'schinstvami” v Peterburge. in Voronkova, V., Gladareva, B. und Sagitova, L.: Milicija i etniceskie migranty. Praktiki vsaimodejstvija, Sankt-Petersburg, Aleteja.

Glaser, Barney G. und Strauss, Anselm L. (1967): The Discovery of Grounded Theory: Strategies for Qualitative Research. New Brunswick und London: Aldine Publishing.

Glinka, Hans-Jürgen (2003): Das narrative Interview. Eine Einführung für Sozialpädagogen. 2. Aufl. Juventa-Verl., Weinheim (Edition soziale Arbeit).

Gradirovskij, S. (2010): Politika repatriacii i trudovoj migracii v sovremenom rossijskom gosudarstve, Doklad po sakasu Vsemirnogo Banka i Fonda Migracija XXI vek, S. 1-3.

Greenburg, Jennifer (2008): MIGRANT ACCESS TO HOUSING IN SOUTH AFRICAN CITIES, Special Report No. 2, University of the Witwatersrand.

Gupta, Akhil (1995): Blurred Boundaries: The Discourse of Corruption, the Culture of Politics, and the Imagined State, American Ethnologist, 22/2, S. 375-402.

Harding, Luke (2012): Mafia Staat. Ein Reporterin Putins Russland, Leske Verlag.

Hart, Keith (2000): Kinship, Contract, and Trust: The Economic Organization of Migrants in an African City Slum, in Gambetta, Diego (Hrsg.): Trust: Mak-

ing and Breaking Cooperative Relations, Electronic edition, Department of Sociology, University of Oxford, Kapitel 6, S. 176-193.

Heidenheimer, Arnold J. (2006): Political Corruption: Concepts and Contexts, Transaction Publ.

Helmke, Gretchen and Levitsky, Steven (2004): Informal Institutions and Comparative Politics. A Research Agenda, Perspectives on Politics, 2/4, https://kellogg.nd.edu/sites/default/files/old_files/documents/307_0.pdf (letzter Zugriff: 26.10.2017).

Hermanns, Harry (1992): Die Auswertung narrativer Interviews. Ein Beispiel für qualitative Verfahren. In: Jürgen H. P. Hoffmeyer-Zlotnik (Hg.): Analyse verbaler Daten. Über den Umgang mit qualitativen Daten. Opladen: Westdt. Verl (ZUMA-Publikationen), S. 110–142.

Hess, Sabine (2009): Globalisierte Hausarbeit. Au-pair als Migrationsstrategie von Frauen aus Osteuropa, 2. Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften Wiesbaden.

Hess, Sabine et al. (2014): Stadt und Migration – Neue Forschungsansätze zu citizenship, Macht und agency, *sub \ urban* 2014, 2/3.

Hess, Sabine et al. (2015): Europäisches Grenzregime. Einleitung zur ersten Ausgabe, *movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung*, 1/1.

Hulchanski, J. David (1997): Immigrants and Access to Housing. How Welcome are Newcomers to Canada, Metropolis Year II Conference, Summary of Keynote Presentation to the “Housing and Neighbourhoods” Workshop.

Hungwe, Chipso (2013): SURVIVAL STRATEGIES OF ZIMBABWEAN MIGRANTS IN JOHANNESBURG, *Journal of Community Positive Practices*, 13/3, S. 52-73.

Hungwe, Chipso und Gelderblom, Derik (2014): UNDERSTANDING THE SOCIAL EXCLUSION OF ZIMBABWEAN MIGRANTS IN JOHANNESBURG, SOUTH AFRICA, *Journal of Community Positive Practices* 14.1, S. 75-91.

Innes, Abby (2014): The Political Economy of State Capture in Central Europe, *Journal of Common Market Studies*, 52/1, S. 88-104.

Ireton, Francois (2015): Access Strategies to Economic and Social Resources among recent Migrants on the outskirts of Khartoum in Casciarri, Barbara et al.: *Multidimensional Change in Sudan (1989-2011): Reshaping Livelihoods, Conflicts and Identities*, Berghahn Books, S. 52-68.

Ivakhnyuk, Irina (2009): The Russian Migration Policy and its Impact on Human Development. The Historical Perspective, UNDP, <http://hdr.undp.org/fr/content/russian-migration-policy-and-its-impact-human-development> (letzter Zugriff: 24.10.2014).

Khisa, Moses (2013): The Making of the 'Informal State' in Uganda *Africa Development*, 38/1-2, S. 191-226.

Kingston, Christopher (2004): Parochial Corruption, Department of Economics, Amherst College, <https://www3.amherst.edu/~cgkingston/Parochial.pdf> (letzter Zugriff: 26.10.2017).

Klaaren, Jonathan (2001): Inside Illegality: Migration Policing in South Africa after Apartheid. *Africa Today*, 48/3, S. 35-47.

Klinke, Sebastian, Gundert, Hannah, Nagler, Brigitte (2011): Konzepte von Vertrauen und Kultur in Unternehmen. Theoretische und empirische Konstrukte, *artec-paper*, 174, Universität Bremen.

Knabe, Bernd (1998): Die System-Mafia als Faktor der sowjetisch-russischen Transformation, T. 2: die Instrumentalisierung des organisierten Verbrechens, *Berichte BIOst* 48-1998, <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-43785> (letzter Zugriff: 26.10.2017).

Kozhevnikova, Galina (2008): Yazyk vrazhdy i vybory: federal'niy i regional'niy urovni, SOVA Center for Information and Analysis, <http://www.sova-center.ru/files/books/hs08-text.pdf> (letzter Zugriff: 13.10.2014).

Lemoine, Maryse (2008): Housing Trajectories of Francophone Migrants in Toronto: The Case of French and Congolese Migrants, York University.

Light, Matthew (2017): Zwischen Liberalisierung und Restriktion: Entwicklungen der russischen Migrationspolitik, Russland Analysen, 331, 03.03.2017.

Luhmann, Niklas (1968): Vertrauen: Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität. Stuttgart.

Luhmann, Niklas (1973): Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität, Stuttgart.

Luo, Yadong (2008): The changing Chinese culture and business behavior: The perspective of intertwinement between guanxi and corruption, International Business Review 17, S. 188-193.

Mafukidze, Jonathan und Mbanda, Vandudzai (2008): Low-Income African Migrant Women and Social Exclusion in South Africa, Empowering Women for Gender Equity, 78, Engendering National & Global Economic Policies, S. 172-185.

Mahler, Sarah J. (1995): American Dreaming. Immigrant Life on the Margins, Princeton University Press.

Malpica, Daniel Melero (2008): Indigenous Mexican migrants in the city of Los Angeles Social networks and social capital among Zapotec workers, University of California.

McCann, Leo (2000): The Informal Economy and the Informal State in Tatarstan, Russia, International Journal of Sociology and Social Policy, 20/ 9-10, S. 5-36.

McIlwaine, Cathy (2005): Coping practices among Colombian migrants in London, Department of Geography, Queen Mary, University of London, S. 33-43.

Mukomel, Vladimir (2012a): Transformaciya migracionnoy politiki Rossii v 2005-2011 gg., Carim East, http://www.carim-east.eu/media/sociopol_module/Explanatory%20Notes%20Template%20Russia1%20-%202011.pdf (letzter Zugriff: 18.10.2014).

Mukomel, Vladimir (2012b): Migration Policy of Russia: Priorities, Tools and Problems of Realisation in Devetak, Silvo und Sirbu, Olesea: EU Migration Policy and its Reflection in third countries: Belarus, Moldova, Russia, Ukraine,

<http://www.iscomet.org/images/documents/Publikacije/EU%20MIGRATION%20POLICY%20AND%20ITS%20REFLECTION%20IN%20THIRD%20COUNTRIES%20-%20Belarus,%20Moldova,%20Russia,%20Ukraine.pdf>, S.213-225 (letzter Zugriff: 18.10.2014).

Mut, K. (2009): Social'nye seti tadjihskikh migrantov v Irkutske in Ryzhova, N (ed.): Integracija ekonomicheskikh migrantov v regionah Rossii. Formal'nye i neformal'nye praktiki, Ottisk, S. 43-58.

Nemzov, Boris (2009): Luzhkov, Itogi, Moskau, Solidarnost'.

Nisnewich, Julij (2009): Gosudarstvennyj reshim w Rossii: osobennosti formirovanija i kachestwo upravlenija, Rossija, tendencii i perspektivy razwitiya, Eschegodnik, 4/2, INION RAN, S. 173-177, <http://publications.hse.ru/chapters/68093587> (letzter Zugriff: 26.10.2017).

Nisnewich, Julij (2010): Wertikal' vlasti i konkurentnosposobnost' rossijskogo gosudarstwa, Rossija i sowremennij mir, 4, S.6-17, <http://publications.hse.ru/articles/66277834> (letzter Zugriff: 26.10.2017).

Osterloh, Margit und Weibel, Antoinette (2006): Investition Vertrauen. Prozesse der Vertrauensentwicklung in Organisationen, Wiesbaden.

Preston, Julia (2008): An Interpreter Speaking Up for Migrants, University of Northern Colorado.

Putnam, Robert David (2007): "E Pluribus unum": Diversity and Community in the Twenty- first Century. The 2006 Johan Skytte Prize Lecture', Scandinavian Political Studies, 30/2, S. 137-174.

Rasanayagam, Johan (2011): Informal economy, informal state: The case of Uzbekistan, International Journal of Sociology and Social Policy, 2011, 31/11-12, S. 681-696,

https://www.abdn.ac.uk/staffpages/uploads/anp053/Informal_economy.pdf (letzter Zugriff: 26.10.2017).

Remington, Thomas F. (1997): Democratization and the new political order in Russia, in Dawisha, Karen et al.: Democratization and Authoritarianism in Post-Communist Societies, No.3, S. 109 – 120.

Reeves, Madeleine (2013): Clean fake: Authenticating documents and persons in migrant Moscow, *American Ethnologist*, 40/3, S. 508-524.

Rosenthal, Gabriele (2008): Interpretative Sozialforschung: eine Einführung. Weinheim und München: Juventa-Verlag.

Rosenthal, Gabriele (2012): Methodische Herausforderungen interkultureller Studien, *ZQF* 13/1-2, S. 125–149.

Rosenthal, Gabriele (2016). Die Erforschung kollektiver und individueller Dynamik – Zu einer historisch und prozess-soziologisch orientierten interpretativen Sozialforschung [21 Absätze], *Forum Qualitative Sozialforschung*, 17/2, Art. 13.

Rupf-Schreiber, Marianne (2006): Identifikation und Vertrauen in Organisationen. Eine empirische Untersuchung in der Bankenbranche, Freiburg.

Ryan Louise et al. (2008): Social Networks, Social Support and Social Capital: The Experiences of Recent Polish Migrants in London, *Sociology*, 42/4, S. 672–690.

Sadiq, Kamal (2005): When States Prefer Non-Citizens over Citizens: Conflict over Illegal Immigration into Malaysia, *International Studies Quarterly*, 49/1, S. 101-122.

Sadiq, Kamal (2009): Paper Citizens: How illegal immigrants acquire citizenship in developing countries, Oxford University Press.

Sadiq, Kamal (2011): A Paradox. Illegal Immigrants as Citizens, Oxford Scholarship Online.

Schönwälder, Karen et al. (2004): Migration und Illegalität in Deutschland – AKI-Forschungsbilanz 1, Arbeitsstelle Interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration (AKI) Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

Seligson, Mitchell (2006): The Measurement and Impact of Corruption Victimization - Survey Evidence from Latin America, *World Development*, 34/2, S. 381-404.

Sergevnin, Vladimir und Kovalyov, Oleg (2013): Policing in Russia. in Meško, G. (Hrsg.): *Handbook on Policing in Central and Eastern Europe*, Springer Science+Business Media, New York.

Seukwa, Louis Henri (2010): Handlungsfähigkeit im Flüchtlingsraum. Fachvortrag bei der Veranstaltungsreihe Partner im Aktionsplan zur Bildungs- und Ausbildungsförderung junger Menschen mit Migrationshintergrund. Hamburg, http://www.fluchtorthamburg.de/fileadmin/pdf/Vortrag_Prof_Dr_Seukwa23092010.pdf (letzter Zugriff: 26.10.2017).

Shelley, Louise (2001): Crime and Corruption, in White, Stephen et al.: *Developments in Russian politics* 5, Palgrave, S. 239-253.

Stefes, Christoph (2008): Governance, the State, and Systemic Corruption - Armenia and Georgia in Comparison, *CAUCASIAN REVIEW OF INTERNATIONAL AFFAIRS*, 2/2, S. 73-83.

Stobbe, Holk (2004): Undokumentierte Migration in Deutschland und den Vereinigten Staaten. *Interne Migrationskontrollen und die Handlungsspielräume von Sans Papiers*, Universitätsverlag Göttingen.

Strauss, Anselm und Corbin, Juliet (1990): *Basics of qualitative research: Grounded theory procedures and techniques*. Newbury Park, CA: Sage.

Styckow, Petra (2004): Der Fall Russland: Korruption als Kollateralschaden der Transformation, *Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, ZBW*, 73/2, S. 247-262.

Sultana, Nayeern (2008): The Bangladeshi Diaspora in Malaysia. Organizational Structure, Survival Strategies and Networks. Center for Development Research (ZEF) University of Bonn.

Surtees, Rebecca (2003): Female Migration and Trafficking in Women: The Indonesian context, *development*, 46/3, S. 99-106.

Thielen, Marc (2009): Wo anders leben? Migration, Männlichkeit und Sexualität; biografische Interviews mit iranischstämmigen Migranten in Deutschland. Waxmann: Münster (Internationale Hochschulschriften).

Van Meeteren, Masja (2010): LIFE WITHOUT PAPERS Aspirations, incorporation and transnational activities of irregular migrants in the Low Countries, Rotterdam, Erasmus Universiteit.

Van Nieuwenhuyze, Inge (2009): Getting by in Europe's urban labour markets. Senegambian Migrants' Strategies for Survival, Documentation and Mobility, Amsterdam University Press.

Varschavskaya, E. (2013): Rossiyskiye i inostrannye rabotniki: osobennosti neformal'nogo najma, in Jadov, W. et al: Trudovye otnosheniya: Sostoyanie i tendencii rasvitija v Rossii, Samara, S. 174-182.

Verhovsky, Aleksandr (2014): God Beryulevo. Kuda propali russiye nacionalisty, <http://refugee.ru/news/god-biryulevo-kuda-propali-russkie-natsionalisty/> (letzter Zugriff: 18.10.2014).

Vigneswaran, Darshan (2012): Experimental Data Collection Methods and Migration Governance, in Berriane, Mohamed and De Haas, Hein: African Migrations Research Innovative Methods and Methodologies.

Vigneswaran, Darshan (2016): Weak state/tough territory: The South African mobility regime complex, MMG Working Paper 16-03.

Willen, Sarah Shana (2006): No Person is Illegal Configurations and Experiences of Illegality among Undocumented West African and Filipino Migrant Workers in Tel Aviv Israel, Emory University.

Zeitungsartikel

Fontanka (02.10.2009): Rospotrebnadsor: Migranty s tuberkulyosom ugrozhayut zhisni peterburzhcev, <http://www.fontanka.ru/2009/10/02/125/> (letzter Zugriff: 10.10.2014).

Forbes (29.11.2013): Moskovskiy policeyskiy saregistroval v "resinovoy" kvartire 2000 migrantov, www.forbes.ru/news/248029-moskovskii-politseiskii-zaregistroval-v-rezinovoi-kvartire-2000-migrantov (letzter Zugriff: 12.05.2015).

Golos Ameriki (31.08.2013): Navalny obeshhayet sokratit' kolichestvo migrantov na 70%, <https://www.golos-ameriki.ru/a/moscow-election/1740986.html> (letzter Zugriff: 14.10.2014).

Infox (28.10.2009): Rospotrebnadsor: v Rossiyu VICH privosyat gastarbajtery, http://www.infox.ru/03/body/2009/10/28/Rossiyaneye_nye_hotya.phtml (letzter Zugriff: 10.10.2014).

Infox (01.06.2010): Luzhkov raskritikoval patenty na migrantov, http://www.infox.ru/authority/law/2010/06/01/Luzhkov_vnov_raskrit_print.phtml (letzter Zugriff: 18.10.2014).

Interfax (09.04.2009): Mer Moskvyy raskritikoval rabotu migracionnyh sluzhb, <http://www.interfax.ru/russia/73523> (letzter Zugriff: 13.10.2014).

Komsomol'skaya Pravda (11.12.2008): Lishivshis' raboty, migranty vsyalis' sa grabezhi, <http://msk.kp.ru/daily/24213.4/415931/> (letzter Zugriff: 10.10.2014).

Komsomol'skaya Pravda (17.11.2008): Chto delat' v Moskve s gastarbajterami, ostavshimesya bes raboty, <http://www.kp.ru/daily/24198.5/404342/> (letzter Zugriff: 10.10.2014).

Medicus (16.08.2007): Kakie bolesni vesut v Moskvu migranty, <http://www.medicus.ru/wellness/patient/kakie-bolezni-vezut-v-moskvu-migranty-29143.phtml> (letzter Zugriff: 10.10.2014).

Mir24 (23.10.2013): V Moskve policiya i FMS ishut vladel'cev resinovyh kvar-tir, www.mir24.tv/news/society/8288122 (letzter Zugriff: 12.05.2015).

Nesavisimaya Gaseta (29.12.2008): Kriminal'naya migraciya, http://www.ng.ru/politics/2008-12-29/4_tajiki.html (letzter Zugriff: 10.10.2014).

NEWSru.com (10.05.2006): V poslanii Federal'nomu Sobraniyu Putin nasval stolpy otechestva: sem'ya i armiya, <http://www.newsru.com/russia/10may2006/putin10.html> (letzter Zugriff: 09.10.2014).

NEWSru (31.07.2013): Posle draki u „Matveevskogo“ po Moskve saderzhany bolee 2000 chelovek, <http://www.newsru.com/russia/31jul2013/rynki.html> (letzter Zugriff: 29.10.2014).

NEWSru.com (01.11.2004): Nachinaet dejstvovat' protokol, oblegchayushhiy prebyvanie ukrainskih grazhdan v Rossii, <http://www.newsru.com/arch/russia/01nov2004/protokol.html> (letzter Zugriff: 09.10.2014).

NTV (01.07.2013): Navalny obeshhaet moskvicham bor'bu s „kriminal'nymi getto migrantvo“, <http://www.ntv.ru/novosti/627071/> (letzter Zugriff: 14.10.2014).

RBK (11.06.2013): Startovala kampaniya po vyboram mera Moskvy, <http://rbcdaily.ru/politics/562949987330332> (letzter Zugriff: 28.10.2014).

Rosbalt (26.04.2007): Putin soglasen obyavit' 2008 god „Godom sem'ji v Rossii“, <http://www.rosbalt.ru/main/2007/04/26/294520.html> (letzter Zugriff: 09.10.2014).

Rossiyskaya Gaseta (16.11.2006): Postanovleniye pravitel'stva Rossiyskoy Federacii ot 15. Noyabrya 2006 g. N 682 Ob utverzhdenii na 2007 god kvoty na vydachu rasresheniy na rabotu inostrannym grazhdanam, pribyvshim v Rossiyskuyu Federaciyu v poryadke, ne trebuyushhem polucheniya visy, <https://rg.ru/2006/11/16/postanovlenie-kvota.html> (letzter Zugriff: 12.10.2014).

Rossiyskaya Gaseta (16.10.2007): Moskva - ne prohodnoy dvor, <http://www.rg.ru/2007/10/16/luzhkov.html> (letzter Zugriff: 13.10.2014).

Rossiyskaya Gazeta 2013 I (25.07.2013): Federal'niy sakon Rossiyskoy Federacii ot 23 iyulya 2013 g. N 207 FG Stadt Moskau, <http://www.rg.ru/2013/07/25/rejim-site-dok.html>, (letzter Zugriff: 28.10.2014).

Rossiyskaya Gazeta 2013 II (25.07.2013): Federal'niy sakon Rossiyskoy Federacii ot 23 iyulya 2013 N 224 FG, <http://www.rg.ru/2013/07/25/vyezd-site-dok.html> (letzter Zugriff: 28.10.2014).

Rossiyskaya Gaseta (26.02.2014): Patent dlya gostey. Vladimir Putin poruchil obsudit' s grazhdanami sakonoprojekt o migracii, <http://www.rg.ru/2014/02/26/migrazia.html> (letzter Zugriff: 13.10.2014).

Rosbalt (18.09.2010): Luzhkov: Trudovye migranty – eto rasvrat ekonomicheskoy sistemy, <http://www.rosbalt.ru/moscow/2010/09/18/772888.html>, (letzter Zugriff: 13.10.2014).

Slon (07.08.2013): Gol'yanovo: lager', kotorogo net, http://slon.ru/russia/lager_kotorogo_net-975283.xhtml (letzter Zugriff: 29.10.2014).

Svobodnaya Pressa (01.06.2010): Luzhkov: Ne nuzhna nam eta tysyacha rubley, kotoruyu platit migrant, <http://svpressa.ru/politic/news/25876/>, (letzter Zugriff: 13.10.2014).

The Guardian (08.02.2010): US embassy cables: Russia is virtual 'mafia state', says Spanish investigator, <http://www.theguardian.com/world/us-embassy-cables-documents/247712> (letzter Zugriff: 16.07.2014).

Ukrainskaya Pravda (27.10.2004): Pravitel'stvu Yanukovicha udalos' mnogo
oe Stenogramma Putina,
<http://www.pravda.com.ua/rus/news/2004/10/27/4382213/> (letzter
Zugriff: 09.10.2014).

Zdorovje (14.11.2009): Kakie bolesni vesut v Moskvu migranty, 14.11.2009, <http://gigamir.net/healths/articles/pub22800> (letzter Zugriff: 10.10.2014).

Online-Quellen

Allrussische gesellschaftliche Antikorruptionsberatungsstelle „Saubere Hände“ (2014): Korruptcija v Rossii: Nesavisimyj godovoj doklad, 14.01.13 – 31.08.14, http://rusadvocat.com/report_2013_2014.docx (letzter Zugriff: 16.10.2014).

FMS (2010): Poluchenie patenta na osushhestvlenie trudivoy deyatel'nosti inostrannymi grazhdanami, pribyvshimi v Rossiyskuyu Federaciju v poryadke, ne trebuyushhem polucheniya visy, http://www.fms.gov.ru/government_services/patent/ (letzter Zugriff: 18.10.2014).

FMS (2012): Doklad o resul'tatah i osnovnyh napravleniyah deyatel'nosti Federal'noy migracionnoy sluzhby na 2012 god i planoviy period 2013 i 2015 godov, <http://www.fms.gov.ru/about/statistics/plans/details/59631/> (letzter Zugriff: 24.10.2014).

FMS (2013): Doklad o resul'tatah i osnovnyh napravleniyah deyatel'nosti Federal'noy migracionnoy sluzhby na 2013 god i planoviy period 2014-2016 godov, <http://www.fms.gov.ru/about/statistics/plans/details/81732/full/> (letzter Zugriff: 24.10.2014).

FMS I (12.11.2014): Poryadok oformleniya i prodleniya Rossiyskoy visy, http://www.fms.gov.ru/foreign_national/formvisa/ (letzter Zugriff: 12.05.2015).

FMS II (24.11.2014): Migracionnyj uchet inostrannyh grazhdan v Rossiyskoy Federacii, www.fms.gov.ru/government_services/migrate/ (letzter Zugriff: 12.05.2015).

FMS III (24.11.2014): Poryadok oformleniya rasresheniya na rabotu inostrannym grazhdanam, pribyvshym v Rossiyskuyu Federaciju v poryadke, ne trebuyushhem polucheniya visy,

http://www.fms.gov.ru/government_services/withoutvisa/ (letzter Zugriff: 12.05.2015).

FMS IV (25.03.2014): Poryadok oformleniya rasresheniya na rabotu inostrannym grazhdanam, pribyvshym v Rossiyskuyu Federaciyu v poryadke, trebuyushem polucheniya visy, www.fms.gov.ru/government_services/withoutvisa/visa.php (letzter Zugriff: 12.05.2015).

FMS V (19.12.2014): Predostavleniye ubeshisha v Rossiyskoy Federacii, http://www.fms.gov.ru/government_services/asylum/ (letzter Zugriff: 12.05.2015).

FMS VI (10.12.2014): Rasresheniye na vremennoe proshivaniye v Rossiyskoy Federacii, http://www.fms.gov.ru/government_services/temporary/ (letzter Zugriff: 12.05.2015).

FMS VII (19.12.2014): Vid na shitel'stvo v Rossiyskoy Federacii, http://www.fms.gov.ru/government_services/residence/ (letzter Zugriff: 12.05.2015).

FMS VIII (24.11.2014): Grashdanstvo Rossiyskoy Federacii, http://www.fms.gov.ru/government_services/grazhdanstvo/ (letzter Zugriff: 12.05.2015).

FOM Public Opinion Foundation (17–18.03.2012): Vsyatki i vsyatochniki. Ezhenedel'nyj opros "FOMnibus", <http://fom.ru/obshchestvo/10417> (letzter Zugriff: 16.10.2014).

FOM I Public Opinion Foundation (2012): Mezhnacional'nye otnosheniya, <http://fom.ru/TSennosti/10544> (letzter Zugriff: 16.10.2014).

FOM II Public Opinion Foundation (2012): Otnosheniya k migrantam-sosedyam i migrantam-kollegam, <http://fom.ru/mir/10442> (letzter Zugriff: 16.10.2014).

FOM III Public Opinion Foundation (2012): Migranty i rynek truda, <http://fom.ru/Ekonomika/10484> (letzter Zugriff: 16.10.2014).

Human Rights Watch Report (2009): Are You Happy to Cheat Us? Exploitation of Migrant Construction Workers in Russia, https://www.hrw.org/sites/default/files/reports/russia0209web_0.pdf (letzter Zugriff: 26.10.2017).

InOP (2006): Priroda i struktura korrupcii v Rossii, http://www.inop.ru/files/korrupt_issled.doc (letzter Zugriff: 18.10.2014).

KoAP: Kodeks RF ob administrativnyh pravonarusheniyah (KoAP RF) ot 30.12.2001, 195, <http://www.consultant.ru/popular/koap/> (letzter Zugriff: 12.05.2015).

KoAP: Kodeks RF ob administrativnyh pravonarusheniyah (KoAP RF) ot 30.12.2001, 195, Stat'ya 27.7. Lichnyj dosmotr, dosmotr veshey, nahodyashihsya pri fisicheskom lice, http://www.consultant.ru/popular/koap/13_30.html#p10509 (letzter Zugriff: 12.05.2015).

Kremlin.ru (17.03.2005): Rech' presidenta na sasedanii soveta besopasnosti, <http://archive.kremlin.ru/text/appears/2005/03/85300.shtml> (letzter Zugriff: 09.10.2014).

Kremlin.ru (31.07.2013): Vstrecha s rukovodstvom MVD, FMS, Sledstvennogo komiteta i goroda Moskvy, <http://kremlin.ru/news/18980>, (letzter Zugriff: 28.10.2014).

Levada Zentrum (12.01.2000): Uchod El'zina s posta glavy pravitel'stva, <http://www.levada.ru/12-01-2000/ukhod-eltsina-s-posta-glavy-pravitelstva>, (letzter Zugriff: 28.10.2014).

Levada Zentrum (2011): Ezhegodnik. Obshhestvennoe mneniye 2011, http://www.levada.ru/sites/default/files/levada_2011_0.pdf (letzter Zugriff: 18.10.2014).

Levada Zentrum (03.12.2012): Rossiyanе o korrupcii v strane, <http://www.levada.ru/03-12-2012/rossiyanе-o-korrupsii-v-strane> (letzter Zugriff: 18.10.2014).

Levada Zentrum (2014): Sentyabr'skiye reytingi odobreniya i doveriya, 24.09.2014, <http://www.levada.ru/24-09-2014/sentyabrskie-reytingi-odobreniya-i-doveriya> (letzter Zugriff: 18.10.2014).

Mostrud - The Department of Labor and Employment of Moscow (2011): Labor and Employment of Moscow's population 2010, Statistisches Jahrbuch 2011, http://trud.mos.ru/presscenter/izdaniya_departamenta/trudizaniatost_170x240mm_new.pdf, S. 20 (letzter Zugriff: 17.10.2014).

MVD (Ministerstvo Vnutrennih Del - Innenministerium der Russischen Föderation): Otdel'nye pokazateli migracionnoy situacii v Rossiyskoy Federacii sa yanvar' - iyun' 2017 goda s raspredeleniyem po stranam i regionam, Eigene Berechnungen <https://мвд.рф/Deljatelnost/statistics/migracionnaya/item/10735340/> (letzter Zugriff: 26.10.2017).

Public Opinion Foundation (2012): Otnosheniye k migrantam-sosedyam I migrantam-kollegam, <http://fom.ru/mir/10442> (letzter Zugriff: 26.10.2017).

Russian Public Opinion Research Center (2010): Etnicheskiye simpatii i antipatii Rossiyan, <https://wciom.ru/index.php?id=236&uid=13515> (letzter Zugriff: 26.10.2017).

SOVA Center for Information and Analysis (2010): Ksenofobiya, svoboda sovesti i antiekstremizm v Rossii v 2009 godu, <http://www.sova-center.ru/files/books/pr10-text.pdf> (letzter Zugriff: 18.10.2014).

Stiftung Indem (01.12.2001): Diagnostika rossijskoj korrupcii: Sociologicheskij analiz, <http://www.anti-corr.ru/awbreport/index.htm> (letzter Zugriff: 26.10.2017).

Stiftung Indem (2005): Diagnostika rossijskoj korrupcii 2005, Predvaritel'nye resul'taty issledovaniya, http://www.indem.ru/corrupt/2005diag_press.htm (letzter Zugriff: 26.10.2017).

Transparency International (2013): Corruption Perception Index. <https://www.transparency.org/cpi2013/results> (letzter Zugriff: 26.10.2017).

UFMS (2015): Upravleniye Federal'noy migracionnoy sluzhby po gorodu Moskve: Statisticheskiye dannye o deyatel'nosti UFMS Rossii po g. Moskve sa 2014 god, <http://www.fmsmoscow.ru/ufms/stat/> (letzter Zugriff: 12.05.2015).

UN Population Division: Trends in International Migrant Stock. Migrants by Destination and Origin. International migrant stock 2015, <http://www.un.org/en/development/desa/population/migration/data/estimates2/estimates15.shtml> (letzter Zugriff: 26.10.2017).

Vera (16.05.2013): Oformleniye RVP licam, poluchivshim vremennoye ubeshishe v RF, <http://www.vnl-migrant.ru/peoplehelp/2012-05-04-10-57-40/750-oformlenie-rvp-liczam-poluchivshim-vremennoe-ubezhishhe-v-rf.html> (letzter Zugriff: 12.05.2015).